



Dresden.
DIEZQGU



Integriertes Stadtentwicklungskonzept Dresden

Bericht 2006

**Integriertes
Stadtentwicklungskonzept Dresden**
Bericht 2006

Inhalt

Einleitung	3		
■ Berichterstattung zur Stadtentwicklung	4	■ 3.4 Mobilitätsentwicklung	66
■ Gesamtstädtisches Indikatorenbarometer			
Teil A	5	4 Umsetzungsbeispiele für die Gestaltung des demografischen Wandels	68
Gesamtstädtische Konzepte und räumliche Schwerpunkte der Stadtentwicklung		■ 4.1 Lebensqualität und Wohnungswünsche älterer Bürger in Dresden	68
■ 1 Gesamtstädtische Konzepte	5	■ 4.2 Maßnahmen im Bereich der Bildung/Ausbildung	69
■ 1.1 Bevölkerung	5	■ 4.3 Mitwirkung am Projekt des Deutschen Städtetages	69
■ 1.2 Wohnen	8		
■ 1.3 Arbeiten, Gewerbe, Wissenschaft	13	5 Zukünftige Handlungsfelder	70
■ 1.4 Zentren	17		
■ 1.5 Soziale und kulturelle Infrastruktur	20	Anlagen Teil B	73
■ 1.6 Verkehr	25		
■ 1.7 Stadttechnik	28	Teil C	76
■ 1.8 Umwelt und Natur	30	Gesamtstädtische Ziele und Indikatoren	
■ 1.9 Regionale Bezüge	33	■ Berichterstattung	77
■ 2 Räumliche Schwerpunkte der Stadtentwicklung	37	■ 1 Bereich Wohnen/Flächennutzung	77
■ 2.1 Teilräume des INSEK	38	■ 2 Bereich Soziales/Kultur	79
■ 2.2 Stadterneuerungsgebiete	43	■ 3 Bereich Gesellschaft/Bevölkerung	82
■ 2.3 Schlüsselprojekte in den Schwerpunkträumen	45	■ 4 Bereich Mobilität/Verkehr	83
		■ 5 Bereich Wirtschaft	85
		■ 6 Bereich Umwelt/Natur	88
Anlagen Teil A	54	Anlagen Teil C	91
Teil B	60		
Stadtentwicklung und demografischer Wandel			
■ 1 Einführung	60		
■ 2 Demografische Entwicklung	61		
■ 2.1 Bevölkerungsentwicklung	61		
■ 2.2 Haushaltsentwicklung	62		
■ 3 Wechselwirkungen zur demografischen Entwicklung	63		
■ 3.1 Beschäftigten- und Arbeitsmarktentwicklung/ Bildung und Ausbildung	63		
■ 3.2 Entwicklung von Kindertageseinrichtungen und Schulen	64		
■ 3.3 Wohnungsbestands- und -marktentwicklung/neue Wohnformen	65		

Einleitung

■ Berichterstattung zur Stadtentwicklung

Der vom Stadtrat im Februar 2002 zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept (INSEK) gefasste Beschluss beinhaltet auch den Auftrag einer kontinuierlichen Berichterstattung über die Konzeptumsetzung. Dazu liegt der 2. Stadtentwicklungsbericht für den Zeitraum 2003–2005 vor.

Sein Gegenstand ist die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Zielerfüllung des INSEK und die Bewertung der Entwicklung in den vom INSEK bestimmten prioritären Räumen. Über die analytischen Aussagen hinaus werden Handlungserfordernisse zur Zielerfüllung aufgezeigt. Generell ist festzustellen, dass die im INSEK beschlossenen strategischen Entwicklungsziele nach wie vor hohe Aktualität aufweisen. Dennoch erfolgen bei Erfordernis Präzisierungen bzw. Teilfortschreibungen des INSEK. Das betrifft insbesondere Stadtumbauprozesse. So wurde als Planungsgrundlage für den neuen Flächennutzungsplan das räumliche Leitbild für den komplexen Stadtumbau entwickelt und vom Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau des Dresdner Stadtrates im August 2005 bestätigt. Gegenwärtig wird die Teilfortschreibung des INSEK zum Zentrenkonzept sowie zur weiteren Anwendung des Programms Stadtumbau Ost vorbereitet.

Der Stadtentwicklungsbericht gliedert sich in den Teil A, der sich mit der Zielerfüllung der gesamtstädtischen Konzepte und der Entwicklung in den räumlichen Schwerpunktbereichen auseinandersetzt, den Teil B als analytische Auseinandersetzung mit Prozessen des demografischen Wandels, erstmalig spezifischer für die Stadt Dresden und den Teil C mit dem für das Dresdner INSEK entwickelten Indikatorensystem.

■ Gesamtstädtisches Indikatorenbarometer

Dem Stadtentwicklungsbericht wird erstmalig ein Indikatorenbarometer vorangestellt, das einen schnellen Überblick über wesentliche Aspekte der Stadtentwicklung im Berichtszeitraum ermöglichen soll. Dazu wird für einzelne Indikatoren die tendenzielle Entwicklung aufgezeigt und anhand der Zielstellungen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes bewertet. Die Verwendung der Bewertungssymbole entspricht der im Bericht verwendeten Methodik:

- ↗ positive Entwicklung
- keine Entwicklung
- ↘ negative Entwicklung.

Detailliertere Aussagen zu den Indikatoren erfolgen im Teil C Stadtentwicklung und Indikatoren.

Barometer der objektiven Indikatoren

Bereich Wohnen/Flächennutzung		
Indikator	Trend	Bewertung
Außenwanderungsrate	positiv, Wanderungsgewinn	↗
Wohnungsleerstand	leichte Abnahme seit 1999	↗
Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche	leichte Zunahme seit 1999	↘
Siedlungs- und Verkehrsfläche je Einwohner	unverändert zu hoch	↘
Bereich Gesellschaft/Bevölkerung		
Indikator	Trend	Bewertung
Anteil der ausländischen Studenten	kontinuierliche Zunahme	↗
Anteil und Anzahl der ausländischen Gäste	kontinuierliche Zunahme	↗
Beteiligung an den Kommunalwahlen	Abnahme	↘
Bereich Umwelt/Natur		
Indikator	Trend	Bewertung
CO ₂ -Emission	zu geringe Senkung	→
Schutzgebiete und geschützte Biotop	Abnahme	↘
lärm betroffene Einwohner/Wohnungen an Hauptverkehrsstraßen	Abnahme	↗
Bereich Wirtschaft		
Indikator	Trend	Bewertung
Gewerbesteuereinnahmen	leicht steigend seit 2003	↗
Kaufkraft	leicht steigend seit 2001	↗
Anlageinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe und Bau, je 1000 Euro Gesamtumsatz	sinkend	↘
Nettoinvestitionsrate (Konsolidierung kommunaler Haushalt)	unverändert	→
Arbeitslosenquote	neuer Anstieg seit 2004	↘
Beschäftigtenquote	kontinuierliche Abnahme	↘
Selbstständigenquote	Anstieg seit 2002	↗
Bereich Mobilität/Verkehr		
Indikator	Trend	Bewertung
Nutzung Verkehrsmittel Umweltverbund	Zunahme bei Radverkehr, Abnahme bei MIV	↗
Einwohner im fußläufigen Einzugsbereich von ÖPNV-Stationen	leichte Zunahme seit 2001	↗
Anbindung an ausgewählte Metropolen	leichte Verbesserung bei Schiene und Straße	↗
Bereich Soziales/Kultur		
Indikator	Trend	Bewertung
Durchschnittliche Wohndauer	unverändert	→
Empfänger Sozialhilfe	Anstieg	↘
Monatliches Äquivalenzeinkommen	Abnahme	↘
■ Versorgung mit Gemeinbedarfseinrichtungen		
■ Kindertageseinrichtungen	Verbesserung	↗
■ Seniorenbegegnungsstätten	Verbesserung	↗
■ Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Grundschulen, Bibliotheken, Stadtteilkultureinrichtungen, Einrichtungen für Behinderte	Verschlechterung	↘

Teil A

Gesamtstädtische Konzepte und räumliche Schwerpunkte der Stadtentwicklung

1 Gesamtstädtische Konzepte

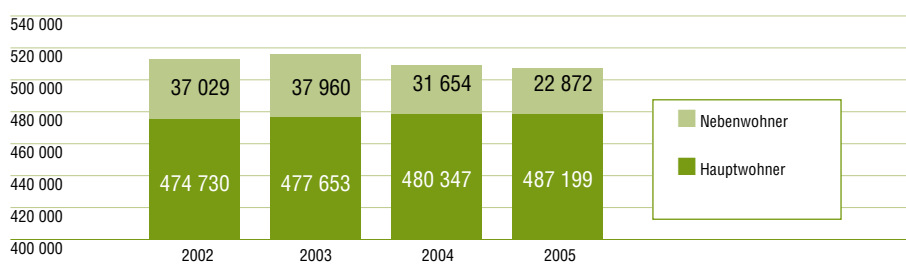
1.1 Bevölkerung

Gesamtstädtische Stabilisierung der Einwohnerzahl mit positiver Tendenz bis 2015

Am 31. Dezember 2005 hatte die Stadt Dresden 487 199 Einwohner mit Hauptwohnsitz. Die positive Entwicklung seit 1999 setzte sich damit fort. Zum Bevölkerungswachstum trugen mehrere Faktoren bei:

- Die Anzahl der Sterbefälle blieb 2004¹⁾ gegenüber dem Vorjahr fast gleich.
- Die ca. 4 700 Geburten übertrafen den Vorjahreswert um fünf Prozent. Das Geburtendefizit verringerte sich damit auf unter 100, ein Wert, der seit 1966 nicht mehr erreicht wurde.
- Der Wanderungsgewinn von fast 2 800 Einwohnern resultierte vor allem aus dem erhöhten Zuzug aus den neuen Bundesländern (einschließlich Sachsen) und dem Ausland.
- Der Wanderungsverlust gegenüber den alten Bundesländern ging zurück.
- Die Zahl der Nebenwohner sank seit 2002 um ca. 14 000. Großen Einfluss darauf hat die Einführung der Zweitwohnungssteuer zum 1. Januar 2006, die schon 2005 stark spürbar war (Abmeldung von Nebenwohnungen, Wohnungsstatuswechsel Neben- zu Hauptwohnung, vor allem auch bei Studenten, um die städtische Umzugsbeihilfe in Anspruch nehmen zu können). Außerdem erfolgte eine Bereinigung des Melderegisters um Personen aus reinen Nebenwohnerhaushalten, deren Angehörige länger als acht Jahre an der jetzigen Adresse gemeldet waren und deren Abmeldungen fehlten.

Einwohner mit Haupt- und Nebenwohnsitz



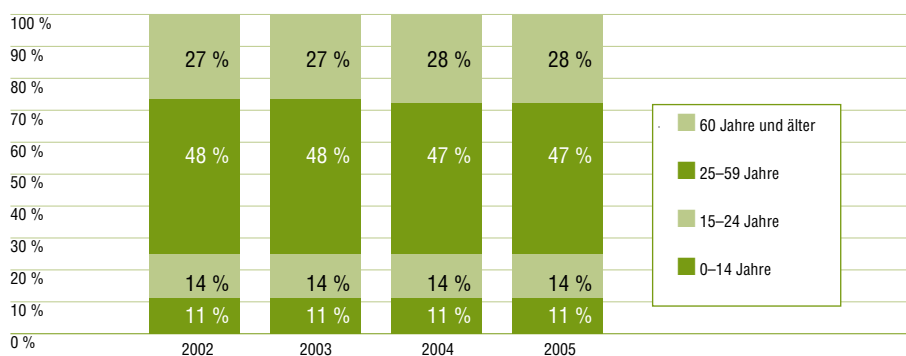
Am Jahresende 2004 lebten 18 188 Ausländer in Dresden; das sind 3,8 Prozent der Gesamtbevölkerung. Ihr Anteil ist seit 2002 (3,4 Prozent) leicht gestiegen.

Die Altersstruktur hat sich kaum geändert. Die Altersgruppe der Einwohner ab 60 Jahre nahm zwischen 2004 und 2005 um 770 Personen zu. Das Ortsamt Altstadt hat mit durchschnittlich 44 Prozent die meisten Einwohner dieser Altersgruppe. In der Wilsdruffer Vorstadt/Seevorstadt West lag der Anteil bei mehr als 50 Prozent. Eine Ausnahme bildet die Friedrichstadt mit 21 Prozent Altenanteil.

Die Zahl der Haushalte ist durch den anhaltenden Trend zur Singularisierung und den Bevölkerungszuwachs weiter leicht gestiegen. Sie erhöhte sich von 242 857 (2000) über 249 584 (2002) auf 264 667 im Jahr 2005. Die durchschnittliche Haushaltsgröße veränderte sich von 1,94 Personen pro Haushalt im Jahr 2002 auf 1,86 Personen pro Haushalt im Jahr 2005.

¹⁾ Die endgültigen Daten für 2005 lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

Entwicklung der Einwohner mit Hauptwohnsitz (Anteile der Altersgruppen)



Die Entwicklung der Anteile der einzelnen Haushaltsgrößen an der Gesamthaushaltszahl stellt die nebenstehende Tabelle dar.

Im Städtevergleich der zehn größten Städte im mitteldeutschen Raum auf Basis der Daten des Jahres 2003 gehört Dresden zu den fünf Städten, die eine positive Bevölkerungsentwicklung verzeichnen. Im Städtevergleich der Landeshauptstädte der Bundesrepublik Deutschland weist Dresden neben Potsdam, Düsseldorf, Hamburg, München und Wiesbaden im Jahr 2004 gegenüber 2000 eine positive Bevölkerungsentwicklung von mehr als einem Prozent auf.

Bewertung ↗

Handlungsansatz

Kommunale Aktivitäten, um bestimmte Einwohnergruppen, zum Beispiel Familien, in Verbindung mit der Schaffung von Arbeits-, Ausbildungs- und Kinderbetreuungsplätzen zum Verbleib oder zum Zuzug zu gewinnen.

Stabilisierung der Wohnbevölkerung in den Stadtteilen

Die Umzugsmobilität der Einwohner ist weiter zurückgegangen: 2004 zogen innerhalb der Stadtgrenzen 34 588 Personen, das entspricht ca. 18 100 Haushalten (2001: 19 200), um, davon etwa 37 Prozent innerhalb ihres Stadtteils. Die Schwankungsbreite der Saldi der Außen- und Binnenwanderungen hat sich in den vergangenen drei Jahren verringert.

Die Auswirkung der Wanderungen auf die einzelnen Stadtteile ist nach wie vor differenziert (vgl. Karte Einwohnerentwicklung in den Dresdner Stadtteilen 2001–2004; Anlage A 1):

- Einwohnerverluste von mehr als zehn Prozent gab es in Gorbitz-Nord/Neu-Omsewitz. Zwischen fünf und zehn Prozent ihrer Einwohner verloren die Pirnaische Vorstadt, Prohlis-Nord, Strehlen und Räcknitz/Zschertnitz.
- Zuwachs konnte vor allem in den Sanierungsgebieten Neustadt, Pieschen und Löbtau sowie im Weiterentwicklungsgebiet Johannstadt verzeichnet werden. Auch in Blasewitz, Striesen-Ost, Loschwitz/Wachwitz, Lockwitz, der Südvorstadt, Plauen und Naußlitz nahm die Einwohnerzahl zu.

In den meisten Stadtteilen schwankt die Einwohnerzahl im Rahmen der normalen Fluktuation. Trotz Stadtentwicklungsmaßnahmen (siehe auch Kapitel 2.3) weisen immer noch Stadtteile mit einem hohen Anteil an Plattenbauten Verluste auf. Einwohnerzuwachs gab

Personenhaushaltsgrößen (PHH) in Prozent zur Gesamtzahl der Haushalte

	1-PHH	2-PHH	3-PHH	4-PHH	5-PHH und mehr
2001	43,2	31,0	14,9	8,7	2,2
2002	43,8	31,2	14,6	8,2	2,2
2003	44,4	31,2	14,3	8	2,1
2004	45,0	31,2	14,0	7,7	2,1
2005	47,0	31,0	13,0	7,1	1,9

Wanderungen über Ortsamtsgrenzen, Saldi in Prozent



es in Stadtteilen mit fortschreitender Altbausanierung, darunter in den Sanierungsgebieten.

Bewertung ↗

Handlungsansatz

Monitoring zum Wanderungs- und Umzugsverhalten der Bevölkerung (siehe Teil C) zur Prüfung der Wirksamkeit von Stadtentwicklungsmaßnahmen.

Einflussnahme auf die soziale Segregation in den Stadtteilen

Segregationerscheinungen sind unter anderem an der Entwicklung des Anteils ausgewählter Bevölkerungsgruppen im Vergleich zur Entwicklung in der Gesamtstadt ablesbar. Die folgende Tabelle enthält die Stadtteile mit einem **überdurchschnittlichen Arbeitslosen- bzw. Sozialhilfeempfängeranteil** und die Veränderungen gegenüber 2001. Fett dargestellt sind die besonders negativen Entwicklungen in den ausgewählten Stadtteilen im Berichtszeitraum.

Stadtteil	Anteil Arbeitsloser an Erwerbsfähigen 2004	Arbeitslose Änderung 2004 zu 2001	Anteil Sozialhilfe- empfänger 2004	Sozialhilfeempfänger Änderung 2004 zu 2001
	in Prozent	in Prozent	in Prozent	in Prozent
Dresden gesamt	11,2	-0,6	3,7	0,5
Seevorstadt-Ost/Strehlen-Nordwest	10,3	1	3	1,2
Johannstadt-Süd	10,9	-0,1	3,8	0,8
Wilsdruffer-/Seevorstadt-West	12,4	-0,2	3,4	0,5
Kaditz	12,5	-1,2	5,1	1,4
Großschachwitz	13	0,2	3,5	1,2
Innere Altstadt	13,6	2,9	3,3	0,7
Leipziger Vorstadt	14	-1,6	7,4	1,0
Cotta/Friedrichstadt	14	-0,6	5,9	1,5
Löbtau-Süd	14,1	0,4	6	1,0
Pieschen-Nord/Trachenberge	14,3	0,2	6,6	2,1
Pirnaische Vorstadt	14,9	-2,9	4,6	-0,3
Löbtau-Nord	15,5	-0,6	7,5	1,9
Strehlen/Reick-Nordwest	15,8	0,3	8	1,7
Prohlis-Nord	16,4	-0,7	5,3	1,0
Pieschen-Süd/Leipz. Vorstadt	16,7	-0,8	9,9	1,3
Gorbitz-Ost	16,7	1,5	5,8	2,7
Friedrichstadt	19,2	1,9	11,5	2,8
Gorbitz-Nord/Neu-Omsewitz	19,2	1,2	8,5	2,3
Gorbitz-Süd	19,4	0,9	7,6	2,8
Prohlis-Süd	19,7	1,6	8,7	2,4

Die meist überdurchschnittlichen Anteile sind zum Teil gegenüber 2001 gestiegen und zeigen damit weitere Tendenzen der Segregation. Besondere Probleme zeichnen sich in Strehlen, Prohlis, Gorbitz und der Friedrichstadt ab.

Bevorzugte Wohnstandorte ausländischer Mitbürger sind preisgünstige Wohnungen in den Stadtteilen Friedrichstadt, Pieschen, Leipziger Vorstadt (unsanierte Altbauten), Innere Altstadt, Johannstadt, Seevorstadt Ost (Plat-

tenbauten), in multikulturellen Stadtteilen (Innere und Äußere Neustadt) und in der Nähe der Technischen Universität. Der Anteil ausländischer Mitbürger ist auch in Stadtteilen außerhalb der Innenstadt leicht gestiegen, zum Beispiel in Blasewitz und Schönfeld/Weißig.

Ein weiterer Hinweis auf die Veränderung der sozialen Strukturen ist die Entwicklung des Äquivalenzeinkommens (siehe auch Teil C Indikatoren) in den einzelnen Stadtteilgruppen

auf Grundlage der KBU 2002 und 2005 und der Anteil der Haushalte mit Einkommen unterhalb der Armutsgrenze.

Das Äquivalenzeinkommen ist in Dresden insgesamt geringfügig gesunken. Stadtteile mit überdurchschnittlichen Senkungsraten und dazu einem überdurchschnittlichen Anteil von Haushalten mit Einkommen unterhalb der Armutsgrenze sind der 26-er Ring, die Friedrichstadt, die Leipziger Vorstadt, Pieschen,

Einkommensentwicklung Dresdner Haushalte

Äquivalenzeinkommen (in Euro)	KBU 2002	KBU 2005	Entwicklung	Haushalte mit < 50 % des Äquivalenzeink.
	Median	Median	in Prozent	in Prozent
Dresden	1238	1214	-1,9	8
Altstadt – 26er Ring, Friedrichstadt	1191	1133	-4,9	14
Altstadt – Johannstadt	1174	1200	2,3	8
Neustadt – Äußere und Innere Neustadt	1200	1206	0,5	12
Neustadt/Pieschen – Leipziger Vorstadt, Pieschen	1194	1075	-10,0	11
Pieschen – Kaditz, Mickten, Trachau	1185	1196	0,9	8
Klotzsche – OA Klotzsche und nördl. Ortschaften	1326	1333	0,6	4
Loschwitz – OA Loschwitz und Schönfeld-Weißig	1467	1334	-9,0	2
Blasewitz – Blasewitz, Striesen	1348	1363	1,2	4
Blasewitz – Tolkewitz, Seidnitz, Gruna	1290	1269	-1,6	6
Leuben – OA Leuben	1282	1182	-7,8	5
Prohlis – Prohlis, Reick	1071	1108	3,5	14
Prohlis – Niedersedlitz, Leubnitz, Strehlen	1296	1250	-3,6	9
Plauen – Südvorstadt, Zschernitz	1200	1291	7,6	11
Plauen – Mockritz, Coschütz, Plauen	1339	1300	-2,9	5
Cotta – Cotta, Löbtau, Naußlitz, Dölzschen	1279	1091	-14,7	12
Cotta – Gorbitz	1000	1062	6,2	16
Cotta – Briesnitz	1193	1303	9,2	4

Cotta, Löbtau, Naußlitz und Dölzschen. Stadtteile mit einem hohen Armutsanteil, aber doch positiver Einkommensentwicklung sind die Äußere und Innere Neustadt, Prohlis, Reick und Gorbitz.

Bewertung →

Handlungsansätze

- Voraussetzung zur Senkung des Anteils der Arbeitslosen, der Sozialhilfeempfänger und damit der Haushalte mit Einkommen unterhalb der Armutsgrenze ist die Verbesserung des Angebotes an Arbeitsplätzen.
- Beobachtung der Auswirkung der sozialen (Hartz IV, Rentenentwicklung) und demografischen Veränderungen.
- Im Rahmen von Maßnahmen zur Stadtentwicklung und mit dem Einsatz von Fördermitteln ist ein qualitativ breit gefächertes Angebot (anspruchsvoll bis sozialverträglich) für alle Bedarfsgruppen in den einzelnen Stadtteilen zu schaffen.

Handlungsansatz

Konzentration der Stadtentwicklung und des Stadtbbaus auf Gebiete mit überdurchschnittlicher Unzufriedenheit. In den anderen Gebieten ist die Wohnqualität zu erhalten.

Bedarfsgerechte Weiterentwicklung und Aufwertung des Wohnungsbestandes, der Stadt- und Quartiersstrukturen. Erfüllung der qualitativen Wohnansprüche in ihrer ganzen individuellen Breite möglichst im Bestand

Ende 2004 hatte Dresden 294 014 Wohnungen. Erstmals seit den Eingemeindungen 1999 ist der Wohnungsbestand von 2003 zu 2004 um 975 Wohnungen gesunken. Der Abriss von Wohnungen war im Jahr 2004 mit 1 008 Wohnungen etwa doppelt so hoch wie 2003 (480 Wohnungen). In Eigenheimen befanden sich 34 118 Wohnungen, das entspricht 11,6 Prozent des Gesamtbestandes. (Ende 2001 waren es 32 724 Wohnungen.)

2004 wieder leicht an.

Die quantitative Wohnungsversorgung der Haushalte blieb im Berichtszeitraum relativ stabil. Jeder Dresdner verfügt im Durchschnitt über 37,5 Quadratmeter Wohnfläche. Die Durchschnittsgröße einer Wohnung beträgt in Dresden 65,3 Quadratmeter.

Im bewohnten Bestand hat sich die Wohnungsausstattung laut KBU 2005 im Vergleich zu 2002 weiter verbessert: Der Anteil der mit Einzel- oder Mehrtraumofenheizung ausgestatteten Wohnungen ging zugunsten von Wohnungen mit Etagen-, Gebäudezentral- und Fernheizung auf zwei Prozent (2002: drei Prozent) zurück. Die Wärmeerzeugung erfolgt wie bisher zu 90 Prozent mit den umweltfreundlichen Energiearten Gas und Öl.

Die in Dresden vorhandenen Wohnungen sind zu 99 Prozent (2002: 95 Prozent) mit Bad ausgestattet; 73 Prozent (2002: 68 Prozent) haben einen Balkon, eine Loggia, Veranda oder Terrasse.

Laut KBU 2005 beabsichtigen 29 Prozent (2002: 33 Prozent) der Haushalte umzuziehen,

■ 1.2 Wohnen

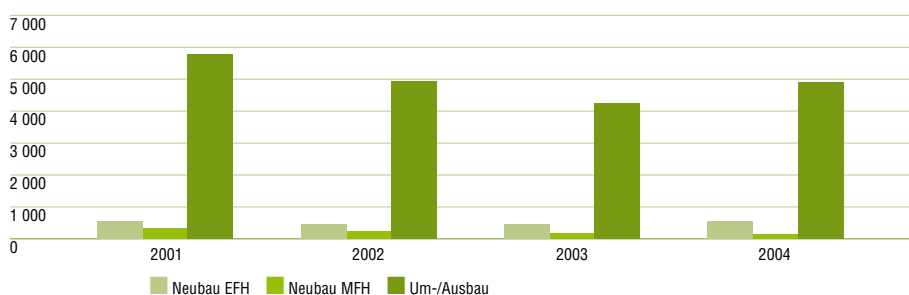
Profilierung des Wohnstandortes Dresden

Das Profil einer Stadt wird von den vorhandenen wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen, kulturellen Angeboten und landschaftlicher Attraktivität bestimmt. Die Zufriedenheit der Dresdner mit diesen Faktoren spiegelt sich in den Ergebnissen der Kommunalen Bürgerumfrage (KBU) wider. Da die subjektive Fragestellung nach der Zufriedenheit nicht Gegenstand der KBU 2005 war, konnten im Berichtszeitraum keine neuen Erkenntnisse gegenüber dem Stadtentwicklungsbericht 2003 erzielt werden. Mehr als 70 Prozent der Einwohner waren mit der Stadt insgesamt, mit ihrer Wohnung und mit der Wohnumgebung zufrieden; unzufrieden waren zirka fünf Prozent. Die meisten Unzufriedenen mit der Wohngegend waren Einwohner von Prohlis/Reick, Gorbitz, der Innenstadt/ Friedrichstadt und der Leipziger Vorstadt/Pieschen (siehe Teil C Indikatoren).

Im Vergleich mit anderen Städten lag Dresden in der Bewertung dieser drei Komponenten der Wohnzufriedenheit mit Stuttgart und Hannover etwa auf gleichem Niveau, besser bewertet als Frankfurt, Leipzig und Halle.

Bewertung →

Fertiggestellte Wohnungen in Dresden einschließlich in eingemeindeten Ortschaften



Der Schwerpunkt der Wohnungsbautätigkeit lag auf der Qualitätsverbesserung durch Um- und Ausbau. Der Neubau von Mietwohnungen ist auf Grund der Marktlage weiter zurückgegangen. 2004 wurden etwa 700 Neubauwohnungen und ungefähr 5 000 Wohnungen durch Um- und Ausbau fertiggestellt.

Der Eigenheimbau (Neu-, Um- und Ausbau) ging mit Fertigstellungszahlen von 2001: 643, 2002: 555, 2003: 555, 2004: 722 in den Jahren 2002/2003 etwas zurück, stieg aber

Quantitative Wohnungsversorgung der Haushalte

Haushaltsgröße	Raumzahl in der Wohnung		Wohnfläche in Quadratmeter	
	2002	2005	2002	2005
1 Person	2,1	2,1	53,1	53,6
2 Personen	3,0	2,9	72,1	72,1
3 Personen	3,5	3,4	86,8	84,6
4 Personen	4,2	4,1	97,9	101,0
5 Personen und mehr	4,9	4,7	124,3	124,7

13 Prozent davon wollen diesen Wunsch in den nächsten zwei Jahren realisieren; das entspricht knapp 10 000 Haushalten.

Ein großer Teil der Haushalte, die einen Umzug planen, wollen in ihrem jetzigen (46 Prozent; 2002: 38 Prozent) oder einem anderen Dresdner Stadtteil (26 Prozent ; 2002: 30 Prozent) oder in der näheren Umgebung bleiben. Die Umzugsabsichten in die alten Bundesländer sind von 13 (2002) auf acht Prozent zurückgegangen. Die geplanten Umzüge sind am stärksten beruflich (29 Prozent) oder familiär (30 Prozent) begründet. Eine Rolle spielt auch der Wunsch nach einer moderner ausgestatteten Wohnung (20 Prozent), mehr Grün im Wohnumfeld (20 Prozent), mehr Ruhe und Naturnähe (23 Prozent) und einem anderen sozialen Umfeld (18 Prozent).

Die durchschnittlichen monatlichen **Gesamtwohnkosten** sind laut KBU gegenüber 2002 um knapp 50 Cent/Quadratmeter gestiegen und liegen bei 7,02 Euro/Quadratmeter (2002: 6,56 Euro/Quadratmeter). Die höchste Steigerungsrate ist bei der Grundmiete zu verzeichnen (30 Cent/Quadratmeter). Die monatlichen kalten Betriebskosten stiegen um neun Cent/Quadratmeter, die Kosten für Heizung und Warmwasser um sieben Cent/Quadratmeter.

Die Entwicklung war zwischen den einzelnen Stadtteilgruppen differenziert. Während im Ortsamt Klotzsche/nördliche Ortschaften und im Ortsamt Loschwitz/Schönfeld-Weißig die Wohnkosten sanken, stiegen sie in anderen Stadtteilgruppen an – unter anderem in den Plattenbaugebieten sowie besonders in Cotta, Löbtau, Naußlitz und Dölzschen sowie Briesnitz und den westlichen Ortschaften.

Preisgünstige Wohnungen für ausländische Mitbürger wurden zum großen Teil durch das Sozialamt vermittelt. Punktuelle Konzentrationen sind ansatzweise in Prohlis, Gorbitz und Reick erkennbar.

Reduzierung des Leerstands vorrangig zur Aufwertung von Wohngebieten durch Umbau

Der Leerstand ging gegenüber 2002 von 15,1 auf 12,8 Prozent (rund 6 800 Wohnungen) zurück. Ende 2004 standen 37 529 Wohnungen leer. Unter Berücksichtigung einer Fluktuationsreserve von vier Prozent gibt es noch einen Überhang von etwa 26 000 Wohnungen.

In den meisten Stadtteilen ging der Leerstandsanteil zurück (siehe Anlage A 3). In den Stadtteilen mit größeren Plattenbaugebieten wie Prohlis-Nord (26,6 Prozent), Niedersedlitz (20,6 Prozent) und Strehlen (18,5 Prozent) stieg der Leerstand zu den bereits vorhandenen hohen Werten in den letzten drei Jahren überdurchschnittlich an. Leicht steigende Tendenz war auch in Tolkewitz/Seidnitz und Reick zu verzeichnen. Dagegen konnte der Leerstand in fast allen Sanierungsgebieten mit dem Fortschreiten der Sanierungsmaßnahmen wesentlich verringert werden. Als Auswirkung der Stadtumbaumaßnahme Kräutersiedlung (EWG) zeichnet sich in Gorbitz/Neu-Omsewitz ein deutlicher Leerstandsrückgang (-10,1 Prozent) ab. In Reick konnte die Leerstandszunahme im Rahmen von Stadtumbaumaßnahmen gebremst werden, in Prohlis-Nord ging der Leerstand um etwa zwei Prozent zurück. Trotzdem liegt er in den Schwerpunktgebieten des Stadtumbaus noch deutlich über dem angestrebten Ziel von zehn Prozent (siehe Kapitel 2.3 und Teil C Indikatoren). Die Auswirkungen der Stadtratsbeschlüsse zur Zweitwohnungssteuer und zur Übernahme der angemessenen Kosten der Unterkunft im Zusammenhang mit der Sozialgesetzgebung Hartz IV ist zur Zeit statistisch noch nicht absehbar.

Insgesamt wurden in Dresden bis Mitte 2005 zirka 1 500 Wohnungen rückgebaut. Bis 2009 ist der Rückbau von insgesamt 7 000 Wohnungen vorgesehen.

Bewertung ↗

Handlungsansätze

- Die Entwicklung des Wohnungsbestands einschließlich der Mieten und des Bedarfs ist regelmäßig zu analysieren (Wohnungsmarktbericht).
- Bei der Weiterentwicklung/Aufwertung des Wohnungsbestandes sind auch bedarfsbezogene Besonderheiten von Seniorenhaushalten, Haushalten mit geringen Einkommen und Haushalten aus anderen Kulturkreisen zu berücksichtigen.
- Die Entwicklung des Ausländeranteils ist bezüglich Steigerungsrate und Wohnkonzentrationen zu beobachten, um eventuelle Integrationsprobleme rechtzeitig zu erkennen und zu beeinflussen.

Bewertung ↗

Handlungsansatz

Vertiefung des Stadtumbaukonzeptes entsprechend der aktuellen und prognostischen teils räumlichen Entwicklungen in enger Zusammenarbeit mit den Wohnungsunternehmen. Bei Bedarf Änderung oder Neuausweisung von Stadtumbaugebieten.

Unterstützung bei der Bildung von Wohneigentum, stärkere Förderung selbstgenutzten Wohneigentums im Bestand

Die Fertigstellungszahlen im Bereich Wohneigentum im Berichtszeitraum sind in nebenstehender Tabelle aufgelistet.

Mit Hilfe der jährlich aufgelegten Eigentumsprogramme des Freistaates Sachsen wurde in den Jahren 1999 bis 2002 der Neubau oder Erwerb von 865 Einfamilienhäusern und 304 Eigentumswohnungen (davon 141 Eigenheime und 125 Eigentumswohnungen im Altbau) gefördert. Diese Eigentumsprogramme wurden im August 2002 geschlossen. Die Förderung des Eigentumserwerbs über die Eigenheimzulage des Bundes wurde Ende 2005 eingestellt.

Potenzielle Eigentumserwerber finden allgemein seit längerer Zeit auf dem Markt bezüglich Grundstückspreis, Hauspreis und Zinssatz günstige Bedingungen vor. Zusätzlich gewährt die Sächsische Aufbaubank ab 2005 zinsgünstige Darlehen an Eigentumserwerber, wenn diese eine städtebauliche und wohnungspolitische Zustimmung der Stadt vorweisen können. Auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gewährte zum Eigentumserwerb zinsgünstige Kredite, wenn die Übereinstimmung mit den Zielen der Stadtentwicklung durch eine entsprechende Stellungnahme der Stadt bestätigt wurde.

Die Eigentumsverhältnisse im Wohnbereich haben sich laut KBU seit 2002 nicht verändert.

Bewertung →

Wohnungsneubau bei vorrangiger Orientierung auf Innenentwicklung, Konzentration des Eigenheimbaus auf integrierte Standorte, Geschosswohnungsneubau nur in Einzelfällen

Bedeutender denn je ist der Stadtentwicklungsgrundsatz „Innen- vor Außenentwicklung“ für den Wohnsektor geworden und hat das „Urbane Wohnen“ in den Blickpunkt gerückt.

Vor dem Hintergrund des Wohnungsüberangebotes, des Leerstandes, der zahlreichen Brachflächen, des ausreichenden Angebotes von Wohnbauflächenpotenzialen einerseits und des weiteren Bedarfes an Eigenheimen sowie der positiven Resonanz auf bereits umgesetzte innerstädtische Projekte andererseits, sind im Wohnungsneubau weitere konkrete Schritte zur Orientierung und Konzentration des Eigenheimbaues auf integrierte innerstädtische Standorte unternommen worden. In der

Fertigstellung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen			
	2002	2003	2004
Eigenheime	555	555	722
darunter Neubau	436	439	516
Eigentums-Wohnungen	1337	850	816
darunter Neubau	186	152	82

Stellungnahmen der Stadt		
	2003	2004
Stellungnahmen gesamt	133	141
darunter:		
WOBA/WG	7	11
sonstige Gesellschaften	10	
privat	92	95

Eigentumsverhältnisse im Wohnbereich			
Es wohnten...	KBU 1998	KBU 2002	KBU 2005
	in Prozent	in Prozent	in Prozent
zur Miete	91	87	87
im eigenen Haus	7	10	10
in ihrer Eigentumswohnung	2	3	3

Kiefernstraße (Sanierungsgebiet Hechtviertel), am Alaunplatz (Äußere Neustadt), auf dem ehemaligen Bramschgelände (Sanierungsgebiet Friedrichstadt) und am Schützenplatz (Stadtzentrum) werden derzeit innerstädtische Pilotprojekte mit innovativen Wohnangeboten entwickelt.

In Dresden gibt es noch zahlreiche dieser zentrumsnahen Standorte, wo alternative Angebote für individuelles Wohnen realisiert werden können. Auf der Grundlage des Flächennutzungsplanes wurden innerstädtische Potenziale für zirka 1 500 Wohneinheiten erfasst. Kleinere integrierte Standorte für jeweils etwa zehn Wohneinheiten sind vorrangig in den Ortsämtern Altstadt und Neustadt zu finden. Größere Potenzialflächen sind an der Gerokstraße, an der Geisingstraße, in Seidnitz, Strehlen und Plauen vorhanden (siehe Anlage A 4). Zur Mobilisierung dieser Potenziale, die das konstruktive Zusammenwirken aller Akteure der Politik, Verwaltung, Grundstücks-

eigentümer, Anbieter und Nachfrager, Planer, Bauträger und Banken erfordert, wird in der Landeshauptstadt Dresden ein Wohnbauflächenmanagement als neues Dienstleistungsangebot des Stadtplanungsamtes entwickelt. Mit der Erfassung und Registratur der Wohnbauflächenpotenziale im Wohnbauflächenkataster der Stadt und der Veröffentlichung der Wohnungsbaustandorte seit Februar 2004 im Internet (www.dresden.de/Wohnen/Wohnungsbaustandorte) ist der erste und wichtige Schritt für ein erfolgreiches Flächenmanagement bereits getan.

Geschosswohnungsneubau hat im Berichtszeitraum keine Rolle gespielt.

Bewertung ↗

Handlungsansätze

- Mit der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes ist die bedarfsgerechte Reduzierung von Wohnbauflächen nach dem

Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ zu prüfen. Im Wohnungsneubau soll die vorrangige Orientierung auf Innenentwicklung und die Konzentration des Eigenheimbaues auf integrierte innerstädtische Standorte verstärkt weitergeführt werden.

■ Durch ein gezieltes Wohnbauflächenmanagement ist die Aktivierung dieser Standorte zu unterstützen (unter anderem die Ergänzung der kleineren Innenentwicklungspotenziale im fortschreibungsfähigen Flächenkataster; Bildung von Bauherrengemeinschaften und Wohnprojekten; Beratung zu Fördermöglichkeiten und Finanzierung).

■ Auf Neuerschließung/Entwicklung von nicht integrierten Wohnungsbaustandorten im Außenbereich soll verzichtet werden. Das betrifft insbesondere die Flächen im Überschwemmungsgebiet und einen großen Teil der erst langfristig realisierbaren Standorte mit aufwändiger Erschließung und weiteren großen Hemmnissen.

Unterstützung von Bevölkerungsgruppen mit besonderem Wohnbedarf

Von den umzugswilligen Haushalten wünschen sich ein Prozent (750 Haushalte) eine behindertengerechte, acht Prozent (5 950 Haushalte) eine altengerechte und drei Prozent (2 200 Haushalte) eine Wohnung mit Betreuung.

Der Anteil der alten- und behindertengerechten Wohnungen hat sich nach Einschätzung ihrer Bewohner laut KBU 2002 und 2005 von 12 auf 15 Prozent und der Anteil der rollstuhlgerechten Wohnungen von drei auf vier Prozent des Gesamtwohnungsbestandes erhöht. Bestand, Nachfrage und Richtwerte für barrierefreien Wohnungen für ältere und schwerbehinderte Bürger stellen sich wie folgt dar:

Sowohl bei der Bevölkerung – im Rahmen der KBU – als auch bei Fachleuten (Bauherren, Planungsbüros, Immobilienverwaltern und andere) gibt es große Unsicherheiten in der Kenntnis der DIN-Vorschriften, welche die großen Differenzen zwischen den Angaben in der Tabelle erklären. Statistiken und Befragungen zu barrierefreien Wohnungen sind deshalb immer fragwürdig.

Die Zahl der rollstuhlgerechten Wohnungen ist gegenüber 2002 um etwa 110 gestiegen. Trotzdem fehlen noch ungefähr zwei Drittel der laut Richtwert notwendigen Wohnungen. Auch die Zahl der alten- und behindertengerechten Wohnungen entspricht gemäß Statistik noch nicht den Richtwerten. Dieses Defizit kann größtenteils durch Wohnungen mit moderner Ausstattung in Gebäuden mit Aufzug ausgeglichen werden. Auch Rollstuhlfahrer versuchen, in Wohnungen mit zusätzlichen an die Situation angepassten Einbauten zurechtzukommen, um in ihrem vertrauten Umfeld mit funktionierenden Nachbarschaften bleiben zu können. Das erklärt die hohen Anteile solcher Wohnungen laut KBU 2005 im Gegensatz zu der vom Stadtplanungsamt erarbeiteten Übersicht.

Zusätzlich zu den DIN-gerechten Wohnungen wurden mit Hilfe städtischer Mittel (entsprechend der 2000 beschlossenen Wohnungsanpassungsrichtlinie) seit 2002 weitere 115 Wohnungen (seit 2000 insgesamt 191) an die aktuellen Bedürfnisse ihrer Bewohner angepasst. Die Verteilung der barrierefreien rollstuhlgerechten und alten- bzw. behindertengerechten Wohnungen im Stadtgebiet siehe Anlage A 2.

Auch bei der Wohnform Betreutes Wohnen bestehen Unsicherheiten hinsichtlich der Erwartung an die Ausstattung der Wohnung und des Betreuungsangebotes. Zur Unterstützung der Haushalte bei der Suche einer solchen Wohnung wird zur Zeit an einer Richtlinie zur Vergabe eines „Qualitätssiegels für betreutes Wohnen“ gearbeitet.

Bewertung ↗

Handlungsansätze

■ Die Erweiterung des Wohnungsangebotes für Senioren ist weiter zu fördern. Auf eine entsprechende Gestaltung des Wohnumfeldes ist dabei zu achten, denn sie gewinnt für die selbstbestimmte Teilhabe der älteren Bürger am gesellschaftlichen Leben mehr und mehr an Bedeutung.

■ An der Angebotsverbesserung an Rollstuhlfahrerwohnungen ist mit den Wohnungsunternehmen im Rahmen von Stadtumbau- und Aufwertungsmaßnahmen weiter zu arbeiten. Dabei ist der Zusammenhang zwischen Wohnung und einem barrierefreien Wohnumfeld als Voraussetzung für die Vermietbarkeit der Wohnung unbedingt zu beachten.

■ Es müssen neue Möglichkeiten zur Bereitstellung von Mitteln zur Wohnungsanpassung gefunden werden, da die städtischen Mittel fast aufgebraucht sind.

Anzahl barrierefreier Wohnungen		
	rollstuhlgerecht	alten-/behindertengerecht
Vorhandene Wohnungen laut KBU 2005	12 000	44 000
Richtwerte des Sächsischen Ministeriums für Gesundheit, Soziales und Familie in Abhängigkeit von der Bevölkerungszahl	1 400	19 000
Statistik vorhandener Wohnungen laut Umfrage nach Wohnungseinheiten nach DIN 18 025 bei Wohnungsunternehmen und sonstigen Eigentümern	451	1 350
Wohnwünsche laut KBU 2005	750	5 950

Unterstützung einkommensschwacher Haushalte bei der Wohnraumversorgung, Sicherung preiswerter Wohnungen im Rahmen der städtischen Möglichkeiten

Die Stadt Dresden verfügte Ende 2005 über etwa 6 000 belegungsgebundene Wohnungen.

fünf Euro pro Quadratmeter aufwärts und sind damit für Haushalte mit mittleren Einkommen und Wohnberechtigungsschein geeignet, für hilfsbedürftige Haushalte aber in der Regel nicht mehr bezahlbar.

Mit der weiteren Veränderung der sozialen (Hartz IV, Rentenentwicklung) und demogra-

Unterstützung einkommensschwacher Haushalte bei der Wohnraumversorgung						
Grundlage	Eigentümer	Wohnungen gesamt	Wohnungen leer	Stadtteile	Miete	Anzahl Wohn- berechtigungs- scheine
Sächsisches Belegungsrechtsgesetz	WOBA	4 350	480 (davon 42 Ein-/Zwei- raumwohng.)	mit WOBA- Beständen	3,50 Euro/m ² (unsanierter Plattenbau) bis 4,50 Euro/m ² (sanierter Plattenbau)	441
Belegungsrechte in mit Städtebaufördermitteln geförderten Wohnungseinheiten (Sanierungsgebiete)	verschieden	1 535	80	Äußere Neustadt, Pieschen	4,09 Euro/m ² bis 5,11 Euro/m ²	238
Landesmietwohnungsprogramm in Verbindung mit den städtischen Beschlüssen zum Aufwendungs-/ Baukostenzuschuss	verschieden	103				

Die Zahl der nach dem Sächsischen Belegungsrechtsgesetz gebundenen Wohnungen ist gegenüber 2003 um etwa 4 100 zurückgegangen. Gründe dafür sind:

- die Einstellung der Vermietung aus wirtschaftlichen Gründen (hoher Anteil schwer vermietbarer Wohnungsgrößen) oder aufgrund des Bauzustandes (Altbau)
- der Abriss/Rückbau im Rahmen von Stadtumbaumaßnahmen
- der Verkauf von Wohnobjekten oder die Sanierung/Modernisierung und damit verbundene Änderungen der Mietkonditionen.

Durch diese Verringerung sind gebietsweise Konzentrationen bestimmter Personengruppen immer schwerer zu vermeiden. Die Mieten der belegungsgebundenen Wohnungen entsprechen den Grenzen der Angemessenheit für die Kosten der Unterkunft für Empfänger von ALG II. Nach Einführung dieses Gesetzes ist der Bedarf an Wohnungen in diesem Bestand gestiegen, so dass bereits stillgelegte Objekte wieder vermietet wurden.

Zusätzlich zu den aufgeführten Wohnungen gibt es noch etwa 6 200, die mit Mitteln aus dem Mietwohnungsprogramm des Landes Sachsen ohne Kombination mit städtischen Mitteln geschaffen wurden. Da deren Mietpreisbindung von vier Jahren bereits abgelaufen ist, liegen die Mieten zur Zeit in Spannen ab

fischen Bedingungen (Veränderung der Altersstruktur) wird die Nachfrage nach preisgünstigen Wohnungen mit Mieten in den vom Stadtrat festgelegten angemessenen Grenzen für Kosten für Unterkunft und Heizung steigen. Im Gegensatz dazu sind laut KBU die Gesamtwohnbkosten seit 2002 um zirka 50 Cent pro Quadratmeter gestiegen, und die Zahl preisgünstiger Plattenbauwohnungen nimmt im Ergebnis der Stadtumbaumaßnahmen ab.

Bewertung ↘

Handlungsansatz

Im Zusammenhang mit dem steigenden Bedarf an preisgünstigen Wohnungen, der steigenden Tendenz der Mieten und Betriebskosten und den abgelaufenen Mietpreisbindungen für mit Mietwohnungsbaufördermitteln geförderten Wohnungen erarbeitet die Verwaltung derzeit im Auftrag des Stadtrates ein Konzept „Wohnungsangebote für einkommensschwache Haushalte“.

■ 1.3 Arbeiten – Gewerbe und Wissenschaft

Die bisherige Entwicklung hat die Basis für weitere positive Entwicklungen des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Dresden verstärkt. Im Hinblick auf neue Herausforderungen, wie den stark gewachsenen Standortwettbewerb (MOE-EU-Beitrittsländer 2004) um internationale Investitionen und die demografische Entwicklung muss Dresden auch künftig adäquate Standortqualitäten anbieten können. Standortnachteile, die sich für die Wirtschaftsakteure gegenüber den Wettbewerberstandorten bei Faktoren ergeben, die durch städtische Entscheidungen nicht (wesentlich) beeinflussbar sind, müssen kompensiert werden. Von großer Bedeutung dabei ist die Durchsetzung eines prinzipiell unbürokratischen und wirtschaftsentwicklungs- sowie bezüglich von Investitionsprojekten der Wirtschaft und Wissenschaft erfolgsorientierten Handelns in allen Bereichen der Landeshauptstadt.

Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe

Das Ziel der Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe richtet sich auf die langfristige Stabilisierung der Dresdner Wirtschaftsstruktur durch eine Stärkung der inneren Potenziale. Zentrales Thema war/ist dabei die Förderung des Mittelstandes. Die Aktivitäten der Stadt umfassen:

- **Förderung von Unternehmensgründungen** mit den Zielen der Realisierung von regionalen Wachstumspotenzialen sowie der Förderung von Technologietransfer und Innovationen.

In diesem Rahmen übernahm die Stadt die ideale Trägerschaft für die Messe „KarriereStart“, den Vorsitz im Messebeirat und beteiligte sich mit einem Informationsstand. Außerdem wurden vier Veranstaltungen „Gründerbüro“ organisiert und durchgeführt, welche 2005 rund 280 Besucher anzogen. Die individuelle Gründerberatung ist zudem Schwerpunkt der Beratungstätigkeit der Stadt. Allein 2005 wurden im Amt für Wirtschaftsförderung etwa 330 Beratungen zu Fragen von Unternehmensgründungen durchgeführt.

- **Bestandssicherung von KMU, Gründerförderung, Ausbildung und Qualifizierung von Arbeitskräften im Rahmen der Aktivitäten des Kommunalforums für Wirtschaft und Arbeit Dresden.**

Das Kommunalforum wurde 1996 gemeinsam von der Landeshauptstadt Dresden und dem Deutschen Gewerkschaftsbund/Kreis Dresden gegründet. Es ist ein Bündnis aus Vertretern der Dresdner Kommunalpolitik, der Agentur für Arbeit, der Gewerkschaften, der Dresdner Wirtschaft und Wissenschaft, der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer. Die Aktivitäten im Berichtszeitraum waren sehr vielfältig (siehe auch www.dresden.de). Neben einer aktiven Begleitung der Gründeraktivitäten der Stadt sind außerdem hervorzuheben:

- **Netzwerkförderung und Erarbeitung eines „Forums Netzwerke“**
- **Entwicklung eines Netzwerkes „Insolvenzvermeidung“**
- **Organisation von Vergabekonferenzen (Grundlagen, Ablauf von Vergaben unter Einbindung von Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen**
- **2004 Organisation des 1. Franchisetags**
- **Projekte zum Zusammenwachsen der Regionen und Unternehmen entlang der Grenze zu den Nachbarländern.**

- **Angebote der städtischen Beteiligungsgesellschaften** TechnologieZentrumDresden GmbH (TZD) und Dresdner Gewerbehofgesellschaft mbH (DGH) an Gründer und junge Unternehmen (KMU).

Die Bereitstellung von Büro-, Labor- und Produktionsflächen zu günstigen Mietkonditionen und der Kommunikations- und Beratungsservice der Gesellschaften stellen eine wesentliche Unterstützung für Gründer und junge Unternehmen dar. Neben den Standorten Gostritzer Straße, Königsbrücker Straße, Löbtauer Straße wurden 2003/2004 die Standorte Tatzberg und Großenhainer Straße mit insgesamt 52 Firmen in Betrieb genommen.

- **Zentrenmanagement** für die Innenstadt und städtische Nebenzentren

Hauptbetätigungsfelder der Stadt lagen in der Unterstützung örtlicher Händler und Akteure (Beratung, Information), Maßnahmen im öffentlichen Raum (Parken, Informationsstellen), Lösungsfindung bei Leerständen und Zwischennutzungen (unter anderem Lustgarten am Altmarkt) sowie in der Mitarbeit an Events (zum Beispiel 2004 „Brückenschlag“, „Hirschnacht“).

- **Aktivitäten zur Förderung der Stadtentwicklung**

Insgesamt wurden 75 Förderanträge von

klein- und mittelständischen Unternehmen mit einem Investitionsvolumen von rund 5,2 Millionen Euro bewilligt. Diese Förderanträge beziehen sich auf das „Förderprogramm VwV – Stadtentwicklung in den städtischen Problemgebieten Dresden-Weißeritz und Leipziger Vorstadt/Pieschen.

Im Berichtszeitraum kann auf eine positive Entwicklung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Dresden verwiesen werden. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg in Dresden von 2003 zu 2004 um 6,8 Prozent (zum Vergleich: Sachsen 2,5 Prozent, Deutschland -0,1 Prozent). Der Gewerbebestand stieg seit 2003 um zirka vier Prozent (zirka 1 500 Betriebe). Im Verarbeitenden Gewerbe wurde eine Umsatzsteigerung 2004 gegenüber dem Vorjahr von 19 Prozent und eine Exportsteigerung um 53 Prozent erreicht. Ausführungen zur Selbstständigen-, Arbeitslosen- und Beschäftigtenquote (siehe Indikatoren Teil C). Die Beschäftigtenquote Hochqualifizierter lag 2005 bei 19,7 Prozent, neben München der höchste Wert in Deutschland, und verdeutlicht das gute Entwicklungspotenzial der Stadt.

Bewertung ↗

Handlungsansätze

- **Fortführung der Maßnahmen zur Förderung der klein- und mittelständischen Unternehmen**
- **Aktivierung und Unterstützung der Unternehmensgründungen.**

Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Dresdens im internationalen Vergleich

Auch wenn in den Jahren 2003 und 2004 die Beseitigung von Hochwasserschäden im Vordergrund stand, so kann im Berichtszeitraum insgesamt auf eine kontinuierliche Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Stadt im nationalen und internationalen Vergleich verwiesen werden.

Im Rahmen von Städtevergleichen schloss Dresden in den zurückliegenden Jahren zunehmend mit guten bis sehr guten Bewertungen ab. Die Zeitschrift „Capital“ bewertete in ihrer Ausgabe 01/2005 die Wirtschaftskraft deutscher Regionen. Die Stadt Dresden lag auf Rang 14 (von insgesamt 60). Gegenüber 2004 konnte sie sich um 20 Plätze verbessern. Unter den ostdeutschen Städten nahm die Stadt den vordersten Platz ein. In der Zeitschrift „Wirtschaftswoche“ wurde für das Jahr 2005 die Entwicklung der Wirtschaftskraft der 50 wichtigsten deutschen Städte untersucht. Dresden besetzt für 2005/2006 Platz 10 und

ist damit stärkster Aufsteiger und mit großem Abstand beste ostdeutsche Stadt (ein Plus von 20 Plätzen gegenüber Vorjahresvergleich). Eine Auswahl herausragender Entwicklungen:

- Investitionen, BIP je Einwohner und Produktivität – Platz 1
- der Anteil Hochqualifizierter – Platz 2

In Prognosen bis 2011 wurde ein Anstieg der Wirtschaftsleistung um 21,2 Prozent und der Beschäftigung um 3,8 Prozent prognostiziert.

Die Attraktivität des Standortes Dresden im internationalen Maßstab wird durch einen Bestand von 98 ausländischen Unternehmen (Hauptherkunftsland USA) demonstriert (Stand 2004).

In den Jahren 2004/2005 wurde das Genehmigungsmanagement für gewerblich-industrielle Investitionen etabliert, ein „institutionalisierter“ Investoren-Service mit dem Ziel einer kompetenten Investorenbetreuung. Es ist ein wirkungsvolles Instrument zur Verbesserung der Dienstleistungsfunktion der Verwaltung und fördert damit die Wettbewerbsfähigkeit Dresdens.

Positive Effekte im Standortwettbewerb brachten auch wichtige Investitionen, darunter:

- die Eröffnung des Internationalen Congress Centers Dresden (ICD) und Bau des Kongresshotels
- die Inbetriebnahme des neuen Chipwerkes von AMD, der Fab 36 mit einer Investitionssumme von 2,4 Milliarden Euro und der Schaffung von rund 1 000 Arbeitsplätzen (zuzüglich 1 300 Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie), womit Dresden an die europäische Spitze der Mikroelektronik-Standorte gestiegen ist.

Wirtschaftsrelevante infrastrukturelle Maßnahmen (siehe Kapitel 1.6 und 1.7) wurden realisiert bzw. begonnen, darunter:

- die abschnittsweise Fertigstellung der BAB 17
- Planung für die Äußere Erschließung des Gewerbegebietes Promigberg
- Trink- und Abwassererschließung Nord-West-Raum, II.BA
- Verbesserung der Äußeren Erschließung Infineon
- Realisierung 1. Bauabschnitt der Äußeren Erschließung des Industrieparks Klotzsche
- Verbesserung der Äußeren Erschließung des Bioinnovationszentrums am Tatzberg
- Abschluss der Erschließung Industriegelände „Königsbrücker Straße“, II. BA, Altstandort.

Eine Gewährleistung weiterer nutzungs- und kostengünstiger Gewerbeflächenangebote für KMU durch die Stadt erfolgte 2005 unter anderem mit den Maßnahmen:

- Standortuntersuchung für ein interkommunales Gewerbegebiet Dresden/Moritzburg
- Entwicklungsbeginn für das interkommunale Gewerbegebiet Dresden/Heidenau
- Entwicklungsvorbereitung für das Gewerbegebiet Boltenhagener Straße
- Untersuchungen von Standortangeboten für Großansiedlungen (unter Einbeziehung der Umlandgemeinden).

Die Bedeutung der Wettbewerbsfähigkeit ist unter dem Blickwinkel der EU-Erweiterung gestiegen (siehe Kapitel 1.9). Neben direkten Kontakten mit den verschiedenen Städten nimmt das Zusammenwirken im Rahmen von EU-Programmen einen immer größeren Stellenwert ein. Dresden beteiligte sich am Projekt BREX – BRIdging european clusters of Excellence mit dem Ziel der Förderung der Entwicklung europäischer Hochtechnologiecluster, welches jedoch nicht für eine Förderung ausgewählt wurde. Mit der Einreichung der Antragsunterlagen für die Projekte **INNO-net call** (Bündelung der wirtschaftlichen und innovativen Kräfte zur Stärkung der europäischen Forschungslandschaft in der Micro- und Nanotechnologie mit Partnern aus Berlin, Barcelona, Helsinki und Grenoble) und **SMARTI Clusters** (Maßnahmen zur Entwicklung Technologietransfer von Innovationen in Clustern mit Partnern aus Italien, Spanien, Frankreich, Ungarn und Israel) sind im Jahr 2005 die Grundlagen für Entscheidungen der Gremien des EU-Parlamentes geschaffen worden. Diese Projekte sind geeignet, in Dresden die weitere Entwicklung in den Bereichen Wirtschaft, Forschung, Technologietransfer, Fachkräfteentwicklung und Marketing zu forcieren.

Mit dem seit 2002 eingerichteten „Dresdner Büro der sächsischen Wirtschaft“ in St. Petersburg verfolgt die Landeshauptstadt Dresden gemeinsam mit ihren Partnern die Förderung von wirtschaftlichen Kontakten zwischen ortsansässigen und sich in Gründung befindlichen Unternehmen sowie allgemein wirtschaftlich relevanten Kontakten, die Pflege der Städtepartnerschaft und der touristischen und kulturellen Kontakte. Im Zeitraum 2003 bis 2005 gab es zahlreiche Aktivitäten der Landeshauptstadt Dresden im Rahmen der Städtepartnerschaft, wie die 300-Jahr-Feier in St. Petersburg, die Unternehmerreisen für die Bereiche Maschinenbau, Holzverarbeitungstechnik und nahrungsmittelverarbeitende Industrie in die Region Novgorod und nach St. Peters-

burg und für die Automobilzuliefererindustrie zur Messe „Automechanika“ im Jahr 2004, die Unternehmerreise in Verbindung mit dem Forum für Wirtschaft und Kultur und ins Baltikum – St. Petersburg im Jahr 2005 sowie die Veranstaltung „Wirtschaftstag Russland“ in Dresden (2005).

Positiven Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit hatten auch Entscheidungen/Maßnahmen, die für die Wirtschaftsentwicklung wichtige „weiche“ Standortfaktoren berührten (siehe Kapitel 1.5 und 2).

Folgende Aktivitäten, die den Begriff „Dresden“ international als Marke für einen bedeutenden europäischen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort mit hervorragenden Kompetenzen in Spitzen- und Hochtechnologien etablieren, fanden statt:

- Organisation des Internationalen Nanotechnologiesymposiums NANOFAIR in Dresden, Beteiligung an der begleitenden Ausstellung und Veranstaltungen zur Standortpräsentation
- Marketing für das „Jahr der Nanotechnologie Dresden“
- Konzeption und Organisation des Messeauftritts der LH Dresden mit Dresdner Wirtschaftspartnern auf der Internationalen Gewerbeimmobilienmesse EXPO REAL (München)
- Standortpräsentation (zum Teil in Gemeinschaft mit Dresdner Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen) auf nationalen Fachmessen zur Mikroelektronik/Informationstechnik, Werkstofftechnik und Biotechnologie, bei Fachkongressen in Dresden sowie zu weiteren Anlässen (zum Beispiel Sächsisch-britisches Nanotechnologieforum (London), Standortmarketing im Rahmen der „German Center of Excellence“ in den USA und Kanada)
- Herausgabe neuer Printmaterialien zum Standort Dresden (Broschüren zu den Kompetenzfeldern der Dresdner Wirtschaft und Wissenschaft, Daten-CD „Wirtschaft und Wissenschaft Dresden 2005“, „Dresdner Wirtschaftsnachrichten“)
- Pflege des Internetauftritts der LHD/Themenbereich „Wirtschaft und Wissenschaft“.

Bewertung ↗

Entwicklung der Wirtschaftsregion Dresden

Im Berichtszeitraum wurde der Prozess der regionalen Zusammenarbeit im Rahmen der Region Dresden (Landeshauptstadt Dresden, Landkreise Meißen, Riesa/Großenhain, Wei-

Bezirk, Sächsische Schweiz sowie einige Gemeinden der Kreise Kamenz und Bautzen) forciert. Gleichbedeutend sind die Aktivitäten der Stadt-Umland-Region Dresden (Zusammenschluss von 14 Gemeinden mit dem Ziel der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des gemeinsamen Wirtschaftsstandortes). Ausführlicher Bericht zur Region und zur Stadt-Umland-Region siehe Kapitel 1.9 Regionale Bezüge.

Ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftsregion ist die Entwicklung interkommunaler Gewerbegebiete. Hervorzuheben sind hier insbesondere die umfangreichen Vorbereitungsmaßnahmen zum Gewerbegebiete Dresden/Heidenau, wie Grundstücksankäufe, Untersuchungen sowie Verträge.

Bewertung ➔

Nutzung und Ausbau der Potenziale der Wirtschaftsstruktur

Produzierendes Gewerbe und produktionsorientierte Dienstleistungen prägen das Profil des Wirtschaftsstandortes Dresden. Ganz im Sinne dieser Zielstellung verzeichneten im Berichtszeitraum das Verarbeitende Gewerbe und das Handwerk Zuwächse bei der Anzahl der Betriebe und deren Beschäftigten.

Externe Beobachter schätzten ein, dass das Kompetenzfeld Mikroelektronik/Informationstechnologien eine Clusterqualität erreicht hat. Dresden ist führender Standort auf diesem Gebiet in Europa geworden. Insgesamt sind 10 000 Beschäftigte in den Unternehmen der Kern-Branche angestellt (AMD, Infineon, ZMD). Es gibt eine Vielzahl von Unternehmen/ Einrichtungen:

- Technologieentwicklung/-dienstleister und Zulieferer für die Kern-Branche (AMTC, CNT)
- universitäre/akademische Forschungsdienstleister(TUD,„Leibniz“-FG,FhG,MPG),
- Hersteller und Dienstleister von/für Ausrüstungskomponenten
- Softwareentwickler, gesamt mehr als 400 Unternehmen)
- Anwender, unter anderem ME/IT-bezogener Wirtschaftsbereiche.

Die Zahl der Beschäftigten bei der Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten, in der Elektronik, Feinmechanik und Optik hat sich in Dresden von 11 834 im Jahr 2003 über 12 660 (2004) auf 13 147 im Jahr 2005 entwickelt.

Mit der Eröffnung des Fraunhofer-Center Nanoelektronische Technologie (CNT) bestätigt Dresden im nationalen Maßstab seine

die unter anderem feststellte, dass im Zeitraum 2000 bis 2004 zirka 500 Arbeitsplätze in Biotech-Unternehmen in Dresden und Region neu geschaffen und 16 Unternehmen neu gegründet wurden. Schwerpunktgeschäftsfelder sind Diagnostika, Biomaterialien, Medizintechnik und Sensorik.

Ende 2003 wurde das BioInnovationszentrum Dresden (BioZ) am Tatzberg in Betrieb genommen, welches unter einem Dach Forschung/Lehre (Biotec-Zentrum der TU) und Unternehmen (Technologiezentrum) vereint. Mit seiner Nähe zu weiteren Einrichtungen (unter anderen Max-Planck-Institut für Molekulare Zellbiologie und Genetik (CBG), Universitätsklinikum, Medizinisch-Theoretisches Zentrum der TU) ist hier ein Biotechnologie-Campus-Johannstadtentstanden.Kennzeichen für eine starke Bio-Forschungslandschaft in Dresden stellen weitere Einrichtungen dar, wie die Technische Universität, Max-Bergmann-Zentrum für Biomaterialien, CBG und Institute des Materialforschungsverbundes, insgesamt 13 TU- und 10 außeruniversitäre Institute mit dem Forschungsschwerpunkt „Molecular Bioengineering“ (Tissue Engineering, Nanobiotechnologie, Funktionelle Pharmagenomik). Außerdem sind 29 Core BiotechUnternehmen in Dresden tätig, was einen Anteil von 54 Prozent der Unternehmen in Sachsen entspricht.

Dresden hat im Berichtszeitraum auch in

Entwicklung der Anzahl von Betrieben und deren Beschäftigten							
Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Dienstleistungen ²⁾		Handwerk ³⁾	
	Betriebe (> 20 MA)	Beschäftigte	Produktivität (Umsatz/Beschäftigter in Euro)	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
2002	219	23 940	208 836	k. A.	58 194	4 441	k. A.
2003	226	24 816	234 975	k. A.	58 443	4 482	k. A.
2004	239	25 475	272 159	k. A.	56 749	4 691	k. A.
2005	238	25 751	265 027	k. A.	54 963	4 865	k. A.

Durch die strategische Ausrichtung auf Kompetenzfelder erfolgt eine Konzentration auf die wichtigsten zukunftssträchtigen Branchen der Dresdner Wirtschaftsstruktur. Das sind Mikroelektronik/Informationstechnologien, Neue Werkstoffe, Nanotechnologien, Biotechnologie, Maschinen- und Anlagenbau/ Fahrzeugtechnik/Luftfahrtindustrie sowie der Tourismus. Dem entsprechend wird in der Umsetzung eine „Cluster“-Strategie verfolgt, das heißt die räumliche Konzentration von kleinen und größeren Betrieben einer Branche einschließlich Zulieferern und wissenschaftlichen-/Forschungs-und-Entwicklungs-Einrichtungen.

herausragende Position bei Mikro- und Nanotechnologien. Derzeit sind bezüglich Nanotechnologien etwa 80 Unternehmen in Dresden und Region mit den Branchenschwerpunkten Maschinen- und Gerätebau/Verfahrenstechnik, Mikroelektronik/IT, Chemie/Werkstoffe sowie Biotechnologie/Medizintechnik aktiv. In Dresden ist eines der sechs (Bundes)-Kompetenzzentren der Nanotech-Forschung („Kompetenzzentrum für ultradünne funktionale Schichten“) ansässig. Forschungsschwerpunkte sind Nanomaterialien, Nanobiotechnologie und Nanoelektronik.

Zum Kompetenzfeld Biotechnologie wurde im Jahr 2004 eine Regionalstudie erarbeitet,

¹⁾ Quelle:
Statistisches Landesamt Sachsen

²⁾ Quelle:
Statistisches Landesamt Sachsen

³⁾ Quelle:
Handwerkskammer Dresden

folgenden Bereichen Leistungsstärke demonstriert:

- Flugzeugindustrie; Strukturermüdungsversuch am Airbus A380 durch IMA und IABG
- Bau von Petrochemie-Anlagen unter anderem in Russland (Volumen von einer Milliarde Euro), in Saudi-Arabien (Volumen von 500 Millionen Euro) durch die Linde-KCA
- Bau der Tunnelvortriebstechnik („längste Tunnelbohrmaschine der Welt“) für den Gotthard-Basistunnel (Schweiz) durch die MSD
- Bühnentechnik für National Convention Center in Hanoi (Volumen von fünf Millionen Euro)
- Hebeplattform für Bühne anlässlich Eröffnung der Olympischen Spiele 2004 in Athen
- Rekonstruktion Theater/Oper in Nowosibirsk durch die SBS.

Die Erschließung, Nutzung und Integration der in Dresden vorhandenen und sich entwickelnden Potenziale von Wirtschaft und Wissenschaft bieten insbesondere durch die Zusammenarbeit und Vernetzung der agierenden Unternehmen und Forschungseinrichtungen vielfältige Möglichkeiten für einen Wachstumsmarkt. Den in Dresden und in Sachsen agierenden Netzwerken gehören „Automobilzulieferer Sachsen“ (AMZ), „Maschinenbau Sachsen“ (VEMAS), SILICON SAXONY e. V. (größtes IT-Netzwerk Europas), BioMeT Dresden, Nanotechnologie-Kompetenzzentrum „Ultradünne funktionale Schichten“ und das Kompetenzzentrum Luft- und Raumfahrttechnik Sachsen/Thüringen e. V. an.

Eine Stärkung der Dresdner Wirtschaftsstruktur erfolgte im Zeitraum 2003 bis 2005 durch weitere Ansiedlungen bzw. Unternehmenserweiterungen, darunter

- die Entscheidung für das **Zentrum für Regenerative Therapien** 2005 als erstes Forschungszentrum in den neuen Ländern als deutschlandweit erster Sonderforschungsbereich zur Forschung an adulten (ausgereiften) Stammzellen
- die Eröffnung des **Fraunhofer-Center Nanoelektronische Technologie** (CNT) mit einer neuen Art der Verzahnung von Forschung und Fertigung durch das Zusammenwirken von Entwicklungs- und Fertigungsingenieuren der Industrie und der Wissenschaft für innovative Lösungen
- die Eröffnung des **„Zentrum für Innovationskompetenz für medizinische Strahlenforschung in der Onkologie“** 2005 für die Strahlentherapie bei Krebserkrankungen mit einem in Europa einmaligen Forscher-

team und Geräteausrüstung

- die Eröffnung einer Niederlassung des polnischen Unternehmens Comarch zur Entwicklung von Telekommunikations-Software und dem Aufbau eines Forschungs- und Entwicklungszentrums
- der Baubeginn zur Erweiterung des Sächsischen Serumwerks nach Entscheidung durch den weltweit zweitgrößten Pharmakonzern GlaxoSmithKline als ein wesentlicher Beitrag zur Entwicklung Dresdens zu einem international führenden Pharma- und Biotechnologiestandort.

Bewertung ↗

Handlungsansätze

- Sicherung des Unternehmensbestandes und Erhöhung durch Gründungen und Ansiedlungen
- Ausbau/Verstärkung der Kompetenzfelder der Dresdner Wirtschaft und Wissenschaft
- Entwicklung von Wertschöpfungsketten und Systemanbieterfähigkeiten sowie Optimierung des Betriebsgrößensmixes, Erhöhung des Anteils größerer Unternehmen (Förderung von Wachstum im KMU-Bestand, Akquisition insbesondere ausländischer Investments)
- Ausbau des Wissenschafts-/Forschungspotenzials, Förderung von F&E-Kooperationen, Technologietransfer und Innovationsaktivitäten
- Verfügbarkeit nachfragegerechter Standorte für Unternehmen und guter Infrastruktur
- Entwicklung ausreichender und nachfragegerechter Humanressourcen
- Minimierung von Bürokratie-Lasten
- Erhalt und Stärkung der „weichen“ Standortfaktoren.

Qualitative Aufwertung des Büroflächenmarktes

Die Stärke Dresdens als Wachstumsregion spiegelt sich derzeit auf dem Büroflächenmarkt weniger wider. Im Berichtszeitraum wurden jährlich zwischen 37 600 (2003) und 55 500 Quadratmeter Nutzfläche (2005) fertiggestellt. Der Gesamtbestand an Büroflächen in der Stadt änderte sich somit kaum und liegt bei 3,8 Millionen Quadratmeter Bruttogeschossfläche, sind etwa 2,8 Millionen Quadratmeter Nutzfläche. Der Anteil der leerstehenden Büroflächen liegt bei ca. 13 Prozent. Der jährliche Büroflächenumsatz stagniert bzw. nimmt leicht ab (2004: zirka 50 000 Quadratmeter). Die Spitzenmieten in Dresden liegen bei etwa zehn Euro pro Quadratmeter.

Durch die Entwicklung der einzelnen Kennziffern wird deutlich, dass der Büromarkt in Dresden im bundesdeutschen Vergleich auf relativ niedrigem Niveau liegt.

Die tiefgreifenden strukturellen Veränderungen und eine diskontinuierliche Flächenentwicklung lassen in der Stadt Dresden einen im gesamtdeutschen Maßstab eher untypischen Verlauf des Büromarktzyklus erkennen. Insgesamt muss von längerfristigen Angleichungsprozessen an ein Marktgleichgewicht ausgegangen werden.

Bei Analyse der kleinräumigen Ebene des Büroflächenmarktes in Dresden bringt die geringe Neubautätigkeit einen – wenn auch sehr verhaltenen – Abbau des Büroflächenüberhangs von jährlich ungefähr sechs Prozent. Die Nachfrage an Büroflächen wurde in den vergangenen Jahren überwiegend durch IT-Dienstleister und Ingenieurbüros bestimmt und bezog sich vor allem auf das kleinteilige Flächensegment bis maximal 6 000 Quadratmeter. Der Büroflächenmarkt ist weiterhin als Mietermarkt gekennzeichnet, bedeutende Unternehmensstammsitze der Dienstleistungsbranche spielen bisher in Dresden eine geringere Rolle. Aktuelle Büroprojekte befinden sich in der Innenstadt, darunter das Glashaus am Wiener Platz mit insgesamt 8 200 Quadratmeter und Baufelder auf dem Neumarkt (Quartier

Büroflächenmarkt im Städtevergleich

	Flächenumsatz 2004 in m²	Leerstand 2004 in m²	Leerstandsquote in Prozent	Spitzenmiete in Euro/m²
Dresden	50 000	310 000	13,4	9,80
Leipzig	75 000	770 000	22,6	10,20
Berlin	395 000	1 700 000	9,7	20,50
Düsseldorf	260 000	885 000	15,8	20,50
Köln	190 000	550 000	8,4	18,50
Stuttgart	150 000	415 000	5,7	16,00

Quelle: DEGI Research 2005

I und II) mit etwa 9 000 Quadratmeter, welche 2006 fertiggestellt werden sollen.

Bewertung →

Umsetzung einer aktiven Gewerbeflächenpolitik, Ansiedlung vorrangig an stadträumlich integrierten Standorten

Die Sicherung einer nachfragegerechten Bereitstellung von gewerblichen Bauflächen ist ein Schwerpunkt von Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung. Nach wie vor besteht ein Widerspruch zwischen den im Flächennutzungsplan dargestellten Bauflächen, die rein quantitativ ein ausreichendes Entwicklungspotenzial beinhalten, und der tatsächlichen Verfügbarkeit gewerblicher Bauflächen (vergleiche INSEK 2002, Gewerbeflächenkonzept). Die Bemühungen der Stadt gehen dahin, das Angebot an Gewerbeflächen weiter zu qualifizieren und den planerischen Vorlauf für zukünftige Flächenentwicklungen zu schaffen.

Mit dieser Zielstellung wurden im Berichtszeitraum die Grundlagendaten des sich in Erarbeitung befindlichen Flächennutzungsplanes qualifiziert, die Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Arbeitsmarkt inbegriffen (siehe Teil B Kapitel 3.1), und die Gewerbeflächenuntersuchung im Rahmen der integrierten Stadtentwicklungsplanung weiter fortgesetzt.

Grundlagen dafür stellten auch tangierende Arbeitsstände aus dem Brachen- und dem Bahnflächenkonzept dar. Stärker beachtet wurden Nachfragekriterien nach Größe und Standortanforderungen. Im Ergebnis wurde für 35 Standorte mit insgesamt 500 Hektar Bruttofläche eine gewerbliche Eignung und kurz- bis mittelfristige Verfügbarkeit nachgewiesen. In einem weiteren Arbeitsschritt werden gegenwärtig ausgewählte Standorte bezüglich ihrer Entwicklungschancen untersucht. Zielstellung ist es, anhand eines Maßnahmen- und Handlungskataloges zur Aktivierung der Flächen beizutragen bzw. geeignete Standorte für die Entwicklung eines kommunalen Gewerbegebietes vorzubereiten.

Bewertung ↗

■ 1.4 Zentren

Ausbau der zentralörtlichen Funktion als Oberzentrum und Landeshauptstadt

Im Berichtszeitraum kann die Stadt bezüglich des Ausbaus ihrer zentralörtlichen Stellung und ihrer Bedeutung für die Region insgesamt auf eine positive Bilanz zurückblicken.

Als allgemeine Kriterien zum Nachweis der Entwicklung der zentralen Stellung der Stadt können die Zentralität und die Besucherentwicklung herangezogen werden. Beide Kennziffern liegen in einem positiven Entwicklungstrend (siehe Teil C Indikatoren). Bereits 2004 lag die Zahl der Übernachtungen wieder auf dem Niveau von 2001, dem Jahr vor dem Hochwasserereignis. 2005 zählte die Stadt über 2,9 Millionen Übernachtungen, das sind 11,8 Prozent mehr als im Jahr 2004. Die Gesamtzahl der Touristen stieg von sieben Millionen 2003 auf 7,8 Millionen 2004¹⁾. Hinter den steigenden Besucherzahlen stehen vor allem attraktive Angebote der Kultur, Freizeit und Erholung, aber auch der Wirtschaftsstandort Dresden mit zunehmender Bedeutung im In- und Ausland.

Die Verkaufsflächenausstattung als wesentlicher Motor der Zentralität einer Stadt veränderte sich nur marginal. Ausgehend von einem Verkaufsflächenbestand Ende 2002 von 832 000 Quadratmeter wurden Ende 2004 insgesamt 800 000 Quadratmeter registriert²⁾. Ursächlich ist diese gesamtstädtische Stagnation mit Veränderungen im Möbeleinzelhandel und der Schließung kleinerer Fachmarktbetriebe verbunden sowie der Tatsache, dass neue Verkaufsflächen in der Regel Leerstand nach sich ziehen. Ungeachtet dieser gesamtstädtischen Tendenz haben die Standortbereiche bzw. Zentren, die eine hohe überregionale Bedeutung haben und demzufolge eine besondere Anziehungskraft auf Besucher der Stadt ausüben, ihre Stellung im zentralörtlichen Gefüge weiter verfestigen bzw. erhöhen können. Auf eine überaus positive Entwicklung kann die Innenstadt zurückschauen (vergleiche Ausführungen zum Ziel „Prioritäre Entwicklung des Stadtzentrums“). Aber auch die überregional wirkenden Einkaufszentren Elbe Park und Kaufpark Nickern tragen erheblich zur insgesamt positiven Bilanz bei.

Bewertung ↗

Handlungsansätze

■ Die Innenstadt und die großflächigen Einkaufsstandorte werden auch zukünftig wesentlich für die Steigerung der Attraktivität der Stadt sein. Allerdings muss bei der Entwicklung der unterschiedlichen Stand-

ortbereiche die gesamtstädtische Proportionierung und Verträglichkeit gemäß den Zielstellungen des Zentrenkonzeptes ausreichend Berücksichtigung finden. Die Stärkung und der Ausbau der Innenstadt stehen aufgrund des Nachholebedarfs und der freien Entwicklungspotenziale nach wie vor an erster Stelle. Ein Ausbau der im INSEK gekennzeichneten komplexen Einzelhandelsstandorte³⁾ kann gegenwärtig nicht befürwortet werden bzw. ist nur moderat, unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Innenstadt möglich.

■ Erhalt und Ausbau der überörtlich wirkenden Einrichtungen von Kultur, Sport, Freizeit und Erholung.

Prioritäre Entwicklung des Stadtzentrums

Vielfältige Maßnahmen der vergangenen drei Jahre zeugen davon, dass die Entwicklung der Innenstadt von gesamtstädtischer Bedeutung ist und mit hoher Priorität forciert wird (siehe Kapitel 1.5 und 2):

- Baugeschehen am Wiener Platz (unter anderem die Fertigstellung des Kugelhauses und der Büro- und Geschäftshäuser in MK 3 und 4, Gestaltung der öffentlichen Bereiche)
- Umsetzung der Gestaltungskonzeption Prager Straße zum attraktiven innerstädtischen Aufenthaltsbereich, gleichzeitig Aufbesserung der Geschäftslagen
- Neubau Prager Straße 7 und 11, Fertigstellung Haus am Wall mit attraktiven Einzelhandels-, gastronomischen und Freizeitnutzungen
- Weitere Etablierung der Kneipenmeile Weiße Gasse
- Beteiligung am Wettbewerb „Ab in die Mitte 2004“ und gestalterische Umsetzung des „Lustgartens“ auf den brachliegenden Baufeldern des Altmarktes
- Beginn der Bebauung des Neumarktes, Fertigstellung der Tiefgarage Neumarkt, Weihe der Frauenkirche im Oktober 2005
- Fertigstellung Kongresszentrum, Baubeginn Kongresshotel
- Maßnahmen im Bereich Kultur, unter an-

¹⁾ Quelle:

DWT 2004, eigene Berechnungen

²⁾ Quelle:

Stadtplanungsamt

³⁾ Quelle:

vgl. ebenda, Seite 74

derem der Beginn der Umbaumaßnahmen im Landhaus, Eröffnung der Städtischen Galerie, Dresdner Schloss, Grünes Gewölbe, Hygienemuseum

- Fertigstellung des Parkhauses an der Hauptstraße.

Alle Maßnahmen trugen zur Verbesserung von Attraktivität und Vielfalt der Innenstadt bei. Neue Akzente wurden mit den Maßnahmen im öffentlichen Raum an der Prager Straße und den sichtbaren baulichen Erfolgen am Wiener Platz gesetzt. Dadurch gelang die Anbindung eines wesentlichen Schwerpunktes an die Innenstadt, den es weiter zu stärken gilt. Ebenso hervorzuheben sind die baulichen Aktivitäten am Neumarkt, die aufgrund ihrer qualitativen und historischen Besonderheiten erheblich sowohl zur räumlichen als auch funktionellen Ergänzung der Innenstadt beitragen werden. Weltweite Aufmerksamkeit brachte die Fertigstellung der Frauenkirche.

Das Einzelhandelsangebot in der Innenstadt lag Ende 2004 bei etwa 174 000 Quadratmeter Verkaufsflächen, wobei die Schwerpunkte die Prager Straße (86 000 Quadratmeter) gefolgt von Altmarkt/Wilsdruffer Straße (60 000 Quadratmeter) bilden. Entwicklungen der letzten Jahre brachten vor allem qualitative Verbesserungen der Angebotsstruktur, indem alte Gebäudesubstanz saniert, umgebaut bzw. durch neue Gebäude ersetzt wurde. Dazu zählen zum Beispiel die neuen Gebäude Prager Straße 7 und 11. Leerstehende Ladenflächen verzeichnet die Innenstadt kaum (sechs Prozent), lediglich bei den kleineren Geschäften in den Randlagen sind erhöhte Fluktuation und Wechsel der Inhaber zu verzeichnen. Ursache ist hier unter anderem die fehlende Passantenfrequenz abseits der Hauptlauflinie, wodurch ein Problem der Dresdner Innenstadt, nämlich die starke Ausrichtung auf eine Liniensstruktur, deutlich wird. Eine mehrpolige Schwerpunktsetzung muss auch in dieser Hinsicht weiter unterstützt werden.

Bewertung ➔

Handlungsansätze

- Die Ausdehnung der Wege- und Lagebeziehungen der Innenstadt und eine verträgliche Entwicklung von Schwerpunkten ist ein Ziel des Zentrenkonzeptes für den Kern der Stadt. Angesichts starker Konzentrationen auf der einen Seite und relativ verharrender Entwicklungen in anderen Innenstadtbereichen sollte ein räumlich-funktionales Konzept mit Berücksichtigung zeitlicher Entwicklungsstufen erarbeitet werden.
- Forcierung bzw. Fertigstellung von Bau-

Planungsvorhaben wie Wiener Platz (bauliche Umsetzung des Kernstückes: MK 5), Tiefgarage Altmarkt, Neumarktbebauung und Postplatz

- Unterstützung von Eigentümern oder Erstellung eigener Konzepte, die eine Beseitigung oder Verschönerung offen zutage tretender Makel in den Kernbereichen der Innenstadt zum Ziel haben, darunter zum Beispiel Bereiche wie der Wohnriegel an der Prager Straße, die brachliegende Baufläche Prager Straße/Waisenhausstraße und der Postplatz.

Stärkung der funktionalen Vielfältigkeit der Zentren

Funktionale Vielfältigkeit als Ausstattungskriterium der Zentren ergibt sich aus dem Angebot von Einzelhandels-, Gastronomie- und Dienstleistungseinrichtungen sowie von öffentlichen Verwaltungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen, wie auch die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raumes funktioneller Bestandteil ist. Anzahl und Verschiedenartigkeit nehmen mit der Bedeutung des Zentrums im hierarchischen Gefüge zu (vergleiche INSEK Seite 70, Ausstattungskriterien).

Die Investitionen in der Innenstadt haben in den vergangenen Jahren gerade bezüglich der funktionalen Vielfalt Stabilität und Verbesserungen gebracht, darunter unter anderen die baulichen Maßnahmen in den Museen und im öffentlichen Raum. Ebenso brachten verschiedene Initiativen neue Ideen für die Innenstadt, wie zum Beispiel Veranstaltungen des City Management (2004: 1. Lange Nacht der Hotelbars) oder Veranstaltungen im Rahmen der Vorbereitungen für das Stadtjubiläum (Zukunftswerk Stadt).

Eine besondere Thematik, die Einfluss auf die funktionale Vielfalt der Zentren hat, beschäftigt die Stadt seit Ende 2004. Anlass waren die expansiven Entwicklungen bei den Supermärkten und den Lebensmitteldiscountern. Die Vielzahl der neu eröffneten Märkte konzentriert sich überwiegend auf Standortlagen an gut frequentierten Hauptstraßen. Seit ungefähr zwei Jahren wird in der Stadt beobachtet, dass neue Standorte weniger der Deckung von Versorgungsengpässen als einer betriebsabhängigen Standortoptimierung dienen. Das heißt, dass mit jedem neuen Standort ein Altstandort aufgegeben wird. Mit den Standortverlagerungen der Lebensmittelmärkte werden in der Tendenz vor allem zentrale integrierte Standorte in den Zentren aufgegeben. Städtische Nebenzentren verlieren so ihre Magneten, zentrale Versorgungsstrukturen

werden aufgehoben. Außerdem gefährden die Größenordnung und ständig wechselnde Non-Food-Sortimente den traditionellen Facheinzelhandel in den Zentren erheblich. Aufgrund dieser Zusammenhänge wird in der Stadt ein Konzept erarbeitet, welches auf der Grundlage der gesamtstädtischen Zielstellungen des INSEK und speziell folgend genannter Ziele als informelle Planung eine Entscheidungsgrundlage für weitere Ansiedlungen von Lebensmittelmärkten darstellt:

- Sicherung der wohnnahen Versorgung im Grundversorgungssystem, insbesondere die Versorgung mit Lebensmittelmärkten
- Schutz der zentralen Versorgungsbereiche der Stadt entsprechend dem Zentrenkonzept.

Neben Kerneinzugszonen der zentralen Versorgungsbereiche (Schutzzonen), in welchen bereits im Ist eine hohe Lebensmittelkaufkraftbindung besteht und in denen mit jedem weiteren Lebensmittelmarkt schädliche Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche anzunehmen sind, da die Umsatzrekutierung überwiegend nur durch Umverteilung aus dem entsprechenden Zentrum bzw. unter Inanspruchnahme des Entwicklungspotenziales des Zentrums erfolgen kann, werden in diesem Konzept vor allem die Bereiche dargestellt, in denen noch Entwicklungspotenziale für weitere Lebensmittelmärkte bestehen. Das sind vor allem die Zentren selbst und zum anderen die unterversorgten Bereiche in den Randzonen der Stadt.

Das Konzept befindet sich gegenwärtig in der verwaltungsinternen Abstimmung und soll 2006 den Stadträten zur Bestätigung vorgelegt werden.

Bewertung ➔

Handlungsansatz

Beschlussfassung zum Konzept als informelle Planung und einheitliche verwaltungsinterne Handlungsgrundlage bei Entscheidungen für Vorhaben im Lebensmitteleinzelhandel

Sicherung und Entwicklung einer hierarchischen Zentrenstruktur

Während die **Innenstadt** in den letzten zwei Jahren zahlreiche Neu- und Umbauten und einen Verkaufsflächengewinn von rund fünf Prozent verzeichnete, brachten Investitionen in den städtischen Nebenzentren wie bereits in den Jahren davor kaum quantitative Veränderungen in der Angebotsstruktur. Nennenswerte Investitionen sind:

- Straßenbahnhof Naußlitz, Kesselsdorfer Straße, 5 000 Quadratmeter Verkaufsfläche (darunter 4 000 Quadratmeter Verkaufsfläche Kaufland)
- Sanierung/Neubau Lebensmittelmarkt Konsum, Nürnberger Ei
- Fertigstellung Wohn- und Pflegestift „Am Blauen Wunder“, Schillerplatz
- Lebensmittelmarkt Plus am Trachenberger Platz, 900 Quadratmeter Verkaufsfläche.

An **Standorten außerhalb der Zentren** wurden realisiert:

- Garten Dehner, Washingtonstraße, 6 000 Quadratmeter Verkaufsfläche
- Baumarkt Bahr, Bodenbacher Straße, 9 000 Quadratmeter Verkaufsfläche
- durchschnittlich zehn neue Lebensmittelmärkte pro Jahr.

Insgesamt wird somit innerhalb der hierarchischen Zentrenstruktur vor allem eine Verbesserung der Stellung der Innenstadt verzeichnet. Die städtischen Nebenzentren verharren mehr oder weniger in ihrer Entwicklung, obwohl noch erhebliche Entwicklungspotenziale sowohl funktionell als auch räumlich vorhanden sind, darunter unter anderen:

- in den **Ortsteilzentren**
 - Äußere Neustadt (Ansiedlung eines größeren Magneten)
 - Kesselsdorfer Straße (Bebauung am Beginn der Einkaufsstraße)
 - Schillerplatz/Körnerplatz (Leerstands-beseitigung, Schließung von Baulücken)
 - J.-Winter-Platz (Leerstands-beseitigung)
- in den **Wohnnahen Zentren** (vor allem Stärkung der Nahversorgungsfunktion)
 - Steinstraße
 - Bönischplatz
 - Friedrichstadt
 - Trachenberger Platz
 - Wilder Mann
 - Langebrück
 - Weißer Hirsch
 - Bühlau
 - Zwinglistraße

- Altenberger-/Schandauer Straße
- Österreicher Straße
- Pirnaer Landstraße
- Nürnberger Ei
- Warthaer-/Cossebauder Straße
- Hechtviertel.

Eine Sonderstellung in der Zentrenhierarchie nehmen die **Komplexen Einzelhandelsstandorte** ein. Diese Standortkategorie unterliegt einem starken Veränderungsdruck, der bis in jüngste Zeit anhält und gekennzeichnet ist durch

- Erweiterungsabsichten bestehender Standorte
- Agglomerationstendenzen im Umfeld
- Branchenverschiebungen innerhalb der Standorte (meist zugunsten der zentrenrelevanten Branchen)
- die Planung völlig neuer Standorte.

Zugeständnisse an diese Entwicklungsabsichten stehen in engem Zusammenspiel mit der gesamtstädtischen Entwicklung und bedeuten meist eine Einschränkung des Entwicklungspotenzials der übrigen Zentrenkategorien, wodurch das bereits bestehende disproportionale Verhältnis der Angebotsstruktur begründet ist (vergleiche INSEK 2002). Eine wirksame Gegensteuerung dieser Entwicklungstendenz wurde im Berichtszeitraum nicht erreicht.

Bewertung ↘

Handlungsansätze

- Mit Blickpunkt auf die gesamtstädtische Zentrenstruktur sowie den Nachholebedarf der Innenstadt und der städtischen Nebenzentren müssen Entscheidungen zur Einzelhandels- und Zentrenentwicklung auch zukünftig einer besonderen Prüfungs- und Sorgfaltspflicht unterliegen.
- Planungs- und Entwicklungsabsichten in der Innenstadt und den städtischen Nebenzentren (OTZ und WZ) haben oberste Priorität und sind zu unterstützen.
- Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass das Entwicklungspotenzial der Komplexen Einzelhandelsstandorte im konzeptionellen Planungszeitraum ausgeschöpft ist. Neue Standortkonkurrenzen und die Zentrenhierarchie belastende Entwicklungen aufgrund von Kaufkraftabzug sind zu vermeiden.

Stärkung des Facheinzelhandels

Trotz vielfältiger Anstrengungen und Appelle veränderte sich die Handelslandschaft vor allem zugunsten großflächiger Betriebsformen, die überwiegend von renditestarken und national bzw. international auftretenden Unternehmen betrieben werden. Seit 1997 sinkt der Anteil der klein- und mittelständischen Fachgeschäfte in der Stadt Dresden kontinuierlich. Auch die Zahl der gewerblichen Neuanmeldungen in der Wirtschaftsabteilung Handel sank in den vergangenen zehn Jahren von jährlich etwa 3 200 1991/92 auf ungefähr ein Drittel dieses Wertes (siehe Diagramm auf folgender Seite).

Die Situation in der Stadt Dresden ist von folgenden zentralen Problemstellungen geprägt:

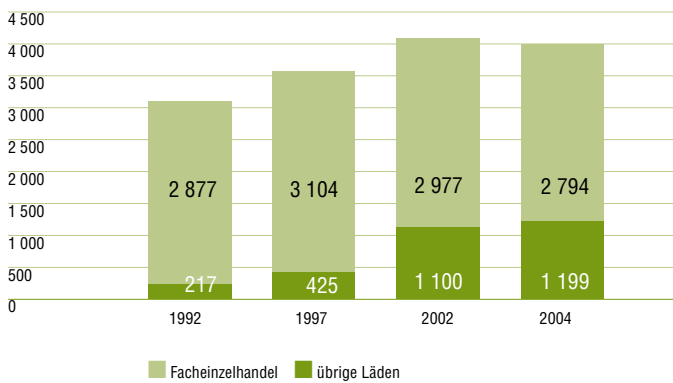
■ Leerstände

An verschiedenen Standorten wird die Schwäche des klein- und mittelständischen Einzelhandels aus einer Vielzahl von Gründen – wie die Veränderung der Struktur des Einzelhandels insgesamt, Mangel an Kaufkraft, veränderte Verbrauchergewohnheiten sowie die viel zu geringe Eigenkapitaldecke bei den Einzelhändlern – in Form von leerstehenden Ladeneinheiten in den Ortsteil- und Wohnnahen Zentren (unter anderen: Körnerplatz, Altleuben, Jacob-Winter-Platz, Kesselsdorfer Straße, Oschatzer Straße, Warthaer Straße, Trachenberger Platz) und Leerstände zunehmend an Splitterstandorten (Nebenlagen mit einzelnen Geschäften (zum Beispiel: Thätersstraße/Übigau, Berliner Straße/Friedrichstadt) sichtbar.

■ Versorgungsengpässe in den Stadtrandgebieten

Klein- und mittelständische Einzelhandels-geschäfte haben neben ihrer Ergänzungsfunktion in Zentren bisher wichtige Versorgungsaufgaben in Stadtrandlagen und dünn besiedelten Gebieten übernommen. Diese drohen wegzubrechen bzw. sind bereits aufgegeben. Die Orientierung des Lebensmittelhandels auf Discount- und Großflächenanbieter hat den traditionellen Facheinzelhandel der Branche Lebensmittel aus diesen Gebieten fast vollständig verdrängt; einzige Ausnahmen stellen Bäcker, Fleischer und Gemüsehändler dar. Insgesamt wird dadurch die wohnungsnahe Grundversorgung in den Außenbezirken ausgehöhlt. Gefährdet sind vor allem Stadtrandlagen wie Rochwitz, Lockwitz, Wilschdorf, Schönfelder Hochland und Bereiche im Westen der Stadt. Hier sind zwar großflächige

Entwicklung der Anzahl der Geschäfte in Dresden



Einrichtungen vorhanden, diese gewährleisteten jedoch keine fußläufige Erreichbarkeit.

■ Zentrenstruktur der Stadt

Die bisher hierarchisch ausgerichtete Zentrenstruktur wird durch den Verlust des Facheinzelhandels nachhaltig gefährdet. Die Ursachen dieser Entwicklung sind **angebotsseitig**:

- Der generelle Strukturwandel im Einzelhandel (Flächenexplosion, Filialisierung, neue Betriebstypen...) führt zu einem Verdrängungswettbewerb, dem der kleinflächige Einzelhandel (funktionell und räumlich) nicht gewachsen ist.
- Fachmärkte und die ständig ausgeweiteten Randsortimente verschiedener Anbieter, insbesondere sind hier Lebensmitteldiscounter zu nennen¹⁾, üben eine direkte Konkurrenz zum kleinflächigen Einzelhandel aus, der er immer weniger standhalten kann.
- Durch die geschichtliche Entwicklung des Mittelstandes in Dresden (Krieg, Eigentumsbereinigung...) fehlen häufig die wirtschaftliche Basis sowie die notwendigen organisatorischen Erfahrungen und Verbindungen.

und **nachfrageseitig**:

- Die Kunden unterscheiden viel stärker als früher Formen des Versorgungs- und des Erlebniseinkaufs. Dies stellt genauso wie die stärker werdende Differenzierung in unterschiedliche Einkaufstypen neue An-

forderungen an die Einkaufsstandorte und die Ausrichtung der Einzelbetriebe.

- Die negative Einkommens- und Kaufkraftentwicklung sowie ein wachsendes Preisbewusstsein führen zu einem Einkaufsverhalten, an dem der klein- und mittelständisch strukturierte Einzelhandel nicht genügend partizipieren kann.
- Die steigende Mobilität führt bei vielen Bevölkerungsgruppen zu einem Bedeutungsverlust von Orten und trägt mit dazu bei, dass sich natürliche Einzugsbereiche auflösen.

Mit der Darlegung dieser Probleme hat das Planungsbüro Junker und Kruse Dortmund im Jahr 2003 im Auftrag der Stadt ein Konzept für den klein- und mittelständischen Einzelhandel erarbeitet, welches Konsequenzen und Handlungserfordernisse aufzeigt. Dabei geht es einmal um die Verbesserung betriebsinterner Bedingungen und die eigene Betriebspolitik, bei denen der Fachhändler selbst aktiv werden muss (zum Beispiel Wettbewerbsanalyse, Ladengestaltung, Standortauswahl, Kooperation). Zum anderen gibt es jedoch eine Vielzahl von Möglichkeiten der Unterstützung auch aus öffentlicher Sicht, darunter:

- Gezielte Beratung, Unterstützung, ggf. auch Förderung
- zu Planungen, Entwicklungstendenzen
- Fördermöglichkeiten
- Standortfragen (Einzugsgebiet, Bevölkerungsstruktur, Geschäftslagen)
- Herstellung der konzeptionellen Rahmenbedingungen zur Sicherung der gesamtstädtischen Verträglichkeit und der Chancengleichheit zwischen den Betriebsformen (INSEK/ Zentrenkonzept)
- Ausweisung von Vorranggebieten für den Facheinzelhandel (Zentrenkonzept)
- Entwicklungskonzepte für Zentren (räumlich-funktionale Struktur, Organisation des

Handels)

- Bodenvorratspolitik
- Verbesserungen im öffentlichen Raum
- Sicherung der verkehrlichen Erreichbarkeit und eines ausreichenden Parkplatzangebotes
- Begrenzung der Nebensortimente unter anderem von Lebensmitteldiscountern
- Begrenzung nichtintegrierter Standorte und Vermeidung zusätzlicher Standortkonkurrenzen
- Initiieren eines Ladenmanagements
- Anstoßen und Mitwirken an Citymanagement- bzw. BID-Aktivitäten, um eine Kooperation von öffentlicher Hand und Privaten zu forcieren.

Bewertung →

Handlungsansätze

- Fortführung Geschäftsstraßenmanagement und Unterstützung der Interessenverbände und Gewerbevereine in den Zentren
- Erarbeitung von Entwicklungskonzepten für ausgewählte Zentren
- Fortschreibung der konzeptionellen Zielstellungen zur Sicherung der hierarchischen Zentrenstruktur und des Entwicklungspotenzials für den klein- und mittelständischen Einzelhandel (INSEK/Zentrenkonzept).

■ 1.5 Kultur-, Bildungs-, Sport-, Freizeit- und Sozialeinrichtungen

Integration hochrangiger Bildungs-, Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen

Die Einweihung der wiederaufgebauten Frauenkirche – weltweit mit großem Interesse verfolgt – war der Höhepunkt im Berichtszeitraum. Fertiggestellt wurden weitere bedeutende Einrichtungen, unter anderen das Kongresszentrum, das Fraunhofer Institutszentrum, ein Laborgebäude der HTW, das Bioinnovationszentrum Tatzberg, das Kupferstichkabinett und das Neue Grüne Gewölbe im Dresdner Schloss, die Städtische Galerie und das Stadtmuseum im Landhaus, das Depot des Militärmuseums und die DSC Sporthalle im Ostragehege. Die Rekonstruktion des Hygienemuseums und des Kleinen Hauses wurde abgeschlossen.

Umfangreiche Investitionen erfolgten in den Dresdner Krankenhäusern Universitätsklinikum, Krankenhaus Friedrichstadt, Krankenhaus Neustadt, St.-Joseph-Stift und St.-Marien-Krankenhaus.

¹⁾ Der Non-Food-Anteil am Umsatz ist bei den Discountern in den vergangenen Jahren ständig gestiegen. Bei Aldi liegt er bei rund 20 Prozent oder 5,5 Milliarden Euro; Lidl erzielt 17 Prozent und die anderen Discounter 13 Prozent ihrer Umsätze mit Non-Food-Artikeln.

Im **Bildungsbereich** wurden damit wiederum kontinuierlich Investitionen für Vorhaben mit überörtlicher Bedeutung, insbesondere im Rahmen von Investitionen der Dresdner Forschungseinrichtungen, der TUD und der HTW, realisiert. Im **Bereich Sport** konnten im Rahmen der Flutmittel aus dem Jahr 2002 vergleichsweise bedeutend mehr Vorhaben realisiert, begonnen bzw. vorbereitet werden als in den Vorjahren. Mit der Fertigstellung des Eissport- und Ballspielzentrums sowie des Sportschulzentrums wird der Sportstandort Ostragehege eine bedeutende Aufwertung erfahren.

Im Bau befinden sich gegenwärtig folgende Vorhaben: Forschungszentrum Nanoelektronik CNT, Neubau der Fakultät für Informatik und Neubau der Biologischen Institute der TUD, Bibliothek für die HTW, die Äußere Sanierung des Albertinums und das Europäische Zentrum der Künste im Festspielhaus Hellerau.

In Vorbereitung bzw. Planung sind als weitere Vorhaben mit überörtlicher Bedeutung der Neubau des Zentralen Depot- und Werkstattgebäudes im Albertinum, die Rekonstruktion und Erweiterung des Hauptstaatsarchives des Freistaates, die Erweiterung der Schwimmhalle Freiburger Straße und der Umbau des Kulturpalastes (siehe Kapitel 2.3).

Bewertung ↗

Handlungsansatz

Neben den im Bau und in Vorbereitung befindlichen überörtlichen Vorhaben, die zur weiteren Stärkung der zentralörtlichen Funktion Dresdens beitragen, sind Entscheidungen zu den nach wie vor offenen Vorhaben wie Staatsoperette und Fußballstadion erforderlich.

Sicherung und Entwicklung eines qualitätsvollen Infrastrukturnetzes als Faktor der Lebensqualität

Die Entwicklung in den Bereichen der sozialen und kulturellen Infrastruktur verlief durch Kürzungen und fortbestehende Begrenzungen der Haushaltsmittel weiterhin sehr unterschiedlich. Bei der Kindertagesbetreuung reichte das Angebot zur Bedarfsdeckung nicht aus. Umfang und Angebote der Infrastruktur für Kinder- und Jugendhilfe wurden wesentlich durch die Haushaltskonsolidierung mitbestimmt. Es wurden weiterhin Schulen geschlossen. Bei den Gemeinbedarfseinrichtungen der Sozialkultur und für Senioren kam es zu einer Stabilisierung der Standortnetze.

Im Einzelnen gab es folgende Entwicklungen: Hohe Anforderungen an die **Kindertagesbetreuung** stellten die anhaltende positive Bevölkerungsentwicklung in Verbindung mit erhöhter Nachfrage nach Tagesbetreuung für die Altersgruppe der unter Dreijährigen sowie die steigenden Bedarfe für die Altersgruppe ab drei Jahre bis zum Schuleintritt. Zur Sicherung des Rechtsanspruches auf Tagesbetreuung wurden insbesondere im Schuljahr 2003/2004 Krippenplätze in Kindergartenplätze gewandelt. Das damit verringerte Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren konnte trotz guter Ergebnisse beim Ausbau der Tagespflege insbesondere in nachfragestarken Gebieten nicht vollständig ausgeglichen werden. Ausgewählte Betreuungsangebote sind:

- Das Angebot an Tagespflegeplätzen stieg im Jahr 2003 von 429 auf 804 im Jahr 2005 (Stand jeweils September des Jahres). Neben einer quantitativen Erhöhung der Tagespflegeangebote ist es gelungen, diese zu verlässlichen und qualifizierten Betreuungsangeboten zu entwickeln.
- Plätze im Vorschulbereich konnten trotz aller Bemühungen in Neustadt, Pieschen, Loschwitz und Schönfeld-Weißig nicht bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt werden.
- Plätze in Kindertageseinrichtungen fehlen auch in Teilen von Blasewitz sowie im Ortsamtsbereich Klotzsche, hier jedoch nicht durch die demografische Entwicklung, sondern vermutlich durch bevorzugte arbeitsplatznahe Unterbringung der Kinder bedingt.
- Die Zahl der Einrichtungen, die Integrationsangebote vorhalten, stieg von 53 im Jahr 2003 über 62 im Jahr 2004 auf nunmehr 66 (Stand jeweils September des Jahres).
- Sieben Kindertageseinrichtungen in verschiedenen Stadtgebieten bieten auch weiterhin verlängerte Öffnungszeiten maximal bis 20 Uhr.
- Im Berichtszeitraum wurden in Kleinzschachwitz, Loschwitz, Leipziger Vorstadt, Laubegast, Löbtau-Nord, Johannstadt-Süd und Schullwitz neue Einrichtungen überwiegend als Ersatzobjekte fertiggestellt bzw. Einrichtungen mit Kapazitätserweiterung saniert.

Hortplätze konnten nachfragegerecht bereitgestellt werden. Die räumlichen Bedingungen für dieses Angebot sind nach wie vor sehr unterschiedlich.

Die qualitative Entwicklung der Kindertagesbetreuung hatte im Berichtszeitraum einen sehr hohen Stellenwert. Zu nennen sind der Aufbau sozialräumlicher Netzwerke, erste

Maßnahmen zur konzeptionellen Ausgestaltung der Kooperation von Kindergarten und Grundschule, der weitere Ausbau der pluralen Trägerlandschaft und die Durchführung von Elternbefragungen zur Ableitung konkreter trägerspezifischer Handlungsschritte.

Im Berichtszeitraum konnten weitere elf Einrichtungen an freie Träger übergeben werden, die damit mehr als 50 Prozent aller Kindertageseinrichtungen (ohne Horte) in der Stadt Dresden betreiben. So gelang es, die in den Ortsämtern Klotzsche, Plauen und Neustadt bisher nur gering ausgeprägte Trägervielfalt zu erhöhen und damit das Angebot zu verbessern.

Der Ausbau des Betreuungsangebotes Tagespflege erfolgte bedarfs- und qualitätsorientiert. Mit Inbetriebnahme des Kindertageszentrums Hermsdorfer Straße (erste Dresdner Kindertageseinrichtung mit integriertem offenem Kindertreff) verbesserte sich die Kinderbetreuung in einem Wohngebiet mit einem hohen Anteil an sozial schwachen Familien und Alleinerziehenden.

Bewertung ↗

Die weitere Kürzung von Mitteln im Bereich der **öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe** – Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Förderung der Erziehung in der Familie, Hilfen zur Erziehung, Kindertagesbetreuung – brachte quantitative und insbesondere auch qualitative Einschränkungen der Angebote, wie zum Beispiel:

- Aufgrund erheblicher Personal- und Sachkostenreduzierung einen veränderten und eingeschränkten Betrieb im Jugendtreff „A19“
- Aufgabe eines Standortes und ein quantitativ und qualitativ verändertes Angebot des Mädchentreffs „Walburka“ durch den Umzug in das Kinder- und Jugendhaus „Plauener Bahnhof“.

Demgegenüber trugen die folgenden Maßnahmen punktuell zur Verbesserung in diesem Bereich bei:

- Ersatzneubau für das Jugendhaus Prohlis am neuen Standort Niedersedlitzer Straße
- Umzug des Familienzentrums Heiderand in das eigene Objekt Boltenhagener Straße 70
- Umbau des Kinder- und Jugendhauses „Emmers“ als gemeinwesenorientierte Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit generationsübergreifenden Angeboten
- Freizeitanlage Johannstädter Gärten mit Skater- und BMX-Parcour, Ballspielplatz

und anderen

- Schaffung eines öffentlichen Bolzplatzes im Zusammenhang mit der Rekonstruktion der Sportanlagen des Gymnasiums Plauen
- Neubau für den Jugendklub Weixdorf
- Einrichtung eines Kindertreffs im neuen Kinderzentrum Hermsdorfer Straße 14
- Ersatzneubau für das Kinder- und Jugendhaus Laubegast am Standort Österreicher Straße 54 (gegenwärtig Baustopp infolge Klage).

Durch die Stabilisierung der Standortnetze, Ersatzneubauten und Erweiterungen wurden die Aufgaben im Bereich der freien und öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe weitestgehend erfüllt.

Bewertung →

Der seit Jahren bestehende Nachholbedarf von etwa 450 Millionen Euro bei der Sanierung kommunaler Schulen konnte im Berichtszeitraum nicht wesentlich abgebaut werden. Maßnahmen zur Hochwasserschadensbeseitigung erforderten zunächst noch eine veränderte Prioritätensetzung und bildeten einen großen Teil der durchgeführten Baumaßnahmen. 2004 konnten durch Übertragung von Eigenmitteln aus dem Jahr 2003 Baumaßnahmen in einer Größenordnung von über 40 Millionen Euro (davon etwa 70 Prozent Fördermittel, knapp 28 Millionen Euro von Bund und Land) realisiert werden. Für 2005 standen Mittel in Höhe von etwa 37,5 Tausend Euro zur Verfügung.

Ausgewählte Sanierungsmaßnahmen wurden an folgenden Schulen durchgeführt:

- 14. und 51. Grundschule
- 66. und 101. Mittelschule, Mittelschule Weixdorf
- Hülße-Gymnasium und Gymnasium Cotta
- Förderzentrum für Sprachbehinderte Kinder und Jugendliche
- Innere Sanierung Haus II des BSZ für Bau und Technik.

In Weixdorf wurde eine neue Grundschule in Betrieb genommen. Im Jahr 2005 erfolgte im Ostragehege die Grundsteinlegung für den Neubau eines Sportschulzentrums für 800 Schüler, bestehend aus Gymnasium, Mittelschule und Internat (siehe Kapitel 2.3). Gegenwärtig werden Um- und Erweiterungsbauten für das BSZ Gesundheit und Soziales am neuen Standort Maxim-Gorki-Straße durchgeführt. Der Schulstandort Zamenhofstraße wird für eine Nutzung durch die HOGA (Mittelschule, Berufsschule, Berufsfachschule) umgebaut. Geplant ist ein Ersatzneubau für das BSZ Technik und Wirtschaft (berufliche

Förderschule) am Standort Hellerhofstraße.

Die im März 2002 bestätigte Schulnetzplanung für kommunale Schulen sieht 151 Schulen als langfristigen Bestand vor. Aufgrund aktueller Schülerzahlen und veränderter Rahmenbedingungen war dies geringfügig zu korrigieren. Im Schuljahr 2005/06 gab es in Dresden 148 kommunale Schulen.

Im Grundschulbereich wurden Veränderungen der Schulbezirke ab dem Schuljahr 2005/06 festgelegt. An die Stelle der bisherigen Einzelschulbezirke traten 17 gemeinsame Schulbezirke mit 68 Grundschulen, und es gibt nur noch drei Einzelschulbezirke. Die Bildung gemeinsamer Grundschulbezirke, die mit der Neufassung des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen möglich wurde, sichert langfristig die Grundschulversorgung in Dresden mit den vorhandenen Kapazitäten, erweitert den Spielraum zur Sicherung des Rechtsanspruches für den Grundschulbesuch innerhalb des festgelegten gemeinsamen Schulbezirkes, bietet damit erweiterte Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Grundschulen ohne erforderliche Ausnahmegenehmigungen, fördert den Wettbewerb zwischen den einzelnen Grundschulen und erhält die Planungssicherheit der Grundschulstandorte. Derzeit wird eine Fortschreibung der Schulnetzplanung Grundschulen, Mittelschulen und Gymnasien der Landeshauptstadt Dresden mit dem Ziel, den Anforderungen als Bildungszentrum in Sachsen gerecht zu werden, vorbereitet.

Gravierende Veränderungen in der Dresdner Schullandschaft brachte die Verordnung des SMK vom 16. Februar 2005. Damit änderten sich die Zugangsvoraussetzungen für Gymnasien ab dem Schuljahr 2005/06 dahingehend, dass statt mit einem Zensurdurchschnitt von 2,0 auch mit 2,5 noch eine Bildungsempfehlung für den Wechsel an ein Gymnasium ausgesprochen wird. In Folge dessen wechselten im laufenden Schuljahr etwa gleich viel Schüler an Mittelschulen bzw. an Gymnasien (bisher: etwa 63 Prozent für Mittelschule und etwa 37 Prozent für Gymnasium). Zu dieser Problematik erfolgen gegenwärtig entsprechende Untersuchungen und Prüfungen in Zusammenarbeit mit der TUD. Weiterhin werden Modelle und Möglichkeiten zur Einrichtung von Gemeinschaftsschulen und deren Auswirkungen auf die Schülerzahlprognose geprüft.

Bewertung ↗

Die sehr gute Ausstattung der Stadt mit kulturellen Einrichtungen und Angeboten der verschiedensten Facetten konnte selbst unter der Maßgabe der Haushaltskonsolidierung gesichert

werden.

Mit dem Zusammenschluss der acht städtischen Museen zu einem Verbund sowie der Neustrukturierung der Jugend&Kunstschule im Zusammenschluss mit fünf städtischen Stadtteil- bzw. Soziokultureinrichtungen wurden Möglichkeiten geschaffen, die zur Verfügung stehenden Mittel und Investitionen effektiver einzusetzen und erforderliche Kürzungen besser auszugleichen.

Im Bereich der Stadtteil- und Soziokultureinrichtungen kam es trotz finanzieller Engpässe zu keinen weiteren Schließungen. Allerdings ist vorgesehen, den Club Dialog, eine Einrichtung der Jugend&Kunstschule, Ende 2006 zu schließen. Nach wie vor kommt es darauf an, die vorhandenen Einrichtungen über die kommunale Förderung hinsichtlich ihrer personellen, fachlichen und finanziellen Ressourcen zu stabilisieren und die vorhandenen Angebote sinnvoll zu vernetzen.

Bewertung →

Trotz Sparmaßnahmen konnten die Städtischen Bibliotheken im Berichtszeitraum ihre Attraktivität erhalten. Im Jahr 2004 erhielten sie von der ZEIT-Stiftung und dem Deutschen Bibliotheksverband den einzigen bundesdeutschen Bibliothekspreis „Bibliothek des Jahres“ zuerkannt. Sowohl 2003 als auch 2004 gewannen sie im BIX, dem Leistungsvergleich deutscher Bibliotheken, den 4. Platz in der Kategorie kommunale Bibliotheken von Städten über 100 000 Einwohner. Die Einwohner keiner anderen deutschen Großstadt entleihen so viele Medien in ihrer Bibliothek wie die Dresdner mit 10,9 pro Jahr (Stand 2005). Von den Dresdner Schülern sind zwei Drittel angemeldete Nutzer.

Zur Erhaltung des durch die Schließung von vier Zweigstellen (2003–2004) reduzierten Standortnetzes wurden im Rahmen des Haushaltskonsolidierungsplanes weitere Einsparungen erforderlich. Die Aufgaben der Verwaltungsbibliothek des Rathauses wurden in die Städtischen Bibliotheken integriert. Neben seit Jahren sinkenden Medienbeständen und Zeitschriften-Abonnements wurden nunmehr ab 2006 die Öffnungszeiten in den Stadtteilbibliotheken Klotzsche, Reick, Gorbitz und Weißig sowie der medien@age reduziert. Dadurch konnten alle Standorte erhalten werden, so dass es hinsichtlich der Erreichbarkeit der Stadtteilbibliotheken für die verschiedenen Altersgruppen keine Veränderungen gibt, die zu negativen Auswirkungen auf die Nutzerzahlen führen könnten.

Neben der Haupt- und Musikbibliothek, der Jugendbibliothek und den 18 Stadtteilbibliotheken bestehen die öffentliche Schul-

bibliothek, weitere ungefähr 40 Ausleihstellen und Büchertische in Ortschaften, Heimen und Schulen sowie die Fahrbibliothek mit 28 Haltestellen.

Folgende Standortverbesserungen wurden im Zeitraum 2003 bis 2005 umgesetzt bzw. vorbereitet:

- Bibliothek Prohlis: 2003 Umzug ins Prohliszentrum, Flächenerweiterung auf 425 Quadratmeter – ein Zuwachs von 25 Prozent
- Bibliothek Bühlau: 2004 Neumöblierung
- Bibliothek Strehlen: 2005 Umzug auf die Corinthstraße 8, Flächenerweiterung auf 180 Quadratmeter – ein Zuwachs von 53 Prozent
- medien@age: 2005 Ausstattung mit einer Anlage zur Raumkühlung
- Haupt- und Musikbibliothek: 2005 Beginn der Umbauten für raumklimatische Verbesserungen.

Im Zuge auslaufender Mietverträge wurden 2004 gemeinsam mit dem Liegenschaftsamt alternative Standorte für die beiden größten Bibliotheken Haupt- und Musikbibliothek sowie medien@age geprüft. Im Ergebnis erfolgte eine Verlängerung beider Mietverträge um fünf Jahre.

Bewertung ↗

Zielstellung der kommunalen **Altenhilfeplanung** ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, um älteren und alten Menschen die Möglichkeit zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu erhalten. Sie soll dazu beitragen, Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern. Neben den körperbezogenen pflegerischen Angeboten kommt einer Vielzahl von Angeboten zur Erhaltung der Selbstständigkeit und Stärkung der Selbstbestimmung verstärkte Bedeutung zu.

Im Bereich der vollstationären Pflege wurde sowohl in den vorhandenen Bestand als auch in neue Einrichtungen umfangreich investiert (Ersatzneubau Altenpflegeheim Dresden-Klotzsche, Senioren-Domizil „Am Blauen Wunder“, Pflegeheim in der Alten Mälzerei, Seniorenwohnpark „Am Großen Garten“, Ersatzneubau Senioren- und Pflegeheim „Olga-Körner-Heim“, Alloheim Seniorenzentrum und andere). Damit erhöhte sich die Kapazität dieser Pflegeeinrichtungen von 3 388 Plätzen (2003) auf 4 800 Plätze (2005).

Gegenwärtig gibt es in Dresden über 70 voll- und teilstationäre Altenpflegeeinrichtungen sowie 94 ambulante Pflegedienste. In freier Trägerschaft befinden sich zirka 40 Pro-

zent aller Pflegekapazitäten, zirka 60 Prozent werden durch private Einrichtungen bereitgestellt (siehe Teil B und C).

Die Angebote im Bereich der offenen Altenhilfe wurden quantitativ und qualitativ erweitert. Mindestens eine kommunale Sozialarbeiterin je Ortsamt ist Ansprechpartner. Die vorhandenen 17 geförderten Seniorenbegegnungsstätten werden durch Angebote ergänzt, die durch bzw. in Trägerschaft von Wohnungsgenossenschaften, Kirchen und Pflegeheimen initiiert wurden. Das Netz der Seniorenberatung wurde auf vier Beratungsstellen mit zwei Außenstellen ausgebaut. In zehn geförderten Seniorenbegegnungsstätten wird aufgrund der Fachqualifizierung eine kompetente Beratung angeboten.

Für **behinderte Kinder und Erwachsene** sichern Einrichtungen und Dienste differenzierte Angebote. In neun Wohnheimen und Außenwohngruppen stehen für behinderte Erwachsene 552 Plätze zur Verfügung. Im Wohnheim Luga entstanden 42 neue Plätze und 16 Plätze in Außenwohngruppen. Die Kapazität im ambulant betreuten Wohnen liegt unverändert bei 178 Plätzen für geistig und/oder körperlich behinderte Menschen. In drei Wohnheimen an Förderschulen und einem 365-Tage-Wohnheim für Kinder stehen insgesamt 177 Plätze zur Betreuung behinderter Kinder und Jugendlicher zur Verfügung. Für Menschen, die wegen Art oder Schwere der Behinderung nicht in den allgemeinen Arbeitsmarkt eingegliedert werden können, bieten fünf freie Träger in zwölf Werkstätten 1 080 Plätze, so entstand zum Beispiel in Pieschen eine neue Werkstatt mit 60 Plätzen. Es sind kurz- und mittelfristig weitere Kapazitäten erforderlich. Drei Beratungsstellen und fünf ambulant mobile Dienste, fünf Begegnungs- und vier Selbsthilfeeinrichtungen für behinderte Menschen werden im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Landeshauptstadt Dresden gefördert. In drei interdisziplinären Frühförder- und Beratungsstellen erhalten jährlich etwa 220 Kinder, die noch nicht eingeschult sind, heilpädagogische Leistungen.

Bei der **behindertengerechten Gestaltung des ÖPNV** wurden Fortschritte erzielt – zum Beispiel die Einführung des Blindeninformationssystems. Zum Ausgleich noch vorhandener Defizite soll der Schwerbehindertenfahrtdienst aufrechterhalten werden.

Bewertung ➔

Der Bestand an **Sportanlagen** konnte insbesondere durch den Einsatz weiterer Flutmittel gesichert und verbessert werden. Neben Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen an verschiedenen Sportanlagen entstanden

zum Beispiel im Ostragehege eine Tennis- und Beachvolleyballanlage einschließlich Funktionsgebäude, ein Kunstrasenplatz und ein Vereinsheim in der Sportanlage Steirische Straße, ein neues Vereinsheim in der Sportanlage Salzburger Straße, zwei Bootshallen an der Leipziger Straße sowie ein neuer Versorgungstrakt in Form von acht Pavillons im Stauseebad Cossebaude. Das Ruderhaus Cotta wurde erweitert und das Sportzentrum Blasewitz komplett saniert. Der Wiederaufbau des Freibades Wostra wird bis August 2006 abgeschlossen. Das Strandbad Wostra wurde bis 2004 saniert.

Außerhalb der Hochwasserschadensbeseitigung entstand in der Sportanlage Leutewitzer Park, Steinbacher Straße, ein Funktionsgebäude, der FV Nord errichtete im Jägerpark ein Trainingsareal, in Cossebaude wurde eine Skateranlage gebaut. Umfangreiche Sanierungsmaßnahmen erfolgten in der Schwimm- und Sprunghalle Freiburger Platz sowie im Rudolf-Harbig-Stadion. Weitere Maßnahmen wurden im Naturbad Mockritz und im Waldbad Weixdorf durchgeführt. Am Kiesesee Leuben errichtete ein privater Investor eine Wasserskianlage.

Das Standortnetz der Sportanlagen konnte im Wesentlichen gesichert werden. Entscheidende Veränderungen gibt es bei den Freibädern, von denen bereits zwei (Klotzsche und Cotta) in der Badesaison 2005 ganz bzw. teilweise geschlossen waren. Mit der Bestätigung der Dresdner Badkonzeption durch den Stadtrat wurden die Freibäder Klotzsche und Bühlau zum 31. Dezember 2005 geschlossen, für das Freibad Cotta werden gegenwärtig noch Möglichkeiten zur Erhaltung bei alternativer Finanzierung geprüft.

Bewertung ➔

Handlungsansatz

Die Verbesserung des überwiegend unzureichenden baulichen Zustandes zahlreicher Sportstätten und damit die Sicherung ihrer weiteren Nutzung bleibt vorrangige Aufgabe für den Sportbereich der Stadt.

Gemeinbedarfsversorgung als Instrument der Stadtteilentwicklung

Von den Maßnahmen zur Entwicklung der im INSEK benannten Teilräume der Stadtentwicklung (siehe Kapitel 2.3), welche die Bereiche der sozialen, kulturellen und Sport/Freizeit-Infrastruktur betreffen, wurden neun fertiggestellt, sechs befinden sich in Realisierung und für fünf wurde Planungsvorlauf geschaffen. In einzelnen Teilräumen gibt es darüber hinaus zusätzliche Maßnahmen, die zur weiteren Verbesserung der Lebensbedingungen in diesen Stadtgebieten beitragen.

Im Rahmen der Lebensweltorientierung und des integrierten Planungsansatzes der Dresdner **Kinder- und Jugendhilfeplanung** bildet die Teilraumorientierung ein wesentliches Element. Kindertageseinrichtungen werden stadtteilbezogen geplant, die Angebote der Einrichtungen sozialräumlich konzipiert. Adressatenbeteiligung sowie die erweiterte Einbeziehung des Gemeinwesens im Sinne einer Gesamtverantwortung für das Aufwachsen junger Menschen in Dresden haben in der Jugendhilfeplanung an Bedeutung gewonnen.

- Die im Berichtszeitraum in 14 Kindertageseinrichtungen durchgeführten Baumaßnahmen führten zu entscheidenden Verbesserungen der Betreuungsangebote. In den Stadtteilen Äußere Neustadt, Südvorstadt, Friedrichstadt, Leuben, Gönnsdorf, Loschwitz, Kleinzschachwitz, Leipziger Vorstadt, Laubegast, Löbtau-Nord, Johannstadt-Süd und Schullwitz wurden neue Einrichtungen überwiegend als Ersatzobjekte fertiggestellt, erweitert bzw. mit Kapazitätserweiterung saniert.
- Mit dem 2005 eingeweihten Kindertageszentrum Hermsdorfer Straße wurde in einem Wohngebiet mit hohem Anteil sozial schwacher Familien ein Betreuungs- und Kommunikationsort für Kinder und Erwachsene geschaffen, der
 - die Kindertagesbetreuung im Stadtteil sichert
 - offene Kinder- und Jugendarbeit leistet
 - Räume für niederschwellige Beratungsangebote bietet und
 - die generationsübergreifende Kommunikation im Stadtteil fördert.

Entwicklungsunterstützende Programme wie „Soziale Stadt“ und „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ in den Stadtteilen Prohlis und Gorbitz gaben nachhaltige Impulse. In Form von „Mikroprojekten“ unter besonderer Förderung vorhandener Selbsthilfepotenziale und durch Unterstützung bereits bestehender Angebote bzw. mit der Förderung von ent-

sprechenden Netzwerken wurden Unterstützungsformen eingesetzt, die an die konkreten Bedingungen in den Stadtteilen anknüpfen. Mit der räumlichen Zusammenführung der Kulturetage Prohlis, dem Heimat- und Palitzschmuseum und der Jugend&Kunstschule am Standort des Palitzschhofes ist ein Ort der Begegnung im Entstehen, der vielfältige Bildungs-, Kultur-, Kunst-, Musik- und Freizeitangebote bereithält.

Bewertung ↗

Bedarfsgerechte Anpassung des strukturellen Angebotes und der Standortnetze

Nach wie vor bestimmten finanzielle Probleme wesentlich die Zielerfüllung in allen Bereichen der sozialen und kulturellen Infrastruktur und ermöglichten damit lediglich ausgewählte Aufgaben aus dem Pflichtbereich.

Bei der **Kindertagesbetreuung** wurden trotz teilräumlicher Defizite Fortschritte hinsichtlich der Anpassung struktureller Angebote und auch der Standortnetze erreicht. Neue Einrichtungen ersetzen ausschließlich vorhandene, führten aber durch neue Bausubstanz und Kapazitätserweiterungen insgesamt zu einer Angebotsverbesserung.

Im **Kinder- und Jugendhilfebereich** wurden Fortschritte im gesamtstädtischen Prozess der politischen Gewichtung von Bedarfsgroßen und Zielsetzungen unter dem Gesichtspunkt ihrer Umsetzbarkeit erreicht. Zur Sicherung eines vielfältigen Angebotes sowie Entlastung des städtischen Haushaltes wurde durch den Jugendhilfeausschuss beschlossen, alle kommunalen Kinder- und Jugendhäuser und den Abenteuerspielplatz in freie Trägerschaft zu überführen. Der Übertragungsprozess wird 2006 abgeschlossen. Die bestehenden Standortnetze wurden mit zeitlich begrenzten thematischen Angeboten bedarfsgerecht ergänzt. So wurde zum Beispiel das Thema „Sucht“ speziell auch aus der Sicht der Jugendhilfe behandelt. Dazu fand im Oktober 2003 die Wanderausstellung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung „SEHNSUCHT“ statt. Die im Bestand der Jugendhilfe geführten vier Familienzentren konnten erhalten werden.

Im **Schulbereich** gab es weitere Veränderungen der Standortnetze. Schulschließungen über die im Jahr 2002 bestätigte Schulnetzplanung hinaus erfolgten insbesondere im Mittelschulbereich.

Im Jahr 2004 wurde durch den Stadtrat ein Kulturleitbild beschlossen. Auf dieser Grundlage erfolgt gegenwärtig im Rahmen von Workshops die Erarbeitung eines städtischen Kulturentwicklungsplanes, der neben weiteren

Schwerpunkten auch die Arbeitsfelder Sozialkultur, Jugend und Kultur und Gesellschaftswandel thematisiert.

Bewertung →

Handlungsansätze

- Mit einer vorgesehenen wechselseitigen Klassenbildung wird im Mittelschulbereich gegenwärtig versucht, die kommenden zwei Schuljahre weitgehend ohne Schulschließungen zu überbrücken. So sollen im Schuljahr 2006/07 mit einer gesteuerten alternierenden Klassenaussetzung an fünf bzw. zehn Mittelschulen weitere Schließungen verhindert werden, da ab dem Schuljahr 2008/09 wieder eine Zunahme der Mittelschülerzahlen prognostiziert wird. So werden die Voraussetzungen geschaffen, die Schulnetze und einzelne Standorte entsprechend den künftig zu erwartenden Schülerzahlen zu gestalten.
- Kultur soll offen sein für alle. Deshalb muss es Zielstellung in den Sozialräumen sein, ämterübergreifend Vorschläge für Synergie- und Kooperationseffekte, die den kulturellen Aspekten und Bedürfnissen gerecht werden, zwischen den Arbeitsfeldern Kultur, Jugend und Soziales zu ermitteln und zu nutzen.

■ 1.6 Verkehr

Ausprägung eines sowohl sozial- und umweltverträglichen als auch wirtschaftsfördernden Stadtverkehrs

Gemäß Beschluss des INSEK erfolgte im Jahr 2002 die Fortschreibung des Verkehrskonzeptes. Sie wurde mit Stand 12/2002 unter dem Arbeitstitel „Verkehrskonzept 2003“ als verwaltungsinterne Fassung vom Oberbürgermeister bestätigt. Danach erfolgte die Kenntnisgabe an ausgewählte Fachkreise, zum Beispiel an administrative Ebenen des Freistaates Sachsen, Verkehrsträger und fachorientierte Institutionen. Der genannte Beschluss wurde zwischenzeitlich durch den Beschluss des Stadtrates Nr. A0141-SR17-05 vom 14. Juli 2005 ersetzt. Die Bearbeitung erfolgt derzeit.

Im Berichtszeitraum beteiligte sich die Stadt Dresden an folgenden weitergeführten oder neuen Projekten mit Innovationscharakter:

■ Leitprojekt Intermobil Region Dresden

Während der Projektlaufzeit von 1999 bis 2005 wurde für den Verdichtungsraum Dresden eine komplex angelegte Gesamtstrategie zur nachhaltigen Mobilitätssicherung entwickelt, die sich sowohl auf das Verkehrsangebot als auch auf die Nachfrageseite (Standortentscheidungen, Siedlungsplanung) bezieht. Die Landeshauptstadt war Projektpartner des interdisziplinären Forschungskonsortiums.

Die Mehrzahl der über 50 entwickelten Intermobil-Ergebnisse erleichtert den Mobilitätsalltag der Verkehrsteilnehmer in Dresden und im Verkehrsverbund Oberelbe. Weitere Informationen:



- Abgebildete Broschüren
- www.intermobil-dresden.de
- www.intermobil.org

Wesentliche Ergebnisse wurden auf folgenden Gebieten erzielt:

- Strategisches Verkehrsmanagement (Beratung und Konzepte zur mobilitätsgerechten Stadtplanung, Mobilitäts- und Standortmanagement in Unternehmen, Telemobilität für verkehrseffiziente Planung,

Simulation der verkehrlichen Wirkung konträrer Siedlungsszenarien, Analysen zum Personenwirtschaftsverkehr)

- Operatives Verkehrsmanagement (Verkehrs-, Analyse-, Management- und Optimierungssystem VAMOS)
- Webbasierte Informationsdienste (DORIS, das internetbasierte multimodale Stadt- und Verkehrsinformationssystem für die Region Dresden, kann alle relevanten Verkehrsdaten einer Region darstellen. Dazu gehören Informationen zum öffentlichen Nah- und Fernverkehr, zum Straßenverkehr, zur Region sowie zu Veranstaltungen. Zur Verkehrssituation werden Ist-Daten bzw. Echtzeitdaten bereitgestellt. DORIS-www)
- Electronic Ticketing (Entwicklung und Test des ALLFA-Tickets, einem elektronischen Ticket auf Basis der automatischen Anwesenheitserfassung. ALLFA steht für „einfach alles fahren“. Das Ticket basiert auf einer innovativen Erfassungstechnologie und der elektronischen Tarifierung auf Basis der VDV-Kernapplikation und stellt ein neues Fahrgeldmanagementsystem dar.)
- Telemobilität (Web-Portal TeleUniversität, Online-Kurse und -einschreibungen, Televorlesungen)

■ Mobilitätsmanagement für Unternehmen

Langfristige Mobilitätssicherung bedeutet intelligente und effektive Nutzung der vorhandenen Infrastruktur und die Entwicklung innovativer integrierter Angebote. Basierend auf den geförderten Modellvorhaben wurde gemeinsam mit den großen Dresdner Verkehrserzeugern daran gearbeitet, die Pkw-Nutzung in der Stadt durch alternative Mobilitätsformen zu verringern. Seit 2004 organisiert die Stadtverwaltung jährlich zwei Veranstaltungen für Unternehmen und Institutionen als Seminar „Mobilitätsmanagement für Unternehmen“ mit Informationen, Erfahrungsaustausch und Kooperationsangeboten. Für den Erfolg spricht zum Beispiel, dass der Anteil der Beschäftigten, die mit dem Pkw allein zur Arbeit kommen, bei Infineon in den letzten Jahren von 68 Prozent auf 59 Prozent gesunken ist. Dadurch wurden rund 1 280 Tonnen Kohlendioxid im Jahr 2003 eingespart; je Beschäftigtem sind dies im Durchschnitt 280 Kilogramm.

■ Güterverkehr/Wirtschaftsverkehr

Die Möglichkeiten von Kommunen, auf den Güter-/Wirtschaftsverkehr direkt Einfluss nehmen zu können, beschränken sich im Wesentlichen auf verkehrsorganisatorische und infrastrukturelle Maßnahmen. Eine wesentliche Maßnahme ist die im November 2005 erfolgte Inbetriebnahme des Umschlagbahnhofs für den Kombinierten Verkehr im Güterverkehrs-

zentrum Dresden-Friedrichstadt.

Mit den im Jahre 2005 übernommenen EU-Richtlinien zur Luftreinhaltung sowie mit der Einführung der Autobahnmaut für Lkw sind vor allem für den Lkw- oder Schwerverkehr als nicht unwesentlichem Verursacher von Feinstaub (unter anderem Dieselruß) neue Betrachtungsebenen entstanden.

■ Reisebuspark-/leitsystem der Landeshauptstadt Dresden

Das Reisebuspark-/leitsystem, 2004 als Konzept vom Stadtrat beschlossen, ist ein Netz von Park- und Haltemöglichkeiten speziell für Reisebusse im Stadtgebiet. Die Park- und Halteplätze sind verschiedenen Sehenswürdigkeiten bzw. touristischen Zielen zugeordnet, wobei sich die jeweilige Aufenthaltsdauer der Reisebusse aus der Bezeichnung (Funktion) des Park- bzw. Halteplatzes ergibt. Mit den bereits erfolgten Umsetzungsschritten ist es der Stadt Dresden gelungen, im Jahre 2005 die europaweit ausgeschriebene IRU City Trophy 2005 für die reisebusfreundlichste Stadt Europas zu gewinnen.

Bewertung ➤

Handlungsansatz

Es muss nach Wegen gesucht werden, den Lkw-Verkehr auf ein ökologisch stadtverträgliches, aber auch noch wirtschaftlich vorteilhaftes Maß im Stadtgebiet zu verringern. Dazu wurde im November 2005 eine Erhebung des Lkw-Verkehrs durchgeführt. Die Erarbeitung eines Lkw-Führungskonzeptes, einschließlich der Verringerung/Vermeidung von schwerem Durchgangsverkehr (größer/gleich zwölf Tonnen) im innerstädtischen Bereich ist vorgesehen. Eine weitere Erhöhung der innerstädtischen Reisegeschwindigkeit für den Wirtschaftsverkehr bleibt vordringliches Ziel.

Verbesserung des Erlebniswertes der städtischen Platz- und Straßenräume und des Wohnumfeldes durch verkehrsberuhigende und -vermeidende Maßnahmen

Schwerpunkt im Berichtszeitraum waren Verkehrsverlagerungen im Zusammenhang mit dem Bau der Bundesautobahn A 17. Vor allem im Dresdner Süden gab es Befürchtungen bezüglich höherer Verkehrsmengen und damit Belastungen der Anlieger. So wurden zwecks Vorsorgemaßnahmen bereits in der Planungsphase der A 17 Untersuchungen zu möglichen verkehrlichen Auswirkungen veranlasst. Im Ergebnis und in Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen wurde ein „Maßnahmenkatalog zum Schutz der Wohngebiete vor Autobahnschleichverkehr“ erarbeitet. Er hat dazu beigetragen, unter Erhöhung der Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer, potenzielle Straßenräume zur A 17 für den Durchgangsverkehr unattraktiv zu gestalten bzw. durch Straßenbelagänderungen Lärmbeeinträchtigungen für die Anwohner zu minimieren.

Bewertung ↗

Einrichten eines P+R-Systems und Forcierung der Parkraumplanung in der Innenstadt

In Wohngebieten mit sehr hoher Nutzungsdichte wurde durch die Erweiterung des Parkraumangebotes eine Entspannung erreicht (zum Beispiel in Prohlis und Gorbitz). In anderen Gebieten sind Bewohnerparkbereiche erweitert worden oder ihre Umsetzung steht unmittelbar bevor (Bereich Güterbahnhofstraße/Rosenstraße, Äußere Neustadt, Pirnaische Vorstadt). Im Kontext mit der Einrichtung der Bewohnerparkbereiche wurden/werden auch flächendeckende Parkraumbewirtschaftungskonzepte erarbeitet. Die Planungen für die Äußere Neustadt sind abgeschlossen, für die Innere Neustadt werden sie vorbereitet. Bisher wurden in das Dynamische Parkleitsystem 23 Parkierungsanlagen (zwölf Tiefgaragen und elf Parkplätze) mit 6 864 Pkw-Stellplätzen integriert. Innerhalb des 26er-Ringes gibt es bereits 26 800 Pkw-Stellplätze.

Im Rahmen des „Park+Ride-Konzeptes für die Landeshauptstadt Dresden unter besonderer Berücksichtigung des Umlandes“ wurden im Berichtszeitraum die Anlagen Klotzsche (17 Pkw-Stellplätze und 68 Fahrradstellplätze), Reick (23 Pkw-Stellplätze und 18 Fahrradstellplätze) und Kaditz (193 Pkw-Stellplätze und zehn Fahrradstellplätze) der Nutzung übergeben.

Bewertung ↗

Handlungsansätze

- Für etwa 350 separate Einzelgebiete wird eine grundsätzliche Tempo-30-Festlegung als generelle Lösung für das Nebennetz in Dresden angestrebt.
- Aus städtebaulicher Sicht und zur Akzeptanz durch den Verkehrsteilnehmer ist bei allen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen eine Gestaltung des Verkehrs- und Straßenraumes mittels baulicher Untersetzung und Straßenbegleitgrün anzustreben.
- Das Verkehrsgeschehen im Südraum von Dresden unterliegt bezüglich der Auswirkungen durch die A 17 einer kontinuierlichen Beobachtung. Daraus werden weitere Untersuchungen und Maßnahmen für das der Autobahn nachgeordnete Straßennetz abgeleitet.
- Da perspektivisch ein Rückgang der Parkmöglichkeiten in städtischer Verwaltung zugunsten privater Anlagen zu erwarten ist, sind insbesondere hinsichtlich der Absicherung des Bewohnerparkens in der Innenstadt zukünftig verstärkte Anstrengungen erforderlich.

Weiterentwicklung des umweltfreundlichen ÖPNV durch Qualifizierung und Netzergänzungen

Für den ÖPNV war der Zeitraum 2003 bis 2005 durch eine rege Bautätigkeit gekennzeichnet. Der Schwerpunkt lag dabei auf dem weiteren Ausbau der S-Bahn zu einem modernen und leistungsfähigen Nahverkehrsmittel durch Finanzmittel des Bundes und Freistaates. In Betrieb genommen bzw. baulich abgeschlossen wurden im Berichtszeitraum:

- der elektrische Betrieb auf der S-Bahn-Neubaustrecke zum Flughafen
- der Ausbau der S-Bahn zwischen Pirna und Dresden Hauptbahnhof
- die Verlängerung der S-Bahn-Linie S2 bis Heidenau/Pirna
- das Hallendach und die Hochgleisrampen der Nordhalle des Hauptbahnhofs
- der Neubau der Reiseverkehrsanlagen des Bahnhofs Dresden-Mitte einschließlich neuer Bahnsteigzugang (Personentunnel)
- die neue S-Bahn-Station Freiburger Straße
- der vollständige Umbau der Marienbrücke
- die Beseitigung der Hochwasserschäden im stadtnahen Bereich der Sachsenmagistrale
- neue behindertengerechte Zugänge zur Station Friedrichstadt im Zuge der Waltherstraßenbrücke.

Bei der Straßenbahn stand die Beseitigung der Hochwasserschäden und die Aufwertung bestehender Strecken im Vordergrund. Das beinhaltet die Errichtung nutzerfreundlicher und behindertengerechter Haltestellen, eine Erneuerung der Gleisanlagen und teilweise Veränderungen im Verkehrsablauf (Trennung Straßenbahn und Kfz-Verkehr) bei folgenden Strecken:

- Cossebauder Straße
- Hamburger Straße/Weißeritzbrücke
- Leipziger Straße (Pieschen bis Stadtgrenze)
- Königsbrücker Landstraße (Infineon Nord bis Karl-Marx-Straße)
- Wiener Straße/Gellertstraße
- Friedrichstraße
- Tolkewitzer Straße.

Außerdem erfolgte zwischen 2003 und 2005 in den Gebieten Übigau/Kaditz-Mickten und Prohlis/Reick eine Neuorganisation des Gleisnetzes. Der vom Hochwasser betroffene Endast Übigau wurde nicht wieder saniert, dafür wurde die Neubaustrecke Kaditz-Mickten (Elbepark) mit neuem Endpunkt Riegelplatz einschließlich des P+R-Platzes Kaditz gebaut. Die Neubaustrecke Niedersiedlitzer Straße wurde ebenfalls in Betrieb genommen.

Der Planungsfortschritt für ÖPNV-Projekte erfolgte schwerpunktmäßig für Maßnahmen zur weiteren Aufwertung des Straßenbahnnetzes, für ausgewählte Neubaumaßnahmen der Straßenbahn (zum Beispiel Johannstadt Nord), durch das verstärkte Bemühen, im Bereich wichtiger Ortsteilzentren den Straßenraum umzugestalten und aufzuwerten (zum Beispiel Kesselsdorfer Straße, Borsbergstraße, Bautzner Straße/Landstraße).

Die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Verbundraum Oberelbe wurde fertiggestellt. Am 30. November 2004 erfolgte die Beschlussfassung durch die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Oberelbe.

Die Vorplanung für die Errichtung eines Zentralen Omnibusbahnhofs am Wiener Platz wurde im Jahre 2004 durch den Stadtrat bestätigt. In Verantwortung des Straßen- und Tiefbauamtes erfolgte die Fertigstellung der Genehmigungsplanung. Im Jahre 2006 ist die Errichtung des ZOB vorgesehen.

Bewertung ↗

Förderung der Attraktivität und des Erlebniswertes des Fußgänger- und Radverkehrs sowie Erleichterung der Verkehrsteilnahme von Behinderten

Die Stadt Dresden ist Partner im INTERREG III-C Projekt „UrBike“ („urban“ und „bike“). Mit acht weiteren europäischen Städten wird von Mitte 2004 bis Ende 2006 daran gearbeitet, das städtische Fahrradklima zu verbessern. Schwerpunkte sind: Rad fahren zur Schule, zur Arbeit, zum Einkauf und zur Erholung. Projektpartner der Stadt ist die TU Dresden.

Dank der Maßnahmen zur Verbesserung seiner Infrastruktur hat der Anteil des **Radverkehrs** kontinuierlich zugenommen. Die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an allen Eisenbahnstationen im Dresdener Stadtgebiet wurden konzeptionell bewertet. Es wird derzeit geprüft, unter welchen Rahmenbedingungen und in welcher räumlichen Lage die Schaffung einer Fahrradstation am Hauptbahnhof erfolgen kann.

Auf Beschluss des Stadtrates wurde für die Dresdner Innenstadt eine **Fußwegkonzeption** mit dem Ziel, eine barrierefreie und sichere Wegeführung zu schaffen, erarbeitet. Entsprechend der „Richtlinie für die behindertengerechte Gestaltung der Stadt Dresden“ und den Leitlinien für die Behindertenarbeit in der Landeshauptstadt Dresden (Beschluss V3954SR75-04) wurde bei allen Verkehrsplanungen die Einhaltung der Barrierefreiheit beachtet. In Zusammenarbeit mit den Behindertenverbänden und der Behindertenbeauftragten der Landeshauptstadt Dresden wurden die Daten zur Barrierefreiheit unter der Internet-Adresse der Landeshauptstadt Dresden sowie als Druckausgabe veröffentlicht.

Bewertung ➤

Handlungsansätze

Für die künftige Entwicklung des Fußgängerverkehrs werden unter anderen folgende Ziele genannt:

- Schaffung von ausreichenden und sicheren Quermöglichkeiten für Fußgänger über verkehrsreiche Straßen zum Beispiel durch bauliche und verkehrsorganisatorische Maßnahmen wie Fahrbahneinengungen, Mittelinseln, Vorsprünge, LSA, Geschwindigkeitsreduzierungen für Kfz
- Schrittweiser Umbau von Unter- und Überführungen durch plangleiche Querungen im Interesse der Behinderten, Kinderwagen usw.
- Erhöhung der Attraktivität der Fußwege und Fußgängerzonen durch Schaffung von Ruhezeiten, Aufstellung von Hinweistafeln

(touristisches Leitsystem), Beseitigung von Hindernissen

- Günstige Fußwegverbindungen zu den Haltestellen des ÖPV
- Mittel- bis langfristig sind die Fußgängerbereiche des Zentrums durch Achsen miteinander zu verbinden.

Die Aktualisierung und Neubearbeitung des Stadtführers für Körperbehinderte erfolgt in 2 Arbeitsphasen: In der zur Zeit laufenden Phase 1 erfolgt die Bearbeitung des Stadtzentrums (26er Ring). Anschließend wird das verbleibende Stadtgebiet (einschließlich der Eingemeindungsgebiete) im Jahr 2006/2007 aktualisiert bzw. neu bearbeitet.

Sanierung, Ausbau und notwendige Ergänzungen im Straßennetz

Folgende Abschnitte des Hauptverkehrsstraßennetzes sind seit 2003 verkehrswirksam geworden:

- Stauffenbergallee, vierstreifiger Ausbau als Teilmaßnahme zur Waldschlößchenbrücke
- Weißeritzstraße/Löbtauer Straße, vierstreifiger Ausbau (zwischen Friedrichstraße und Cottaer Straße) und umfassende Sanierung zwischen Friedrichstraße und Wernerstraße
- Flügelwegbrücke und Washingtonstraße, verkehrswirksam als Teil des Stadtringes West
- Wiener Straße/Gellertstraße, vierstreifiger Ausbau, verkehrswirksam Mitte 2004
- Devrientstraße/Ostra-Ufer, vierstreifiger Ausbau (Verkehrerschließung Kongresszentrum)
- Autobahnzubringer B 170, Abschnitt Innsbrucker Straße (von Anschlussstelle Dresden-Süd bis Böllstraße), vierstreifiger Ausbau, Inbetriebnahme Ende 2003
- Autobahnzubringer B 170, Abschnitt Bergstraße (Fritz-Löffler-Platz bis Böllstraße)
- Staatstraße S 36 (Verlegung östlich Kesselsdorf), Inbetriebnahme Ende 2005
- Ausbau Käthe-Kollwitz-Ufer
- Sanierung Altenberger Straße
- Sanierung Tolkewitzer Straße (im Zuge Hochwasserschadensbeseitigung)
- Österreicher Straße, Ausbau zwischen Leubener Straße und Kleinschachwitzer Ufer
- Sanierung Teplitzer Straße
- Ausbau Lohrmannstraße
- Neubau Waltherstraßenbrücke (im Zuge Hochwasserschadensbeseitigung)
- Sanierung Leipziger Straße, Abschnitt Eisenbahnstraße und Puschkinplatz sowie Konkordienstraße und Bunsenstraße Hochwasserschadensbeseitigung, außerdem

Bunsenstraße bis Stadtgrenze.

- Der Abschnitt der BAB A 17 AS Dresden-Gorbitz bis AS Dresden-Süd/B 170 wurde Mitte 2004 freigegeben. Der Abschnitt AS Dresden-Süd bis AS Pirna ist zum Jahresende 2004 dem Verkehr übergeben worden. Dazu gehört auch die Fertigstellung der Autobahnzubringer zu den Anschlussstellen Dresden-Prohlis und Heidenau.

Am 9. November 2005 wies der **Projektstand Hochwasserschadensbeseitigung** 249 abgeschlossene Maßnahmen mit einem Finanzrahmen des Straßen- und Tiefbauamtes (STA) von 93 733 540 Euro aus¹⁾. Im Bau sind derzeit (Stand Januar 2006) 23 Maßnahmen mit einem Finanzrahmen des STA von 13 844 564 Euro. Dazu gehören auch die Könnertitzstraße, Leipziger und Leubener Straße. Drei Maßnahmen mit einem Finanzrahmen des STA von 275 305 Euro befinden sich vier Wochen vor Baubeginn. Weitere 25 Maßnahmen liegen mit abgeschlossener Entwurfs-/Genehmigungsplanung und einem Finanzrahmen des STA von 19 160 039 Euro vor.

Die Maßnahmen gliedern sich in Komplexmaßnahmen von STA und DVB AG sowie Einzelmaßnahmen des STA bzw. der DVB AG. Bisher wurden elf der geplanten 20 Komplexmaßnahmen realisiert und vier sind derzeit im Bau. Zu den realisierten Komplexmaßnahmen gehören die Freiburger Straße, Friedrichstraße, Leipziger Straße 1. und 2. Bauabschnitt, Tolkewitzer Straße, Sternstraße, Österreicher Straße, Ostra-Allee sowie die Maxstraße.

Bewertung ➤

Handlungsansätze

Nachfolgend genannte Vorhaben befinden sich im Bau bzw. stehen unmittelbar vor Baubeginn:

- Knotenpunkt Hamburger Straße/Flügelweg, planfreier Ausbau, Baubeginn 2. Halbjahr 2003
- Autobahnzubringer B 173, Planfeststellungsbeschluss für vierstreifigen Ausbau wird 2006 erwartet
- Neugestaltung der Fahrbeziehungen im Bereich des Postplatzes (Freiburger Str., Hertha-Lindner-Straße, Schweriner Straße)
- Neuordnung der Verkehrsflächen Dippoldiswalder Platz (Baubeginn Anfang 2006)
- Waldschlößchenbrücke (planfestgestellt)
- Pillnitzer Landstraße (seit 2002 Hochwasserschadensbeseitigung).

¹⁾ Monatsbericht Wiederaufbau der Verkehrsanlagen Augsthochwasser 2002, EIBS/STA, Oktober 2005

Mit Inbetriebnahme der A 17 wird zwischen Dresden und Pirna eine Abstufung der B 172 zur Staatsstraße erfolgen. Die Planungen laufen künftig unter dem Begriff „S 172 – Ortsumfahrung Dresden-Großluga“. Ergänzt werden die bisherigen Planungen durch die neue Plantrasse „Querspanne Sporbitz“, die als nördliche Verlängerung des Autobahnzubringers (AS Heidenau) in den Raum Sporbitz führt und vorwiegend der Anbindung der dort befindlichen Gewerbestandorte an die A 17 dienen soll.

Schrittweise Einführung von modernen Verkehrsleit- und Kommunikationstechniken

Kurzfristig wird Straßenverkehrsmanagement über das Anti-Stau-Programm realisiert. Es zielt auf konventionelle Maßnahmen, die schnell umsetzbar und somit auf möglichst sofortige Wirkung orientiert sind. Längerfristig wird die Einführung eines intermodalen (verkehrsträgerübergreifenden) Verkehrsmanagementsystems angestrebt. Grundlagen dafür wurden im BMBF-Leitprojekt „Intermodal Region Dresden“ geschaffen. Ihre Überführung erfolgt im Straßen- und Tiefbauamt über das Förderprojekt „Verkehrsmanagement Region Dresden – 1. Ausbaustufe Verkehrsgebiet Dresden-West“ und die Integration von Elementen des Verkehrsmanagements in aktuelle Straßenbaumaßnahmen. Zu nennen sind die:

■ VAMOS-Zentrale

Voraussetzung für das Verkehrs-, Analyse-, Management- und Optimierungssystem (VAMOS) ist die Erfassung des aktuellen Verkehrszustandes. Dafür werden zunehmend Taxi-FCD-Daten verwendet. Zu Testzwecken wurde 2004 ein Fahrzeug ausgerüstet und übermittelt Daten an den VAMOS-Rechner.

Die Umrüstung der Datenverbindung zum Autobahnamt auf Lichtwellenleiter wurde Ende Oktober 2005 fertiggestellt. Derzeit liegen die Verkehrsdaten und die Betriebszustandsdaten der Verkehrsbeeinflussungsanlage von der Bundesautobahn A 4 vor. Die Daten der Bundesautobahn A 17, insbesondere vom Abschnitt zwischen den Anschlussstellen Dresden-Gorbitz und Dresden-Südvorstadt (Tunnelstrecke) sind noch nicht verfügbar. Mit der Inbetriebnahme der komplexen Verkehrsmanagementzentrale im Straßen- und Tiefbauamt ist im 4. Quartal 2006 zu rechnen.

■ Dynamische Wegweisung

Im Juni 2005 wurde der erste Abschnitt der ersten Ausbaustufe in Betrieb genommen. Er

umfasst die Knotenpunkte Dohnaer Straße/Langer Weg/Tschirnhausstraße, Teplitzer Straße/Zellescher Weg, Fritz-Foerster-Platz und Fritz-Löffler-Platz.

Am Knotenpunkt Emerich-Ambros-Ufer/Fröbelstraße befindet sich die dynamische Wegweisung in der Umsetzung; bei der komplexen Straßenbaumaßnahme Hamburger Straße/Flügelweg in Vorbereitung.

■ Verkehrsflusssteuerung durch verkehrsabhängige Signalprogrammauswahl

Die verkehrstechnischen Unterlagen für die optimale Verkehrsflusssteuerung im Zuge der Washingtonstraße liegen zur Umsetzung in den Signalanlagen vor. Der für die verkehrsabhängige Programmauswahl erforderliche Algorithmus ist abschließend bearbeitet und wird mit dem Aufbau des Verkehrsrechners in diesen implementiert. Die Ausschreibung und Vergabe des Verkehrsrechners 6 für den Bereich Dresden-West sowie Kaditz/Mickten ist erfolgt. Die Umsetzung wurde im Dezember 2005 begonnen und wird voraussichtlich im November 2006 abgeschlossen. Im Jahr 2006 sollen erste Teile/Funktionalitäten des Verkehrsrechners und der Test der verkehrsabhängigen Signalprogrammauswahl in Betrieb gehen.

Bewertung ↗

■ 1.7 Stadttechnik

Sicherung und Optimierung der stadttechnischen Ver- und Entsorgung durch Sanierung sowie Aus- und Neubau der Ver- und Versorgungsnetze und -anlagen

Für die Leistungsbereiche der Ver- und Entsorgung wurden im Berichtszeitraum die nachfolgend aufgeführten bedeutenden technischen Maßnahmen umgesetzt und die Fortschreibung der Generalkonzepte betrieben:

■ Wasserversorgung

- Die Aktualisierung der Versorgungskonzeption unter Beachtung der städtebaulichen Entwicklungsziele ist für das Jahr 2006 vorgesehen.
- Die Überwachung der Trinkwasserqualität gemäß TVO durch das Trinkwasserlabor im Wasserwerk Coschütz ist in vollem Umfang gewährleistet.
- Die Zahlung der Konzessionsabgabe für Wasser an die Landeshauptstadt Dresden ist für das Jahr 2004 erfolgt und für das Jahr 2005 vorgesehen.
- Im Jahr 2006 wird die Erarbeitung eines

hydraulischen Netzmodells für den Hauptverteilungsbereich abgeschlossen, welcher unter anderem den größten Teil der innerstädtischen Bebauung umfasst. Damit ist eine Aktualisierung und Vervollständigung der Aussagen zur Bereitstellung von Löschwasser aus dem Trinkwassernetz gegeben. Ergebnisse der Untersuchungen werden der Feuerwehr in abgestimmter Form übergeben.

- Die schrittweise Rekonstruktion des Trinkwassernetzes wurde mit dem Schwerpunkt Neubau/Sanierung von Transportleitungssystemen fortgesetzt. Als wichtige Bauvorhaben wären hier die Sanierung des Dükers Laubegast einschließlich dazugehöriger Transportleitung im Bereich des Kronstädter Platzes, der Neubau der westlichen Ableitung des HB Räcknitz im Bereich der Bergstraße und die Erneuerung des rechtselbischen Zuführungs- bzw. Ableitungssystems des HB Hosterwitz einschließlich des Neubaus eines Elbdükers im Bereich des Wasserwerkes Saloppe zu nennen.
- Zur sicheren und stabilen Versorgung des Nordraumes von Dresden erfolgte die Schaffung eines Versorgungsverbundes mit der Wasserversorgung Brockwitz/Rödern GmbH, welche bei Erfordernis wechselseitig die Bereitstellung/den Bezug größerer Wassermengen ermöglicht. Dazu erfolgte ein Rohrleitungsbau in Nennweite 500 zwischen Reichenberg und Wilschdorf einschließlich Neubau/Leistungsanpassung der notwendigen Pumpwerke.
- Derzeit wird der Bau einer Transportleitung DN 500 im Bereich des Moritzburg-Pillnitzer Weges realisiert.
- Wärme-, Kälte- und Energieversorgung
- Die Schadensbeseitigung als Folge des Hochwassers von 2002 ist weitestgehend abgeschlossen. Innerhalb dieser Maßnahmen wurden betroffene Netzbereiche und Umspannstationen umfänglich ertüchtigt bzw. ersetzt und soweit möglich Vorsorgemaßnahmen ergriffen.
- Am 28. November 2005 jährte sich der Beginn der Stromversorgung in der Stadt Dresden zum 110. Male.
- Für die Maskenfertigung in Rähnitz wurde 2003 eine Hochqualitätsstromversorgung realisiert.
- Für die neue Halbleiterfabrik von AMD (Fab 36) in Wilschdorf wurde 2005 ein weiteres Energieversorgungszentrum zur Bereitstellung von Strom, Wärme und Kälte in höchster Qualität als Joint Venture zwischen Air Liquide und DREWAG in Betrieb genommen.
- Im Rahmen der Ansiedlungen der Mas-

kenfertigung in Rähnitz sowie der AMD Fab 36 wurde im Umspannwerk Wilschdorf der Endausbauzustand hergestellt.

- Für die weiterhin dynamische industrielle Entwicklung des Dresdner Nordens wurde ein umfangreiches Investitionsprogramm aufgelegt. Auf einer Trassenlänge von etwa 22 Kilometer werden bis 2007 neue 110-kV-Kabelverbindungen zwischen den Umspannwerken Nossener Brücke, Klotzsche und Wilschdorf sowie zwischen Dresden-Mitte und Johannstadt verlegt sowie zahlreiche Umspannwerke an die neue Leitungsführung angepasst.
- Mit der Außerbetriebnahme des 20/10-kV-Umspannwerkes Niedersedlitz und Umbindung der bisher mit zehn Kilovolt versorgten Umspannstationen in ein neues 20-kV-Netz wurde die Netzmodernisierung im Dresdner Süden weitestgehend abgeschlossen.
- Mit der Inbetriebnahme des Heizkraftwerkes Klotzsche 2003 zur Versorgung der Fernwärmeinsel wurde ein weiterer Beitrag zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung geleistet.
- Im Januar 2004 ging die erste Brennstoffzelle der DREWAG im Kindergarten Fridolin, Friedrichstraße 34, in Betrieb.
- Für die Sicherstellung der Wärme- und Kälteversorgung des Neumarkt-Areals wurden umfangreiche Leitungsverlegungen vorgenommen. Unter anderem wurde im November 2005 eine neue Kältezentrale in Betrieb genommen.
- Neue Anlagen zur Klimakälte-Erzeugung wurden zwischen 2003 und 2005 im Bioinnovationszentrum Tatzberg und im Kugelhaus am Wiener Platz in Betrieb genommen.
- Mit der Ansiedlung von AMD II wurde der Gas-Hochdruckring für den Dresdner Nordraum geschlossen (Fertigstellung 10/04), der eine zweiseitige Versorgung der dort angesiedelten Unternehmen der Mikroelektronik ermöglicht.
- Außerdem wurden die beiden Gasdruckregel- und Messanlagen, die der Übernahme von der Verbundnetz Gas AG dienen, so umgebaut, dass sie in der Lage sind, das Gasnetz Dresdens redundant zu versorgen. Mit diesen Maßnahmen wurde ein wesentlicher Beitrag zur Erhöhung der Versorgungssicherheit für Dresden mit Erdgas geleistet.
- Die Energieversorgung in den Eingemeindungsbereichen erfolgte über die ESAG (ab 1. Januar 2006 ENSO Strom AG) und die Gasversorgung Sachsen Ost GmbH (ab 1. Januar 2006 ENSO Erdgas AG) in bewährter Weise.

■ Abwasserbeseitigung

- Im Jahr 2003 wurde das Abwasserbeseitigungskonzept vorgelegt und durch Stadt-ratsbeschluss bestätigt. Darin ist der Handlungsrahmen bis 2015 vorgegeben. Insbesondere Maßnahmen zum Gewässerschutz, gesetzliche Anforderungen, Wirtschaftlichkeit im Planungsraum unter Beachtung von FNP und INSEK sind darin formuliert.
- In den vergangenen Jahren wurden umfangreiche Investitionsmaßnahmen auf der Kläranlage Kaditz durchgeführt. Das Regenrückhaltebecken mit einem Volumen von 24 000 Kubikmeter wurde 2004 fertiggestellt, 2005 erfolgte die Inbetriebnahme des ersten Bauabschnittes der neuen biologischen Reinigungsstufe. Bis 2007 soll diese um eine weitere Beckeneinheit zur Stickstoff- und Phosphateliminierung ergänzt werden. Zur umweltgerechten Klärschlamm Entsorgung wird gegenwärtig eine Behandlungsstufe vorbereitet, die den Energiegehalt des Schlammes nutzen soll und damit gleichzeitig eine Reduzierung der zu entsorgenden Schlammmenge bewirkt.
- Das Hochwasser im August 2002 hat an den Abwasseranlagen große Schäden verursacht, die zu einem großen Teil mit Flutmitteln und in Eigenleistungen behoben werden konnten. Schwerpunktaufgaben waren umfangreiche Sanierungs- und Neubaumaßnahmen an den Abfangsammlern in den Bereichen Leipziger Straße, Käthe-Kollwitz- und Terrassenufer sowie Löbtauer Straße.
- Im Auftrag der Stadtentwässerung Dresden wurde eine Studie zum Hochwasserschutz erarbeitet. Wesentliche Maßnahmen daraus sind die Errichtung von stationären Hochwasserpumpwerken in Johannstadt und Stetzsch, Einbau von Absperreinrichtungen im Kanalnetz und Automatisierung des Schieberbetriebes an Entlastungsbauwerken.
- Die weitere Erhöhung des Erschließungsgrades, vorrangig in den Verdichtungsgebieten, ist nach wie vor Schwerpunktaufgabe. Fertig erschlossen wurde 2004 das Gebiet Hellerauer Teichwiesen, Kanalverlegung erfolgte auch im Bereich Wilschdorfer Anbau. In der Kaditzer Siedlung wurde ein Teil der Straßen entwässerungstechnisch erschlossen, die vollständige Erschließung soll bis 2007 fertig gestellt sein. Es ist zu erwarten, dass der Anschlussgrad im Stadtgebiet dann im Bereich von 99 Prozent liegt.
- Die Ortsteilnetze von Weißig, Schönborn und Podemus wurden an das zentrale Entwässerungssystem angebunden, so dass

nur noch fünf dezentrale Kläranlagen betrieben werden. Geplant ist in den nächsten Jahren die Außerbetriebnahme der Kläranlage Brabschütz/Rennersdorf. Für die Kläranlage Eschdorf sind umfangreiche Sanierungsmaßnahmen geplant.

- Seit September 2005 wird das Abwasser von Heidenau nach Dresden übergeleitet, ab Januar 2006 auch das Abwasser von Pirna. Damit erhöht sich die Kundenzahl des Entwässerungsbetriebes um 60 000.
- Im Zusammenhang mit Hochwasserschutzmaßnahmen an Gewässern ist die Stadtentwässerung in mehrere Projekte mit eingebunden. Der Bau des HW-Rückhaltebeckens Malte wurde 2005 fertiggestellt. Geplant sind weitere Becken am Schönfelder Dorfbach, Schelsbach, Ruhlandgraben, Seifenbach und Renaturierungsmaßnahmen am Schönborner Dorfbach, die gemeinsam von Umweltamt und Stadtentwässerung realisiert werden sollen.
- Eine bedeutende Netzerweiterung für die zweite (und prognostisch dritte) Ausbaustufe für AMD wurde im Dezember 2005 abgeschlossen. Zur bestehenden Ableitung über die Radeburger Straße wurde eine weitere Ableitungstrasse über die Waldhofstraße/Großenhainer Straße gebaut.
- Größere Umverlegungsmaßnahmen im Zusammenwirken mit SPA, STA, DREWAG, DVB erfolgten und sind geplant in den Bereichen Neumarkt, Postplatz, Altmarkt und Gasanstaltstraße.
- Seit 2004 ist die GELSENWASSER AG strategischer Partner der Stadtentwässerung. Diese öffentlich-private Partnerschaft soll Bürgern und Wirtschaft Dresdens eine hochwertige Abwasserentsorgung zu stabilen Preisen garantieren.
- Die Öffentlichkeitsarbeit der Stadtentwässerung besteht schwerpunktmäßig in Führungen auf der Kläranlage (140/a). Zwei Drittel sind Führungen für Kinder und AZU-BIS.
- Im Herbst 2005 wurde ein Schulprojekt („Aktivum“ – Aktiv für die Umwelt) initiiert, das eine Laufzeit von drei Jahren haben soll und vom Sächsischen Kultusministerium unterstützt wird.

Bewertung ➤

Handlungsansatz

Weiterarbeit am Löschwassersicherungskonzept und dessen schrittweise Umsetzung nach Klärung der Zuständigkeiten in der Landeshauptstadt Dresden

■ 1.8 Umwelt und Natur

Auch drei Jahre nach dem Hochwasserereignis von 2002 stehen der Hochwasserschutz und die Hochwasservorsorge im Mittelpunkt der Aktivitäten. Der „Plan Hochwasservorsorge Dresden“ geht über die behördlichen, rein flussgebietsbezogenen Hochwasserschutzkonzepte hinaus und stellt Stadträume mit ihren unterschiedlichen Einflüssen verschiedener Gewässer, aber auch mit deren unterschiedlichen Schutzansprüchen in den Mittelpunkt.

Die Stadt Dresden stellt sich derzeit auch verstärkt auf die regionalen Auswirkungen der globalen Klimaänderungen ein. Dazu gehören die weitere Reduktion der Emission klimarelevanter Gase als Ursache und Anpassungsstrategien, da der Klimawandel bereits fortschreitet und kurz- bzw. mittelfristig nicht mehr umkehrbar ist. Das hat über die Veränderungen des Wasserhaushaltes, des Stadtklimas und der Arten- und Biotopstruktur Auswirkungen auf das Siedlungsgefüge. Das städtische Ökosystem muss über eine stärkere Vernetzung stabilisiert werden. Der neu zu erarbeitende Landschaftsplan muss diese Aspekte aufgreifen und daraus ein Gesamtkonzept als Grundlage für den Flächennutzungsplan entwickeln. Für die Luftreinhaltung und die Lärminderung ergaben sich neue, zum Teil sehr anspruchsvolle Zielsetzungen aus Vorgaben der Europäischen Union. Hier steht nach wie vor die Auseinandersetzung mit den im Wesentlichen verkehrsbedingten Emissionen im Blickpunkt. Bisher ist es nicht gelungen, die widerstreitenden Interessen in Dresden hinsichtlich Mobilität und Gesundheit in Einklang zu bringen.

Vorbeugender Hochwasserschutz an den Fließgewässern in der Stadt

Im Juni 2003 wurde durch das Sächsische Landesamt für Umwelt und Geologie in Abstimmung mit der IKSE (Internationale Kommission zum Schutz der Elbe) der hundertjährige Durchfluss der Elbe am Pegel Dresden mit 4 370 Kubikmeter pro Sekunde bestimmt. Die sich bei diesem Durchfluss einstellende Wasserspiegellage wurde mit 9,24 Meter ermittelt. Mit diesen neuen Werten wurde das Überschwemmungsgebiet der Elbe im Dresdner Stadtgebiet angepasst. Es erlangte im Oktober 2004 Rechtswirksamkeit. Damit verbunden sind Restriktionen für die bauliche Weiterentwicklung. Auf Grundlage der Gefahrenkarten aus dem Hochwasserschutzkonzept des Freistaates wurde das Überschwemmungsgebiet der Vereinigten Weißeritz für ein hundertjäh-

liches Hochwasserereignis ausgegrenzt. Auch für den Lockwitzbach/Niedersedlitzer Flutgraben wurde das für ein hundertjähriges Hochwasser ermittelte Überschwemmungsgebiet in Arbeitskarten dargestellt. Dieses erlangte im April 2004 Rechtswirksamkeit. Auch für die hochwassergefährdeten Gewässer II. Ordnung wurden aktuelle Überschwemmungsgebiete ausgewiesen und in Arbeitskarten dargestellt. Neue Impulse werden durch das Gesetz zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes vom 3. Mai 2005 (Hochwasserschutzgesetz) gesetzt. Es ist ein wesentliches Element zur Umsetzung des Fünf-Punkte-Programmes der Bundesregierung zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes vom 15. September 2002, mit dem auf die Flutkatastrophe an der Elbe reagiert wurde. Mit ihm wurden bundesweit einheitliche, stringente Regelungen für den Hochwasserschutz eingeführt. Insbesondere wird der Entstehung neuen Schadenspotenzials in Überschwemmungsgebieten vorgebeugt.

Ämterübergreifend wird mit externen Behörden und Institutionen am Plan Hochwasservorsorge Dresden (PHD) gearbeitet. Er wird von seinem konzeptionellen Ansatz her als bundesweit erstes kommunales Hochwasservorsorge- und Schutzkonzept den Vorgaben des Fünf-Punkte-Programmes der Bundesregierung zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes gerecht. Der PHD stellt ereignis- und ortsbezogene Informationen zu Ursachen, Ablauf und Wirkung möglicher Hochwasser in Dresden zusammen, analysiert andere Bau- und Fachplanungen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf mögliche Hochwässer und definiert gebiets- und/oder objektbezogene Schutzziele für Nutzungen anhand zu ermittelnder differenzierter Schadenspotenziale.

Bewertung ↗

Handlungsansätze

- Erarbeitung und Umsetzung eines kommunalen Hochwasservorsorge- und -schutzkonzeptes unter Integration der Vorgaben überregionaler Hochwasserschutzkonzepte zur Elbe und zu den Gewässern I. Ordnung
- Verbesserung der Informationsvorsorge
- Stärkung der Eigenvorsorge potenziell Hochwasserbetroffener
- Entwicklung einer Hochwasser-Risikokultur
- Gezielte Flächenentwicklung und Niederschlagswasserbewirtschaftung im weiteren Einzugsgebiet der Gewässer, um bereits der Entstehung von Hochwasser entgegenzuwirken
- Praxisbezogene Umsetzung der Ergeb-

nisse aus Forschungsprojekten (zum Beispiel dem BMBF-Projekt Hochwassernachsorge Grundwasser Dresden)

Minderung der CO₂-Emissionen/kommunale Aktivitäten zum Klimaschutz verstärken

Im Jahr 2004 sind die Kohlendioxid-Emissionen (siehe Teil C Indikatoren) leicht gesunken. Sie lagen pro Einwohner mit 10,2 Tonnen wiederum leicht unter dem Durchschnitt des Bundesgebietes. Durch steigende Kraftstoffpreise konnte das weitere Anwachsen des Straßenverkehrs auch in Dresden eingedämmt werden. Die Geschwindigkeit der CO₂-Emissionsreduktion in Dresden hat sich aber seit einigen Jahren stark abgeschwächt. Das hat mit einem deutlich reduzierten Ausbau der Fern- und Nahwärme seit dem Ende der Neunzigerjahre sowie mit einem Rückgang im jährlichen Umfang der energetischen Altbausanierung zu tun. Ferner ist die angestrebte Vorbildrolle in der Energieeinsparung bei öffentlichen Gebäuden der Stadt kaum vorangekommen. Dennoch erreichte die Stadt Dresden seit 1998 eine jährliche Reduktion der Emissionen pro Einwohner von 1,7 Prozent. Im Bundesdurchschnitt waren es im gleichen Zeitraum nur etwa 0,5 Prozent pro Jahr. Um die kommunale Zielstellung für das Jahr 2010 zu erreichen, sind jedoch CO₂-Minderungsraten von –2,7 bis –3 Prozent nötig. Die weltweiten CO₂-Emissionen erhöhen sich hingegen unablässig. Die damit verbundene globale Klimaänderung hat größere Auswirkungen auf die Witterungsverhältnisse in Mitteleuropa und damit auch in Sachsen, als noch vor Jahren angenommen wurde. Erste Ansätze zur Vorsorge für den Hochwasserschutz, aber auch für häufigere Trockenperioden hat der Freistaat Sachsen für die Bereiche Forst- und Landwirtschaft sowie Talsperrenbewirtschaftung ergriffen. Noch fehlen entsprechende Konsequenzen für die Landes- und Regionalplanung sowie den Städtebau.

Bewertung ↘

Handlungsansätze

- Konsequenter Umsetzung und Erweiterung des städtischen Rahmenprogramms zur CO₂-Minderung
- Ausdehnung der konzeptionellen Arbeiten in der verstärkten Vorsorge beim Hochwasserschutz auf weitere Bereiche der Klimafolgenvorsorge in Anpassung an die regionale Klimaprognose für Sachsen (unter anderem für Hitze- und Dürreperioden). Entsprechende Vorsorgemaßnah-

men müssen in alle städtischen Planungen einfließen.

Bessere Auslastung der innerstädtischen Flächenressourcen und Rückbau von nicht mehr genutzten baulichen Anlagen im Außenbereich

Beispiele aus dem Berichtszeitraum für eine erfolgreiche Wiedernutzung von kontaminierten Flächen nach der Sanierung sind die Fläche des ehemaligen Plattenwerks Sporbitz und die Rekultivierung der Ablagerungen des Gewerbegebietes Weißig.

Ein effektiver Einsatz von finanziellen Mitteln ist nur gegeben, wenn Maßnahmen zur reinen Gefahrenabwehr verbunden werden mit Sanierungszielstellungen, die eine Wiedernutzung der Flächen ermöglichen. Die Erfahrungen zeigen, dass beim Angebot revitalisierter Flächen durch die Kommune kaum Akzeptanzprobleme bei Investoren auftreten. Andererseits fehlen für die angestrebte Zwischennutzung von Brachflächen als Grünflächen, als Kaltluftentstehungsflächen und -abflussbahnen sowie zur Ausdehnung des Biotopverbundes häufig finanzielle Mittel sowie das Einverständnis der Eigentümer.

Bewertung →

Handlungsansätze

- Um die Inanspruchnahme neuer Flächen im Außenbereich einzuschränken, sind Brachen, Baulücken und ungenutzte Flächen unter dem Aspekt einer Wiedernutzung bezüglich ihrer Revitalisierungs- bzw. Renaturierungspotenziale zu bewerten.
- Fortsetzung der Revitalisierung gewerblicher Brachflächen, insbesondere beim ehemaligen Plattenwerk in Sporbitz und dem Gelände des früheren Glaswerkes an der Freiburger Straße, dem Gelände des Kohlebahnhofes sowie Abbruch und Renaturierung der ehemaligen Schweinemast Wurgwitzer Straße, Schweinemast Schönfeld, Munitionsbunkeranlagen Jägerpark, Rückbauten im Bereich der Magazinstraße und Am Wiesenrand

Sicherung von Freiflächen und Schaffung von innerstädtischen und regionalen Biotopverbünden unter Nutzung der FFH-Gebiete

Der Anteil versiegelter Fläche in der Stadt stieg mit seinen negativen Auswirkungen auf das Stadtklima und die Grundwasserneubildung weiter an. Der Neubau von Verkehrsstraßen sorgte für eine wachsende Zerschneidung der Freiflächen und eine Störung bestehender Verbundbeziehungen zwischen Biotopen. Die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsflächen zwischen 2002 und 2004 von insgesamt 166 Hektar vollzog sich überwiegend zu Lasten der Anteile von landwirtschaftlicher Nutzfläche. Eine besondere Schutzgebietskategorie bilden neben Naturschutzgebieten (NSG), Landschaftsschutzgebieten (LSG), Naturdenkmälern (ND) und gesetzlich geschützten Biotopen die sogenannten FFH-Gebiete (siehe Teil C Indikatoren).

Bewertung →

Handlungsansätze

- Sicherung eines günstigen Erhaltungszustandes der FFH-Gebiete
- Erhalt und Entwicklung der weiträumigen naturnahen Gebiete wie der Elbauen, der Dresdner und Jungen Heide und der Gründe, Sicherung der markanten Freiräume und der Elemente der agrarisch geprägten Kulturlandschaft in der Umgebung der Stadt und Abstimmung der Siedlungsentwicklung mit den Belangen des Natur- und Umweltschutzes
- Entwicklung eines Biotopnetzwerkes, das bestehende und geplante Schutzgebiete, besonders geschützte Biotope, FFH-Gebiete und weitere artenschutzrelevante Flächen verbindet

Biologische Funktionsfähigkeit des Bodens erhalten und entwickeln; Flächenpflege und Förderprogramme Naturschutz

Ende 2005 wurden 96 Flächen mit insgesamt 413 Hektar im Rahmen der Förderung der umweltgerechten Landwirtschaft im Freistaat Sachsen in ihrer Pflege durch die Eigentümer finanziell unterstützt. Schwerpunkte waren die Streuobstwiesenpflege, die naturschutzgerechte Wiesennutzung und die naturschutzgerechte Beweidung. Mit 320 Hektar nimmt das LSG „Dresdner Elbwiesen“ den größten Anteil ein. Derzeit wird die Pflege landwirtschaftlicher Flächen mit den Mitteln folgender Teilprogramme (Förderprogramme des Freistaats Sachsen, Programm Naturschutz und

Erhalt der Kulturlandschaft und Naturschutzrichtlinie) insgesamt gefördert:

- NAK 2000: 155,17 Hektar
- NAK 2001: 73,82 Hektar
- NAK 2002: 26,87 Hektar
- NAK 2003: 3,26 Hektar
- NAK 2004: 78,95 Hektar
- KULAP 2004: 51,26 Hektar (Extensive Grünlandwirtschaft)
- NAK 2005: 21,46 Hektar (Naturschutz und Erhalt der Kulturlandschaft).

Darüber hinaus wurden über fünf Hektar wertvoller, aber landwirtschaftlich nicht nutzbarer Flächen durch das städtische Grünflächenamt gepflegt. Diese Pflege wurde zum Teil mit Fördermitteln des Freistaates Sachsen unterstützt.

Bewertung ↗

Handlungsansätze

- Verstärkung des Umfangs der Flächenpflege (erfordert ein verstärktes Zugehen auf die Landwirtschaftsbetriebe)
- Erarbeitung von agrarstrukturellen Entwicklungsplanungen (ILEK) für landwirtschaftlich geprägte Räume und deren Integration in die weiteren gesamtstädtischen Planungen

Sicherung der Kalt- und Frischluftzufuhr für die Stadt sowie lokalklimatische Verbesserungen

Nach der aktuellen Klimaprognose für Sachsen wird neben den Mittel- und Höchsttemperaturen auch die Sonnenscheindauer zunehmen. Damit verringert sich die Aufenthalts- und Wohnqualität in den jetzt schon als überwärmt ausgewiesenen Gebieten, in denen ungefähr 134 000 Dresdner (rund 26 Prozent der Dresdner Bevölkerung, Stand 12/2004) leben, weiter. Lokalklimatische Anforderungen und die Sicherung der Kalt- und Frischluftzufuhr haben bisher zu wenig Beachtung im Baugeschehen der Stadt gefunden.

Bewertung →

Handlungsansätze

- Fortschreibung des städtischen Klimagutachtens, um insbesondere aus den Veränderungen im Südostraum der Stadt belastbare planerische Aussagen zu erhalten
- Sicherung der Klimaschutzziele im Rahmen der Landschafts- und Flächennutzungsplanung

- Sicherung von Kaltluftentstehungsflächen und -abflussbahnen im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung
- Weitere Erschließung von mikroklimatischen Potenzialen im Innenstadtbereich durch Entkernung, Begrünung und die Versickerung von Regenwasser

Lärmsanierung und lufthygienische Verbesserung im Wohnumfeld

Obwohl seit 1999 an 37 Prozent des städtischen Hauptstraßennetzes eine Verbesserung der Lärmimmissionssituation und nur an acht Prozent eine Verschlechterung eingetreten ist, geht vom Straßenverkehrslärm die stärkste Lärmbelastung mit der größten Anzahl der Betroffenen aus. Bezogen auf das Hauptstraßennetz sind immer noch 13 Prozent der Einwohner Dresdens, das sind etwa 66 700 Menschen, am Tage einem Mittelungspegel von größer als 65 Dezibel(A) ausgesetzt, so dass gesundheitliche Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden können. Nach dem Sanierungsgebiet Hechtviertel haben Striesen-Ost und die angrenzenden Teile von Blasewitz den zweiten Lärminderungsplan der Stadt erhalten. Die Lärminderungsplanung für Löbtau wurde begonnen.

Intensität und Struktur der Immissionen (Luftverunreinigungen) haben sich in den letzten 14 Jahren stark verändert. Die Immissionen von Schwefeldioxid (SO_2) und Staub sind stark zurückgegangen. Bei SO_2 scheint sich der Jahresmittelwert auf niedrigem Niveau einzupendeln. Weitere Rückgänge sind nur zu erwarten, wenn immer noch vorhandene Ferntransporte abnehmen. Beim Staub wurden die Messungen von Gesamtstaub auf einen Feinstaubanteil mit einem Partikeldurchmesser von kleiner zehn Mikrometer (PM_{10}) umgestellt. Hier wird der Gefährlichkeit des Feinstaubes für die Gesundheit des Menschen Rechnung getragen. Trotz der erzielten Erfolge bei der Staubreduzierung besteht in Dresden ein Problem bei der Einhaltung des Grenzwertes für die Tagesmittelwerte an Hauptstraßen.

In Dresden wurden 2005 Grenzwerte (nach 22. BImSchV, 35 Überschreitungen des Tagesmittelwertes von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) (PM_{10}) für Staub und Grenzwerte (2005 gilt $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ plus $10 \mu\text{g}/\text{m}^3$) sowie Toleranzmarken ($50 \mu\text{g}/\text{m}^3$) für den Jahresmittelwert von Stickstoffdioxid überschritten. Der erste Fall fordert eine Aktionsplanung, die auf kurzfristige Maßnahmen zielt, der zweite Fall eine Luftreinhalteplanung als längerfristige Planung. Unter Federführung des Regierungspräsidium Dresden wird derzeit eine kombinierte Aktions- und Luftreinhalte-

teplanung für PM_{10} und NO_2 durchgeführt.

Erste Analysen durch das Sächsische Landesamt für Umwelt und Geologie sagen für Messstellen im Stadtgebiet aus, dass der Kraftfahrzeugverkehr Hauptverursacher für die Luftverschmutzung ist. Bei PM_{10} werden etwa 50 Prozent dem Kfz-Verkehr zugeschrieben. Industrie, Großfeuerungsanlagen, Handwerk, Gewerbe, private Haushalte erreichen nur sechs Prozent der Emissionen, der Rest ist als Ferntransport einzuordnen und von der Stadt nicht zu beeinflussen. Bei Stickstoffdioxid ist der Hauptverursacher jetzt, im Gegensatz zu den Verhältnissen vor 1990, der Straßenverkehr. Dem Straßenverkehr sind 70 bis 80 Prozent der Stickstoffdioxidbelastung an Hauptstraßen zuzurechnen. So ist auch am Postplatz bei NO_2 keine positive Tendenz zu erkennen.

Bewertung →

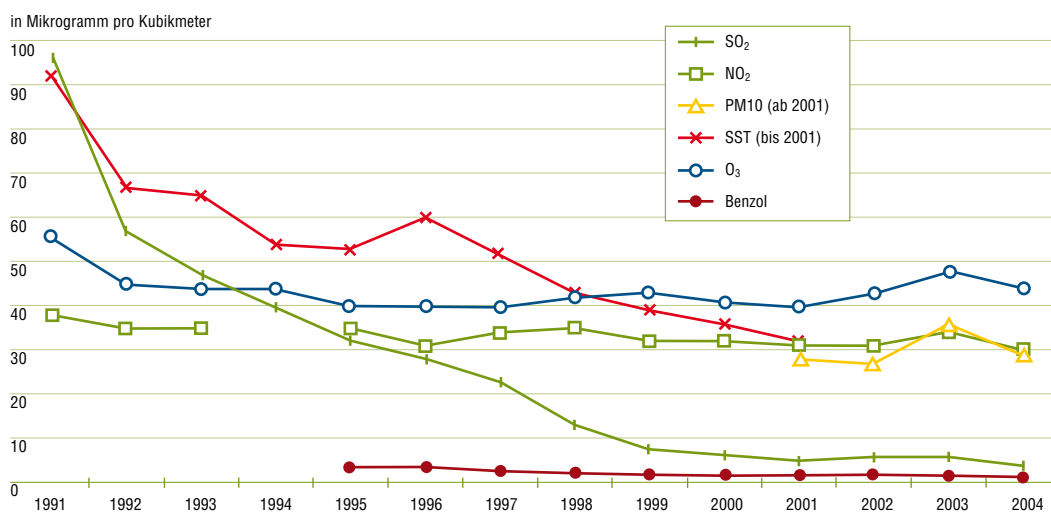
Handlungsansätze

- Umsetzung des Lärmsanierungsprogramms für die lautesten Straßen
- Ersatz des Pflasters durch Asphalt, insbesondere im Hauptnetz
- Fortführung der Lärminderungsplanung für Wohn- und andere schutzwürdige Gebiete
- Wirksame Maßnahmen gegen die Überschreitung von neuen Grenzwerten für die Staubbelastung (PM_{10}) stadtweit am Hauptstraßennetz
- Handlungsbedarf vor allen an viel befahrenen Straßen besteht nicht nur hinsichtlich der Emissionen aus Anlagen und Kraftfahrzeugen (Auspuff). Ein guter Straßenzustand führt ebenso zu geringeren Staubbelastungen. Um die ab 2005 gültigen Grenzwerte nach der 22. BImSchV

Geräuschbelastung durch den Kraftfahrzeugverkehr nach Pegelklassen (Tag) 2004

Pegelbereich in Dezibel(A)	Gesamtlänge in Kilometer	Anteil am Hauptnetz in Prozent
größer oder gleich 75 bis 81	4,7	1
größer oder gleich 70 bis 75	50,3	11
größer oder gleich 65 bis 70	157,3	35
größer oder gleich 60 bis 65	123,0	27
größer oder gleich 55 bis 60	20,5	5

Entwicklung der Luftschadstoffe an der Messstelle Dresden-Postplatz



einzuhalten, erscheinen neue wirksame Maßnahmen, die Berücksichtigung in der Fortschreibung des Verkehrskonzeptes finden müssen, unumgänglich.

■ Planungen sind auf ihre verkehrserzeugende bzw. -vermindernde Wirkung zu prüfen.

■ Verkehrslösungen des Umweltverbundes muss in Zukunft Vorrang eingeräumt werden.

■ 1.9 Regionale Bezüge

In den vergangenen zwei Jahren hat die regionale Zusammenarbeit weiter an Bedeutung gewonnen. Neben den seit vielen Jahren etablierten Zweckverbänden (zum Beispiel Verkehr) geht es dabei vordergründig um interkommunale Kooperation, mit der aktuelle Problemstellungen besser gelöst werden können. Handlungsfelder reichen von der europäischen Dimension der Wahrnehmung und des Marketings von Regionen bis zur Bewältigung lokaler Stadt-Umland-Konflikte.

Mobilisierung der Metropolregion Sachsen-dreieck

Mit fortschreitender Globalisierung nimmt der Stellenwert der Metropolregionen im weltweiten Standortwettbewerb immer weiter zu. Die seit Anfang 2002 bestehenden Bemühungen des Sächsischen Staatsministerium des Inneren (SMI) zur inhaltlichen und organisatorischen Ausformung der Metropolregion Sachsen-dreieck wurden weiter intensiviert. Auf einem Treffen der Oberbürgermeister der beteiligten Städte Chemnitz, Dresden, Halle, Leipzig und Zwickau im Sächsischen Staatsministerium des Inneren am 23. August 2005 wurde eine gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit als europäische Metropolregion unterzeichnet. Darin bekennen sich die Städte zur Kooperation in ihrer Verantwortung für die Entwicklung und Stärkung eines attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraumes und sehen in der Profilierung als Europäische Metropolregion eine Chance zur besseren Positionierung im globalen und europäischen Wettbewerb.

Das Sachsen-dreieck hat ein Handlungskonzept für die Entwicklung zu einer Metropolregion erarbeiten lassen. Das dort entwickelte Leitmotiv lautet: „Zukunftsweisend für Umbau, Hochtechnologie und Lebensqualität in Europa!“ Dieses Leitbild wurde mit Handlungsfeldern unteretzt, woraus konkrete Projektansätze entstanden. Das Handlungskonzept wurde von den Oberbürgermeistern

der Städte des Sachsen-dreiecks als Grundlage für die weitere gemeinsame Arbeit bestätigt.

Voraussetzung für die weitere Qualifizierung der Kooperation und Projektumsetzung ist der Aufbau einer Organisationsstruktur. Bestätigt wurde eine schlanke Organisation, mit einem gemeinsamen Ausschuss (Oberbürgermeister, Minister für Landesentwicklung Sachsen und Sachsen-Anhalt) Lenkungsstab (bisherige Arbeitsgruppe) und für einzelne Projekte eine entsprechende Arbeitsstruktur. Aus Kostengründen wurde für eine koordinierenden Geschäftsstelle ein Rotationsprinzip favorisiert, nach dem alle zwei Jahre eine beteiligte Stadt diese Aufgaben federführend übernimmt. Für 2006/2007 wird es Leipzig sein.

Das „Sachsen-dreieck“ nimmt gemeinsam am EU-Projekt PolyMETREXplus (Laufzeit 2004-2007) unter Federführung der Stadt Dresden teil. Es wurden ein Logo entwickelt und ein Internetauftritt aufgebaut (www.region-sachsendreieck.de, www.metropolregion-sachsendreieck.de). Zur Umsetzung weiterer Projekte wurden die Arbeitsgruppen Marketing, EXPO REAL, Tourismus sowie Verkehr und Mobilität eingerichtet.

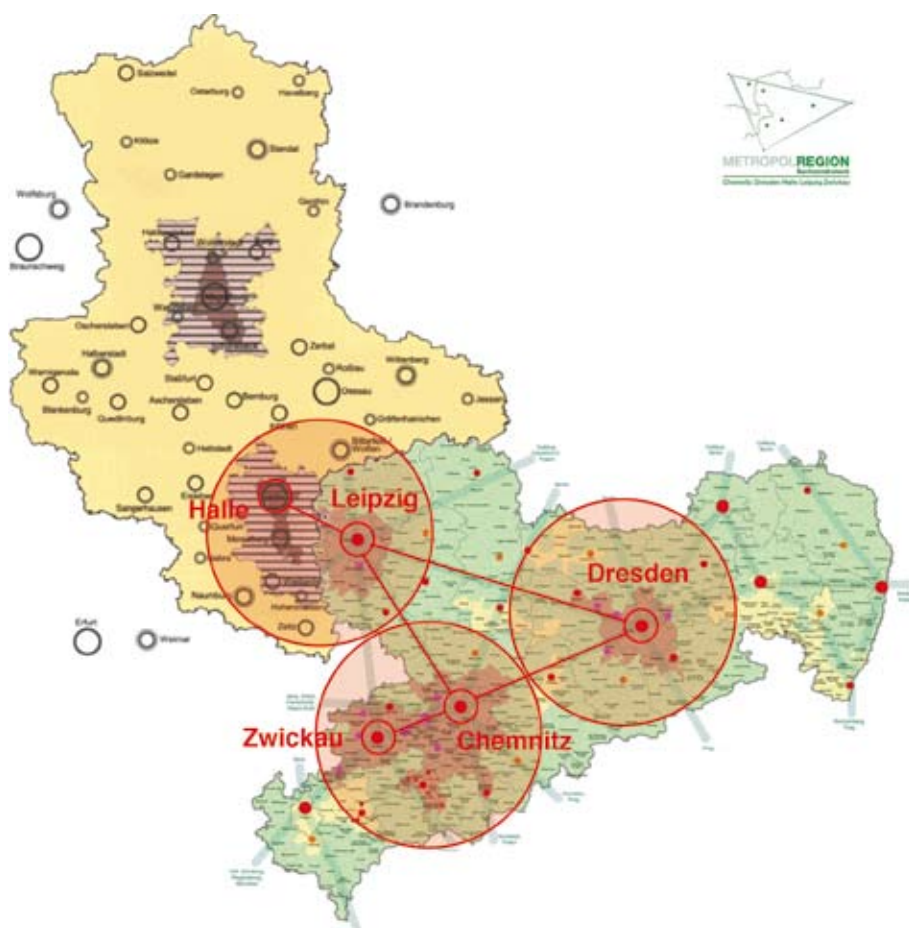
Die Metropolregion Sachsen-dreieck sollte zunehmend die Verantwortung als Motor der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen

und kulturellen Entwicklung auf europäischer und internationaler Ebene und mit Ausstrahlung in die jeweiligen Vernetzungsräume übernehmen. Die Entwicklung des Sachsen-dreiecks dient im besonderen Maße der Förderung der europäischen und internationalen Bekanntheit des Freistaates Sachsen, wobei die beteiligten großen Städte die Chance haben, als Entwicklungspole zu fungieren. Mit der Lage des Sachsen-dreiecks im Knotenpunkt der paneuropäischen Verkehrskorridore III (Berlin/Dresden – Wrocław – Krakow – Kiew) und IV (Nürnberg/Dresden – Prag – Wien – Budapest – Thessaloniki – Istanbul) wird eine bedeutende wirtschaftliche und kulturelle Brückenfunktion zwischen West- und Mitteleuropa in Richtung Osteuropa übernommen.

Bewertung ↗

Handlungsansatz

Voraussetzung für eine weitere Mobilisierung der Metropolregion Sachsen-dreieck ist die Bereitstellung von finanziellen Mitteln durch die Landesregierung sowie die kontinuierliche Mitarbeit aller Akteure.



Ausbau der Brückenfunktion nach Mittel- und Osteuropa, Profilierung als Oberzentrum im sächsischen/nordböhmisches/niederschlesischen Grenzraum

Mit den Leitlinien zur Europaarbeit in der Stadt Dresden wurde die Grundlage für die Entwicklung einer aktiven Europaarbeit geschaffen, „die zum einen nach innen wirkt, indem sie in Dresden das Bewusstsein und die Kompetenz für Europa stärkt, Weltoffenheit und Toleranz fördert und vorhandene Potentiale zu erschließen hilft – Dresden fit macht für Europa – und zum anderen nach außen die Dresdner Stellung in der Gruppe der europäischen Städte festigt und ausbaut“¹⁾. Festgeschrieben wurde auch, dass die Europaarbeit alle Bereiche und die Region einbeziehen und miteinander verbinden soll, um Synergieeffekte zu erzielen. Im Berichtszeitraum beteiligt(e) sich die Landeshauptstadt Dresden insgesamt an 20 EU-Projekten, von denen die folgenden einen Bezug zur Stadt-/Regionalentwicklung/Umwelt aufweisen:²⁾

Große Bedeutung, vor allem im Rahmen der EU-Osterweiterung, hatte das durch das Europareferat koordinierte EU-Projekt EnlargeNet (Regionale grenzüberschreitende Netzwerkbildung zwischen Städten und Regionen; <http://enlarge-net.dresden.de>). Es startete mit einer Konferenz am 24. Juni 2003 im Sächsischen Landtag. In fünf thematischen Arbeitsgruppen befassten sich Schlüsselakteure aus Sachsen, Niederschlesien und Nordböhmen mit den Herausforderungen und Chancen durch die EU-Erweiterung und die Entwicklung gemeinsamer Projekte. Das Projekt endete mit einer Konferenz am 12. Mai 2005 im Regionalparlament der Aussiger Region (Ústecký kraj). Die angestrebte Etablierung einer ständigen, über die Euroregionen hinausreichenden Kooperationsplattform für die Region Sachsen-Niederschlesien-Nordböhmen konnte nicht erreicht werden. Die Zusammenarbeit wird jedoch über die Folgeprojekte wie EU-MED-EAST (Regionale grenzüberschreitende Netzwerkbildung im Gesundheits- und Sozialwesen) und EURES (Informationsnetzwerk zur Unterstüt-

zung der grenzüberschreitenden Mobilität in der Wirtschaftsregion Sachsen-Niederschlesien-Nordböhmen) fortgeführt (<http://eu-med-east.dresden.de> und <http://eures.dresden.de>). Auch hat die Wirtschaftsförderung Sachsen die Idee einer größeren Wirtschaftsregion aufgegriffen und eine entsprechende trinationale Arbeitsgruppe eingerichtet.

¹⁾ Leitlinien zur Europaarbeit in der Stadt Dresden, Stadtratsbeschluss vom 08.05.2003

²⁾ Quellen: Europabericht 2005 und internes Arbeitsmaterial des Europareferates

EU-Projekte an denen die Stadt Dresden mitarbeitet(e) und die ein Bezug Stadt-/Regionalentwicklung/Umwelt aufweisen		
Kurzname	Projekthalt/Ziel	Laufzeit/Abschluss
PLUME „Planning and Urban Mobility in Europe“	Netzwerk zur Bündelung europaweiter Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Integration von Raumnutzung und Verkehr entsprechend den Anforderungen der Endnutzer (Städte- und Verkehrsplaner, Verkehrsunternehmen, Politik)	4/2003 bis 6/2005
LUDA „Large Urban Distressed Areas“	Ziel: Verbesserung der Lebensqualität in großen vernachlässigten Stadtgebieten mit Entwicklungsdefiziten. Zusammenarbeit von Stadtverwaltungen und Forschungseinrichtungen europäischer Städte.	2/2003 bis 1/2006
Intelcities	Netzwerk zur Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien für eine nachhaltige Stadtentwicklung; Unterthema „Flächeninformationsmanagement“; Aufbau eines GIS-Portals	1/2004 bis 6/2005
PolyMETREXplus	Netzwerk untersucht und unterstützt effiziente polyzentrische Beziehungen zwischen europäischen Ballungs- und Großräumen. Dresden nimmt mit dem IÖR teil und vertritt die Metropolregion Sachsendreieck.	3/2004 bis 8/2007
RIVERLINKS	Ziel: Erfahrungsaustausch zur Bewirtschaftung von Flusseinzugsgebieten. Schwerpunkt in Dresden ist der Hochwasserschutz im Oberen Elbtal.	6/2003 bis 6/2006
UrBIKE	Ziel: Förderung des Radverkehrs in urbanen Räumen, Erfahrungsaustausch, Aufbau lokaler Pilotprojekte, Aufbau einer Plattform mit Internetportal für alle europäischen Städte zur Förderung des Radverkehrs.	1/2004 bis 12/2006
GreenKeys “Urban Green as a Key for Sustainable Cities”	Inhalt ist die Schaffung bzw. Aufwertung städtischer Grünflächen als Schlüsselfaktor einer nachhaltigen Stadtentwicklung	5/2005 bis 4/2008
URBEM	Bewertung von Fallbeispielen erfolgreichen Gewässerschutzes	11/2002 bis 10/2005
DAYWATER	Fallstudien Boden- und Gewässerschutz, insbesondere Niederschlagswasserbewirtschaftung	12/2002 bis 12/2005
EcoBUDGET	Monitoring und Steuerung der Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen und der Umweltqualität auf kommunaler Ebene	12/2001 bis 12/2004
HQE²R	Nachhaltige Gebäudesanierung für neue Nachbarschaften	7/2001 bis 3/2004

Folgende Projektbeteiligungen wurden im Rahmen des Programms INTERREG III B beantragt:

Projekte im Rahmen des Programms INTERREG III B an denen die Stadt Dresden mitarbeitet(e)		
Kurzname	Projekthalt/Ziel	Laufzeit/Abschluss
CmoCC	Change Management of City Centers (planerische Werkzeuge zur Vitalisierung von Innenstädten)	2006 bis 2007
ED-CIII	Paneuropäischer Verkehrskorridor III Via Regia mit Dresden – Wrocław – Krakow – Kiew als europäische Entwicklungsachse	2006 bis 2007

Dresden ist 2004 dem europäischen Städteverband EUROCITIES beigetreten. Die Besonderheit dabei ist, dass die Mitgliedschaft entsprechend des Vorschlages des Stadtrates über eine Umlage durch die Stadt-Umland-Region Dresden finanziert wird. Nach der anstehenden Neustrukturierung des Verbandes wird sich Dresden stärker in dessen inhaltliche Arbeit einbringen. Ebenfalls seit 2004 gehört Dresden der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) an. Auch diese Mitgliedschaft wird durch die Stadt-Umland-Region Dresden getragen. Am 14. Juni 2004 fand in Dresden ein Informationsseminar zum Thema „Städte, Gemeinden und Kreise im erweiterten Europa – Auswirkungen und Chancen“ statt. Dresden hat 2005 den Vorsitz der Deutschen Delegation des Deutsch-Polnischen Ausschusses übernommen.

Im Rahmen der Euroregion ELBE/LABE haben sich die Fachgruppen Wirtschaftsförderung/Tourismus, Umwelt- und Naturschutz, Kultur/Sport/Bildung/Soziales, Raumentwicklung, Verkehr und Katastrophenschutz neu konstituiert. Die Stadt Dresden ist in allen Fachgruppen vertreten und hat jeweils gemeinsam mit einem tschechischen Partner den Vorsitz der Fachgruppen Raumentwicklung und Verkehr. In der Fachgruppe Regionalentwicklung wurde in regelmäßigen Beratungen (zweimal jährlich) der aktuelle Stand der Regionalplanungen (Bezirk Ústí, Oberes Elbtal/Osterrgebirge) erörtert, und es wurden Projekte, Untersuchungen und EU-Förderprogramme vorgestellt.

Die bisherige Mitarbeit der Stadt Dresden im Rahmen von europäischen Projekten kann als erfolgreich betrachtet werden. Die Landeshauptstadt Dresden bezieht in ihrer Europaarbeit sehr stark die regionale Ebene ein, wobei auch die Nachbarschaft zur Republik Polen und zur Tschechischen Republik berücksichtigt wird. Die Beteiligung an EU-Projekten gestaltet sich aber durch die geforderte Bereitstellung von Eigenmitteln immer schwieriger.

Bewertung ↗

Handlungsansätze

- Weiterer Ausbau von strategischen Städtepartnerschaften sowie Mitarbeit in europäischen Städtenetzwerken, um neben Wissens- und Erfahrungsaustausch die Stadt Dresden zu präsentieren sowie im In- und Ausland bekannt zu machen
- Aufbau grenzüberschreitender Kooperationsstrukturen, zum Beispiel im Rahmen von EU-Projekten zu verschiedenen Themen (Regional-, Infrastruktur-, Wirtschaftsentwicklung, Freiraumvernetzung usw.)
- Zusammenarbeit in trinationalen Projekten und Weiterführung der aufzubauenden Kooperationsstrukturen und Netzwerke
- Unterstützung von EU-Projekten in den verschiedensten Bereichen

Verbesserung der Interkommunalen Kooperation in der Region

Seit Januar 2003 existiert die **Stadt-Umland-Region Dresden**, in der sich die Bürgermeister und Oberbürgermeister der Stadt Dresden und 14 ihrer Nachbargemeinden als informelle Kooperationsform zusammengeschlossen haben. Ein wesentliches Anliegen war die Erarbeitung eines Regionalen Entwicklungskonzeptes. Die Landräte haben sich in diesem Zusammenhang für einen größeren Gebietsumgriff ausgesprochen, der für die Themenstellungen der Wirtschaft und des Regionalmarketings von Bedeutung ist und den ländlichen Raum um Dresden mit berücksichtigt. Im Ergebnis dessen wurde im Frühjahr 2004 die „**Region Dresden**“ gebildet, der neben der Stadt Dresden die vier Landkreise der Planungsregion und Teile von zwei weiteren Landkreisen der östlich angrenzenden Planungsregion angehören.

Region Dresden



Die bisher wichtigste Aufgabe der Region Dresden war/ist die Erarbeitung eines Regionalen Entwicklungskonzeptes (REK). In ihm werden die Ziele der Region auf der Basis einer Stärken-Schwächen-Analyse diskutiert. Das Leitbild steht unter dem Motto „Region Dresden: zusammen wachsen.“ Es wurde im Dezember 2005 verabschiedet und lautet:

Die Region Dresden ist ein freiwilliger Zusammenschluss (der Landeshauptstadt Dresden und der Umlandkreise). Gemeinsam werden weitere Wachstumspotenziale erschlossen und die wirtschaftliche Spitzenstellung in Deutschland wird ausgebaut. Gleichzeitig sichern technologische Spitzenleistungen, die Lage im Zentrum der EU, der einzigartige Naturraum, herausragende Kultur- und Freizeitangebote und die hohe Lebensqualität die Bedeutung der Region innerhalb Europas.

Das Leitbild wird von den folgenden Leitlinien unteretzt:

- Kooperationsbasis schaffen
- Wirtschaftsstellung und Wachstumskerne weiter ausbauen
- Branchenschwerpunkte und Netzwerke stärken
- Technologische Spitzenstellung und Technologietransfer ausbauen
- Fachkräftebedarf decken
- Internationalität entwickeln und Brückenfunktion nach Osteuropa nutzen

- Tourismus, Kultur- und Freizeitangebote stärken und vernetzen
- Natur- und Landschaftsraum erhalten und entwickeln
- Lebensqualität sichern und vermarkten.

Als Marketinginstrument wurde für die zu etablierende Region eine Text-Bild-Marke entwickelt. Sie soll auch durch die in der Region vorhandenen Akteure sowie die Gebietskörperschaften genutzt werden.



Im Jahre 2006 sollen Entwicklungsprojekte und Maßnahmen festgelegt werden, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Region Dresden in Deutschland und Europa nachhaltig stärken. Bisher zeichnen sich Schlüsselprojekte zu folgenden Themenbereichen in unterschiedlichen Teilräumen ab:

- Regional- und Standortmarketing
- Regionale Wirtschaftsförderung/Unternehmenskooperation
- EU-Projektarbeit
- Fachkräftesicherung
- Flächenmanagement
- Demografischer Wandel.

Bewertung ↗

Handlungsansatz

Zur Umsetzung der Maßnahmen sollen nach Abschluss des REK geeignete Organisationsstrukturen geschaffen werden. Ob die Gründung einer Marketinggesellschaft gelingt, ist nicht zuletzt davon abhängig, ob die dafür notwendigen finanziellen Mittel durch die beteiligten Gebietskörperschaften bereitgestellt sowie geeignete regionale Partner gefunden werden können.

Stadt-Umland-Region Dresden

Die Stadt-Umland-Region mit 15 kooperierenden Kommunen befasst sich mit konkreten interkommunalen Themenfeldern im engeren Verdichtungsraum von Dresden. Dabei wurden unter anderem folgende gemeinsame Ergebnisse erzielt:

- Auftritt auf der Expo Real in München mit einer Präsentation der Gewerbeflächenpotentiale
- Positionierungen zu überörtlichen Konzepten, wie Landesentwicklungsplan, Hochwasserschutzkonzepte
- Informationsaustausch, zum Beispiel zur Nutzung von Infrastruktureinrichtungen, zu Verkehrsplanungen, neuen Regelungen der Baugesetzgebung, zum Stadtumbau Ost
- gemeinsame Internetpräsentation
- gegenseitige Nutzung freier Fortbildungskapazitäten.

Folgende Tätigkeitsfelder sind unter anderen Gegenstand der aktuellen Arbeit:

- Abstimmung der Gewerbeflächenentwicklung und Strategieentwicklung zur Aktivierung vorhandener Gewerbeflächen im Bereich der neu realisierten BAB 17
- Umsetzung des beschlossenen Wanderwegkonzeptes, auch mit dem Ziel, um Dresden zwei interessante Rundwanderwege einzurichten und dazu eine Informationsbroschüre herauszugeben
- regelmäßiger Erfahrungsaustausch im Rahmen des Stadtumbaus und der Erarbeitung der Stadtentwicklungskonzepte der Städte Pirna, Heidenau, Freital und Dresden
- Abstimmung der Sportstättenentwicklungsplanung und zur Einzelhandelsentwicklung
- Erweiterung des Veranstaltungskalenders im Internet für Dresden auf das Umland.

Die Stadt Dresden unterstützte den Kooperationsprozess durch das seit 2003 mit den notwendigen Koordinierungsaufgaben betraute Büro der Stadt-Umland-Region beim Stadtplanungsamt. Nach drei Jahren intensiverer Stadt-Umland-Kooperation wird eingeschätzt, dass sich ein verbessertes gegenseitiges Verständnis im Verdichtungsraum Dresden und damit ein Regionalbewusstsein entwickelt hat.

Bewertung ↗

Handlungsansätze

Zukünftig bestehen folgende Zielstellungen:

- Schrittweise bessere Bewältigung von Stadt-Umland-Problemen (Abstimmung der Siedlungsentwicklung einschließlich Standortentwicklung, Kosten-Lasten-Ausgleich und weiteres) und effektivere Erfüllung der kommunalen Aufgaben
- Informations- und Erfahrungsaustausch und Ausnutzung von Synergieeffekten, zum Beispiel zu Problemstellungen des demografischen Wandels, des Stadtumbaus
- Verbesserung der Naherholungssituation, Abstimmungen zur sozialen Infrastruktur
- Größere Außenwahrnehmung, zum Beispiel durch gemeinsame Positionierungen und Marketingprojekte
- Übernahme regionaler Funktionen in europäischen Gremien

2 Räumliche Schwerpunkte der Stadtentwicklung

Ein Grundprinzip des INSEK ist die Priorisierung von Schwerpunkten der Stadtentwicklung auf der räumlichen Ebene. Methodisch sind auf dieser Planungsebene die Aussagen der gesamtstädtischen Planung bis auf Schlüsselprojekte zu konkretisieren.

Die für den Berichtszeitraum aufgezeigte Entwicklung bestätigt sowohl den methodischen Grundansatz des INSEK, umsetzungsorientiert Maßnahmen der Stadtentwicklung auf begründet ausgewählte Schwerpunktbereiche zu konzentrieren, wie auch die im INSEK definierten räumlichen Entwicklungsschwerpunkte selbst. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die mit den Maßnahmen verfolgten Ziele in den einzelnen Teilräumen und auch in den Schwerpunkträumen in unterschiedlichem Maße erreicht werden, so dass einzelne Teilräume noch über längere Zeit des Einsatzes von Maßnahmen bedürfen, während andere Bereiche eher als Selbstläufer angesehen werden können, die künftig aus sich heraus eine stabile Entwicklung aufweisen werden. Dies liegt in den sehr unterschiedlichen teilraumspezifischen Entwicklungspotenzialen begründet.

Der Stadtentwicklungsbericht trifft detailliertere Aussagen zur Zielerreichung in den innerstädtischen Entwicklungsbereichen (Kapitel 2.1 Teilräume des INSEK) sowie in weiteren räumlichen Schwerpunkten (Kapitel 2.2 Stadterneuerungsgebiete).

Für die darüber hinaus im INSEK definierten räumlichen Schwerpunkte, Standorte und Flächen prioritärer Maßnahmen der Stadtentwicklung erfolgte die Wertung überwiegend bereits im Teil A/1.1 bis 1.9 unter funktionalen Aspekten. Das betrifft:

- Innere Entwicklungsräume im Wohnungsbestand überwiegend mit Baugebieten nach 1945 (Prohlis, Gorbitz, Johannstadt und andere) mit dem Schwerpunkt der Weiterentwicklung und Anwendung des

Programmes Stadtumbau Ost, verbunden mit einer teilräumlich unterschiedlich intensiven Reduzierung des Bestandes unsanierter Wohnungen

- Mobilisierung innenstadtnaher Flächenpotenziale für neue Formen des urbanen Eigenheimbaus (zum Beispiel Leipziger Vorstadt/Kiefernstraße)
- Innere Entwicklungsräume im gewerblichen Bereich (Süd-Ost-Raum einschließlich der Reaktivierung einer Industriebrache zum interkommunalen Gewerbegebiet Sporbitz/Heidenau, Industriegelände Nord, Cossebaude, Leipziger Vorstadt und andere) mit dem Hauptaugenmerk der Brachflächenmobilisierung
- Weitere spezifische Entwicklungsstandorte wie das Ostragehege für die Messe, Kultur, Freizeit, Sport, die Johannstadt für Forschung/Biotechnologie und Pillnitz für Schwerpunkte in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Erholung als Potenziale für zweckgebundene Investitionen
- Äußere Entwicklungsräume im Stadtrandbereich für gewerbliche Entwicklungen insbesondere im Nordraum (Rähnitz, Klotzsche, Weixdorf und andere) mit Potenzialen für weitere bedeutsame Ansiedlungen und Ausbauinvestitionen.
- Nickern als Schwerpunktbereich in Stadtrandlage für den Einfamilienhausbau mit weiteren, allerdings nachfragebedingt geringen Baufortschritten
- Verbesserungen in der überregionalen Verkehrsanbindung, insbesondere mit der Fertigstellung der BAB 17 und ihrer Zubringer aus dem bislang schlecht angebundenen Dresdener Südosten sowie der Vervollständigung der Nord-West-Tangente mit dem Ausbau des Knotens Flögelweg/Hamburger Straße
- Bahntrassen und S-Bahnstationen mit dem abgeschlossenen Ausbau der S-Bahn-Strecke Pirna – Dresden und begonnener

Fortsetzung in Richtung Radebeul sowie mit der Schaffung leistungsfähiger ÖPNV-Verknüpfungspunkte, zum Beispiel an den S-Bahn-Haltepunkten Mitte und Freiburger Straße

- Stärkung und Ausbau von Nebenzentren unter verstärkter Nutzung der Möglichkeiten des Geschäftsstraßenmanagements.

Hinzu kommen die im INSEK ebenfalls prioritär bewerteten Räume für wesentliche Magistralen sowie Grün- und Freiflächen mit dem planerischen Ansatz einer verbesserten Einbindung in den Freiraumverbund. Insbesondere im Zusammenhang mit der Realisierung von Straßenbauvorhaben bzw. Vorhaben des öffentlichen Personennahverkehrs (zum Beispiel Pilotlinie 2) wurde Einfluss auf die Gestaltung des Straßenraumes genommen. Jedoch sollte der öffentliche Raum noch stärker Gegenstand kommunalen Handelns werden. Die Umsetzung gezielter Maßnahmen wird hier wie auch im Landschaftsraum durch fehlende finanzielle Mittel außerordentlich erschwert. Die zwischenzeitliche Nutzung privater Flächen als öffentliche Grün- und Freiflächen ist eine Möglichkeit zur Aufwertung von Gewerbebrachen und Mittel zur Verbesserung der Wohnumfeldqualität.

2.1 Teilräume des INSEK



Teilräume des INSEK

- 1 Innenstadt (26er Ring)
- 2 Löbtau/Rosenstraße
- 3 Friedrichstadt, Ostragehege
- 4 Leipziger Vorstadt, Pieschen
- 5 Äußere Neustadt, Hechtviertel
- 6 City Süd, Strehleener Straße
- 7 Altstadt II, Zwickauer Straße

Abb. 1
Dresdner Frauenkirche

Abb. 2
Postplatz Wilsdruffer Tor

Abb. 3
Neumarkt-Modell

Abb. 4
Wohnen am Schützenplatz

Erhaltung der verbliebenen Altbausubstanz und Struktur, Überwindung stadtstruktureller Entwicklungsdefizite (Brachen, Einwohnerverluste...)

Eines der wichtigsten Entwicklungsgebiete der Stadt, der Neumarkt, weist neben der Fertigstellung der Frauenkirche deutliche Baufortschritte im Hinblick auf die städtebauliche Arrondierung, einhergehend mit fortgeschrittenen Planungsunterlagen und Realisierungen zur Freiflächengestaltung und weiteren Bebauung auf: Ausgrabungen, Erschließungsplanung, Freiflächenplanung, Lichtkonzeption, Koordinierung der öffentlichen und privaten Vorhaben, Vorhabenbezogener Bebauungsplan Quartier 1, Vorhabenbezogener Bebauungsplan Quartier III, Einzelvorhaben innerhalb der Quartiere II und IV sowie investitions vorbereitende Maßnahmen für die Quartiere V, VI und VII. Eine anspruchsvolle städtebauliche Aufgabe wurde mit dem Beschluss des Stadtrates zum Erhalt des Kulturpalastes in Form und Funktion generiert.

Ein weiterer im Fokus stehender Teilbereich der Innenstadt – der Postplatz – hat mit Beginn der Umsetzung der Verkehrsbaumaßnah-

me zur Pilotlinie 2 und damit einhergehenden stadtgestalterischen Maßnahmen einen wichtigen Impuls für die Umsetzung der raumbildenden städtebaulichen Struktur erfahren.

Die angrenzende Wilsdruffer Vorstadt erhielt mit der Wohnbebauung am Schützen-



Die Brachensituation in den übrigen Teilräumen hat sich nicht grundsätzlich sichtbar verbessert. Ausnahmen bilden die Brachenberäumung und die Installation von Kunstobjekten in der Friedrichstadt und punktuell interimsmäßige Brachennutzungen in der Äußeren Neustadt (Spielplätze, Parkplätze) sowie Maßnahmen des Stadtumbaus Ost (Teil Aufwertung) in der Innenstadt (Straßburger



3



4



5



6

Platz). Für den Teilraum 5 (Äußere Neustadt, Hechtviertel) wird Planungsvorlauf in Form von Brachenkonzepten, für die Teilräume 2, 4 und 6 (Löbtau/Rosenstraße; Leipziger Vorstadt, Pieschen; Strehleener Straße) im Rahmen des Bahnflächenkonzeptes geschaffen. Im Rahmen des Stadtteilentwicklungsprojektes Weißeritz wurden erste Planungsgrundlagen für eine umfassende Aufwertung der Brachflächen an den Ufern der Weißeritz entlang des aktuellen und ehemaligen Flusslaufes erstellt.

Die Stadtteilentwicklungsprojekte Leipziger Vorstadt, Pieschen und Weißeritz zielen vorrangig auf die Überwindung stadtstruktureller Defizite und greifen mit dieser Zielrichtung erstmals weiter als die bisher betreuten Fördergebiete der Stadterneuerung. In die Entwicklung der Gebiete eingebettet ist die vorgesehene Revitalisierung von Bahnbrachen.

Die Erfahrungen zeigen, dass die intensivere Betreuung und Steuerung in Fördergebieten sowie die Möglichkeit, Fördergelder für private und öffentliche Investitionen einzusetzen, zur Erhaltung und Aufwertung der Stadtstruktur, des öffentlichen Raumes und der Altbausubstanz beitragen. In diesem Kontext ist die förmliche Festsetzung der historischen Altstadt rund um den Neumarkt sowie der Friedrichstadt als Sanierungsgebiet und die Erweiterung des Fördergebietes in der Inneren Neustadt von großer Bedeutung. In der Friedrichstadt verstärkt sich seitdem sichtbar die Sanierungstätigkeit an der Altbausubstanz.

Auch für die in westlicher Innenstadttrandlage besonders gefährdeten Bereiche Löbtau-/Tharandter Straße, Rosen-/Fabrikstraße sowie die Leipziger Vorstadt sind im Berichtszeitraum vorbereitende Untersuchungen, Neuausweisungen bzw. Gebietserweiterungen von Fördergebieten unterschiedlicher, darunter europäischer Programme erfolgt. Erfolgreich fortgesetzt wurden die Bemühungen in den bereits vorhandenen Fördergebieten (siehe

Kapitel 2.2 und 2.3). In den Teilräumen des INSEK war größtenteils Einwohnerzuwachs zu verzeichnen. Ausnahme ist nach wie vor die Wilsdruffer Vorstadt mit kontinuierlichen Einwohnerrückgängen. Die Pirnaische Vorstadt konnte 2004 erstmals seit 1990 einen leichten Einwohnerzuwachs verzeichnen und die Innere Altstadt weist konstante Werte auf niedrigem Niveau auf (29,7 Prozent Einwohnerverlust seit 1990). Auch die Friedrichstadt mit einem Wohnungsleerstand von 27 Prozent wird in der ersten Phase des begonnenen Sanierungsprozesses noch mit abnehmender Bevölkerungszahl leben müssen (siehe Kapitel 1.1).

7



8



Stärkung der eigenen ökonomischen Basis (Arbeitsplätze, Verkehrsanbindung, Infrastruktur...)

Im Bereich der verkehrlichen Infrastruktur sind in den Teilräumen sichtbare Fortschritte zu verzeichnen (siehe Kapitel 1.6). Exemplarisch sei auf das Vorankommen in der Erhaltung der Schieneninfrastruktur der DB AG verwiesen, aber auch auf den Ausbau des schienengebundenen ÖPNV in Dresden. Dazu gehören auch die Verlängerung der Straßenbahn nach Kaditz mit ihrer Wendeschleife am Riegelplatz und zugehöriger P+R-Anlage, die Sanierung der Leipziger Straße oder – für IV und ÖPNV gleichermaßen wichtig – die in Fertigstellung befindliche Verkehrsbaumaßnahme Flügelweg. Zu erwähnen ist für den Zentrumsbereich das nunmehr absehbare Ende der Verkehrsbaumaßnahme Postplatz und der bevorstehende Bau des Zentralen Omnibusbahnhofs am Wiener Platz. Für eine Infrastrukturentwicklung auf dem Sektor des Touristenverkehrs – der Erweiterung des Reisebuspark-/Leitsystems – erhielt Dresden die City-Trophy 2005 der International Road Union. Dies ist für Dresden als aufstrebende Tourismusmetropole von besonderer Bedeutung.

Arbeitsplätze sind insbesondere durch die Eröffnung von Einzelhandelseinrichtungen in der Innenstadt (Altmarktgalerie, Quartier M, Hauptstraße und Markthalle) entstanden. Gefahren für die Nahversorgung der Wohnbevölkerung bestehen nach wie vor auf Grund der Umstrukturierungen im Einzelhandel und der damit verbundenen Verlagerung von Standorten in nicht integrierte Lagen.

Die Mittel des EFRE in den Stadtteilentwicklungsprojekten Weißeritz und Leipziger Vorstadt, Pieschen wurden bisher erfolgreich für Investitionen von kleinen und mittleren Unternehmen eingesetzt.



10

9

Abb. 5
Bienenmühle

Abb. 6
Alter Schlachthof

Abb. 7
Friedrichstraße Duckwitzhaus

Abb. 8
Hauptbahnhof Mittelhalle

Abb. 9
Neustädter Markthalle

Abb. 10
Parkhaus Hauptstraße





11

Verbesserung des Erscheinungsbildes und des Images

Imageveränderungen konnten insbesondere durch stadtgestalterische Maßnahmen und durch die Integration von Impulsgebern (Frauenkirche, Kongresszentrum) erzielt werden. So haben sich das Erscheinungsbild und damit auch das Image von Teilen der Altstadt (Neumarkt, Neue Terrasse, Wiener Platz, Prager Straße, Postplatz/Wallstraße), der Inneren Neustadt (Hauptstraße), aber auch des Hechtviertels in den letzten Jahren verbessert.

Verbesserung der Wohnbedingungen, des Wohnumfeldes und der Lebensbedingungen für die Bewohner

Kontinuierliche Verbesserungen sind in den Sanierungsgebieten Äußere Neustadt, Pieschen, Hechtviertel und Löbtau durch die Gestaltung des öffentlichen Raumes, einhergehend mit der Lärminderung belasteter Straßen erreicht worden und werden weiter konsequent verfolgt. Punktuelle Verbesserun-

gen zum Beispiel durch eine bessere Versorgungslage bzw. den Ausbau der Infrastruktur sind für die Innenstadt (Altmarktgalerie, Weiße Gasse, Quartier M) und die Innere Neustadt (Markthalle, Handwerkerpassage, Hauptstraße) zu konstatieren. Zwischenzeitliche Verschlechterungen der Wohnsituation durch das Hochwasser in den Teilräumen 2 bis 4 konnten kurzfristig beseitigt werden.

Entfaltung des spezifischen Profils/Nutzung von Lagegunst, Geschichte und Tradition

Mit steigender Attraktivität wächst das Interesse und die Identifikation der Dresdner Bevölkerung mit der Innenstadt. Neben baulichen Veränderungen tragen ebenso die Bemühungen des City-Managements und des Vereins Königstraße dazu bei. Um das Profil und das Potenzial der Innenstadt als identitätsstiftenden Ort für die Einwohner und Besucher Dresdens zu steigern, ist ein Masterplan Licht in Erstellung, mittels dessen Umsetzung vor allem die städtebauliche Typologie der Altstadt hervorgehoben werden soll. In der

Friedrichstadt wird besonderer Wert auf die Bewahrung der teilweise stark bedrohten historischen Bau- und Gartensubstanz als identitätsstiftendes Merkmal gelegt.

Positive Beispiele sich verstärkender Bürger- und Vereinsaktivitäten zugunsten ihrer Stadtviertel gibt es in der Friedrichstadt, im Ostragehege, in der Neustadt, im Hechtviertel und in Plauen. Daraus entstanden zum Beispiel in der Friedrichstadt mehrere Projekte, die auf die Besonderheit und Geschichtsträchtigkeit des Ortes aufmerksam machen. Zur Stärkung ihrer Ortsteilzentren bildeten sich Initiativen und Gewerbevereine in Löbtau und Pieschen.

Die Migrationsrate der vor allem studentischen Bevölkerung in der Äußeren Neustadt hat das außerordentlich hohe Engagement und die Identifikation der Neustädter mit ihrem Viertel sinken lassen. Nunmehr artikuliert sich der Bürgerwille vor allem über einzelne Interessenvertreter. Dessen ungeachtet liegt das Interesse der Bewohner der Äußeren Neustadt an den Prozessen der Stadterneuerung/Stadtentwicklung sowie die Bereitschaft zur Mitwirkung weiterhin über dem städtischen Durchschnitt.

Genutzte Umsetzungsinstrumente							
Teilraum	allgemeines Städtebau-recht	besonderes Städtebau-recht	weitere Fördermittel (EFRE;HW) ¹⁾	Ökokonto E- & A-Maßnahmen	Maßnahmen Agentur für Arbeit	Investitionen priv./komm./Land	Investitionen, Stiftungen, Sponsoren, Bürger-initiativen und ä.
Altstadt	x	x	x (HW)	x	x	x (p,k)	x
Innere Neustadt	x	x	x (HW)	–	–	x (p,k)	x
Löbtau/Rosenstraße	x	x	x (HW;EFRE)	–	–	x (p, k)	–
Friedrichstadt/Ostragehege	x	x	x(HW)	–	x	x (p,k)	x
Leipziger Vorstadt	–	–	x(EFRE;HW)	–	–	x (k)	–
Pieschen	x	x	x(EFRE;HW)	x	x	x (p,k)	–
Äußere Neustadt	x	x	x(HW)	–	–	x (p,k)	x
Hechtviertel	x	x-	–	–	–	x (p,k)	–
City Süd/ Strehleiner Straße	x	–	–	–	–	x (p,L)	–
Altstadt II/Zwickauer Straße	–	–	–	–	–	–	–

Bündelung der Ressourcen in der Stadtverwaltung, Koordinierung von Aktivitäten, Einsatz von Umsetzungsinstrumenten

Eine der zentralen Zielstellungen des INSEK war die Entscheidung zur Ressourcenbündelung, -konzentration und -koordinierung zu Schwerpunktthemen und in den Schwerpunkträumen der Stadtentwicklung insbesondere in den Teilräumen 1 bis 7. Die auf Seite 42 unten stehende Tabelle zeigt die genutzten Umsetzungsinstrumente im Berichtszeitraum (siehe Kapitel 2.3).

Den Zielen der Attraktivierung und dem Wiederaufbau der Innenstadt ist die Landeshauptstadt spürbar nähergekommen. Neben dem baulichen ist in vielen Bereichen ein Planungsfortschritt festzustellen. Nach wie vor sind jedoch erhebliche Unterschiede im Entwicklungsstand zwischen den Fördergebieten und den übrigen Räumen der Vorranggebiete festzustellen. Die meisten Teilraumbereiche, in denen keine bzw. noch keine umfänglichen öffentlichen Mittel zum Einsatz kommen konnten (zum Beispiel Friedrichstadt, Leipziger Vorstadt, Hansastraße/Friedensstraße, Schweriner Straße, Löbtauer Straße/Tharandter Straße, Strehleener Straße), haben bislang keine grundsätzlichen Verbesserungen erfahren.

Bewertung ↗

Handlungsansätze

- Prüfung von Projektstrukturen zum Entwicklungsmanagement von Teilräumen ohne Fördergebietsausweisung
- Verstärkte Nutzung weiterer Investitions- und Fördermöglichkeiten (A- & E-Maßnahmen, ABM, Bürger- und Vereinsinitiativen und anderes)
- Prüfauftrag zur Konsolidierung der Vorranggebiete und Schlüsselprojekte

■ 2.2 Stadterneuerungsgebiete

Integrierte Steuerungsfunktion in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf

Mit der Erstellung des INSEK wurde der bis dahin verfolgte strategische Ansatz der Fördergebietsausweisung und Fördergebietspriorisierung kritisch hinterfragt und im Wesentlichen als richtiges Vorgehen bestätigt (siehe Anlage A 5 Karte Stadterneuerungsgebiete).

Die Steuerungsfunktion mit den Mitteln der Stadterneuerung in Bezug auf die Entwicklung ausgewählter Stadtteile wird an Bedeutung gewinnen. In der Praxis unterliegen die Möglichkeiten jedoch Einschränkungen.

Dazu gehören zum Beispiel die wachsenden Schwierigkeiten, den zur Inanspruchnahme der verschiedenen Förderprogramme der Stadterneuerung notwendigen städtischen Eigenanteil aufzubringen. Das schließt den Rückgang des Investorenengagements und nicht zuletzt die wachsende Anzahl von Stadterneuerungsgebieten bei geringer werdender Betreuungskapazität ein. Letzteres führte dazu, dass die projektähnlichen, traditionell bewährten Arbeitsweisen vor Ort und zur Steuerung in der Verwaltung (Sanierungsbüros, Sanierungsarbeitskreise) in einigen Gebieten durch Quartiersmanager (Gebiete Soziale Stadt), einen Projektbeauftragten (Neumarkt) und Moderatoren (Äußere Neustadt) ergänzt wurden.

Die gezielte Einbindung der Bürger und Gewerbetreibenden in den Entwicklungsprozess in ihrem Stadtviertel als ein probates Mittel der Steuerungsfunktion durch die Stadterneuerung ist durch die in einigen Gebieten nachlassenden oder in anderen Gebieten kaum vorhandenen Bürgeraktivitäten schwieriger geworden. Es hat sich gezeigt, dass jedes Gebiet andere Formen der Initiierung von Bürgerengagement benötigt.

Fördermittelbündelung und Fördermittelkonzentration auf die Schwerpunkträume der Stadtentwicklung (Innenstadt, Innenstadtrand, historische Siedlungskerne, innerstädtische Brachen)

Die Städtebauförderung wurde stärker auf die Fördermittelbündelung und -konzentration innerhalb der Schwerpunkträume und Maßnahmen der Stadtentwicklung orientiert (Fördermittelmanagement). Dazu wurden alle verfügbaren Förderprogramme geprüft und gegebenenfalls zur Entwicklung der Gebiete herangezogen. Die Zielstellung eines Fördermittelmanagements in diesen Räumen über Fachgebietsgrenzen hinweg gelingt in einzelnen Fällen (Öffentlicher Raum, Kinder- und Jugendeinrichtungen), ist jedoch noch nicht Verwaltungsalltag und unterliegt den Regularien der Verwaltungsvorschriften. Auch diesbezügliche Vorstellungen beim Fördergeldgeber (SAB bzw. SMI) im Rahmen der INSEK-Erarbeitung in den sächsischen Städten konnten bislang nicht verwirklicht werden.

Fördermittel aus dem Bereich der Stadterneuerung werden weiterhin auch für die Revitalisierung von Brachflächen eingesetzt. Dies ist allerdings beschränkt auf die festgelegten Gebiete der Stadterneuerung und bezieht sich vorrangig auf kleinere Vorhaben im engeren Umfeld von Wohnquartieren²⁾. Ziel der Brachflächenentwicklung ist in der Regel die

Wohnumfeldverbesserung oder die Förderung von Investitionen innerhalb von Wohnquartieren. Der Einsatz europäischer Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) zur Revitalisierung innerstädtischer Gewerbebrachen erfolgt im Rahmen der Stadtteilentwicklungsprojekte Weißeritz und Leipziger Vorstadt, Pieschen. Die Unterstützung der Umsetzung eines gesamtstädtischen Brachenkonzeptes durch Mittel der Städtebauförderung ist nicht realisierbar, da sowohl die finanziellen Mittel als auch die förderrechtliche Grundlage gegenwärtig nicht vorhanden sind.

Dem Förderantrag der Stadt Dresden für die Aufnahme der historischen Siedlungskerne in das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz wurde nicht stattgegeben. Für den Bereich der Friedrichstadt wurde deshalb zur Sicherung der historischen Bausubstanz das Sanierungsgebiet S-11 Friedrichstadt ausgewiesen und mit Städtebaufördermitteln ausgestattet. Inwiefern weitere innenstadtnahe Bereiche in mögliche Förderprogramme aufgenommen werden können, wird zurzeit geprüft.

Gegenwärtig wird untersucht, wie die Entwicklung im Bereich der „Wilsdruffer Vorstadt“ mit den Mitteln der „Städtebaulichen Erneuerung“ unterstützt werden kann.

Kontinuität des Erneuerungsprozesses in den bestehenden Fördergebieten, Schwerpunktverlagerung des Investitionsmitelesatzes von der Gebäudesanierung zur Aufwertung des öffentlichen Raumes, verstärkte Förderung Gemeinbedarfseinrichtungen

Der deutliche Trendwandel in der Mittelverwendung hin zur Gestaltung des öffentlichen Raumes wurde weiter fortgesetzt. Insbesondere in den Sanierungsgebieten und im Gebiet des städtebaulichen Denkmalschutzes ist der Anteil der Mittel für den öffentlichen Raum und den Gemeinbedarf gestiegen. Schwerpunkte dabei waren die Straßen- und Platzgestaltung in der Inneren und Äußeren Neustadt, Pieschen, Plauen und dem Hechtviertel sowie der Ausbau von Gemeinbedarfseinrichtungen und öffentlichem Grün (zum Beispiel Spiel-

Abb. 11
Hotel mit Kongresszentrum

¹⁾ EFRE = Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung, HW = Hochwasser

²⁾ zum Beispiel ehemaliges Plattenwerk Johannstadt, Sanierungsgebiet Äußere Neustadt (Parkplatz Alaunstraße und Spielplatz Förstereistraße), Sanierungsgebiet Hechtviertel (Bolzplatz Johann-Meyer-Straße), Sanierungsgebiet Loschwitz (Parkplatz Fidelio-Fincke-Straße)

plätze) insbesondere in der Äußeren Neustadt, dem Hechtviertel.

In den Gebieten des industriellen Wohnungsbaus, insbesondere im Gebiet der „Sozialen Stadt“ Prohlis/WG Am Koitschgraben wird sich der Trend im genannten Sinne ebenfalls verstärken. Auch im Gebiet der „Sozialen Stadt“ Gorbitz wurden die Schwerpunkte in der Förderung ebenfalls so gesetzt. In den ausgewiesenen EFRE-Gebieten bildet die Mittelausgabe für Straßen/Plätze, Gemeinbedarfseinrichtungen und öffentliches Grün neben der Förderung für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) einen Schwerpunkt. Um den zunehmenden sozialen Konflikte in den Gebieten der „Sozialen Stadt“ noch besser begegnen zu können, wird der bewährte integrative Ansatz mit den Akteuren vor Ort, den Eigentümern, der Politik und der Verwaltung noch verstärkt.

In Bezug auf die im Rahmen der Stadterneuerung neu geschaffenen bzw. entwickelten Gemeinbedarfseinrichtungen und Grünanlagen bereitet es der Stadt Dresden bzw. den nichtstädtischen Betreibern zunehmend Schwierigkeiten, dauerhaft die Finanzierung der Betriebs- und Bewirtschaftungskosten zu sichern.

Trotz der Schwerpunktverlagerung von der Wohngebäudesanierung zur Entwicklung der öffentlichen Räume und der sozialen Infrastruktur wird die Sanierung der Altbau-substanz fortgesetzt. Das trifft insbesondere auf das Sanierungsgebiet Friedrichstadt zu. Hier wurden zunächst Mittel vorrangig für die Sicherung und Sanierung der historischen Bausubstanz eingesetzt. Darüber hinaus ist es den Gebäudeeigentümern weiterhin möglich, innerhalb der Sanierungsgebiete die steuerliche Vergünstigung nach Paragraph 7h EStG in Anspruch zu nehmen.

Qualifizierung des Wohnumfeldes durch Umbau (Rückbau und Sanierung)

Der Prozess des Stadtumbaus hat in Dresden in den letzten zwei Jahren an Dynamik gewonnen. Die Anwendung von Fördermitteln für den Stadtumbau in ausgewählten Stadtteilen sowie „Grundsätze für einen nachhaltigen Stadtumbau“ wurden durch den Stadtrat bestätigt. Den Schwerpunkt der geplanten Umbaugebiete bilden Gebäude in industrieller Bauweise mit hohem Wohnungsleerstand in teilweise städtebaulich schlecht integrierten Lagen. Für eine Reihe von Teilgebieten liegen konkretere Umbaukonzepte vor, auf deren Grundlage die Unternehmen in Absprache mit der Stadt ihre Förderanträge stellen. Eine Konkretisierung und Anpassung der Förderbereiche wird zur-



12

zeit erarbeitet. Anschließend sind nach Bedarf und Möglichkeit teilräumliche Umbaukonzepte als Fördergrundlage zu erstellen.

Ein gelungenes Beispiel für den Stadtumbau durch Rückbau und Sanierung ist der erste Bauabschnitt der Kräutersiedlung in Gorbitz. Die überwältigende Mieternachfrage zeigt, dass die Stadt mit ihrem Wunsch nach hoher städtebaulicher Qualität und das Unternehmen mit seiner weitsichtigen Entscheidung für einen Kompromiss zwischen anspruchsvollem Umbau und kostengünstigem Abriss einen richtigen, weil von den Bewohnern akzeptierten Weg eingeschlagen haben. Die Weiterführung des Projektes ist gegenwärtig nicht möglich, da die Finanzierung der Abrissmaßnahmen zwar gesichert ist, aber nicht die der folgenden Sanierung. Andere Eigentümer folgen deshalb diesem Beispiel nicht (ausgenommen der Bereich an der Karcherallee/Stübelallee).

Die finanziellen, städtebaulichen und topografischen Entwicklungsbedingungen der Standorte des Stadtumbaus waren/sind sehr differenziert. Dementsprechend unterschiedlich werden auch Ziele, Maßnahmen und Erfolge des Stadtumbaus ausgeprägt sein.

Bisher sind etwa 2 100 Wohneinheiten (Stand vom 31. Dezember 2005) im Rahmen des Förderprogramms „Stadtumbau Ost“ abgebrochen worden. Bis 2009 sollen es entsprechend vorliegender Anträge und Bewilligungen ungefähr 7 000 Wohneinheiten sein. Bedingt durch die Schwerpunktsetzung des Freistaates Sachsen werden, trotz vorliegender Anträge im Altbaubereich, vor allem Gebäude in Plattenbauweise abgebrochen.

Die Schwerpunktsetzung des Freistaates Sachsen hinsichtlich der Gewährung von Fördermitteln lag und liegt auch weiterhin im Bereich des Rückbaus. Für die Umsetzung von Aufwertungsvorhaben standen vergleichsweise wenig Mittel zur Verfügung. Diese wurden und werden darüber hinaus im Wesentlichen



13

für Vorhaben gewährt, die den Rückbauprozess unterstützen (Gorbitz und Prohlis). In der Johannstadt wurde der Straßburger Platz (nach Rückbau der Gebäude Marschnerstraße) als eine öffentliche Freifläche in hoher Qualität realisiert. Zukünftig sollten jedoch auch Maßnahmen im engeren Innenstadtbereich mit diesen Mitteln stärker unterstützt werden.

Das Thema Stadtumbau ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend zu beurteilen. Abzuwarten bleibt, wie der Stadtumbau in Bereichen der WOBA nach dem Verkauf des Unternehmens fortgesetzt werden kann. Darüber hinaus ist zu prüfen, wie dem verbleibenden Leerstand in den nächsten Jahren begegnet werden kann.

Bewertung ➤

Handlungsansätze

- Prüfung der erreichten Sanierungsergebnisse (Monitoring), gegebenenfalls Fortschreibung der Sanierungsziele sowie Einwerbung weiterer Fördermittel
- Abschluss der Sanierungen in fertiggestellten Gebieten und Vorbereitung weiterer Vorhaben der „Städtebaulichen Erneuerung“ unter anderem in den Vorranggebieten der Stadtentwicklung (siehe Kapitel 2.3)
- Stärkung der Managementfunktion und Ausweitung der Aktionsfelder in den betroffenen Gebieten durch Optimierung der Mitarbeiteranzahl unter anderen in den Bereichen der Projektsteuerung und Bürgerbeteiligung (Kooperations- und Moderationsverfahren), Anwendung der Erfahrungen aus den Stadterneuerungsgebieten in anderen Bereichen der städtebaulichen Planung
- Forcierung des Stadtumbauprozesses als Mittel zur städtebaulichen Qualifizierung und wohnungswirtschaftlicher Stabilisierung

Abb. 12 und 13
Erster Bauabschnitt der Kräutersiedlung in Gorbitz

Abb. 14
Wasserspiele Hauptstraße

Abb. 15
Sozietätstheater



14



15

■ 2.3 Schlüsselprojekte in den Schwerpunkträumen

Die Schwerpunkträume weisen in ihrer Gesamtheit betrachtet erhebliche strukturelle Unterschiede auf. Demzufolge ist auch die Bandbreite der Schlüsselprojekte sehr unterschiedlich. Die Innenstadt mit ihren speziellen Herausforderungen, wie zum Beispiel die Wiedererrichtung des Neumarktareals einschließlich Entwicklung der zentrumstypischen Funktionsvielfalt erfährt ein außerordentlich hohes öffentliches Interesse, das weit über die Stadtgrenzen hinaus reicht. Dies steht in Wechselwirkung mit der insgesamt hohen Investitionsbereitschaft von privater Seite für die bauliche Entwicklung, erfordert andererseits aber auch besonders hochwertige öffentliche Infrastruktureinrichtungen (wie zum Beispiel Tiefgaragen), so dass diese attraktiven Innenstadtlagen auch weiterhin als Schwerpunkträume zu definieren sind.

Demgegenüber erfahren die an die Innenstadt grenzenden Gründerzeitgebiete wie Pieschen, Leipziger Vorstadt und Löbtau bei ebenfalls großem Investitionsbedarf eher örtlich begrenztes öffentliches Interesse. Hier geht es um die Schaffung und Sicherung der funktionalen Grundausstattung, wie bedarfsgerechte Bereitstellung von Kindertageseinrichtungen, Modernisierung der öffentlichen Straßen und Versorgung mit öffentlichen Grünflächen und Spielplätzen. Wichtig ist in diesen Bereichen auch die gezielte Beseitigung von Störungen des Gesamterscheinungsbildes, zum Beispiel durch Beräumung und Zwischennutzung von Brachflächen. Bei der Konzeption der teilmäumlichen Aufwertung sind die spezifischen Entwicklungspotenziale optimal zu nutzen, um den Gebieten ihre Identität wiederzugeben und dauerhaft zu sichern.

Teilraum Innenstadt (26er Ring)

Die **Innere Altstadt** betreffend, gibt es bezüglich der Planungskonzepte zum Kulturpalast, zur Sanierung/Ergänzung der Wohnzeile Prager Straße sowie zum zukünftigen Standort der Operette Modifikationen bzw. Fortschreibungen. Nicht mehr aktuell ist die Errichtung des Technischen Rathauses im Areal Ferdinand-/Georgplatz. Alle im Bericht 2003 aufgeführten Maßnahmen sind außer den realisierten nach wie vor Schlüsselprojekte. Die wichtigsten neuen Akzente haben der Wiederaufbau der Frauenkirche und der Bau des Kongresszentrums für den Teilraum und die Gesamtstadt gesetzt.

Die **Innere Neustadt** konnte ihr Profil im innerstädtischen Kontext besonders in Bezug auf den touristischen Faktor weiter stärken.

Die im Bericht 2003 aufgeführten noch nicht realisierten Maßnahmen sind ebenfalls weiterhin Schlüsselprojekte (siehe Äußere Neustadt/Hechtviertel). Die Zielstellung zur Aufwertung und Entwicklung der **Sanierungsgebiete Neumarkt und Innere Neustadt** wurde konsequent weiter verfolgt. Die Maßnahmen zur Gestaltung des öffentlichen Raumes trugen spürbar zur Förderung der touristischen Attraktivität der Stadt bei. Als wichtigste sind die anteilige Finanzierung der Sanierung der Frauenkirche, die Gestaltung des Neumarktes sowie die denkmalgerechte Wiederherstellung und Aufwertung verschiedener Plätze und Straßen in der Inneren Neustadt zu nennen (Hauptstraße, Königstraße, Schlesischer Platz). Für das Sanierungsgebiet Neumarkt wurden im Berichtszeitraum (bis 2005) etwa 22 Millionen Euro eingesetzt. Diese Summe entspricht den ebenfalls in dieser Zeit in den übrigen Sanierungsgebieten eingesetzten Mitteln.

Nicht vollständig zufriedenstellend ist die Entwicklung der Inneren Neustadt in den Randzonen des Stadtteiles. Es ist zwar gelungen, die

wichtigsten Straßen und Plätze zu sanieren, abseits der touristisch bekannten Bereiche bestimmen jedoch Brachflächen und unsanierte Gebäude (zum Beispiel Hotel Leipziger Hof) weiterhin das Bild. Mit dem Auslaufen des **Programmes Städtebaulicher Denkmalschutz** im Jahr 2006 werden sich die Bedingungen zur Einflussnahme auf die Entwicklung des Bereichs deutlich verschlechtern. Künftig soll dieser Mangel durch die Nutzung von Fördermitteln aus dem **Programm Stadtbau** für die Entwicklung des öffentlichen Raumes und die Beseitigung städtebaulicher Missstände (Wiederherstellung des historischen Straßenrasters) teilweise ausgeglichen werden.

Teilräume Löbtau/Rosenstraße und Altstadt II, Zwickauer Straße

Die Entwicklung dieses Bereiches war im Berichtszeitraum von Maßnahmen zur Hochwasserschadensbeseitigung sowie dem Einsatz von Fördermitteln des EFRE innerhalb der Grenzen des **Stadtteilentwicklungsprojektes Weißeritz** geprägt. Die in hohem Maße zerstörte städtische Infrastruktur wurde mit Fördermitteln des Freistaates Sachsen schrittweise saniert und führte zur Verbesserung der Qualität des öffentlichen Raumes. Der Bau der Waltherstraßenbrücke schwächte die Insellage des Quartiers Gambrinusstraße ab. Parallel zur Hochwasserschadensbeseitigung wurden die Erfordernisse des Hochwasserschutzes der Weißeritz ermittelt und durch den Stadtrat bestätigt. Die lange Frist zur Ermittlung der Hochwasserschutzanforderungen (Freistaat Sachsen) und die Hochwasserschutzziele (Landeshauptstadt Dresden) beeinträchtigte die Bestimmung und Durchführung wichtiger städtebaulicher Zielstellungen und die Möglichkeit des Einsatzes von Fördermitteln des EFRE. Andererseits führte die Diskussion des Hochwasserschutzes zur öffentlichen Aner-



Abb. 16
Betriebshof Drewag

Abb. 17
Eissporthalle

Abb. 18
Bibliothek Pieschen

Abb. 19
Turnhalle 27. Mittelschule

Abb. 20
Kindertagesstätte J.-Meyer-Straße

Abb. 21
Spielanlage Schanzenstraße

16

kennung des ehrgeizigen Projektes „Grünzug Weißeritz“. Dieses kann nur über einen längeren Zeitraum umgesetzt werden und erfordert neben einer intensiven Steuerung durch die Stadt und der Nutzung aller Fördermöglichkeiten der Stadterneuerung auch private Investitionen. Durch die Überlagerung mit dem **Sanierungsgebiet Löbtau** konnten erhebliche Synergieeffekte zur Gebietsentwicklung erreicht werden.

Teilraum Friedrichstadt, Ostragehege

Mit Beschluss des Stadtrates 2003, die **Friedrichstadt als Sanierungsgebiet** (S-11) festzusetzen, wurden die Voraussetzungen geschaffen, den bisher stark vernachlässigten Stadtteil mit Städtebaufördermitteln und steuerrechtlichen Vergünstigungen zu sanieren. Der am Anfang der Neunzigerjahre mögliche Fortschritt in der Entwicklung der Sanierungsgebiete (Äußere Neustadt, Pieschen, Hechtviertel) ist hinsichtlich des Einsatzes von Fördermitteln und privater (Folge-)investitionen allerdings nicht wiederholbar, so dass die Zwischennutzung von Brachflächen für einen längeren Zeitraum eine Perspektive zur Wiederbelebung sein wird. Durch Gebäudesicherungsmaßnahmen, die Entwicklung von Brachflächen und erste Maßnahmen zur Stabilisierung der sozialen Infrastruktur wurde der Grundstein für die schrittweise Verbesserung des Images und den Erhalt der schützenswerten Bausubstanz gelegt. Der Hochwasserschutz schränkt die Möglichkeiten für eine bauliche Entwicklung (Neubau) des Gebietes in Teilbereichen ein.

Die für das **Ostragehege** angestrebte Förderung der Sanierung der denkmalgeschützten Hallen im Eingangsbereich wurde nicht durchgeführt. Die sehr aufwändig vorbereitete Entwicklung des Gebietes (Sanierung der Hallen 3 und 1, Sicherung des Gebäudes 6) unter



17

Nutzung von Fördermitteln des EFRE scheiterte letztendlich an ungünstigen Förderbedingungen. Die Initialwirkung der städtischen Maßnahme in Bezug auf den Erhalt der denkmalgeschützten Bausubstanz in privater Hand konnte nicht erreicht werden. Auch für die kommenden Jahre wird der Erhalt der genannten städtischen Gebäude von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des Ostrageheges sein. Private Initiativen zur Entwicklung des Areals gelangten bisher nicht zur Umsetzung. Das Gebiet erhält jedoch deutliche Impulse durch die Ansiedlung des Sportgymnasiums, der Sportmittelschule und die Entwicklung der Sportstätten entlang der Magdeburger Straße (siehe Kapitel 1.5).

Teilraum Leipziger Vorstadt/Pieschen

Innerhalb des Teilraumes zeichnet sich im Bereich Pieschen-Süd bezüglich der Senkung des Wohnraumleerstands bzw. der Bevölkerungszunahme eine positive Entwicklung ab. Problematisch ist nach wie vor der Leerstand in vielen Erdgeschosszonen, der die Situation von Handel- und Gewerbetreibenden charakterisiert (siehe Kapitel 1.4). Positiv herauszuheben ist die Einbindung des Faunpalast-Areals in das Stadtteilzentrum Pieschen.

Als Ursache für das teilweise Ausbleiben öffentlicher Investitionen wird der hohe Finanz- und Fördermittelbedarf zur Umsetzung der Maßnahmen angesehen. Die fehlende Nachfrage nach Gewerbe- und Wohnbauflächen verursacht das Ausbleiben privater Investitionen. Es ist damit zu rechnen, dass im privaten Sektor die genannten Ziele auch weiterhin nicht erreicht werden können.

Durch den Einsatz öffentlicher Fördermittel im **Sanierungsgebiet Pieschen** und innerhalb des **Stadtteilentwicklungsprojektes Leipziger Vorstadt/Pieschen** konnten im Berichtszeitraum erhebliche Investitionen getätigt werden. Die Zielstellung der besseren Anbindung der Wohn- und Gewerbegebiete an das Elbufer konnte wegen der kaum aufzuhebenden trennenden Wirkung der Leipziger Straße

Bisher im Teilraum nicht erreichte Maßnahmen (2003 angestrebte Maßnahmen)

Maßnahme	Maßnahmeträger
Sanierung des Sachsenbades	
Umnutzung des ehemaligen Leipziger Bahnhofs zum Verkehrsmuseum	Freistaat Sachsen
Umnutzung des ehemaligen Straßenbahnhofs Mickten	Privat
Aufwertung des Neustädter Hafens	
Einrichtung einer Fährverbindung in das Ostragehege	LHD, Sächsische Binnenhäfen Oberelbe GmbH DVB AG
Zwischennutzung der Brachfläche Villeroy und Boch	Privat



18



19

nicht verwirklicht werden. Durch eine Reihe von Maßnahmen wurde der ufernahe Bereich jedoch aufgewertet („Eselsnest“, Sportplatz, Vereinssport am Pieschener Hafen, Kinder- und Jugendspielplatz Leipziger Straße). Die Vorbereitung des Baus der Brücke über den Pieschener Hafen wurde fortgesetzt, aber noch nicht abgeschlossen.

Teilraum Äußere Neustadt, Hechtviertel

Anhand der Einwohner- und Leerstandsentwicklung von Wohn- und Gewerberäumen drückt sich die positive Entwicklung des **Sanierungsgebietes Äußere Neustadt** aus. Auch für das Hechtviertel ist hinsichtlich des Leerstandes, der Einwohnerzahlen und des Images eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Wie bei allen Sanierungsgebieten der Stadt zählt in beiden Stadtteilen die Gestaltung des öffentlichen Raumes zu den bisher nicht vollständig bearbeiteten Aufgabenfeldern.

Für das **Sanierungsgebiet Hechtviertel** hat die St.-Pauli-Kirche als kulturelles Zentrum über die Stadtteilgrenzen hinaus Bedeutung. Die Sanierung der Kirchruine konnte bisher nicht erreicht werden, ist jedoch im Anschluss an die derzeit laufenden Sicherungsarbeiten geplant.

Durch die Einrichtung des geplanten S-Bahn-Haltepunktes Bischofsplatz werden positive Impulse für die Gebietsentwicklung erwartet. Im Zusammenhang damit ist die Gestaltung des Bischofsplatzes von besonderer Bedeutung.

Nicht zufriedenstellend ist die Entwicklung des **Bereichs zwischen Hansastraße und Rudolfstraße**. Lagebedingt und in der Konkurrenz zu anderen Stadtteilen sind die Chancen auf eine nachhaltige Entwicklung gering. Die Integration in ein Fördergebiet der Erneuerung oder die Festlegung eines neuen Fördergebietes ist derzeit nicht vorgesehen.

20



21





22

Teilraum City-Süd, Strehleener Straße

Im Jahr 2003 wurde das „Lukas-Areal“ zwischen Reichenbach- und Andreas-Schubert-Straße errichtet, eine Wohnanlage (39 Reihenhäuser und vier Stadthäuser, verbunden durch eine Ladenzeile im Erdgeschoss), in der sich die Vorzüge des Lebens im städtischen Zentrum mit den Annehmlichkeiten des Wohnens in einem durch private Gärten und halböffentliche Grünflächen geprägten Areal vereinen.

Übrige Teilräume – Stadtumbau und Soziale Stadt

In den Auslobungsunterlagen des Wettbewerbes *Stadtumbau Ost – für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen* (Berlin 2001) wird der Stadtumbau als die wichtigste stadtentwicklungspolitische Aufgabe in den neuen Ländern genannt.¹⁾ Ziel des Programms ist es, den räumlich gezielten Rückbau auf Dauer nicht mehr benötigter Wohnungen mit einer umfassenden städtebaulichen Aufwertung der vom Leerstand betroffenen Stadtteile und Wohnquartiere zu verbinden und somit die Wohn- und Lebensqualität zu verbessern.

Im Berichtszeitraum erhielt das Projekt „Umbau Kräutersiedlung“ in Gorbitz besondere öffentliche Aufmerksamkeit und Zustimmung. Durch die Reduzierung von Geschossen und die Herausnahme von Segmenten wurden die ursprünglich langen Plattenbauzeilen aufgebrochen und es entstanden kleinteilige Gebäude mit individuellen Wohnungen. Weiterhin ist der Rückbau ausgewählter Sternhäuser, 17-Geschosser und WBS-70-Häuser im Stadtgebiet mit Schwerpunkt Prohlis, aber auch in der Innenstadt beispielhaft zu nennen. Die stärkere Ausprägung des Aufwertungsteils im Programm Stadtumbau wird von der Stadt Dresden zwar angestrebt, war jedoch wegen der Interessen der Grundstückseigentümer und der Förderbedingungen bisher nicht möglich.

Das Programm *Soziale Stadt* zielt darauf, den nach 1990 begonnenen Imageverlust zu reduzieren und die Wohnverhältnisse zu verbessern bzw. auf dem aktuellen Niveau zu erhalten. Es wurde/wird erfolgreich in Prohlis und Gorbitz eingesetzt. Einige der umgesetzten Projekte haben über den Stadtteil hinausgehende Bedeutung. Dazu zählen zum Beispiel der Schlosspark in Prohlis oder das Vorhaben „Alte Ziegelei“ an der Gamigstraße. Grundsätzlich müssen diese Maßnahmen weitergeführt

werden, um möglichst zu verhindern, dass sich in den Gebieten eine weitere Konzentration einkommensschwacher und sozial auffälliger Bewohner vollzieht. Die sozialstrukturelle Entwicklung der Gebiete soll in den nächsten Jahren aufmerksam weiterverfolgt werden.

Zusammenfassung

Die im INSEK aufgeführten Zielsetzungen für die Schwerpunkträume sind grundsätzlich noch aktuell. Insofern als der Revitalisierungs- und Stadtumbauprozess der Sache entsprechend längerfristig angelegt ist als der Berichtszeitraum, ist keines der Grundsatzthemen abgeschlossen, aber fortgeschrieben. Trotz der konjunkturell eher ungünstigen Rahmenbedingungen ist die Revitalisierung, u. a. dank der Förderprogramme Städtebaulicher Denkmalschutz und EFRE gut vorangeschritten.

Abb. 22
Lukasareal

¹⁾ Wettbewerb Stadtumbau Ost, Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin 10/2001

Übersicht zum Realisierungsstand in den Teilräumen im Berichtszeitraum

Abgeschlossene Maßnahmen

Innenstadt: Altstadt und Ring um Altstadt kern

Wiederaufbau der Frauenkirche, im Rahmen Sanierungsgebiet Neumarkt: zwölf Millionen Euro Fördermittel für Frauenkirche und 3 140 Tausend Euro für Abbruch der Wohngebäude Wilsdruffer Straße 12 und Baufeldfreimachung TG Neumarkt

Innenstadt: Neue Terrasse Terrassenufer

Kongresszentrum, Umbau Erlweinspeicher zu Kongresshotel

Innenstadt: Innenstadt West

Städtebaulicher Workshop; Sanierung 16. Grundschule Josephinstraße 6

Innenstadt: Innenstadt Ost

Städtebauliche Neubestimmung der Bereiche um den Straßburger Platz

Innenstadt: sonstige Bereiche

Rückbau Marschnerstraße 3-13, Schweriner Straße 37-49, Terrassenufer 14; Fördermittel Stadtumbau 1 734 Tausend Euro

Aufwertung Wohnhof Wiesenhäuser WG Aufbau; Fördermittel Stadtumbau 385 Tausend Euro (laut Vertrag)

Innenstadt: Innere Neustadt

Wiederherstellen des historischen Erscheinungsbildes sowie Aufwertung König- und Hauptstraße, Neustädter Markt, Wallgässchen, Sanierung Kulturrathaus; Errichtung Parkhaus Hauptstraße

Erweiterung des Geltungsbereichs der Erhaltungssatzung zur Unterstützung der Stadtreparaturmaßnahmen durch Fördermittel Städtebaulicher Denkmalschutz (9 039 Tausend Euro)

Löbtau/Rosenstraße; Altstadt II, Zwickauer Straße

Ausbau des Zentralen Betriebshofes der DREWAG

Umgestaltung von Straßen (Lärmsanierung) und Plätzen, Sanierung von öffentlichen Einrichtungen, Bau von Grün- und Freiflächen, Förderung von kleinen/mittleren Unternehmen; Schwerpunkte: Neubau Kita Hermsdorfer Straße und Sanierung Gymnasium Plauen; Fördermittel aus Stadtteilentwicklungsprojekt Weißeritz 5 283 Tausend Euro

Umgestaltung Bonhoefferplatz, Umgestaltung Reisewitzer Straße und Kleinkinderspielplatz Dölzschener Straße 5-7; Fördermittel Sanierungsgebiet Löbtau 1 873 Tausend Euro

Friedrichstadt, Ostragehege

Open-Air-Anlage Ostragehege

Bramschgelände: Schaffung von Voraussetzungen für Wohnen, Abbruch Kühlhaus, Umbau Motorenhalle; Fördermittel Sanierungsgebiet Friedrichstadt 229,5 Tausend Euro

Leipziger Vorstadt, Pieschen

Aktivspielplatz „Eselsnest“

Quartiersplatz Altpieschen, Kulturzentrum Alter Schlachthof und Sanierung Gehestraße; Fördermittel Stadtteilentwicklungsprojekt Leipziger Vorstadt/Pieschen 413 Tausend Euro

Sanierung der äußeren Gebäudehülle der Markuskirche sowie Wohnumfeldverbesserungen Konkordienstraße und Wurzener Straße; Fördermittel Sanierungsgebiet Pieschen 910 Tausend Euro

Äußere Neustadt/Hechtviertel

Neubau Kita Johann-Meyer-Straße 21; Spielanlage Schanzenstraße, Sanierung 4. Grundschule Löwenstraße

Spielplatz Talstraße, Malwina e.V. Louisenstraße, Spielplatz Panama, Sanierung Feuerwache Louisenstraße Gestaltung Albertplatz, Umfeldverbesserungs-/Lärmmin-derungsmaßnahmen; Fördermittel Sanierungsgebiet ÄN 7 810 Tausend Euro

Um- und Neugestaltung Rudolf-Leonhard-/Tannenstraße und Hechtstraße; Fördermittel Sanierungsgebiet Hechtviertel 3 869 Tausend Euro

City-Süd

Errichtung des Lukas-Areals

Prohlis/Reick

Prohlis/Wohngebiet Am Koitschgraben: Von 2000 bis 2005 wurden 2 067 Tausend Euro im Rahmen des Programmes Soziale Stadt für Quartiers-/Stadtteilmanagement, Stadtteilmarketing, ein Mediationsprojekt zur gewaltfreien Konfliktbewältigung, für die Umgestaltung des Prohliser Wäldchens, die Sanierung des Palitzschhofes und anderes eingesetzt.

Stadtumbau Dresden-Süd, Rückbau und Aufwertung: Rückbau Wohngebäude Reicker Straße 120-136/Prohliser Straße 2/2b, Elsterwerdaer Straße 1-7, Aufwertung Freifläche, Aufwertung Wohnumfeld in Bestandsquartieren; Fördermittel Stadtumbau 1 809 Tausend Euro

Gorbitz

Um- und Rückbau Kräutersiedlung; Fördermittel Stadtumbau 2 165,24 Tausend Euro

Maßnahmen in der Phase der Weiterführung und mit Planungsvorlauf/Erfüllungsstand von mindestens 25 Prozent

Innenstadt: Altstadt und Ring um Altstadt kern

Bebauung der Quartiere des Neumarktes

Hohe Priorität für Gesamtstadt; Wettbewerbe für die Fassaden zwischen den Leitbauten, Erfüllungsstand: etwa 50 Prozent. Für die Erschließung des Umfeldes der Frauenkirche, die Sanierung des Landhauses und das Lärmschutzdach im Bärenzwinger sind 9 750 Tausend Euro Fördermittel eingestellt.

Umbauung des Kulturpalastes

Errichtung eines separaten Gebäudes an der Schlossstraße und eventuell eines südlichen Vordachs; Wettbewerb zur städtebauliche Definition der Arrondierung der Schlossstraße westlich KP und des Quartiers VII nördlich des KP

Umbau des Kulturpalastes zur Spielstätte der Philharmonie einschließlich anderer kultureller Nutzungen, hohe Priorität für Gesamtstadt; Einsatz städtischer Mittel über Jahre hinweg
Herstellung der Platzfläche des Altmarktes gemäß Wettbewerbsergebnis und Errichtung der TG, Planungsfortführung im Zusammenhang mit der Errichtung der TG unter dem Altmarkt durch privaten Vorhabenträger, voraussichtlich finanzielle Beteiligung der Stadt an den Kosten der Platzoberfläche
Errichtung der Bebauung an der Altmarktsüdseite, Interimgestaltung „Lustgarten“
weitere Bebauung im Quartier Webergasse (B 135), Planungsvorlauf mittels B-Plan
Errichtung der Busmannkapelle an ihrem historischen Standort; Planungsvorlauf im Zusammenhang mit der Fortschreibung der Ziele des Sanierungsgebietes Neumarkt, Fördermittel Sanierungsgebiet Neumarkt 1 200 Tausend Euro
Umsetzung von Teilen des Freiraumkonzeptes entlang des Dr.-Külz-Ringes und im südlichen Abschnitt der Wallstraße unter Einbeziehung der zugehörigen Verkehrslösung.
Mit Abschluss der im Zusammenhang mit der Verkehrsbaumaßnahme der DVB stehenden Freiraumgestaltung Fokus auf die vollständige Umsetzung des Freiraumkonzeptes, insbesondere im Bereich vor dem Schauspielhaus und entlang der Wallanlage (Marienstraße); Erfüllungsstand etwa 50 Prozent
Umsetzung der Lichtgestaltungskonzeption, Planungsvorlauf durch beauftragten Masterplan Licht 2005/2006
Innenstadt: Prager Straße, Wiener Platz, Ferdinandplatz, Georgplatz
Bebauungskonzeption am Wiener Platz (vor Hauptbahnhof und im südlichen Abschnitt der Prager Straße einschließlich zugehöriger Verkehrslösung); Erfüllungsstand etwa 50 Prozent
Umsetzen des Gestaltungskonzeptes Wiener Platz; Erfüllungsstand etwa 75 Prozent
Umsetzung des Gestaltungskonzeptes Prager Straße Mitte
Aus Hochwasserschadensbeseitigungs-, städtischen und privaten Mitteln; mit Sanierung der TG Prager Straße muss auch der östliche Bereich der Prager Straße Mitte saniert werden. Erfüllungsstand etwa 75 Prozent
Sanierung der Wohnzeile, Errichtung eines Gebäudes in Richtung St. Petersburger Straße baulich getrennt von der Wohnzeile
Planungsvorlauf mit Gutachterverfahren der Woba; Modifizierung der Planungsziele: Verzicht auf die Überdachung der Freiräume zwischen den Pavillons und der Wohnzeile, statt dessen ggf. Zuordnung dieser zur Nutzung der Wohnzeile; Nutzung eventuell als Parkhaus für die Bewohner
Bebauung des Areals zwischen Waisenhaus-/Prager-/Reitbahnstraße
Planungsvorlauf durch B-Plan 155; Durchführung eines Wettbewerbs durch den privaten Vorhabenträger
Innenstadt: Neue Terrasse Terrassenufer
Gestaltung des unmittelbaren und weiteren Umfeldes des Kongresszentrums
Zusammenhang zur Hochwasserschutzanlage Altstadt; neuer Fokus auf freiraumplanerische Gestaltung des Erlweinspeicher-Vorplatzes; Fortsetzung des Elbradweges in Richtung Sportspange, Erfüllungsstand etwa 75 Prozent
Umsetzen von Teilen der Bebauungskonzeption auf dem Areal des Dresdner Druck- & Verlagshauses, statt eines neuen Verlagsgebäudes wurde das bestehende saniert und umgebaut.
Ansiedlung einer prominenten Nutzung am Terrassenufer, Planungsvorlauf mittels B-Plan
Ansiedlung Nahversorgungszentrum in der Pirnaischen Vorstadt, Planungsvorlauf mittels B-Plan und Grundstücksausschreibung
Bauleitplanverfahren nach dem städtebaulichen Wettbewerb, Abschluss unter Maßgabe zum Hochwasserschutz, Erfüllungsstand etwa 75 Prozent
Innenstadt West
Beginn der Umsetzung des städtebaulichen Konzeptes am Postplatz; Fokus ist nicht mehr zwingend auf Wilsdruffer Kubus gerichtet.
Planungsvorlauf mittels B-Plan, Planfeststellung u. Freiraumplanung; Initialisierung privater Entwicklungen durch Maßnahmen im öffentlichen Raum; im Zusammenhang mit der Haltestelle Wallstraße erscheint auch eine Bebauung an den Wallanlagen als Initial geeignet. Erfüllungsstand Verkehr etwa 75 Prozent, Bebauung etwa 25 Prozent
Stadtreparatur im Kernbereich der Wilsdruffer Vorstadt: durch Bebauung freier Baufelder Zusammenführung der Reste historischer Bebauung zu einem städtischen Gefüge, Planungsvorlauf
Reaktivierung des stadt-/funktionsräumlichen Leerraumes Heizkraftwerk Mitte durch Belegung mit Kultur- und Freizeitnutzung, Additive Einfügung von Nutzungen: Museum der DREWAG; Zentrum der Sportmedizin; Weiterentwicklung der Planungsziele
Stadträumliche Arrondierung des Freiburger Platzes; Planungsvorlauf mittels freiraumplanerischem Konzept, Bedeutungsgewinn durch Sanierung und Umbau des Schwimmhallenkomplexes
Entwicklung von planerischen Intentionen für das Umfeld der S-Bahnstation Freiburger Straße
Planungsvorlauf und begonnene Umsetzung mittels EFRE-Mitteln, Erfüllungsstand etwa 50 Prozent
Stadt- und funktionsräumlich adäquate Bebauung der Platzkanten; Planungsvorlauf mittels städtebaulicher Zielvorstellung
Anreichern bestehender kultureller und Freizeitnutzungen im Umfeld der Stadtplätze, unter anderem Errichtung eines Konzertsaaes der Musikhochschule nach dem Ergebnis eines durch den Freistaat durchgeführten Wettbewerbs ab 2006
Städtebauliche und nutzungsstrukturelle Verdichtung der in die Altstadt weisenden Radialen Ostra-Allee, Schweriner-, Freiburger-, Budapester Straße als Straßenräume mit erlebbarer Erdgeschosszone
Konzipierung unterschiedlich thematisierter Platzräume: Schützen-, Wettiner-, Freiburger-, Sternplatz entlang einer Wegebeziehung mit hoher Freiraumqualität
Planungsvorlauf aufgrund freiraumplanerischer Konzepte für den Freiburger Platz und die Schützengasse
Integration moderner innerstädtischer Wohnformen
Planungsvorlauf im Bereich der Seevorstadt West sowie der Wilsdruffer Vorstadt (Schützenplatz); Beginn der Umsetzung einer hochwertigen Wohnbebauung durch privaten Vorhabenträger am Schützenplatz

Innenstadt Ost und West

Aufwertung: Freiraumgestaltung Straßburger Platz/Marschnerstraße; Fördermittel Stadtumbau 400 Tausend Euro.

Weitere fortgeführte Maßnahmen in der **Innenstadt West**, die aber über noch keinen Planungsvorlauf verfügen, sind die Sicherung der Wohnfunktion durch Ausbau dem Wohnen nachgeordneter Infrastruktur sowie die Verbesserung der Freiraumqualität des Wohnumfeldes durch Anreichern der Quartiere mit ökologisch hochwertigen, funktional und sozial begründeten Freiraumelementen.

In der **Innenstadt Ost** gehören in diese Rubrik die Maßnahmen zur Arrondierung der Grunaer Straße infolge der Ansiedlung der Gläsernen Manufaktur, die Konzeption der in Richtung Altstadttring und St. Petersburger Straße orientierten Gebiete zu die Kernstadt ergänzenden Arealen (Präzisierung der teilweise großflächigen Planungsüberlegungen) sowie langfristige Maßnahmen zum geplanten Neubau einer Straßenbahntrasse in der Pillnitzer Straße mit Planungsvorlauf von etwa 25 Prozent.

Innenstadt: Innere Neustadt

Fortschreibung Stadtreparatur laut Rahmenplan/Entwurfswerkstatt. Im Anschluss parallel Umsetzung durch teilräumliche B-Planverfahren. Erfüllungsstand etwa 50 Prozent

Städtebauliche Integration/Qualifizierung der vielfältigen Nutzbarkeit von Verkehrstrassen (Albert-, Köpke-, Große Meißner Straße)

Ziel: Umgestaltung, Schaffung ebenerdiger Querungen, Anlage von Radwegen etc. Partieller Abbruch von Plattenbausegmenten in Verlängerung der Heinrichstraße und Rähnitzgasse sowie als Auftakt/Einführung der künftigen Kasernenstraße; Erfüllungsstand etwa 50 Prozent

Bebauung des Areals Königstraße 14, Sanierung des Hotels Stadt Leipzig zur Abrundung des Sanierungsprozesses im Bereich Altendresden; Baugenehmigung ausgereicht, Erfüllungsstand etwa 50 Prozent

Sanierung Kopfbebauung Hauptstraße 1 und 2 und Neufassung Platzfläche Neustädter Markt als rechtselbischer Auftakt für einen wesentlichen Teil der Dresdner Innenstadt; Erfüllungsstand etwa 50 Prozent

Errichtung von privaten und/oder öffentlichen Parkierungseinrichtungen im Bereich Palaisplatz/Metzer Straße; Baugenehmigung Tiefgarage Palaisplatz 2a-d; Erfüllungsstand etwa 50 Prozent

Bauliche Arrondierung der exponierten Fehlstelle am Königsufer zwischen Augustusbrücke und Finanzministerium

Ziel: Sicherung der kleinteiligen Eigentumsituation zur Steuerung der Entwicklung in diesem Bereich

Fortsetzung der Etablierung des Regierungsviertels und dessen verbesserte stadträumliche Integration

Wettbewerb Erweiterung Hauptstaatsarchiv; Vorbereitung der Umsetzung

Verbesserte fußläufige Anbindung des Bahnhofs Neustadt an die Innere Neustadt, den Bereich Altendresden über Hainstraße und Wallgäßchen zur Königstraße und über den Grünring in Richtung Regierungsviertel

Umgestaltung und Aufwertung Schlesischer Platz; gesamtstädtische Bedeutung als Eingangstor Dresdens, Fördermittel Denkmalschutzgebiet Innere Neustadt 1 500 Tausend Euro; Maßnahme läuft seit 2005

Die Maßnahmen Bebauung des Standortes vom ehemaligen Alberttheater zur Abrundung der hochwertigen Rundplatzfigur und Umsetzung der Brückenkopfbebauung Kleine Marienbrücke entsprechend des Gutachterverfahrens und des B-Plans Nr. 169 weisen keinen veränderten Sachstand auf.

Löbtau/Rosenstraße; Altstadt II, Zwickauer Straße

Sanierung Bienertmühle, Neubau Bienertwanderweg, Kita Bünaustraße; Stadtteilentwicklungsprojekt Weißeritz

Umgestaltung Clara-Zetkin-/Clara-Viebig-Straße, Ankauf Tharandter Straße 17/Oederaner Straße 49, Einrichtung eines Jugendspielplatzes sowie Umgestaltung Anton-Weck-Straße; Fördermittel Sanierungsgebiet Löbtau 1 837 Tausend Euro (Diese Maßnahmen liegen außerhalb des abgegrenzten INSEK-Teilraumes 7)

Friedrichstadt, Ostragehege

Vorbereitung/Realisierung der Gestaltung Roßthaler Straße und des Vorplatzes Bahnhof Mitte

Fördermittel Sanierungsgebiet Friedrichstadt 150 Tausend Euro

Leipziger Vorstadt/Pieschen

Neubau Kita Oschatzer Straße, Sanierung Jugendhaus EMMERS, Neubau Spielplatz Hartigstraße, Sanierung Turnhalle 27. Mittelschule; Fördermittel Stadtteilentwicklungsprojekt Leipziger Vorstadt/Pieschen 2 560 Tausend Euro

Äußere Neustadt/Hechtviertel

Prießnitzstraße 3. BA; Ziel ist die Sanierung/Wiederherstellung des historischen Erscheinungsbildes

Fördermittel Sanierungsgebiet Äußere Neustadt 470 Tausend Euro

Für den **Teilraum City Süd, Strehleener Straße** zeichnet sich eine positive Entwicklung ab. Die im Bau befindliche Hochschulbibliothek und der Erweiterungsbau der HTW tragen dazu bei, dass dieses Gebiet wieder eine städtebauliche Gestalt erhält.

Prohlis/Reick

Prohlis/Wohngebiet Am Koitschgraben

Quartiers-/Stadtteilmanagement, Kita Karl-Laux-Straße, Umweltzentrum Prohlis, Broschüre/Ausstellung „Stadtentwicklung im Fördergebiet“; Fördermittel Programm Soziale Stadt 2 513 Tausend Euro, davon 2 009 Tausend Euro für die Maßnahme Kita. Hohe Bedeutung wird der Öffentlichkeitsarbeit, Dokumentation und Information über die Integration des Gebietes; auch als Beitrag zu „30 Jahre Prohlis“ und zum Stadtjubiläum, beigemessen.

Rückbau der Wohngebäude Stern E und Am Anger 20, Aufwertung von Wohngebietsgrünzügen; Fördermittel Stadtumbau 1 764 Tausend Euro

Gorbitz

Außenanlagen 138. Mittelschule; Fördermittel Programm Soziale Stadt 130 Tausend Euro

Maßnahmen mit Priorität in den nächsten zwei bis fünf Jahren

Innenstadt: Altstadt und Ring um Altstadtkern

Umsetzung der Freiraumkonzeption Neumarkt, zur Erschließung des Neumarktes/Sanierung des Kulturpalastes werden 45 500 Tausend Euro Fördermittel eingesetzt

Aufwertung der Wilsdruffer Straße, hohe Priorität für die Gesamtstadt; Fördermittel Sanierungsgebiet Neumarkt 1 500 Tausend Euro

Konzept zur Umsetzung der städtebaulich/freiraumplanerischen Idee zur Generierung eines Promenadenrings um den Altstadtkern mit Fokus auf den Rathausvorplatz

Einsatz von städtischen Mitteln für die Planung, hohe Priorität für die Gesamtstadt, da die Ablesbarkeit des Stadtgrundrisses sowie die Aufenthaltsqualität im Altstadtkern wesentlich zur Attraktivität Dresdens beitragen; noch kein Planungsvorlauf

Innenstadt: Prager Straße, Wiener Platz, Ferdinandplatz, Georgplatz

Ansiedlung der Operette am Wiener Platz; Planungsvorlauf durch B-Planänderung und Investorenwettbewerb ab 2006

Sanierung der TG Prager Straße; Planungsvorlauf mittels Konzeptplanungsstudie; Einsatz von städtischen und von Mitteln der Anrainer, hohe Priorität für die Gesamtstadt

Innenstadt: Neue Terrasse Terrassenufer

Neuordnung der Quartiere am Terrassenufer und damit Generierung eines Ersatzbaufensters für das Hotel am Terrassenufer; Planungsvorlauf mittels B-Plan; Einsatz von städtischen Mitteln im Zusammenhang mit einer notwendigen Schulverlagerung

Verlagerung, Neuordnung, Qualifizierung Busabstellplatz Carolabrücke; Planungsvorlauf mittels Studie

Innenstadt West

Erneuerung des Altmarktes im Zusammenhang mit Bau der Tiefgarage; Fördermittel Stadtumbau eine Million Euro

Innenstadt Ost

Funktionale und stadträumliche Verbindung der Lingnerallee mit dem Altstadtkern; Planungsvorlauf mittels Wettbewerb

Umsetzung der städtebaulichen Konzeption für den Straßburger Platz; Umsetzung der freiraumplanerischen Konzeption in Teilen für den Platzbereich und die potenziellen Baufenster als Interimgestaltung

Innenstadt: Innere Neustadt

Erweiterung Hauptstaatsarchiv/ Neugestaltung Archivstraße; Wettbewerb wurde durchgeführt, Umsetzung des Preisträgers ist vorbereitet; Ausbildung einer angemessenen Platzsituation zwischen Markthalle und Hauptstaatsarchiv zur besseren Verknüpfung und Anbindung des Regierungsviertels an den Kernbereich der Inneren Neustadt ist dringend geboten.

Die weitere Entwicklung der Inneren Neustadt muss verstärkt im Fokus der Stadtentwicklung bleiben, da mit der fortschreitenden Entwicklung am Neumarkt ein empfindlicher Aderlass des ähnlich gelagerten wirtschaftlichen Segments und damit ein Verlust der erfolgreichen Revitalisierung droht. Verlängerung bzw. Neuaufgabe geeigneter Förderprogramme, um den nicht abgeschlossenen, bis heute so erfolgreichen Prozess (Bronzeplakette in Bundeswettbewerb) kontinuierlich fortzusetzen.

Löbtau/Rosenstraße; Altstadt II, Zwickauer Straße

Maßnahmen zur Revitalisierung brachgefallener und mindergenutzter gewerblicher Grundstücke

Für den Teilraum **Altstadt II, Zwickauer Straße** gibt es bisher keine Förderinstrumente. Der geplante S-Bahnhaltepunkt Nossener Brücke kann zur Stärkung der Infrastruktur/des Images beitragen.

Entwicklung des Seniorenparks Löbtau und teilweise Umnutzung zum Sozialrathaus, Grünzug Weißeritz, Sanierung Fabrik- und Wernerstraße sowie Papiermühlengasse und Straßenneubau über Kohlebahnhof; Fördermittel Stadtteilentwicklungsprojekt Weißeritz 17 006 Tausend Euro; Beantragung EFRE-Weiterführung Spielplätze Reisewitzer und Baluschkestraße, Erhalt des Gebäudes ehemaliges Volksbad Löbtau; Fördermittel Sanierungsgebiet Löbtau 1 300 Tausend Euro

Für den Teilraum **Löbtau/Rosenstraße** haben die Hochwasserschutzmaßnahmen bis 2007 entlang der Weißeritz einschließlich der damit verbundenen Verkehrsbaumaßnahmen (Brücken Löbtauer Straße/Altplauen/Wernerstraße, Ausbau Tharandter Straße) Priorität. Für die Umsetzung weiterer Abschnitte des Grünzuges wurden Grunderwerb in die Wege geleitet und planerische Voraussetzungen für die Fortsetzung des Projektes geschaffen. Klärungsbedarf besteht hinsichtlich der Finanzierung der laufenden Kosten. Der Ausbau der B 173 erlangt Bedeutung für den Teilraum hinsichtlich des Abbaus stadtstruktureller Defizite im Ortsteilzentrum Kesselsdorfer Straße.

Friedrichstadt, Ostragehege

Schaffung Schäfereiplatz Adlergasse, Sicherung denkmalgeschützter Gebäude Ostravorwerk, Fördermittel Sanierungsgebiet Friedrichstadt 600 Tausend Euro

Leipziger Vorstadt, Pieschen

Bau der Molenbrücke, Herstellung der durchgängigen Befahrbarkeit des Radweges zwischen Pieschen und Neustadt

Sachsenbad, Markuspassage, Jugendplatz Leipziger Straße, Paul-Grüner-Stadion; ab 2006 Fördermittel Stadtteilentwicklungsprojekt Leipziger Vorstadt/Pieschen 3 360 Tausend Euro; Beantragung EFRE-Weiterführung

Äußere Neustadt, Hechtviertel

Sanierung der Gebäudehülle Martin-Luther-Kirche, Sanierung Heinrich-Schütz-Konservatorium, Görlitzer Straße und Alaunstraße Nord sowie Umgestaltung Alaunplatz; ab 2006 Fördermittel Sanierungsgebiet Äußere Neustadt 700 Tausend Euro

Die Reduzierung des Fehlbedarfs an öffentlichen und privaten PKW-Stellplätzen bei Berücksichtigung des Wunsches nach mehr Grün- und Freiflächen ist weiterhin eine wichtige und konfliktreiche Aufgabe.

Sanierung St.-Pauli-Kirche und Freiflächenneubau an der S-Bahnstation Bischofsplatz; ab 2006 Fördermittel Sanierungsgebiet Hechtviertel zwei Millionen Euro

Für den **Teilraum City Süd, Strehleener Straße** werden die folgenden Maßnahmen für die nächsten Jahre als prioritär angesehen:

- Sicherung von Verkehrsbaumaßnahmen entsprechend dem Verkehrskonzept – Bebauungsplan Nr. 190, Dresden-Altstadt II Nr. 9, Verlängerung Bayrische Straße, in Arbeit
 - Integration weiterer moderner innerstädtischer Wohnformen im Bereich des Beutlerparks
 - Wohnumfeldverbesserung durch Angebote der Freizeitgestaltung vor allem für Jugendliche entsprechend Spielplatzentwicklungskonzept (zum Beispiel BMX-Strecke an der Strehleener Straße)
 - Bau einer Citywache (Feuerwehr)
-

Prohlis/Reick

Prohlis/Wohngebiet Am Koitschgraben

Quartiers-/Stadtteilmanagement 2007 bis 2015; gesamtstädtische Bedeutung durch Imageverbesserung nach außen und Stabilisierung des Stadtteils; Fördermittel Programm Soziale Stadt 1 199 Tausend Euro

Revitalisierung Koitschgraben; Aufwertung Wohnumfeld; Fördermittel Programm Soziale Stadt 1 470 Tausend Euro

Straßenraumgestaltung Senftenberger/Niedersedlitzer Straße im Zusammenhang mit Ausbau Langer Weg Verbesserung der Erschließung des Wohngebietes; Fördermittel Programm Soziale Stadt 1 088 Tausend Euro

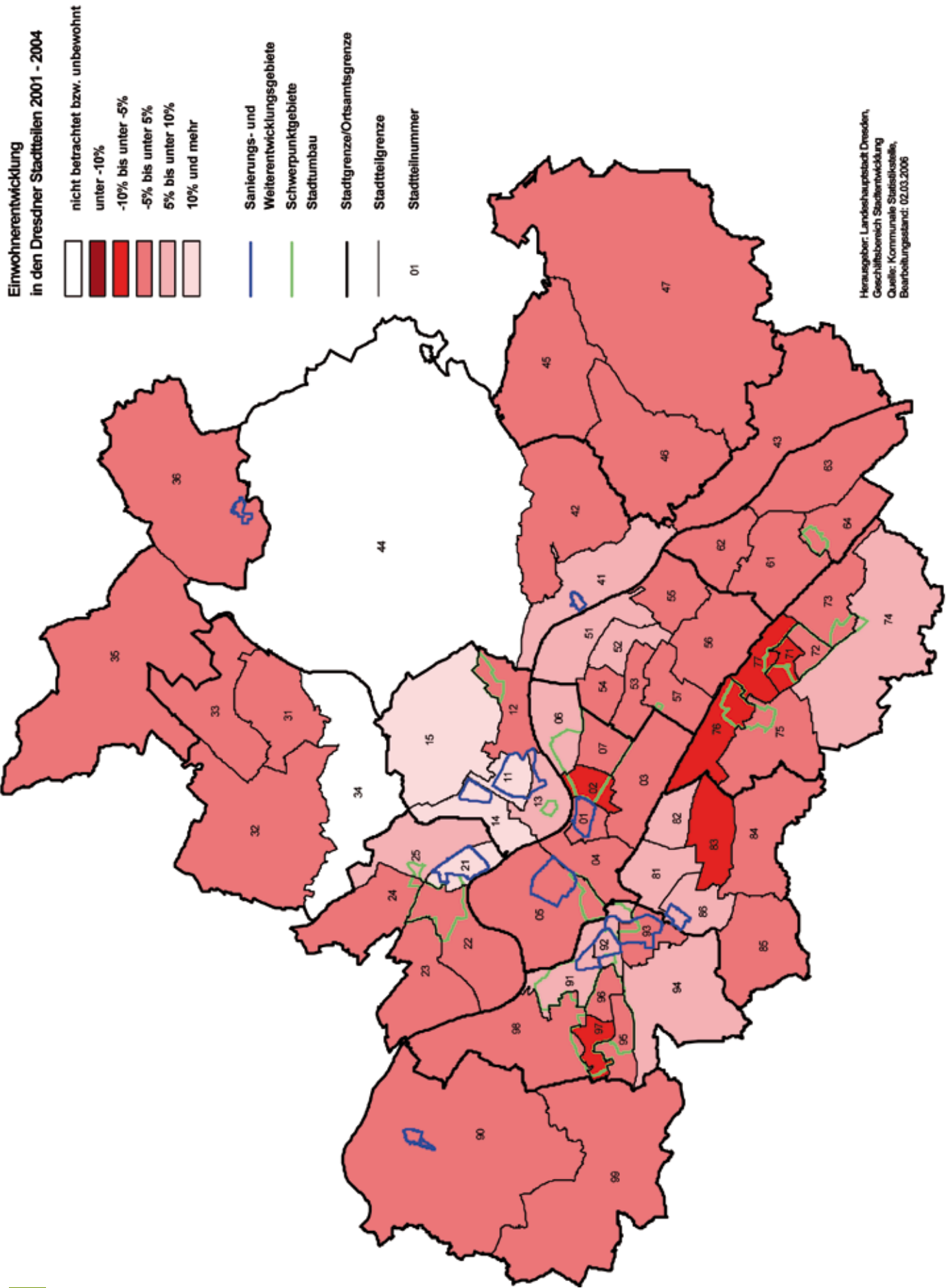
Abriss 124. Mittelschule und Sanierung von Kita Heinz-Lohmar-Weg; Fördermittel Programm Soziale Stadt 256 Tausend Euro; weitere Sanierung von Kita-Einrichtungen ist mit etwa drei bis vier Millionen Euro bis 2015 geplant

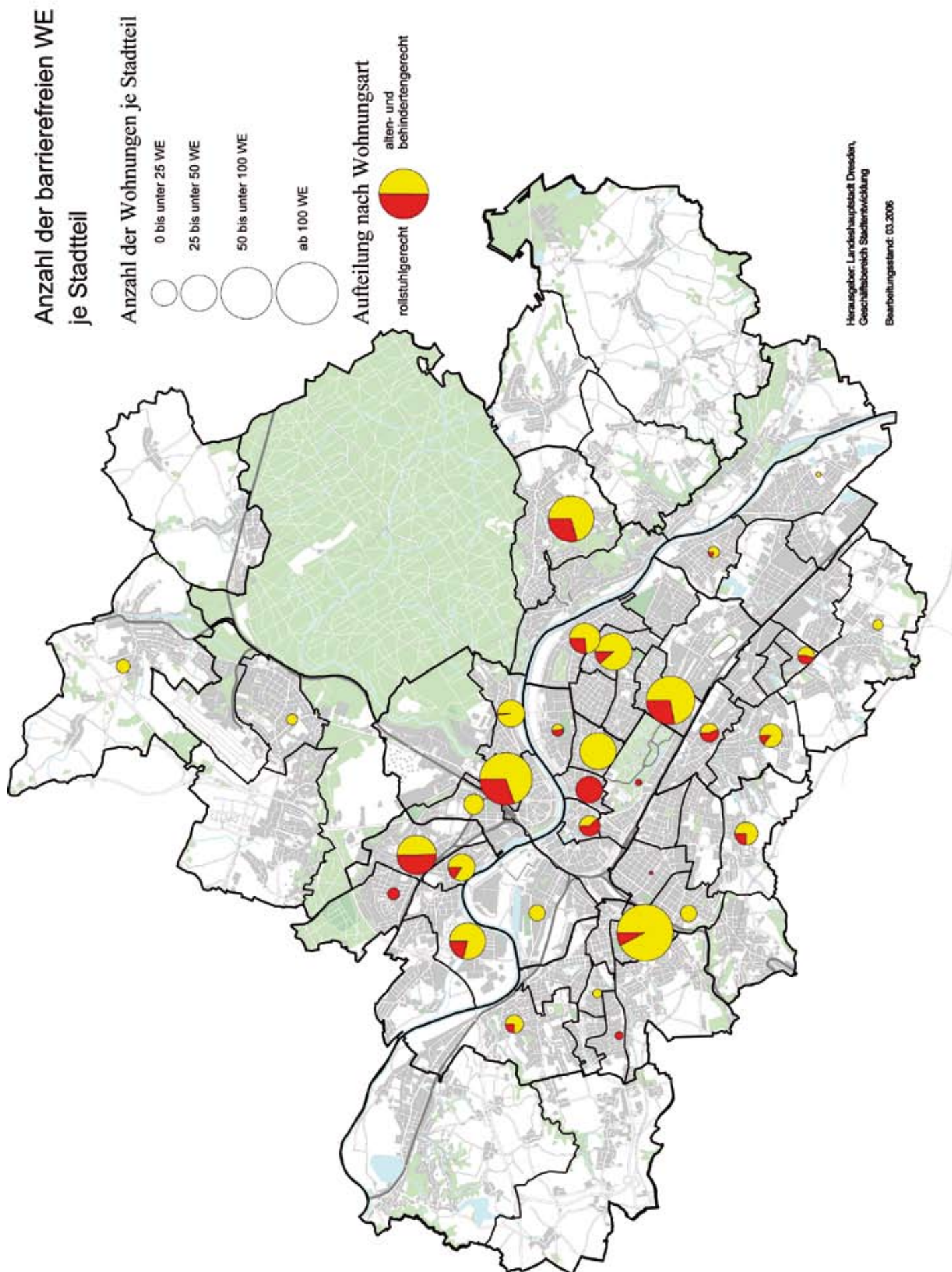
Rückbau einzelner Wohngebäude Reick-Nord und Prohlis; Fördermittel Stadtumbau 5 048 Tausend Euro

Aufwertung der Freiflächen am Albert-Wolf-Platz und Am Anger 20, Freiraumgestaltung vor Otto-Dix-Center; Fördermittel Stadtumbau 954 Tausend Euro

Gorbitz

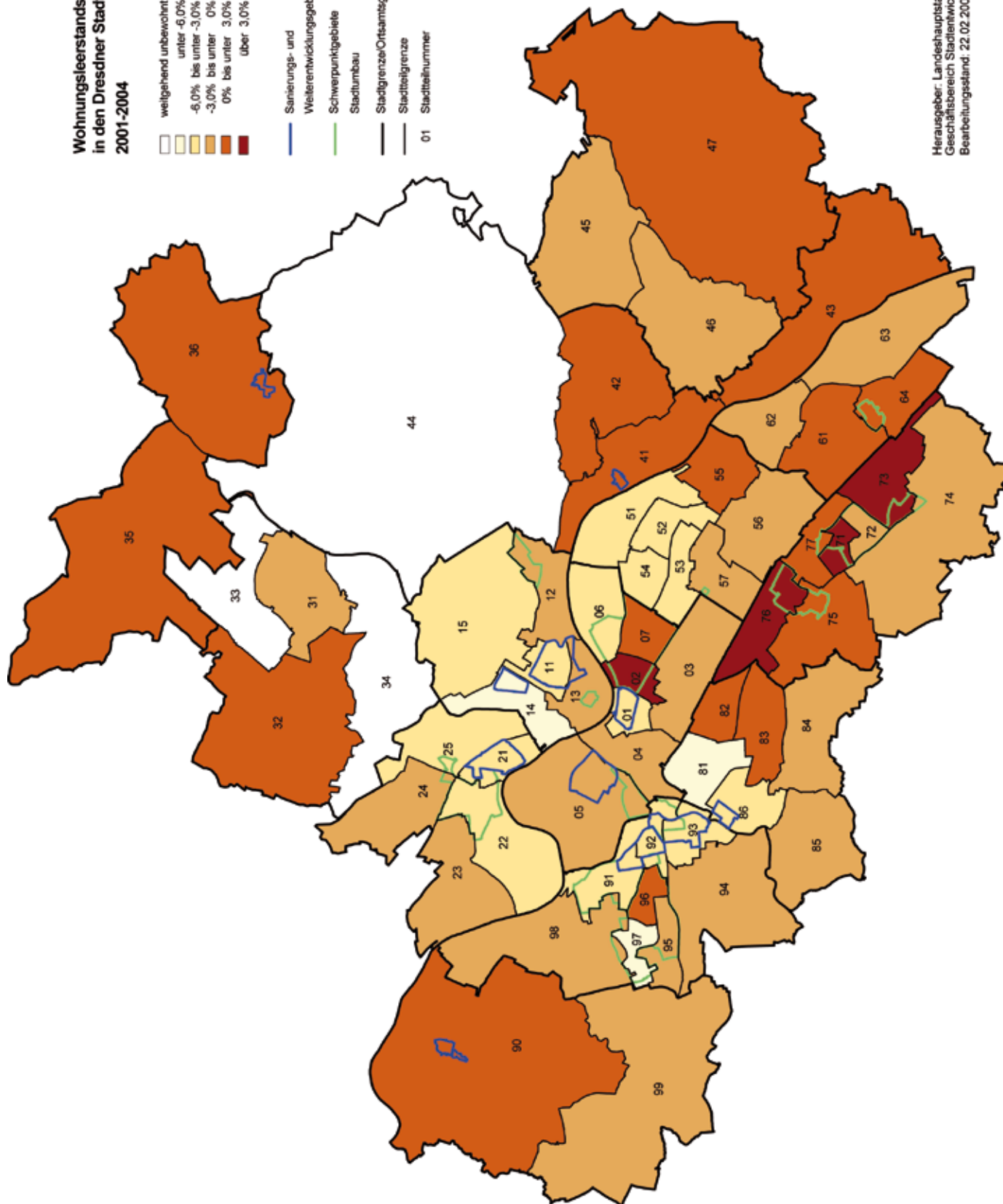
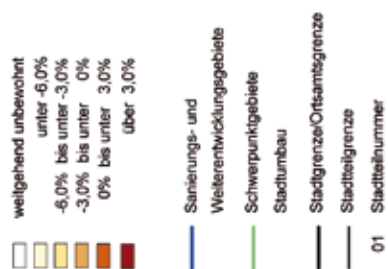
Neugestaltung der Höhenpromenade/Mittelachse; Fördermittel Programm Soziale Stadt 1 800 Tausend Euro





Wohnungsleerstandsentwicklung in den Dresdner Stadtteilen

2001-2004



Herausgeber: Landeshauptstadt Dresden,
Geschäftsbereich Stadtentwicklung
Bearbeitungsstand: 22.02.2006

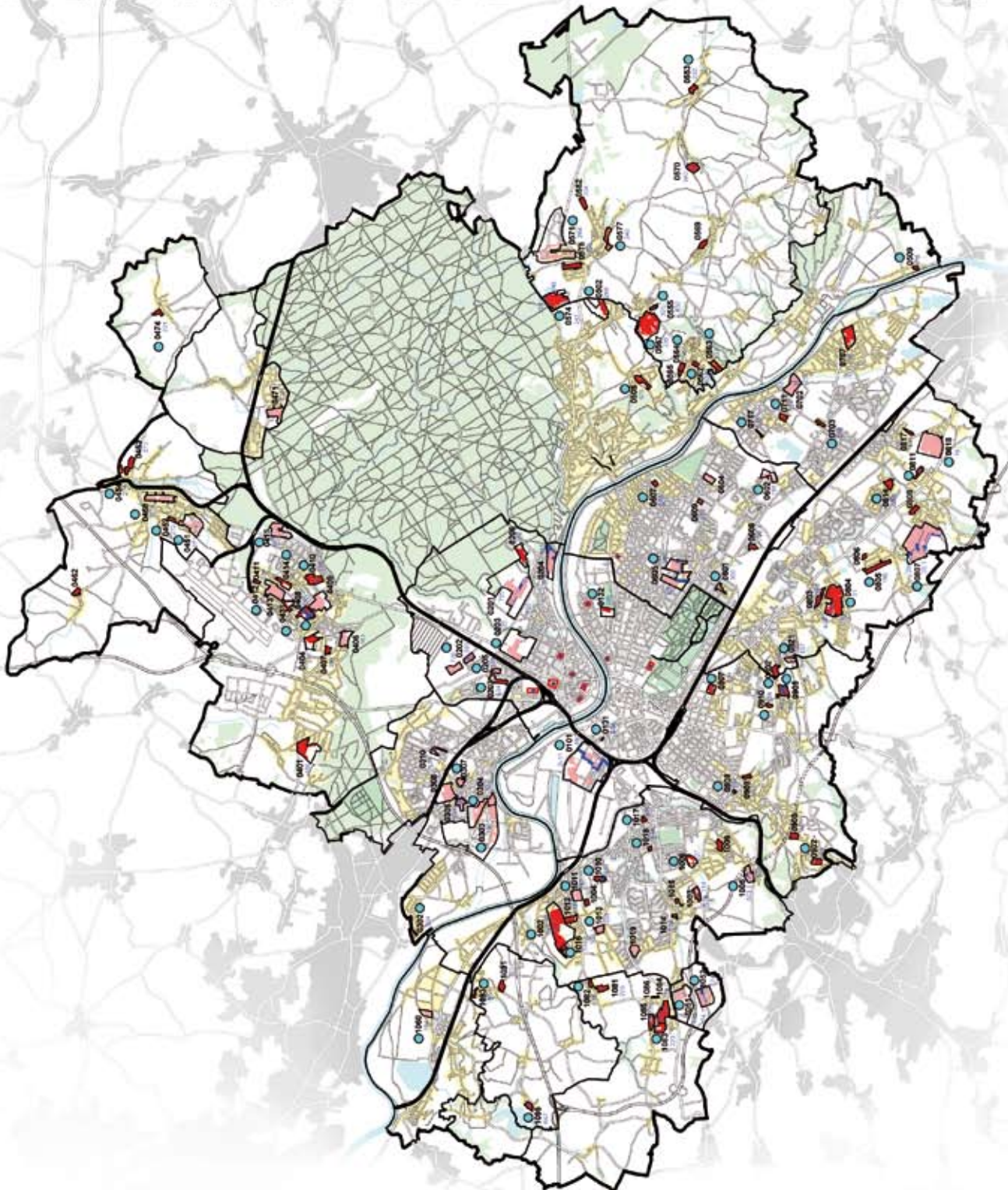
Geplante Wohnbaustandorte

(ab ca. 0,5 ha)

- Bebauung mit Eigenheimen (EFH / DH / RH)
- geplant
- realisiert
- Bebauung mit gemischten Baudormen (MFH / EH)
- geplant
- realisiert
- Standortgrenze
- Standortnummer (statistisch nicht integrierter Standort)
- Planbegrenzungsnummer
- Wohnbauflächen / Gemischte Bauflächen Bestandsflächen in offener Bauweise <= 2 VG (städtischer Strukturtyp 1) (Eigentumsverhältnisse-Veränderung möglich)
- Wohnbauflächen / Gemischte Bauflächen Bestandsflächen (städtischer Strukturtyp 2-4)
- Gewässer
- Wald- und Parkflächen
- Standorte mit baureifen Grundstücken (Erschließung vorhanden)
- neue Standortvorschläge für innerstädtisches Wohnen (noch nicht im Wohnbauflächenregister enthalten)



Herausgeber: Liechtensteiner Amt für Raumplanung
 Bearbeitungsstand: 4/2008
 Maßstab: 1:25.000
 Diese Karte ist urheberrechtlich geschützt. Nachdruck oder sonstige Vervielfältigung ohne schriftliche Genehmigung ist ausdrücklich untersagt.

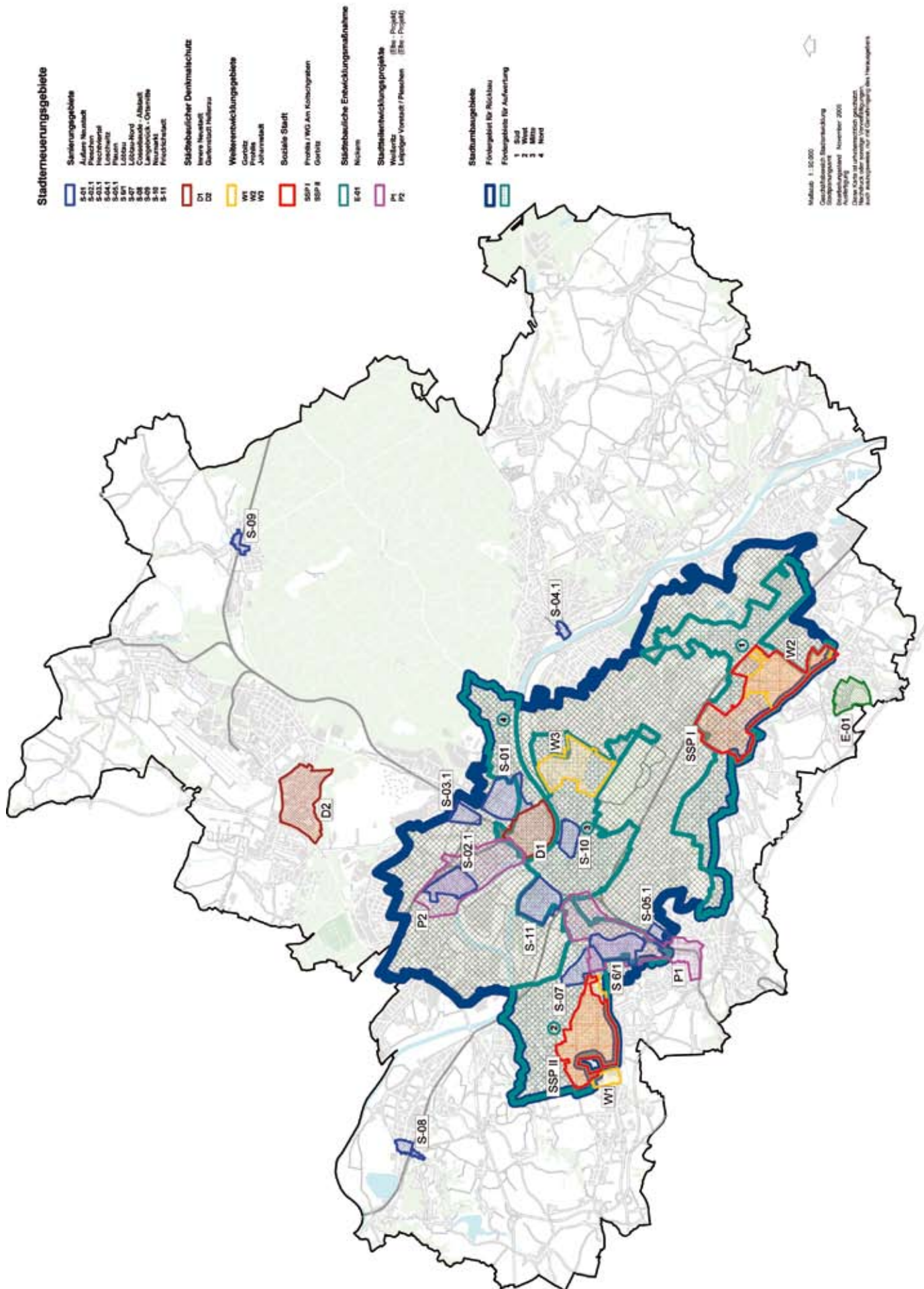


Landeshauptstadt Dresden
 Stadtplanungsamt
 Stadtentwicklungsplanung
 Wohnbauflächenpotenziale
 Januar 2006

Wohnungsbaustandorte in Dresden

Wohnungsbedarf 2020 = Bedarf an Eigenheimen (Kommunale Bürgerumfrage 2005 / Fortschreibung Bautätigkeit)	=>	ca. 9 000 WE		
Wohnbauflächenpotenzial (gesamtstädtisch) (Grundlage FNP)	=>	ca. 21 000 WE	davon in Eigenheimen ca. 9 000 WE	in Mehrfamilienhäusern ca. 12 000 WE
davon:				
■ Größere Flächen ¹⁾ nach Wohnbauflächenkataster (ab ca. 0,5 ha / ca. 5–10 WE)		ca. 6 000 WE		ca. 3 800 WE
■ Baureife Flächen		ca. 2 100 WE		ca. 1 800 WE
■ Realisierung sofort möglich (Baugenehmigung / Erschließung vorhanden)		ca. 500 WE		ca. 500 WE
■ Realisierung kurzfristig (nur Erschließung vorhanden)		ca. 1 600 WE		ca. 1 300 WE
■ Potenziale – Realisierung mittelfristig (Erschließung einfach / Vertrag vorhanden)		ca. 1 700 WE		ca. 1 300 WE
■ Potenziale – Realisierung langfristig (Erschließung aufwändig/ weitere Hemmnisse)		ca. 2 200 WE		ca. 700 WE
■ Flächen mit Untersuchungsbedarf, verbleibendes Potenzial (nicht in gesamtstädtischer Summe enthalten)		ca. 400 WE		ca. 100 WE
■ Baulücken nach Baulandkataster		ca. 2 500 WE		ca. 8 200 WE
■ neue Standortvorschläge für innerstädtisches Wohnen		ca. 500 WE		

¹⁾ siehe auch www.dresden.de
 (Pfad: Leben, Arbeiten, Wohnen / Wohnen / Wohnungsbaustandorte)



Teil B

Stadtentwicklung und demografischer Wandel

1 Einführung

Im Raumordnungsbericht der Bundesregierung 2005 heißt es: „Von Generation zu Generation verringert sich die potenzielle Elterngeneration um jeweils ein Drittel. Diese wesentliche Ursache des demografischen Wandels wird seit jeher begleitet vom kontinuierlichen Anstieg der Lebenserwartung und von mehr oder weniger starken Zuzügen aus dem Ausland. Beide tragen zur Bevölkerungsdynamik, zur Alterung und zur Heterogenisierung der Bevölkerung bei. Bestandteile des demographischen Wandels sind die veränderte Dynamik des Bevölkerungswachstums, die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung, die wachsende Internationalisierung der Bevölkerung durch Zuwanderungen aus dem Ausland. ...Mindestens für die nächsten beiden Jahrzehnte wird es – wie bisher schon – ein Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden Gemeinden und Regionen geben.“ Im Rahmen eines Typisierungsversuches 54 deutscher Großstädte anhand der Bevölkerungsvorausberechnungen, basierend auf der Umfrage 2005 des Deutschen Städtetages wurden diese in wachsende, stagnierende und schrumpfende unterteilt.¹⁾

Dresden wurde bis 2015 den wachsenden und bis 2020 den stagnierenden Kommunen zugeordnet. Bezogen auf die Typenbildung von Stadtfamilien nach dem „Drei-Generationenmodell“ ist die Zunahme bei Jung und Alt sowie die Abnahme der Erwerbsfähigen für Dresden charakteristisch. Diese Konstellation gilt auch für Leipzig, trifft aber sonst für keine weitere Großstadt zu.

Die Bevölkerungsentwicklung Dresdens ist seit 1999 mit einem Zuwachs von rund 9 000 Einwohnern bis 2004 entgegen dem allgemeinen ostdeutschen Trend positiv. Zu berücksichtigen ist bei dieser Betrachtung aber auch der Bevölkerungsverlust im Zeitraum 1990 bis 1998 von etwa 38 000 Einwohnern, bezogen auf die Stadtgrenze zum 1. September 1999. Die Prognosen weisen bis 2020 eine weit-

gehend gleichbleibende Einwohnerzahl aus. Diese beinhaltet einen Bevölkerungsanstieg bis zum Jahr 2013, um dann leicht, aber stetig wieder abzusinken. Bis 2030 ist – bei Fortschreibung der bisherigen Annahmen – mit einem Einwohnerverlust von etwa 20 000 zu rechnen.

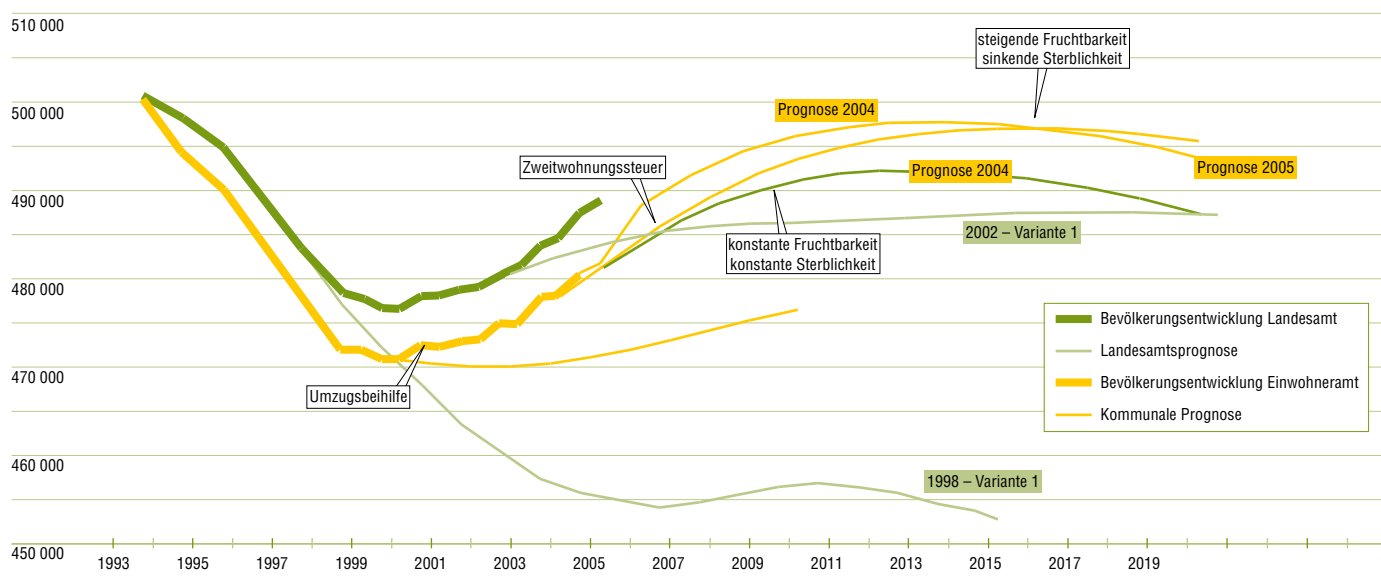
Der demografische Wandel bringt mit den Veränderungen der Alters-, Haushalts- und Sozialstruktur Auswirkungen auf alle Lebensbereiche mit sich und zwingt die Kommunen, Prioritäten für die zukünftige Entwicklung zu setzen, Möglichkeiten auszuloten sowie Handlungsfelder und Maßnahmenprogramme abzu- stecken, die einerseits eine aktive Gegensteuerung zulassen und andererseits langfristig eine Bewältigung des demografischen Wandels in Form von Anpassungsmaßnahmen bewirken.

¹⁾ Entwicklungsperspektiven deutscher Großstädte 2004 bis 2020 Versuch einer Städtetypisierung, LH Wiesbaden

2 Demografische Entwicklung

2.1 Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungsentwicklung für Dresden 1993 bis 2020 (Gebietsstand 1. Januar 2004) im Vergleich mit Bevölkerungsprognosen



Durchschnittsalter zum Jahresende

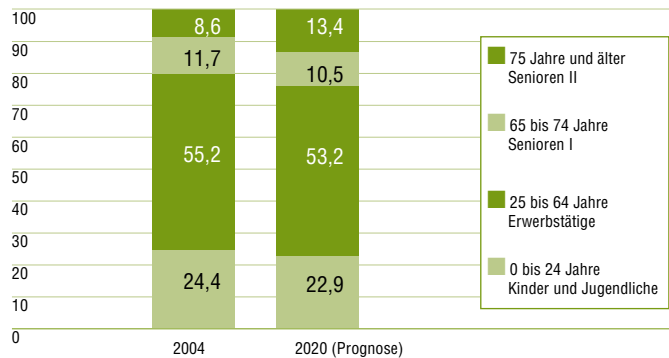


Laut Prognose der Landeshauptstadt Dresden von 2005 wird die Zahl der Hauptwohner für 2020 mit 493 800 angegeben. Am 31. Dezember 2005 hatte Dresden 487 199 Einwohner.

Das Durchschnittsalter der Bevölkerung erhöhte sich von 42,5 Jahren (2000) auf 43,3 Jahre (2005). Am Ende des Jahres 2020 wird es voraussichtlich 45,0 Jahre betragen.

Der Anteil der Altersgruppe über 75 Jahre wird um fast fünf Prozent (etwa 25 000 Personen) am meisten zunehmen, während der Anteil der Altersgruppe 0 bis 24 Jahre die am stärksten rückläufige Tendenz aufweist.

Anteile einzelner Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung in Prozent



2.2 Haushaltsentwicklung

Ende 2005 betrug die Zahl der Dresdner Haushalte 264 670. Gegenüber dem Jahr 2000 mit 248 744 Haushalten war das eine Zunahme um 6,4 Prozent. Die stärkste Zunahme (15,5 Prozent) war bei den Einpersonenhaushalten von 108 014 (2000) auf 124 850 (2005) zu verzeichnen. (siehe auch Teil A Kap. 1.1). Die zahlenmäßige Entwicklung und Verteilung der Haushaltsgrößen sieht bis 2020 etwa wie folgt aus:

Die zukünftigen Anteile der einzelnen Haushaltsgrößen an der Gesamthaushaltszahl stellen sich gegenüber 2000 und 2005 etwa wie in nebenstehender Tabelle dar.¹⁾

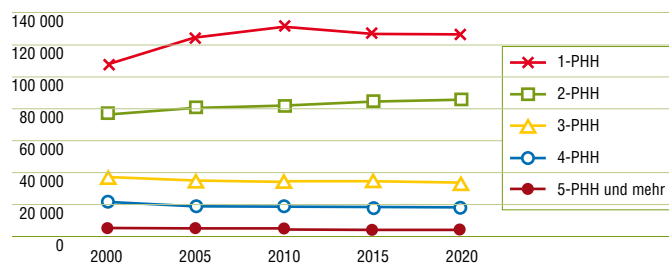
Daraus ergeben sich im Zusammenhang mit der zukünftigen Entwicklung der Erwerbstätigkeit und der Einkommenssituation der Haushalte insbesondere Wechselbeziehungen zum Wohnungsmarkt (siehe auch Kapitel 3.2).

Aus der KBU 2005 wurde die derzeitige Armut nach Haushaltsgrößen ermittelt und eine vorläufige Schätzung zur möglichen Entwicklung der einkommensschwachen Haushalte erstellt.²⁾

Im Jahr 2005 waren 39 700 Haushalte (15 Prozent) einkommensschwach. Wie sich die Verteilung nach Haushaltsgrößen ergab, zeigt die nebenstehende Tabelle.

Eine vorläufige Schätzung der zukünftigen Entwicklung der einkommensschwachen Haushalte geht von maximal 25 Prozent als ungünstigstem Wert im Jahr 2020 aus. Diese Entwicklung wird dadurch begünstigt, dass bis 2020 der Anteil der Senioren mit unterbrochenen Erwerbsbiografien und vorzeitiger Inanspruchnahme von Rentenleistungen kontinuierlich wächst. Gegenläufige Tendenzen sind der Rückgang des Anteils der erwerbsfähigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung sowie gegebenenfalls positive Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt durch Schaffung neuer Arbeitsplätze (siehe auch Kapitel 3.1)

Entwicklung der Haushaltgrößen absolut



Anzahl der Haushalte

	1-PHH	2-PHH	3-PHH	4-PHH	5-PHH u.>	Summe
2000	108 014	76 118	36 998	22 071	5 543	284 744
2005	124 782	80 771	35 004	19 055	5 055	264 667
2010	131 039	82 370	34 726	18 876	5 045	272 056
2015	126 786	84 302	34 733	18 549	4 776	269 146
2020	125 741	85 244	33 698	17 846	4 560	267 089

Anteile der Haushaltgrößen in Prozent

Jahr	1-PHH	2-PHH	3-PHH	4-PHH	5-PHH u.>
2000	43,4	30,6	14,9	8,9	2,2
2005	47,0	31,0	13,0	7,1	1,9
2010	48,1	30,3	12,8	6,9	1,9
2015	47,1	31,3	12,9	6,9	1,8
2020	47,1	31,9	12,6	6,7	1,7

Einkommensschwache Haushalte

	Anzahl	Anteil in Prozent
1-PHH	26 370	21
2-PHH	6 512	8
3-PHH	4 240	12
4-PHH	1 920	10
5-PHH u. >	658	13

3 Wechselwirkungen zur demografischen Entwicklung

3.1 Beschäftigten- und Arbeitsmarktentwicklung/Bildung und Ausbildung

Die wirtschaftliche Perspektive einer Stadt und damit der Arbeitsmarkt werden unter anderem generell beeinflusst

- durch die zukünftige Beurteilung des Standortes bezüglich der quantitativen und qualitativen Verfügbarkeit der benötigten Fachkräfte und
- durch die Reaktionen der lokalen/regionalen Wirtschaft bzw. der auswärtigen Investoren auf den globalen und lokalen Standortwettbewerb.

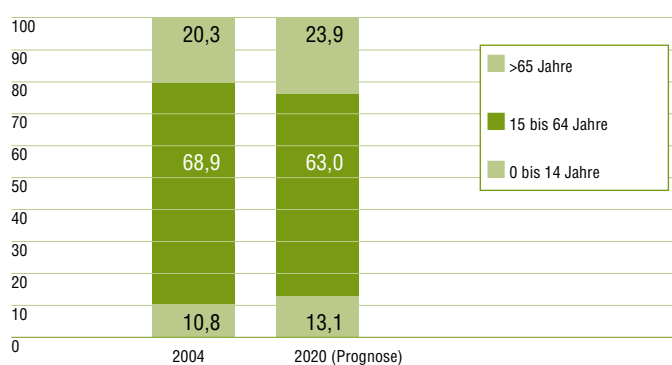
Entscheidend für die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ist die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Aufgrund der steigenden Zahl der unter 15-Jährigen und der über 65-Jährigen wird sich die Erwerbsfähigenanzahl der Stadt Dresden von 330 881 im Jahr 2004 auf 306 546 im Jahr 2020 verringern. Das bedeutet, dass der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung von 68,9 Prozent (2004) auf einen Anteil von 62,9 Prozent (2020) zurückgeht.

3.1.1 Mögliche Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials

Die im Auftrag der Landeshauptstadt erstellte Machbarkeitsstudie „Arbeitsmarkt Dresden im demographischen Wandel“ des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Niederlassung Dresden, von 2004 nennt die folgenden Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Dresdner Arbeitsmarkt:³⁾

- Die Zahl der in Dresden wohnenden Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) wird im Vergleich zu 2004 bis 2020 um etwa 4,8 Prozent abnehmen, wo-

Altersgruppenentwicklung unter dem Aspekt des Arbeitsmarktes in Prozent



bei der Rückgang ca. 2008 einsetzen wird.

- Die Einpendlerzahl, vorausgesetzt, sie schrumpft in dem Maße wie die erwerbsfähige Dresdner Bevölkerung, wird voraussichtlich 73 700 im Jahr 2020 (gegenüber 78 750 im Jahr 2004) betragen.

- Insgesamt werden den Dresdner Unternehmen im Jahr 2020 fast 15 000 Personen weniger als 2004 zur Verfügung stehen. Dieser Rückgang teilt sich wie folgt auf die Qualifikation auf:

- ohne Berufsabschluss -1 600 Personen
- mit Berufsabschluss -9 700 Personen
- mit Hochschulabschluss -3 500 Personen
- Wenn Maßnahmen zur Frühverrentung nicht mehr erforderlich sind, um den Arbeitsmarkt zu entlasten und tendenziell zur Entlastung der Rentensysteme verringert werden, wird die Erwerbsquote Älterer ansteigen.

- Es ist damit zu rechnen, dass der Anteil der Geringqualifizierten unter den Erwerbspersonen ansteigen wird, wenn die überdurchschnittlich hoch ausgebildeten älteren Erwerbspersonen aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

Einfluss auf das zukünftige Angebot an hochqualifizierten Arbeitskräften haben nach den „Dresdner Studien zur Bildungs- und Hochschulplanung“ von 2004 in erster Linie die Beteiligung/Teilhabe an der Bildung, die Wanderungsbewegung, die Ausbildungseffektivität und andere Faktoren wie zum Beispiel Anstrengungen zum Verbleib hochqualifizierter Erwerbspersonen auf dem regionalen Arbeitsmarkt.

¹⁾ Schätzung auf Grundlage der städtischen Daten von 2005, SAS Regional-, Verkehrs- und Umweltforschung GbR, 2006

²⁾ Gutachten der SAS Regional-, Verkehrs- und Umweltforschung GbR, 2006

³⁾ Grundlage bildet die Studie von Dittrich et al. (2004) „Demographische Entwicklung im Freistaat Sachsen-Analyse und Strategien zum Bevölkerungsrückgang auf dem Arbeitsmarkt, ifo Dresden studien 36

3.1.2 Mögliche Entwicklung des Arbeitsplatzpotenzials

Ausgehend vom geschätzten gegenwärtigen Arbeitsplatzangebot wurden in der genannten Studie folgende Szenarien der zukünftigen Entwicklung, die sich in den Annahmen bezüglich Arbeitsproduktivität und Lohnentwicklung unterscheiden, betrachtet:

■ Das Szenario „Produktivitätsanstieg und konstanter Lohn“ würde die Nachfrage nach Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung zwischen 2003 und 2020 um 46 Prozent und nach Hochschulabsolventen um 75 Prozent erhöhen. Ab 2010/2011 wäre mit einem Engpass bei Personen mit Berufsabschluss/bei Hochschulabsolventen zu rechnen.

■ Das Szenario „Produktivitätsanstieg und moderater Lohnanstieg“ würde die Nachfrage nach Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung zwischen 2003 und 2020 um 21 Prozent und nach Hochschulabsolventen um 33 Prozent erhöhen. Der Engpass bei Personen mit Berufsabschluss/bei Hochschulabsolventen wäre 2014/2015 zu erwarten.

■ Das Szenario „Anstieg von Produktivität und Lohn in gleichem Umfang“ würde zukünftig bei keiner Qualifikationsstufe zu einem Anstieg der Nachfrage nach Arbeitskräften gegenüber dem derzeitigen Stand führen.

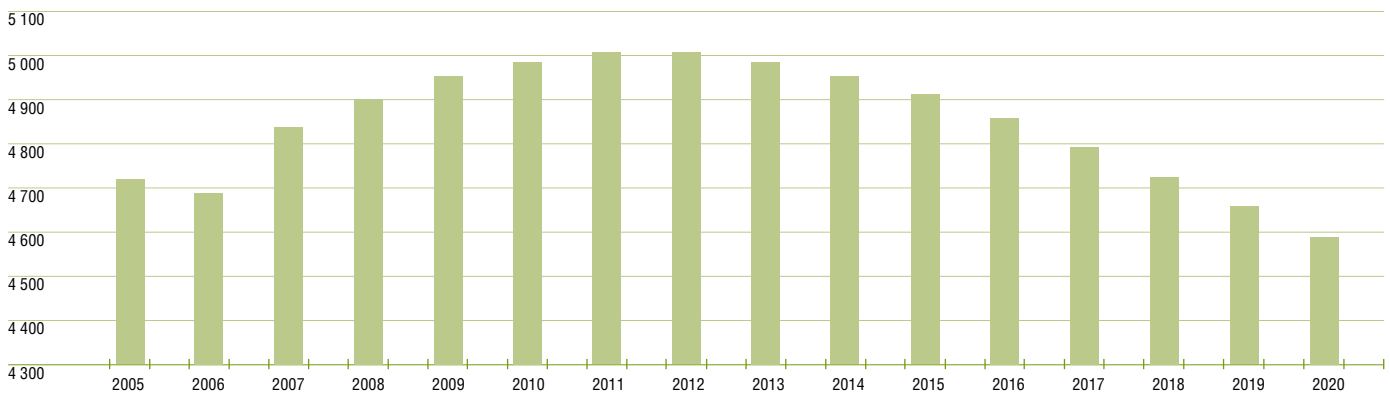
Bei den Geringqualifizierten ist bis 2020 nicht mit einem Engpass zu rechnen. Sie werden auch weiterhin nur geringste Chancen auf dem

Arbeitsmarkt haben.

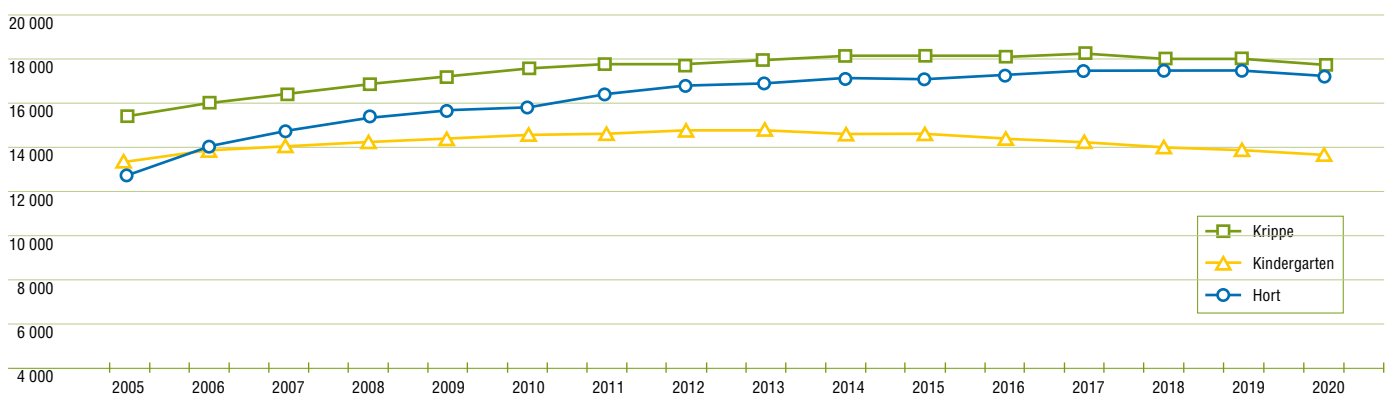
Das bestätigen indirekt auch die Ergebnisse einer Unternehmensbefragung im Großraum Dresden (Arbeitsamtsbezirk), in deren Rahmen von 11/2003 bis 11/2004 579 Unternehmen – größtenteils mit ungefähr fünf bis 50 Beschäftigten – zum perspektivischen Fachkräftebedarf befragt wurden.¹⁾ Die Mehrzahl geht zukünftig von gleichen Beschäftigtenzahlen wie derzeit aus. Nur 25 Prozent erwarten einen Zuwachs von durchschnittlich 2,3 Arbeitskräften. Im Vergleich zu früheren Befragungen hat der perspektivisch erwartete Zuwachs abgenommen (2001: 6,5; 2003: 5,3). Als Hauptgrund wird die Auftragslage genannt. Beim zukünftigen Bedarf überwiegt der Anteil an Facharbeitern und Meistern. Auf einen Ingenieur/Naturwissenschaftler kommen etwa 2,6 Facharbeiter bzw. Meister/Techniker.

3.2 Entwicklung von Kindertageseinrichtungen und Schulen

Geburtenentwicklung in der Stadt Dresden vom Jahr 2005 bis 2020 (Prognose)



Voraussichtliche Entwicklung im Altersbereich 0 bis 10 Jahre (Prognose)



In der Stadt Dresden werden weiterhin Geburten auf einem Niveau von rund 4 700 Kindern registriert mit einer Tendenz auf 5 000 Geburten pro Jahr. Nach der städtischen Bevölkerungsprognose vom November 2005 ist von einem jährlichen Geburtenanstieg bis zum Jahr 2011 auszugehen.

Für den Altersbereich 0 bis 10 Jahre ist prognostisch mit folgendem Kindertagesbetreuungsbedarf gegenüber 2005 zu rechnen:²⁾

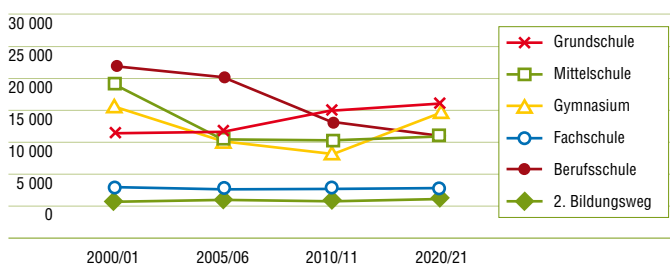
Im Schuljahr 2005/2006 werden in 185 Dresdner Schulen insgesamt 67 655 Schüler (davon etwa 55 000 an kommunalen Schulen) unterrichtet. Das sind etwa 80 Prozent der Schülerzahl des Schuljahres 1992/1993 mit zirka 84 200 Schülern. Bis zum Schuljahr 2010/11 wird es an den kommunalen Schulen einen weiteren Rückgang auf 49 100 Schüler geben (minus zehn Prozent), und bis zum Schuljahr 2020/21 wird wieder ein geringfügiges Ansteigen auf zirka 55 900 prognostiziert, wie die nebenstehende Tabelle zeigt

Die nebenstehende Grafik zeigt die zeitversetzte Entwicklung der Schülerzahlen nach den einzelnen Schularten (kommunale Schulen) von 2000 bis 2021.

Entwicklung der Anzahl der Schüler an kommunalen Schulen

Schulart	Schülerzahl 2010/2011 ³⁾	Schülerzahl 2020/2021
Grundschulen	15 000	ca. 16 000
Mittelschulen	10 000	ca. 10 800
Gymnasien	8 000	ca. 14 500
Förderschulen	2 600	ca. 2 850
Berufliches Schulzentren	13 000	ca. 10 970
Schulen 2. Bildungsweg	500	ca. 800
Summe	49 100	ca. 55 900

Entwicklung der Schülerzahlen nach ausgewählten Schuljahren



3.3 Wohnungsbestands- und -marktentwicklung/neue Wohnformen

Im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung, deren Wechselwirkung zum Arbeitsmarkt und der seit 2005 veränderten Sozialgesetzgebung vollzieht sich durch eine weitere Differenzierung der Einkommens- und Sozialstrukturen Veränderungen in der Wohnungsnachfrage.

Schwerpunkte sind folgende Nachfragergruppen, die durch bestimmte Einkommen oder besondere Bedarfsmerkmale charakterisiert werden, zum Beispiel Haushalte mit Einkommen bis 60 Prozent des Äquivalenzeinkommens (einkommensschwache Haushalte), Seniorenhaushalte, Haushalte mit Kindern und Haushalte aus anderen Kulturkreisen.

3.3.1 Anforderungen durch einkommensschwache Haushalte

Der Anteil des Niedriglohnsektors hat sich in Deutschland kontinuierlich erhöht. Während eingeschätzt wird, dass sich 2006 die Zahl der Vollzeitbeschäftigten gegenüber 2000 um zehn Prozent reduziert, wird sich der Anteil der geringfügig Beschäftigten gegenüber 2000 auf 30 Prozent, der Selbstständigen und Mithelfenden auf 14 Prozent und der Teilzeitbeschäftigten auf 13 Prozent erhöhen.⁴⁾

Aus der KBU 2005 geht unter anderem hervor, dass von der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen derzeit nur etwa 30 Prozent erwerbstätig sind. Diese lange vor Beginn des Rentenalters unterbrochenen Berufsbiografien bergen ein besonders hohes Potenzial an Altersarmut.

Im Jahr 2005 lebten in Dresden ungefähr 40 000 einkommensschwache Haushalte; laut Schätzungen könnten es 2020 sogar über 60 000 sein. Der Anteil an der Haushaltszahl insgesamt stieg in diesem Zeitraum von 15 auf 25 Prozent (siehe Kapitel 2.2).⁵⁾ Die Nachfrage nach preisgünstigen Wohnungen wird demzufolge steigen.

Aus der Betrachtung der Entwicklung der Nettokaltmiete im vergangenen Zeitraum kann für die Zukunft nur eine leichte Schwankung der aktuellen Werte angenommen werden. Bei steigenden Energiepreisen ist auch mit dem Anstieg der warmen Betriebskosten zu rechnen. Außerdem wird als Folge der Sanierungstätigkeit und der Rückbaumaßnahmen die Zahl der preisgünstigen Wohnungen sinken.

3.3.2 Anforderungen durch ältere und behinderte ältere Menschen/Wohnformen im Alter

Aus dem steigenden Anteil der Einwohner über 60 Jahre und dem Wunsch nach einem möglichst langen selbstbestimmten Leben in

der eigenen Wohnung entstehen folgende Anforderungen an den Wohnungsmarkt und das Wohnumfeld:

- Durch die nachlassende Mobilität gewinnt die barrierefreie Bauweise noch mehr als bisher sowohl in der Wohnung als auch im Umfeld an Bedeutung.
- Zusätzlich zur barrierefreien Bauweise ist eine alters- und behindertengerechte, teilweise auch rollstuhlgerechte Ausstattung notwendig.
- Zur Befriedigung von besonderen Bedürfnissen, zur gegenseitigen und professionellen Unterstützung und zur Vorsorge vor Vereinsamung stehen folgende Wohnformen zur Auswahl (siehe Seite 66).

¹⁾ IHK Dresden, Kommunalforum für Wirtschaft und Arbeit Dresden, Ergebnisse Unternehmensbefragung 2004

²⁾ Datenquelle: Prognose Null- bis Zehnjährige nach Stadtteilen – Stand 17.11.2005 – Umzugsannahmen noch unbestätigt, LHD Kommunale Statistikstelle

³⁾ Schulnetzplan von 2002, Verschiebungen zwischen Schülerzahl an Mittelschulen und Gymnasien sind 2010/2011 zu erwarten

⁴⁾ SAS GbR 2006, siehe Fußnoten 1 und 2 auf Seite 63

⁵⁾ ebenda

Wohnform	Zielsetzung
Individuelles Wohnen	Wohnungen zur Miete oder im Eigentum mit alten- und/oder behindertengerechter Ausstattung, eventuell Wohnungsanpassung nach Wohnungsanpassungsrichtlinie
Betreutes Wohnen	barrierefreie alters- und/oder behindertengerechte Mietwohnungen bei Sicherstellung einer Grundbetreuung
Service-Wohnen, Wohnen mit Concierge	individuelle Wohnungen, Dienstleistungen zur Bewältigung des Alltags auf Abruf, Beachtung des erhöhten Sicherheitsbedürfnisses im Alter
Begleitetes Wohnen	individuelle Wohnungen, Dienstleistungen zur Bewältigung des Alltags auf Abruf, Beachtung des erhöhten Sicherheitsbedürfnisses im Alter, Angebote gemeinsamer kultureller Betätigung – zum Beispiel Veranstaltungen, Ausflüge, Gesprächs- und Bastelkreise
Alt werden in Gemeinschaft	abgeschlossene alters- oder behindertengerechte Wohnungen innerhalb einer Wohneinheit einschließlich Gemeinschaftsküche und Gemeinschaftsraum; gemeinsames Wohnen von Personen im Seniorenalter, gegenseitige Hilfe, keine Vereinsamung oder Isolierung
Wohnen im Generationenverbund	Gemeinsames Wohnen älterer und junger Familien in unmittelbarer Nähe bei gegenseitiger Hilfeleistung; Es müssen unterschiedlich große Wohnungen mit einfacher bis behindertengerechter Ausstattung vorhanden sein.

Ein Teil der Wohnungen mit barrierefreier Ausstattung oder in den genannten Wohnformen muss mit preisgünstigen Mieten angeboten werden, da es besonders in dieser Nachfragergruppe einkommensschwache Haushalte durch Altersarmut geben wird.

■ 3.4 Mobilitätsentwicklung

Die im Auftrag der Landeshauptstadt Dresden erstellte Studie zum Thema Demographischer Wandel und Mobilität¹⁾ trifft die grundsätzliche Aussage, dass sich bei alleiniger Betrachtung der demographischen Verschiebungen für das Jahr 2020 leichte Verlagerungen des Modal Split zum ÖPNV ergeben würden. Insgesamt führen sie jedoch nur zu geringen Zunahmen im ÖPNV-Verkehrsaufkommen und geringfügigen Abnahmen im MIV-Verkehrsaufkommen.

Die langfristige Wirkung stadt- und verkehrsplanerischer Maßnahmen erfordert möglichst frühzeitig prognostische Kenngrößen zur Mobilitätsentwicklung. Zur Abbildung des Zusammenhangs zwischen der demographischen und verkehrlichen Entwicklung werden Merkmale der **Bevölkerungsstruktur mit Kennziffern der Mobilität** verknüpft und für den Prognosezeitraum abgeschätzt.

Die Rahmenbedingungen für die Mobilitätsprognose werden bestimmt durch

- die für Trendanalysen/prognostische Schätzungen nutzbaren Zeiträume und Datengrundlagen
- die Prognosen der Bevölkerungsentwicklung und des Verkehrsverhaltens.

Die beiden Prognoseschritte²⁾ lassen den Spielraum möglicher Entwicklungen vor dem Hintergrund der demographischen Randbedingungen erahnen.

Die **Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur** (siehe Kapitel 2.1) werden trotz etwa gleich bleibender Gesamtbevölkerung zu einer veränderten Verkehrsnachfrage führen. Gründe dafür sind unter anderem:

- Das Verkehrsverhalten wandelt sich im Laufe des Lebens und unterscheidet sich deutlich bei den verschiedenen Alters- bzw. Personengruppen:
- Der Anteil der mobilitätsbezogen aktivsten Altersgruppe (18 bis unter 65) geht zurück.
- Die Anteile der ÖPNV-affineren Altersgruppen (bis 18 und älter als 65) nehmen zu.
- In der Vergangenheit blieben im Lauf der Jahre nur wenige Mobilitätskennwerte unverändert. So wird sich auch zukünftig das Verhalten weiter wandeln. Zum Beispiel werden die zukünftigen Alten mobiler, länger mobil und häufiger mit dem eigenen Pkw unterwegs sein als die heutige ältere Generation.
- Auch viele andere Einflussfaktoren, die in der Berechnung nur zum Teil berücksichtigt werden können, werden zu Veränderungen von Verkehr und Mobilität führen, wie zum Beispiel die Lockerung sozialer, zeitlicher und räumlicher Bindungen, zunehmende Mobilitätskosten und abnehmende -budgets, Tendenzen der Reurbanisierung, zunehmender Anteil multimodaler Verkehrsmittelnutzer, weitere Verkleinerung von Haushalten, Veränderungen der Lebensstile etc.

Eine weitere wichtige Größe für die Berechnung der Verkehrsnachfrage in einer Stadt ist die **Verfügbarkeit von Pkw, verbunden mit dem Führerscheinbesitz**. Die größten Zunahmen des Führerscheinbesitzes zeichnen sich gegenüber 2005 bei Frauen älterer Altersgruppen ab. In der Gruppe der 70- bis unter 75-Jährigen sind Steigerungen, ausgehend von 27 Prozent im Jahr 2005, auf etwa 72 Prozent im Jahr 2020 zu erwarten. Den höchsten Führerscheinbesitz aller betrachteten Gruppen weisen 35- bis 55-jährige Männer auf, von denen im Jahr 2020 in Dresden voraussichtlich etwa 96 Prozent über einen Führerschein verfügen werden.

Das **werktägliche Fahrtenaufkommen** im ÖPNV würde sich im Vergleich zu 2005 im Berechnungsschritt 2020 I um ungefähr drei Prozent erhöhen, während der MIV-Anteil um etwa zwei Prozent zurückginge. Beim Prognoseschritt 2020 II würde es im MIV um rund zehn Prozent wachsen und im ÖPNV um etwa neun Prozent zurückgehen. Das resultiert zum einen aus dem angenommenen veränderten Verkehrsverhalten. Zum anderen wird in der Altersgruppe der ab 65-Jährigen von einer deutlich größeren Pkw-Verfügbarkeit ausgegangen, was zu einem wesentlich autoorientierteren Mobilitätsstil und damit hauptsächlich zu den Unterschieden im Fahrtenaufkommen der beiden Berechnungsschritte führt. Die demografischen Einflüsse in Dresden werden somit deutlich durch Verhaltensänderungen überlagert.

Die Altersgruppe der über 65-Jährigen bewirkt die stärksten Veränderungen des Fahrtenaufkommens im MIV gegenüber 2005. Im ÖPNV führen die Rückgänge in der Altersgruppe der 18- bis unter 65-Jährigen

und das veränderte Verkehrsverhalten im Berechnungsschritt 2020 II zu den deutlichsten Abnahmen des Fahrtenaufkommens. Diese demografischen Einflüsse bilden sich auch im Modal Split für 2005 und die beiden Berechnungsschritte im Jahr 2020 ab. Während 2020 I zu einer leichten Verbesserung des Modal Split zugunsten des ÖPNV führt, zeigt 2020 II einen etwas erhöhten Verkehrsmittelanteil des MIV.

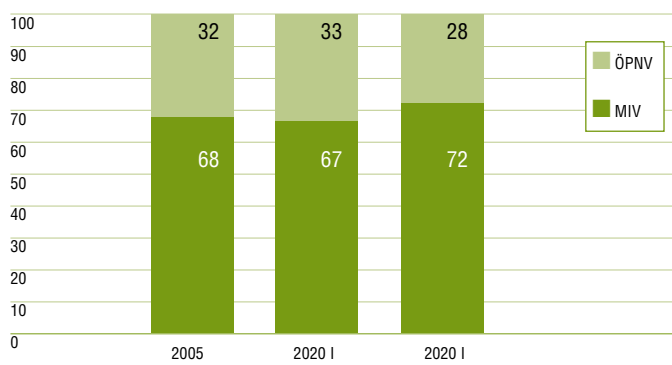
Die Berechnung der **prognostizierten werktäglichen Fahrleistung im MIV und ÖPNV** erfolgte auf Basis des ermittelten Fahrtenaufkommens und unter Verwendung durchschnittlicher Wegelängen der Personengruppen für das Jahr 2020. Die Wegelängen wurden nur für 2020 II prognostiziert, für 2020 I wurden die mittleren Wegelängen aus dem Jahr 2003 verwendet. Dadurch spiegelt dieser Prognoseschritt lediglich den Einfluss der Demographie auf die abgeschätzte Fahrleistungsentwicklung wider.

Insgesamt gesehen wird jedoch eingeschätzt, dass das Verhältnis der Fahrleistungen im ÖPNV und MIV 2020 etwa dem heutigen entsprechen würde.

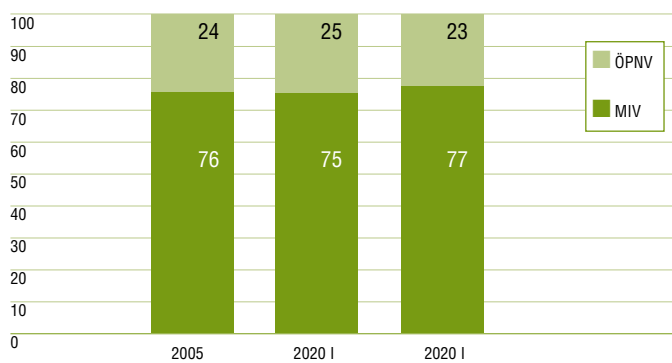
Die Mobilitätseckwerte für das Jahr 2020 machen deutlich, dass es in Dresden wahrscheinlich nicht zu den vielerorts befürchteten Nachfrageeinbrüchen beim ÖPNV kommen wird. Zu beachten ist, dass nur der von den Dresdner Einwohnern verursachte Personenverkehr als Indikator berücksichtigt wurde. Demzufolge sind der Wirtschaftsverkehr sowie die Personenverkehre von Einpendlern, Touristen etc. nicht enthalten. Diese Berechnungen sind den detaillierten Verkehrsmodellierungen mit den üblichen, auch für Dresden vorliegenden Berechnungsmodellen vorbehalten. Vor dem Hintergrund zu erwartender überproportionaler Kostensteigerungen beim MIV ist zu erwarten, dass die ermittelten Werte im Prognoseschritt II die künftige Entwicklung im MIV eher überschätzen. Da die Verkehrsentwicklung ohnehin sehr vielen Einflussfaktoren unterliegt, sollten die vorliegenden Prognosewerte nur als Richtwerte oder Indikatoren gesehen werden. Außerdem müssen in Diskussionen immer die vorausgesetzten Annahmen der Schätzverfahren benannt werden, um die Variationsräume denkbarer Ergebnisse zu veranschaulichen.

Generell lässt sich aus den Ergebnissen schließen, dass allein die Stabilität der Gesamtbevölkerungszahl nicht vor den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Verkehrsnachfrage schützt. Vielmehr können Maßnahmen zur Erleichterung der ÖPNV-Nutzung und zur Attraktivitätserhaltung bzw. -erhöhung von innenstadtnahen Wohnstandorten, insbesondere für ältere Menschen,

Modal Split 2005 und 2020 in Prozent



Modal Split nach Fahrleistung 2005 und 2020 in Prozent



dafür sorgen, dass der ÖPNV möglichst von den Verschiebungen in der Altersstruktur profitiert.

Die demographischen Veränderungen, das zeigen auch die jüngsten verkehrsplanerischen Untersuchungen³⁾, werden den Anteil der wahlfreien, sogenannten multimodalen Verkehrsteilnehmer⁴⁾ erhöhen. Dies lässt auch zunehmende Marktpotenziale für den ÖPNV erwarten. Insofern könnte eine dichte, attraktive und nutzungsgemischte Stadtstruktur auch weiterhin möglichen Suburbanisierungstendenzen und damit der Entwicklung steigender Wegelängen entgegenwirken bzw. diese verlangsamen.

¹⁾ Ahrens, Ließke, Pitrone „Berechnungen zum Thema demographischer Wandel und Mobilität“, 2006

²⁾ Die Mobilitätsprognose 2020 für Dresden wurde in zwei wie folgt definierten Schritten gerechnet: Prognoseschritt 2020 I: Auswirkungen der rein demographischen Veränderungen (Bevölkerungsprognose 2020) unter Beibehaltung des Verkehrsverhaltens von 2003. Auch personenspezifische Eigenschaften wie Berufstätigkeit und Pkw-Verfügbarkeit wurden von 2003 übernommen. Prognoseschritt 2020 II: Auswirkungen des demographischen Wandels und der Veränderungen des Verkehrsverhaltens, das heißt, dass in der Personengruppenprognose auch Berufstätigkeit und Pkw-Verfügbarkeit für 2020 abgeschätzt wurden.

³⁾ Beckmann, Chlond, Kuhnimhof, von der Ruhren, Zumkeller in: Internationales Verkehrswesen 4/2006

⁴⁾ v. a. Singles, Ältere u. Personen, die Innenstadtwohnlagen bevorzugen und ein höheres Bildungsniveau aufweisen.

4 Umsetzungsbeispiele für die Gestaltung des demografischen Wandels

■ 4.1 Lebensqualität und Wohnungswünsche älterer Bürger in Dresden

Ein Schwerpunkt der „Aktion Demografischer Wandel“ der Bertelsmann Stiftung ist das Thema „Neues Alter in der Stadt“⁽¹⁾. Es befasst sich mit der Entwicklung von Konzepten für eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik. Darauf Bezug nehmend, erfolgte eine Auswertung der KBU 2002, um Aussagen über Lebensqualität und Wohnungswünsche der älteren Bürger (ab 55) in Dresden treffen zu können. Das Wichtigste stellt sich im Überblick wie folgt dar:

- Die Älteren ab 55 Jahre sind mit ihren Lebensbedingungen im Vergleich zu den Jüngeren überdurchschnittlich zufrieden. Gerade den Bereichen wie Einkaufsmöglichkeiten oder Versorgung mit dem ÖPNV, die besonders für die Älteren von Bedeutung sind, wird durch die Stadt Dresden gut Rechnung getragen.
- Mit der öffentlichen Sicherheit und dem Schutz vor Kriminalität sind die Älteren dagegen weniger zufrieden.
- Problematisch bleibt die Betrachtung der alten- und behindertengerechten Wohnungen. Zwar hat sich die Zahl der Altenpflegeeinrichtungen sowie alten- und behindertengerechten Wohnungen in den letzten Jahren verdoppelt: von sechs (1998) auf zwölf Prozent (2002), dennoch bleibt der tatsächliche Bestandsbedarf nicht vollkommen geklärt.
- Ab dem 50. Lebensjahr wird das Wohlbefinden besser beurteilt als die Gesundheit. Als Gründe für/gegen das eine oder andere werden bei den Bürgern unter 65 Jahre die finanzielle Situation und die berufliche Unsicherheit genannt. Bei den über 65-Jährigen sind es das Alleinsein, der motorisierte Straßenverkehr und Lärm sowie die Luftverschmutzung und die Schadstoffe in

Lebensmitteln.

- Die älteren Dresdner leben im Durchschnitt in den Wohnungen mit der geringsten Raumanzahl und Wohnfläche im Vergleich zu Befragten aller Altersstufen. Sie haben von allen befragten Gruppen die geringsten Absichten umzuziehen.
- Ungefähr 40 Prozent der über 75-Jährigen wünschen sich eine altengerechte Wohnung, etwa 30 Prozent betreutes Wohnen und nur 20 Prozent im Seniorenheim zu leben.
- Die Jüngsten (16 bis 24 Jahre) und die Ältesten (ab 65 Jahre) sind am zufriedens-ten mit ihrer Wohnsituation und beurteilen sie als gut. Nur ein Prozent der 55- bis 74-Jährigen und zwei Prozent der ab 75-Jährigen beurteilen ihre Wohnsituation als schlecht.
- Generell schätzen die Älteren ihre Wohnsituation besser ein als die Jüngeren und sind zufriedener. Als beeinträchtigend empfindet etwa ein Drittel der ab 75-Jährigen den Zustand der Fußwege.
- Dagegen erteilen alle Dresdner dem ÖPNV die Note 1,8 bis 2,2. Etwa 70 Prozent der ab 75-Jährigen beurteilen die Versorgung mit dem ÖPNV als sehr wichtig. Die 55- bis 64-Jährigen und die 65- bis 74-Jährigen unterscheiden sich kaum vom Dresdner Durchschnitt. Bei ihnen ist das Auto das Hauptverkehrsmittel (30 bis 40 Prozent). Ausnahme bildet der Weg in die Innenstadt. Hier nutzen die 55- bis 64-Jährigen gleichermaßen die Straßenbahn (etwa 50 Prozent).
- Die ältere Bevölkerung geht verhältnismäßig öfter in die Supermärkte im Wohngebiet einkaufen als die jüngere. Je älter die Befragten sind, desto häufiger werden auch die Einzelhandelsfachgeschäfte und Wochenmärkte genutzt.

Bezüglich der Lebensqualität und der Wohnungswünsche der älteren Dresdner Bürger kristallisiert sich als wesentlicher Handlungsbedarf heraus, weiterhin die Versorgung mit dem ÖPNV zu sichern, die Bedingungen für Fußgänger und behinderte Menschen weiter zu verbessern, wohnnahe Einkaufsmöglichkeiten zu erhalten sowie die öffentliche Sicherheit zu erhöhen.

Zusätzlich zu den Ergebnissen der KBU wird durch das WHO-Projekt „Gesunde Städte“ darauf hingewiesen, dass in den Stadtteilen mit hohem Seniorenanteil die Zentren/Praxen der medizinischen und physiotherapeutischen Versorgung günstig erreichbar sowie Möglichkeiten seniorengerechter körperlicher Aktivität vorhanden sein sollen.

Die städtischen Richtlinien und Steuerungsmöglichkeiten zur Unterstützung älterer Bürger auf dem Gebiet des Wohnens, wie der Altenhilfeplan, die Richtlinie zur behindertengerechten Gestaltung der Stadt, das Verkehrskonzept, Teil 5.10 Rahmenprogramm behindertengerechte Verkehrswege und -anlagen (Stand 02/1994; an der Aktualisierung wird gearbeitet), die Beschlüsse des Stadtrates zum Einsatz städtischer Mittel zur Mietsubvention, als Baukostenzuschuss und zur Wohnungsanpassung sowie der Behindertenhilfeplan der Landeshauptstadt Dresden sind weiterhin mit Leben zu erfüllen und der Situation/dem Bedarf entsprechend zu aktualisieren und fortzuschreiben.

■ 4.2 Maßnahmen im Bereich der Bildung/Ausbildung

Die Stadt Dresden hat sich in den vergangenen Jahren bereits intensiv mit den drastischen Folgen des Geburtenrückgangs in Bezug auf die Schulnetzplanung befasst und den zukünftig veränderten Anforderungen vorausschauend Rechnung getragen

So verringerte sich vom Schuljahr 1992/1993 bis 2005/2006 die Zahl der kommunalen Grundschulen von 87 auf 71, die der kommunalen Mittelschulen von 60 auf 35, die der kommunalen Gymnasien von 18 auf 15, die der kommunalen Förderschulen von 17 auf 13 sowie die der kommunalen Beruflichen Schulzentren von 14 auf 12.

Perspektivisch wird es noch einige Standortaufhebungen, vor allem aber Standortveränderungen geben, um zum Beispiel Außenstellen und Schulteile zugunsten von Erweiterungsbauten am Stammhaus abzubauen. Damit können ungünstige Wegesituationen verbessert sowie die Unterrichtsorganisation effektiver gestaltet werden.

Schulveränderungen, insbesondere Schulaufhebungen, sind stadtpolitisch hoch brisant. Es hat sich gezeigt, dass es trotz zwingender Sachlage (Verringerung der Schülerzahlen, gesetzliche Vorschriften, Wirtschaftlichkeit des Standortes usw.) sehr schwierig ist, den betroffenen Schülern und Eltern, den Schulkonferenzen, den Ortsamts- und Ortschaftsräten und letztlich den Stadträten die Notwendigkeit von Schulaufhebungen deutlich zu machen.

Als die Situation etwas mildernd wird die Weiterführung wesentlicher inhaltlicher Aspekte der zu schließenden durch die übernehmenden Schulen eingeschätzt. Das kann zukünftig nur gelingen, wenn sich Schulleitung, Lehrer, Eltern und Schüler sowie das Regionalschulamt Dresden und die Stadt Dresden intensiv der neuen Herausforderung stellen und zusammen daran arbeiten. Ein positives Beispiel dafür ist die Aufhebung der 86. Mittelschule, Alexander-Herzen-Straße 64, 01109 Dresden, zum 31. Juli 2004, deren inhaltliche Aspekte zum großen Teil von der Mittelschule Weixdorf, Alte Dresdner Straße 22, 01108 Dresden, mit übernommen wurden.

Auf die zurückgehenden Kinderzahlen und finanziellen Engpässe haben die Städtischen Bibliotheken Dresden ebenfalls mit einer Reduktion des Stadtnetzes reagiert. Weitere Bibliotheksschließungen würden jedoch vor allem für jüngere Schüler nicht zu bewältigende Wege zur Bibliothek bedeuten. Deshalb sieht der Bibliotheksentwicklungsplan 2005 bis 2007 nur noch Öffnungszeitenreduzierungen in den Bibliotheken mit deutlich zurückgehenden Einwohner- und Schülerzahlen

im Einzugsbereich vor.

Auf die wachsende Zahl älterer Einwohner wird mit auf diese Zielgruppe zugeschnittenen Dienstleistungen reagiert. Dazu zählen Bücherhausdienst, mobile Ausleihe in Seniorenheimen, Veranstaltungsreihe „Literatur am Vormittag“ und Fortbildungsangebote zur Medienkompetenzgewinnung.

■ 4.3 Mitwirkung am Projekt des Deutschen Städtetages

Im Juni 2005 nahm Dresden an einer von der Fachkommission Stadtentwicklung im Deutschen Städtetag durchgeführten Frage-

bogenaktion zum demografischen Wandel teil. Bei der Beantwortung der Fragebögen hat sich herauskristallisiert, dass sich die Stadtverwaltung mit Blick auf den demografischen Wandel in fast allen Bereichen schon näher befasst hat und dass die Bedeutung der durch den demografischen Wandel auf Dresden zukommenden Probleme hoch bzw. sehr hoch eingeschätzt wird. Demgegenüber werden die Handlungsmöglichkeiten der Stadt Dresden zur Beeinflussung der Entwicklung als eher weniger hoch eingeschätzt.

Folgende Umsetzungsbeispiele für die zukünftige Gestaltung des demografischen Wandels brachte Dresden in die Fragebogenaktion ein:

Bereich	Lösungsansatz	Quelle	Struktureinheit
Integration	Integrationskonzept	Landeshauptstadt Dresden (LHD)	Ausländerbeauftragte
Seniorenpolitik	Regionalisierte Altenhilfeplanung	Maßnahmeplan zur Organisationsentwicklung in der Altenhilfe	Sozialamt
Gesundheit	Erhalt der körperlichen Leistungsfähigkeit	1. Dresdner Gesundheits- und Seniorensportverein	WHO-Projekt
Gesundheit/Wohnpolitik	Gemeinschaftliches Wohnen im 3. Lebensabschnitt	Altwerden in Gemeinschaft e.V.	außerhalb der Verwaltung
Gesundheit	Selbsthilfe-Organisation Jahresringe	Verband für Vorruhestand und aktives Alter	außerhalb der Verwaltung
Soziale Infrastruktur	Schulnetzveränderungen	LHD	Schulverwaltungsamt
	Familienkonferenzen	LHD	Eigenbetrieb Kita
Wirtschaftsentwicklung	Kommunalforum für Wirtschaft und Arbeit	LHD	Amt für Wirtschaftsförderung (Wifö)
	Messe „KarriereStart“	LHD	Amt für Wifö
	Industrietag	LHD	Amt für Wifö
	Netzwerk „Dresden – Stadt der Wissenschaften“	LHD	Amt für Wifö
	Kooperationen Schule-Unternehmen	Arbeitskreis Schule-Wirtschaft	Amt für Wifö
Verwaltung/Personal	Ausbildung von Verwaltungsnachwuchs (über Bedarf hinaus)	LHD	Personalamt
	Einstellung von Verwaltungsnachwuchs	LHD	Personalamt

¹⁾ Demographie konkret – Handlungsansätze für die kommunale Praxis, Bertelsmann Stiftung (Hrsg), S. 37

5 Zukünftige Handlungsfelder

Für die erfolgreiche Bewältigung der demografischen Veränderungsprozesse in Dresden sind beide Richtungen der Einflussnahme, sowohl die aktive Gegensteuerung als auch die Anpassung nicht zu trennen. In einem verschärft auftretenden Konkurrenzkampf der Städte, nicht nur um Ansiedlungen und Steuereinkommen, sondern auch um hochqualifizierte Arbeitskräfte, wird die strategische Ausrichtung einer Kommune an Bedeutung gewinnen; es wird eine Fokussierung auf die Stärken und Vermarktung der Alleinstellungsmerkmale bei harten und weichen Standortfaktoren – nicht nur national, sondern international – einsetzen. Die an nachhaltigen Zielen orientierte Stadtentwicklung muss den Aspekt der demografischen Entwicklung ab sofort kontinuierlich beobachten und ressortübergreifend abgestimmte Handlungsfelder initiieren.

Erste Überlegungen führten zu folgenden Handlungsfeldern der Stadtentwicklung:

Flächennutzungsplanung/Stadtumbau/Wohnungsmarkt

Bevölkerungsrückgang und veränderte Altersstruktur führen nicht automatisch zu einer proportionalen Abnahme des Flächenverbrauchs für Siedlungs- und Verkehrszwecke. Geringere Einwohnerzahlen bieten den Städten jedoch die Chance, auf Dauer nicht nachgefragten Wohnungsbestand in schlechten Wohnlagen und brachgefallene Gewerbegebiete ohne Nutzungsnachfrage zurückzubauen und dadurch ihren Freiflächenanteil zu erhöhen. Verbunden mit einer Konzentration der Bautätigkeit auf integrierte städtebauliche Lagen ist eine Steigerung der Attraktivität der Stadt durch Qualifizierung von Stadträumen, durch ökologische und letztlich stadtökonomische Entlastung zu erreichen.

Aufgrund zunehmender Differenzierung der

Lebensstile (zum Beispiel Veränderungen der HH- und Sozialstrukturen, zunehmende Anzahl Hochbetagter, Rückgang von Familien mit Kindern) ist auf dem Wohnungsmarkt durch ausreichendes und mietpreisgünstiges Angebot familien- und altengerechten Wohnraums die Vorhaltung eines breiten Spektrums notwendig. Handlungserfordernisse können sich auch bezüglich der Alterung ganzer Stadtteile (siehe Anlage B 1 und B 2) ergeben, zum Beispiel in der Auseinandersetzung mit neuen Wohnformen für Ältere sowie im Umgang mit Leerständen.

Die Tatsache, dass inzwischen Wohngebiete mit überdurchschnittlichen Anteilen von Zuwanderern vorhanden sind, sollte zukünftig auch dazu führen, den bisher verfolgten stadtpolitischen Ansatz der ethnischen Mischung auf städtischer wie auf Quartiersebene dahingehend zu hinterfragen, ob ethnisch und soziokulturell segregierte Gebiete nicht auch Integrations- und Nachbarschaftspotenziale sein können. Es wird eingeschätzt, dass diese Wohnform für die Neueingereisten eine Schutzfunktion erfüllen, ihnen das Gefühl von Sicherheit und Heimat vermitteln und die Öffnung gegenüber anderen Kulturen erleichtern könnte. Zukünftige Wohnformen von Migranten und ihre Steuerung durch Politik und Verwaltung sind nur ein Teil der Integration. Aufgrund der zukünftigen demografischen Entwicklung wird es grundsätzlich erforderlich werden, Bürger mit Migrationshintergrund weniger als Träger von Defiziten, sondern mehr als Ressourcenträger, zum Beispiel durch ihre Mehrsprachigkeit, wahrzunehmen.

Soziale Infrastruktur

Alle wesentlichen Einzelaspekte des demografischen Wandels wirken sich direkt auf die soziale Infrastruktur aus. Gerade in diesem Bereich ist die Doppelstrategie von Ge-

gensteuerungs- (Vermeidungs-) und Anpassungsmaßnahmen besonders kritisch. Die Erwartungshaltung junger Familien an eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur steht in engem Zusammenhang mit einem flächendeckenden Betreuungsangebot für Kinder. Die Bundesregierung weist in ihrer Stellungnahme zum Raumordnungsbericht 2005¹⁾ auf das Erfordernis der Städte und Regionen, die Wohn- und Lebensqualität speziell für Kinder und Familien zu verbessern, hin, um der niedrigen Geburtenrate entgegenzuwirken und den Zuzug von jungen Familien zu begünstigen.

Bei der Planung von künftigen Standorten für **Kindertageseinrichtungen** ist eine multifunktionale Gebäudenutzung wesentlich, um flexibel auf veränderte Bedarfslagen reagieren zu können.

Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung wird der Bedarf an **Sportanlagen** in Dresden nicht abnehmen. Die Bilanz für die Kernsportstätten (Sportplätze, Sporthallen, Hallenbäder) weist bis 2015 weiterhin Defizite aus, denen nur mit Investitionen in die Sanierung bestehender und den Bau neuer Anlagen begegnet werden kann. Vor allem den Bevölkerungsgruppen höheren Lebensalters sind Sportangebote in größerem Umfang als bisher zu unterbreiten. Dem Trend, dass vermehrt Sport- und Bewegungsaktivitäten der Bevölkerung außerhalb von normierten Anlagen stattfinden, sollte mit der zukünftigen Entwicklung von Bewegungsräumen, zum Beispiel durch die Schaffung von Freiflächen für die sportliche Betätigung für jedermann, die Öffnung von Grünflächen oder die Erweiterung des Radwegenetzes stärker Rechnung getragen werden.

Technische Infrastruktur/Verkehr

Im Zusammenhang mit steigendem Wohnungslieferstand, geringeren Nutzungsdichten,

der langfristigen Aufgabe von Bauflächen und der Schaffung zusätzlicher Freiflächen, aber auch reduzierter Verbrauchsmengen und Nachfragewerte stellen sich Fragen zur Finanzierbarkeit der zukünftigen Bestandserhaltung sowohl der technischen Ver- und Entsorgung als auch der Verkehrsanlagen. Die Forschungsergebnisse zum Themenkomplex Siedlungsentwicklung und Infrastrukturfolgekosten²⁾ sprechen von einer geringeren Anpassungsfähigkeit der technischen Infrastruktur gegenüber der sozialen an veränderte Nachfragesituationen durch rückläufige Bevölkerungszahlen und im Zusammenhang damit von Unterauslastungssituationen mit schwer beherrschbaren Betriebszuständen und höheren spezifischen Kosten.

Sie bestätigen aber auch, dass höhere Dichten, eine optimierte Lokalisierung neuer Siedlungsflächen und eine räumliche Bündelung der Bautätigkeit dazu führen, dass gegenüber einer dispersen Siedlungsstruktur mindestens 30 Prozent der Kosten für die technische Infrastruktur und zehn Prozent für die soziale Infrastruktur eingespart werden können. Hier liegt für Dresden der Schlüssel zukünftigen Handelns; in der Unabdingbarkeit der konsequenten Umsetzung des 2005 beschlossenen räumlichen Leitbildes für den komplexen Stadtumbau. In verkehrlicher Hinsicht bedeutet dies gleichermaßen einen wichtigen Schritt in Richtung Vermeidung der Zunahme von Verkehrsaufwand und Sicherung der Mobilität der Personen(gruppen), die nicht über einen PKW verfügen.³⁾

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Auf dem Arbeitsmarkt werden vor allem qualifizierte Berufsgruppen fehlen. Da dieser Mangel gleichzeitig deutschlandweit auftritt, ist ohne Zutun auch in Dresden nicht mit einer vollständigen Kompensation durch Absolventen der Hochschulen sowie Zuwandererströme in bisheriger Größenordnung und aus bisherigen Quellgebieten zu rechnen. Um die Stärke und Weiterentwicklung der Wirtschaft zu sichern, ist die Bildungsqualität der Berufsanfänger grundsätzlich entscheidend zu erhöhen und deren Neigung nach einer Ausbildungs- bzw. Studienrichtung mit technologischer und naturwissenschaftlicher Fachkompetenz gezielt zu befördern. Die „Dresdner Studien zur Bildungs- und Hochschulplanung“ von 2004 weisen in der Aggregation der Fachrichtungen einen Hauptneueingangsbedarf bei den Ingenieurwissenschaften, gefolgt von Lehramtern und Wirtschafts- und Sozialwissenschaften aus. Sie verweisen des Weiteren auf eine weit unterdurchschnittliche Ingenieurdichte⁴⁾

im internationalen Vergleich als „nicht unbe denkliches Symptom“ einer abnehmenden Leistungsfähigkeit Deutschlands unter den Bedingungen eines schärferen internationalen Wettbewerbs. Als erkennbarer Engpass in Sachsen wird der zu schmale Anteil der Fachoberschulen bzw. des entsprechenden Zugangsweges zu einem Fachhochschulstudium genannt.

Auch besteht enormer Nachholebedarf nach Beziehungen der Unternehmen zu Universitäten und Hochschulen, um den Bedarf an qualifizierten Fachkräften zu decken. Derzeit haben nur etwa elf Prozent der befragten Dresdner Unternehmen derartige Kontakte. Darüber hinaus sind kommunale Maßnahmen für eine Imageverbesserung, mehr Weltoffenheit und Fremdenfreundlichkeit sowie Bürokratieabbau unabdingbar.

Der Arbeitsmarkt stellt auch veränderte Qualifizierungsanforderungen während des Berufslebens. Um als Stadt konkurrenzfähig zu bleiben, ist ein erhöhtes Augenmerk auf die Qualifikations- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Erwachsenen zu legen. Durch den höheren Anteil von Menschen aus anderen Ländern werden internationale Schulangebote und Integrationsmaßnahmen bezüglich Anerkennung von mitgebrachten Berufsabschlüssen, Fördermöglichkeiten für Nachqualifikationen sowie frühzeitiger Qualifikation verstärkt angeboten werden müssen.

Zur Entwicklung des Arbeitsmarktes durch Veränderungen in der Branchenstruktur, in der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen sowie durch Auswirkungen einer weiteren Profilierung Dresdens auf dem Gebiet innovativer Branchen und Zukunftstechnologien, wie im INSEK fixiert, ist derzeit noch keine quantifizierte Aussage möglich.

Kommunalfinanzen

Die Wirtschaftlichkeit und die ökonomischen Vorteile der Städte durch Zentralisierung von Funktionen werden bei sinkenden Bevölkerungszahlen negativ betroffen. Während unter Umständen die Einnahmenseite durch zu erwartende wachsende Produktivität und damit verbundene wachsende pro Kopf Einnahmen noch kompensiert werden kann, ist bei der Ausgabenseite ein relatives Wachstum der pro Kopf-Ausgaben durch konstante (gegebenenfalls leicht steigende) Fixkosten sowie Anpassungskosten aufgrund der demografischen Strukturwandlungen unumgänglich.

Dresden ist in der glücklichen Situation, für das laufende Haushaltsjahr steigende Steuereinnahmen melden zu können. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der

städtische Haushalt auch weiterhin im Verwaltungshaushalt zu 35 Prozent von Zuweisungen des Landes getragen wird. Die allgemeinen Schlüsselzuweisungen sind die zweitgrößte Einnahme position des Verwaltungshaushaltes. Der Freistaat Sachsen wird bis 2020 zwischen 400 000 und 500 000 Einwohner verlieren⁵⁾. Der Bevölkerungsrückgang wird zu einem Einnahmeverlust des Landes führen, da die Umsatzsteuervorwegverteilung und vor allem der Länderfinanzausgleich auf der Einwohnerzahl als Verteilungsindikator aufbauen. Über die Mechanismen des kommunalen Finanzausgleiches wird Dresden auch bei leicht steigender Einwohnerzahl reale Verluste aus Zuweisungen des Landes hinnehmen müssen.

Auch die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung lässt Auswirkungen auf die Einnahmesituation erwarten. Der Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen wird bis 2020 um etwa drei Prozent steigen, während der Anteil der potenziellen Arbeitnehmer (25 bis 64 Jahre alt) um gleichzeitig mehr als ein Prozent zurückgeht. Wenn die Zahl der zum Steueraufkommen Beitragenden sich verändert, sollte auch damit gerechnet werden, dass sich die Einnahmen mit ähnlichem Prozentsatz reduzieren werden. Gleichzeitig ist der Solidar pakt auslaufend. Im Ergebnis kann man davon ausgehen, dass die Einnahmen Dresdens aus Schlüsselzuweisungen des Landes im Jahr 2020 nicht mehr als zwei Drittel ihres derzeitigen Umfanges ausmachen werden.

Sofern nicht ein sehr gutes wirtschaftliches Klima dazu führt, dass die Einnahmen aus den Gemeindesteuern, insbesondere der Gewerbesteuer, diesen Verlust zumindest abfedern, muss Dresden davon ausgehen, dass sich seine Einnahmesituation bis 2020 real verschlechtert.

Annahmen zu einer möglichen Ausgabenentwicklung zu treffen, ist deutlich schwieriger, besonders hinsichtlich der Kostenverursachung durch einzelne Altersgruppen. Dresden hat Ausgaben für die Kinderbetreuung in Krippe, Kindergarten und Hort, für die Bereitstellung der Infrastruktur im Schulwesen und bezuschusst Jugendeinrichtungen und Seniorenbegegnungsstätten. Diese Ausgaben

1) Pressedienst des Deutschen Bundestages, Berlin 8. Juni 2005, Nr. 157

2) Material der gleichnamigen Fachtagung im BMVBW vom 26. September 2005

3) vgl. auch Nachhaltige Raum- und Verkehrsplanung direkt, Heft 60, 2005

4) Anteil der Absolventen/innen ingenieur-/naturwissenschaftlicher Studiengänge je 100 000 Erwerbspersonen

5) Quelle: Statistisches Landesamt Kamenitz, Regionalisierte Bevölkerungsprognose bis 2020, Heft 1/2003

– etwa 26 Prozent des Zuschussbedarfes im Verwaltungshaushalt 2005 – können bestimmten Altersgruppen direkt zugeordnet werden. Aufwendungen für ÖPNV, Allgemeine Verwaltung oder Feuerwehr sind dagegen kaum einzelnen Altersstrukturen zuzuordnen, sondern für diese Betrachtung als fix anzunehmen. Da der Prozentsatz der Bevölkerung, der diese Leistungen im Betreuungs- und Bildungsbereich nachfragt, steigt, muss davon ausgegangen werden, dass die Aufwendungen der Kommune für diese Bereiche ebenfalls zunehmen werden.

Der größte und unsicherste Ausgabeposten des städtischen Haushaltes sind die sozialen Ausgaben. Diese Ausgabeposition ist seit dem Jahr 1995 um das 2,5fache gestiegen. In welchem Umfang es in der Zukunft durch die anhaltende Dauerarbeitslosigkeit zu einer neuen Altersarmut sowie zu einem steigenden Aufwand beim kommunalen Sozialverband Sachsen kommen wird, kann nicht abgeschätzt werden. Alle Ausgabearten, die sich nicht in ähnlichen Prozentsätzen verändern wie die Einnahmen, stellen die Kommune vor erhebliche Handlungserfordernisse.

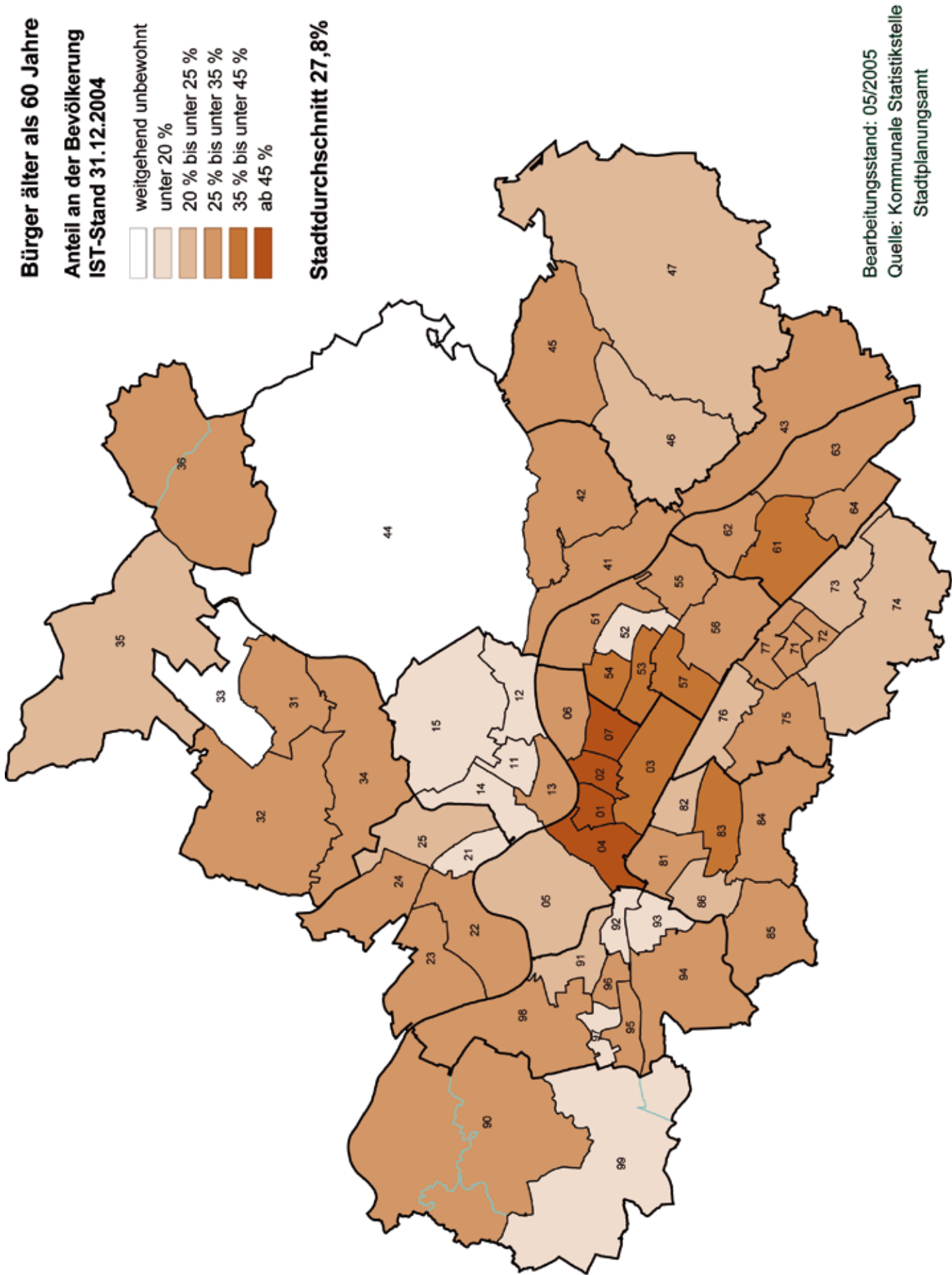
Folgende Schritte werden im Umgang mit dem demografischen Wandel als hilfreich angesehen:

Fortführung der Qualifizierung des Demografiemonitoring

Die gegenwärtige demografische Entwicklung weist nicht auf sprunghafte Trendwendungen hin, das heißt, der Prozess des demografischen Wandels wird in Dresden stetig, aber unabänderlich verlaufen. Insofern ist die frühzeitig gebündelte, kontinuierliche Beobachtung demografie- und demografiefolgerelevanter Daten (zum Beispiel regionale bis teilsräumliche Einwohner-, Haushalts- und Altersgruppendaten, Wohnungs-, Infrastruktur- und Arbeitsmarktdaten...) sozusagen als „Frühwarnsystem“ bei Über- oder Unterschreitung bestimmter Schwellenwerte von besonderer Bedeutung. Unverzichtbar für diese Prozesse ist neben einer genauen Raumbewachung ein Monitoring der ergriffenen Maßnahmen, um vorausschauend und zielgerichtet agieren zu können.

Zusammenarbeit mit dem „Zentrum Demographischer Wandel“ der TU Dresden

Das Zentrum Demographischer Wandel – eine interdisziplinäre Einrichtung der TU Dresden – bietet sich als wissenschaftlicher Partner der Stadt an, um zum Beispiel in Werkstattgesprächen oder Workshops Möglichkeiten des Umgangs mit dem demografischen Wandel und seinen Folgen zu diskutieren und politikberatend die Arbeit der Stadt zu unterstützen.

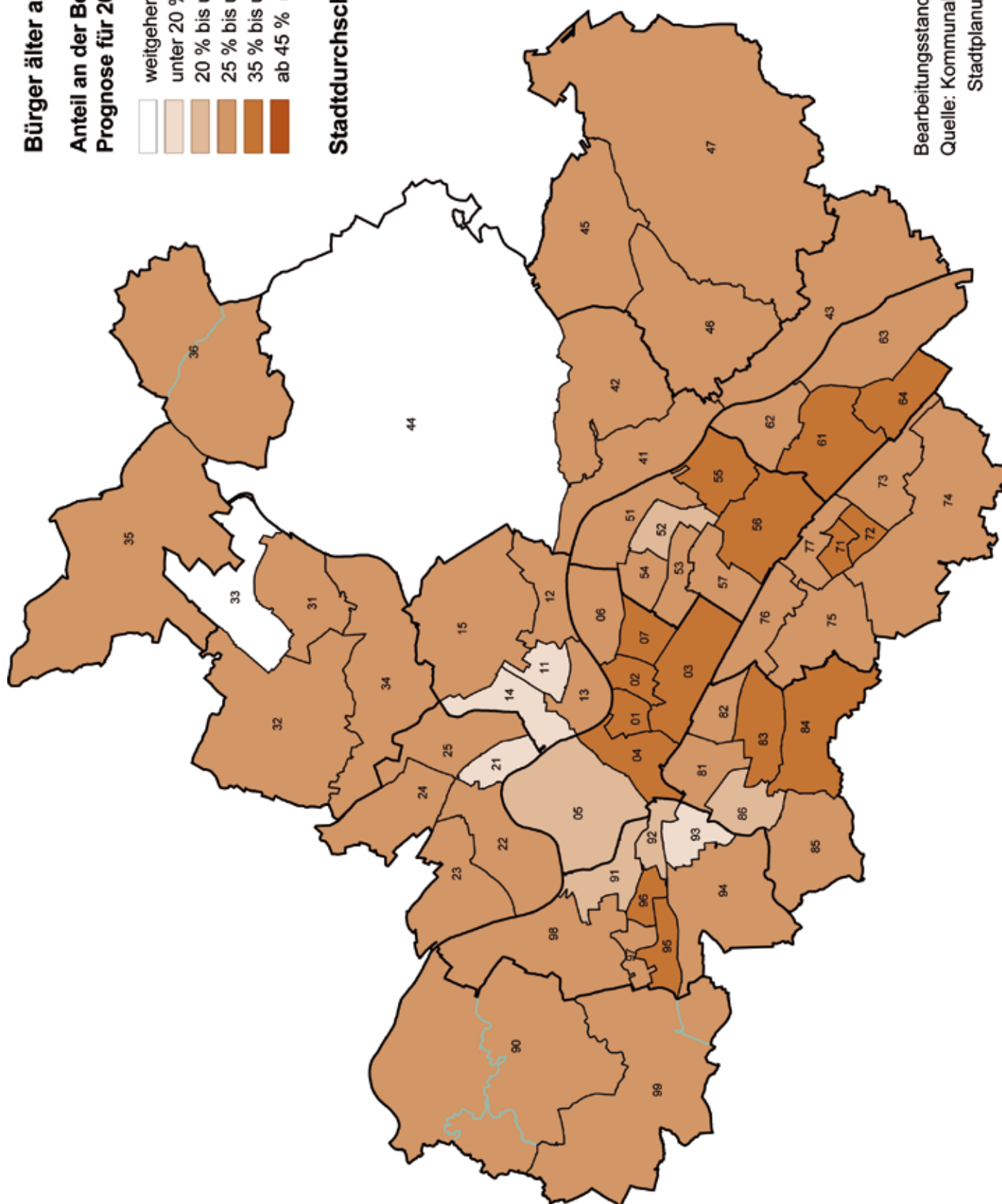


Bürger älter als 60 Jahre

Anteil an der Bevölkerung Prognose für 2020



Stadtdurchschnitt 30,3%



Bearbeitungsstand: 05/2005
Quelle: Kommunale Statistikstelle
Stadtplanungsamt

Presseinformation zum Ergebnis der Statistischen Woche 2005

Folgen des demografischen Wandels – Was passiert, wenn nichts passiert?

Tagung zeigte Handlungsbedarfe und -möglichkeiten in Kommunen und Wirtschaft auf

Demografischer Wandel umfasst mehr als die Alterung der Gesellschaft, das wurde auf der diesjährigen Statistischen Woche deutlich, die Ende September in Braunschweig stattfand. Er beinhaltet auch die strukturell veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung, wie z. B. steigende Anteile der Einwohner mit Migrationshintergrund (Zuzüge aus dem Ausland), Rückgang der Zahl der Kinder und Jugendlichen, bald auch der Erwerbspersonen bis hin zur Veränderung des Ausbildungs- und Qualifizierungsbedarfs. Mehr als 400 Statistiker aus Städten, Behörden des Bundes und der Länder sowie von Unternehmen und Forschungsinstituten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zog es zu diesem für die Stadt-, Regional- und Landesentwicklung virulenten Themenkomplex.

Eines ist durch den Vortrag von Dr. Hönekopp vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ganz deutlich geworden: Wenn nicht umgehend Maßnahmen zur sozialen Integration und zur Steigerung der Ausbildungsqualität ergriffen werden, wird unsere Wirtschaft bald nicht mehr die Qualität an Nachwuchskräften bekommen können, die sie benötigt, um international wettbewerbsfähig zu bleiben und neue Arbeitsplätze in unserem Land zu schaffen.

In einzelnen Beobachtungsfeldern des demografischen Wandels gibt es bereits relativ aufschlussreiche Daten und Analysen. Was allerdings fehlt, so Johann Hahlen, der Leiter des Statistischen Bundesamtes, sind Untersuchungen, die darstellen, welche zwischen diesen Einzelfeldern bestehenden Zusammenhänge und Abhängigkeiten es im Einzelnen gibt. Auch fehlen Szenarien, die die möglichen Reaktionen der Bevölkerung, der Wirtschaft, aber auch der Politik, auf die absehbaren Veränderungen skizzieren. Eines ist ziemlich sicher: Die heute 60- bis 70jährigen verfolgen in ihrer Ruhestandszeit ganz andere Ziele als die heute 50- bis 60jährigen in 10 Jahren verfolgen werden oder verfolgen können.

Eine Umfrage der Stadt Köln unter den 20- bis 40jährigen Männern und Frauen zu ihrer Einstellung zu Kindern und der Erfüllung des Kinderwunsches hat z. B. die Ergebnisse einer repräsentativen Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaft bestätigt und neue Anhaltspunkte geliefert, die für die lokale wie auch die Bundespolitik von eminenter Bedeutung sind: Der Rückgang der Geburten ist nicht mehr nur mit den gestiegenen Akademikerinnenanteilen und den Karrierewünschen der höher qualifizierten Frauen zu erklären. Inzwischen spielen ganz andere sozioökonomische Faktoren eine Rolle: Männer zwischen 20 und 40 Jahren (Familiengründungsphase), die von Zeitverträgen leben müssen, setzen zu einem signifikant höheren Anteil keine Kinder in die Welt, u. a. weil sie bei derart unsicheren Arbeitsverhältnissen nicht mehr die „Ernährerrolle“ und die Verantwortung für die Familie übernehmen können. Männer ziehen ihre Entscheidung „keine Kinder“ konsequenter durch als Frauen. Was vielfach unterschätzt wird: Trotz allen Widrigkeiten stehen Kinder in der Wertehierarchie der jungen Erwachsenen ganz oben.

Fazit: Es ist nicht nur die Politik gefordert, sondern nicht zuletzt auch die Wirtschaft selbst damit die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Kindern, Familie und Beruf substanziell verbessert werden. Die Wirtschaft sägt an dem Ast auf dem sie sitzt, wenn sie keine Bedingungen schafft, die es zulassen, die in 20–30 Jahren dringend benötigten Nachwuchskräfte in die Welt zu setzen.

Der demografische Wandel wird die Nachfragesituation am Wohnungsmarkt zum Teil grundlegend verändern. „Wer das Wohnungsangebot für die „Alten von morgen“ an den „Alten von heute“ orientiert, plant am Markt vorbei“, so Benjamin Poddig vom vhw, dem Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e. V.. Für Wohnungseigentümer und -unternehmen sei es überlebens-

wichtig, heute anzufangen die verbleibende Zeit zur Anpassung ihres Bestandes an die sich ändernden (Markt-) Verhältnisse zu nutzen, um in 15 Jahren am Markt bestehen zu können. Dies gelte für die Wohnungs- und Baulandpolitik der Kommunen gleichermaßen.

Barbara Erbslöh, Statistikerin der Stadt Essen, konkretisiert das mit dem Ergebnis einer aktuellen Umfrage unter 35.000 Essener Bürgern. Die Abwanderung von Familien mit Kindern kann erfolgreich begegnet werden, wenn geeigneter Wohnraum und ein kinderfreundliches Umfeld im weitesten Sinne geschaffen werden. Die Ausweisung von Wohnbau land ist eine, aber längst keine hinreichende Maßnahme.

Der demografische Wandel kann aber auch ein wichtiger Jobmotor der Zukunft werden, trotz der bevorstehenden erheblichen Umbrüche in der Gesellschaft. Mit dem zunehmendem Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung und der steigenden Zahl der Alten über 50 Jahre übernimmt die Gesundheitswirtschaft womöglich die Rolle einer Schlüsselindustrie. In keiner anderen Branche sind in den vergangenen Jahren so viele neue Arbeitsplätze entstanden („heimliche Heldin des Strukturwandels“). Sie ist inzwischen die größte Branche bundesweit. Die Umsätze dieses Wirtschaftszweigs sind bereits auf „Augenhöhe“ mit der Automobilindustrie.

Der Kreis schließt sich, wenn man sich die Pflegebedarfsentwicklung der Zukunft genauer ansieht. Eine Prognose der heute gängigen Richtwerte je Altersklasse reicht allein nicht aus. Es muss mit anderen Pflegequoten gerechnet werden, die den sozialen Wandel berücksichtigen, so die Erfahrung in Freiburg, wo die Pflegeeinrichtungen mit den Statistikern der Stadt sehr eng kooperieren, um Versorgungsdefizite oder Überkapazitäten nicht entstehen zu lassen.

Auf der Statistischen Woche in Braunschweig ist es deutlicher als je zuvor geworden, dass an der Nachfrage orientierte kreative Lösungen nicht nur zur Verbesserung der Vereinbarkeit von „Kindern, Familie und Beruf“, sondern auch der Vereinbarkeit von „Elternpflege, Familie und Beruf“ die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft in erheblichem Maße beeinflussen werden. Es wäre das Beste, wenn nicht nur der Staat, sondern vor allem auch die Wirtschaftsunternehmen sich darauf einstellen und darauf hinwirken, Bürgern und Beschäftigten situationsadäquate Lösungen anzubieten, damit im Jahr 2025 nicht die Einsicht von heute erneut eingestanden werden muss, „vor 20 Jahren war es fünf vor zwölf“.

Patentrezepte zur Lösung der aus dem demografischen Wandel resultierenden Anpassungsnotwendigkeiten gibt es nicht, resümiert Stadtbaurat Wolfgang Zwafelink. Lösungsansätze müssen vielmehr für den jeweiligen Ort und die jeweilige Region maßgeschneidert entwickelt werden. Für ihn ist das Bild über die möglichen Folgen deutlich klarer geworden. „Es deutet sich an, dass diejenigen Städte und Regionen am wenigsten vom demografischen Wandel zu befürchten haben, die über familienfreundliche Einrichtungen und Dienstleistungsangebote verfügen und die einen guten Stamm an progressiven und flexiblen Unternehmen haben, denen es ein wichtiges Anliegen ist, für Ihre Beschäftigten insbesondere die Vereinbarkeit von Kindern, Familie und Beruf substanziell zu verbessern“. Von Kommunen und Wirtschaft partnerschaftlich entwickelte Strategien könnten Modell für die Zukunft werden.

Information:

stadtentwicklung@braunschweig.de und www.statistische-woche.de

Teil C

Gesamtstädtische Ziele und Indikatoren

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) hat den Anspruch einer umsetzungsorientierten Planung. In diesem Zusammenhang forderte der Stadtrat mit der Beschlussfassung im Februar 2002 (Beschluss-Nr. V 1697-39-2002), Entwicklungsprozesse und beeinflussende Maßnahmen des INSEK einer kontinuierlichen Erfolgskontrolle zu unterziehen. Hierzu wurde das Indikatorensystem, eine Zusammenstellung geeigneter kennziffernähnlicher Messgrößen, zur möglichst komplexen, kontinuierlichen und längerfristigen Abbildung von Stadtentwicklungsprozessen entwickelt. Es soll als überschaubares Instrumentarium der Evaluierung der im INSEK genannten Ziele und darüber hinaus dem Controlling des komplexen Prozesses „Stadtentwicklung“ dienen.

Das System, durch eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Lokalen Agenda und des Instituts für ökologische Raumentwicklung erarbeitet, wurde konkret erstmalig im Bericht 2003 erprobt.

Das Indikatorensystems basiert auf folgenden Ansätzen:

- Schaffung eines überschaubaren, im Wesentlichen ohne zusätzlichen Aufwand anwendbaren Systems. Die Begrenzung der Indikatoren auf maximal 30 bis 40 erhöht den inhaltlichen Anspruch, Entwicklungsprozesse mit Zielorientierung möglichst komplex, aber unter Beachtung der Datenlage abzubilden.
- Ausgewogene Sicherung von Kontinuität und gegebenenfalls erforderlicher Flexibilität (Fortschreibung, Ergänzung) des Systems
- Berücksichtigung der Anwendbarkeit der Indikatoren auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen (Region, Gesamtstadt, Stadtteile) mit vielfältigen Zielstellungen (Berichtswesen, Prozessanalyse, Zielerfüllung, Vergleiche und anderes)
- Nutzung aktueller Erfahrungen beim Bun-

desamt für Bauwesen und Raumordnung im Umgang mit Indikatorensystemen zur Stadtentwicklung

Entsprechend den im INSEK fixierten gesamtstädtischen Zielen der Stadtentwicklung gliedert es sich in die Bereiche Wohnen/Flächennutzung, Soziales/Kultur, Gesellschaft/Bevölkerung, Mobilität/Verkehr, Wirtschaft sowie Umwelt/Natur. Für jeden dieser Bereiche wurden aus dem INSEK heraus Qualitätsziele formuliert. Diese werden durch Handlungsziele, die sich auf die Aktivitäten zur Erreichung der Qualitätsziele beziehen, ergänzt. Für die Zielerfüllung wurden einerseits objektive, tatsächlich messbare Indikatoren und andererseits Indikatoren zur Widerspiegelung der subjektiven Wahrnehmung von Entwicklungsprozessen durch die jeweilige Zielgruppe, wie Bewohner und Wirtschaftsakteure, ausgewählt. Letzteres ist an die Auswertung kontinuierlich durchzuführender Befragungen, insbesondere der Kommunalen Bürgerumfrage bzw. der IHK-Umfrage, geknüpft. Eine Bewertung der subjektiven Indikatoren erfolgte meistens anhand einer Benotung mit einer Skala von eins bis fünf.

Im Bericht 2003 war formuliert, dass die Handlungsziele und objektiven Indikatoren in den zukünftigen Stadtentwicklungsberichten durch konkrete kommunalpolitische Soll-Ziele unteretzt werden sollen. Das geschieht im vorliegenden Bericht durch Richtwerte oder tendenzielle Zielstellungen.

Sechs Arbeitsschritte zur Entwicklung und Anwendung von Indikatoren zur Bewertung der Zielerfüllung des INSEK:

- Formulieren von **Qualitätszielen** aus dem INSEK
- Formulieren von **Handlungszielen** (Aktivitäten zur Erreichung der Qualitätsziele)
- Auswählen von **objektiven Indikatoren** (quantitative Messdaten der Zielerfüllung)
- Auswählen von **subjektiven Indikatoren** (qualitative Einschätzung der Zielerfüllung)
- Festlegen von Richtgrößen bzw. tendenziellen Zielstellungen für die objektiven Indikatoren
- Ermittlung des Standes der Zielerfüllung, **quantitativ** und **qualitativ**

Berichterstattung

■ 1 Bereich Wohnen/Flächennutzung

Qualitätsziel „Anpassung der Wohnungsangebote an den Bedarf“

Indikator Außenwanderungsrate (gesamtstädtisch)

Berechnung: Außenwanderungssaldo pro 1000 Hauptwohner

Ist 1999	-1,4/1000 Hauptwohner
Ist 2001	2,9/1000 Hauptwohner
Ist 2002	5,1/1000 Hauptwohner
Ist 2003	7,9/1000 Hauptwohner
Ist 2004	8,0/1000 Hauptwohner

Handlungsziel: Schaffung nachfragegerechter Wohnungsangebote

Richtwert: Stabilisierung auf fünf pro Tausend

Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad: Entwicklung zielgerecht, Gewinn seit 2000

Vergleichende Bewertung: 2003: Leipzig 8,63; Nürnberg 3,26; Chemnitz 5,28; 2004: Leipzig 3,7

Indikator Wohnungsleerstand (gesamtstädtisch und stadtteilbezogen)

Berechnung: Anzahl der leer stehenden Wohnungen durch Anzahl der Wohnungen x 100

hier: gesamtstädtisch

Ist 1999	18,0 Prozent
Ist 2001	17,0 Prozent
Ist 2002	16,0 Prozent
Ist 2003	14,6 Prozent
Ist 2004	12,8 Prozent

Handlungsziel: Schaffung nachfragegerechter Wohnungsangebote

Richtwert: 2010 gesamtstädtisch < 10 Prozent

teilräumlich < 20 Prozent

Innenstadt nicht > Stadtdurchschnitt

Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad: gesamtstädtisch zielgerecht; leichte Senkung seit 1999

Die höchsten teilräumlichen Leerstände haben die Albertstadt mit 28,4 Prozent, die Friedrichstadt mit 27,1 Prozent, Prohlis-Nord mit 26,6 Prozent, Löbtau-Nord mit 21,2 Prozent und Cotta mit 21,1 Prozent.

Der Leerstand in Teilen der Innenstadt liegt mit 15,1 Prozent in der Inneren Altstadt, 17,9 Prozent in der Pirnaischen Vorstadt sowie 14,7 Prozent in der Seevorstadt Ost über dem Stadtdurchschnitt.

Vergleichende Bewertung: Leipzig 18 Prozent (Schätzwert), Nürnberg drei Prozent (2003)

Indikator Zufriedenheit mit Wohnung, Wohngegend und Stadt Dresden

KBU 2002, Auswertung Frage 29; dazu ergänzend: KBU 2005, Auswertung Frage 38 (Beeinträchtigungen der Wohnumgebung)

Sehr zufrieden bzw. zufrieden mit ihrer Wohnung sind 79 Prozent der Dresdner, teils/teils wird von 18 Prozent der Dresdner angegeben und nur vier Prozent sind nicht zufrieden/sehr unzufrieden. Nachholebedarf besteht vor allem bei Prohlis/Reick. Dort sind nur 62 Prozent mit ihrer Wohnung sehr zufrieden/zufrieden.

Sehr zufrieden bzw. zufrieden mit ihrer Wohngegend sind 76 Prozent der Dresdner, teils/teils wird von 17 Prozent angegeben. Nicht zufrieden/sehr unzufrieden sind sechs Prozent. Die geringste Zufriedenheit herrscht ebenfalls in Prohlis/Reick, gefolgt von der Leipziger Vorstadt/ Pieschen. Dort

sind nur 42 bzw. 56 Prozent mit ihrer Wohngegend sehr zufrieden/zufrieden.

Sehr zufrieden bzw. zufrieden mit der Stadt Dresden sind 71 Prozent; teils/teils geben 24 Prozent an und nicht zufrieden/sehr unzufrieden sind fünf Prozent. Die geringste Zufriedenheit herrscht im Ortamt Klotzsche und den nördlichen Ortschaften, im Ortamt Loschwitz und Schönhof-Weißig sowie in Briesnitz und den westlichen Ortschaften. Dort sind nur 61 Prozent mit der Stadt Dresden sehr zufrieden/zufrieden.

Die Wahrnehmung von Beeinträchtigungen der Wohnumgebung (Skala von 1 bis 5, 1 entspricht keine Wahrnehmung, 5 entspricht starke Wahrnehmung) variiert für die Gesamtstadt zwischen 1,3 bei Lärm von Gewerbe und Industrie und 2,8 bei Straßenverkehrslärm. Die Beeinträchtigung durch Lärm allgemein wird in der Äußeren und Inneren Neustadt mit 3,1; durch Straßenverkehrslärm mit 3,2 ebenfalls in der Äußeren und Inneren Neustadt sowie in der Leipziger Vorstadt/Pieschen, durch Fluglärm mit 3,4 in Kaditz, Mickten, Trachau und 3,0 in Klotzsche/nördliche Ortschaften eingeschätzt. Weitere Beeinträchtigungen, zum Beispiel Luftverschmutzung, Unsauberkeit, störendes soziales Umfeld und andere variieren gesamtstädtisch zwischen 1,5 für fehlende Kontaktmöglichkeiten und 3,0 für andere Beeinträchtigungen. Die Unsauberkeit der Fußwege sowie andere Beeinträchtigungen werden am meisten ebenfalls in der Äußeren und Inneren Neustadt sowie in der Leipziger Vorstadt/Pieschen beanstandet. Für letztere wird ein Skalenwert von 3,9 bzw. 3,7 angegeben.

Bemerkungen

Zu Wohnungsleerstand: Ausführungen dazu erfolgen auch im Teil A/1.2 Wohnen; Karte Leerstand nach Stadtteilen 1999-2004.

Qualitätsziel „Ausprägung der physisch und funktional kompakten Europäischen Stadt als nachhaltige Siedlungsform“

Indikator Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche (gesamtstädtisch)

Berechnung:	Siedlungs- und Verkehrsfläche/Gesamtfläche x 100
Ist 1999	37,4 Prozent
Ist 2001	37,6 Prozent
Ist 2002	38,0 Prozent
Ist 2003	38,3 Prozent
Ist 2004	38,5 Prozent
Handlungsziel:	Reduzierung der Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlung und Verkehr
Richtwert:	2020 ≤ 40 Prozent in Kopplung mit der Einwohnerentwicklung
Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad:	Entwicklung gegenläufig, aber noch im Grenzbereich
Vergleichende Bewertung:	Nürnberg 56,8 Prozent (2000); Leipzig 44,6 Prozent; Chemnitz 34,9 Prozent (2003 ohne Friedhöfe), Leipzig 45,0 Prozent (2004)

Indikator Siedlungs- und Verkehrsflächenausstattung (gesamtstädtisch)

Berechnung:	Quadratmeter Siedlungs- und Verkehrsfläche je Einwohner
Ist 1999	259 Quadratmeter
Ist 2001	261 Quadratmeter
Ist 2002	263 Quadratmeter
Ist 2003	263 Quadratmeter
Ist 2004	263 Quadratmeter
Handlungsziel:	Intensitätserhöhung der stadträumlichen Flächennutzung durch Verdichtung
Richtwert:	≤ 260 Quadratmeter
Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad:	gegenläufige Entwicklung; seit 2002 Stagnation
Vergleichende Bewertung:	Nürnberg 217 Quadratmeter (2000); Leipzig 267 Quadratmeter, Chemnitz 308 Quadratmeter (2003 ohne Friedhöfe), Leipzig 269 Quadratmeter (2004 ohne Friedhöfe)

Indikator Zufriedenheit mit der Attraktivität/Wichtigkeit der Innenstadt

KBU 2002, Auswertung der Fragen 52 und 53 (in KBU 2005 nicht enthalten)

Die Attraktivität der Innenstadt ist der Bevölkerung sehr wichtig bis wichtig. Die Wichtigkeit wurde mit Note 1,7 bewertet. Die Zufriedenheit mit der Attraktivität der Innenstadt wurde nur mit der Note 3,1 (teils/teils) bewertet.

Bemerkungen

Zu Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche: Die Flächenzunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche von 166 Hektar zwischen 2002 und 2004 resultiert überwiegend aus dem Anwachsen der Gebäude- und Freifläche (+74 Hektar), gefolgt von Verkehrsfläche (+ 46 Hektar) und Erholungsfläche (+ 45 Hektar).

Qualitätsziel „Soziale Stabilisierung der Gesamtstadt/der Wohngebiete“

Indikator Durchschnittliche Wohndauer (gesamstädtisch und stadtteilbezogen)

Berechnung:	Mittelwert der bisherigen Wohndauer aller Hauptwohner in der gegenwärtigen Wohnung in Jahren
hier: gesamstädtisch	
Ist 1999	10,7 Jahre
Ist 2001	10,6 Jahre
Ist 2002	10,9 Jahre
Ist 2003	10,7 Jahre
Ist 2004	10,7 Jahre
Handlungsziel:	Bindung der Bewohner an ihren Stadtteil bei gleichbleibender/wachsender Wohnzufriedenheit sowie Erhalt des sozialen Friedens
Richtwert:	gesamstädtisch > 10 Jahre; stadtteilbezogen keine Reduzierung unter das Niveau von 2004
Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad:	gesamstädtisch Ziel erfüllt
Bezogen auf die Stadtteile ist die höchste durchschnittliche Wohndauer in der Wilsdruffer Vorstadt/Seevorstadt-West mit 18,4 Jahren beim höchsten Durchschnittsalter von 55,3 Jahren zu verzeichnen, gefolgt von Schönfeld/Schullwitz mit 17,2 und Hellerau/Wilschdorf mit 17,1 Jahren. Die geringste Wohndauer haben die Äußere Neustadt (Antonstadt) mit 4,5 Jahren beim niedrigsten Durchschnittsalter von 32,4 Jahren sowie die Albertstadt mit 5 Jahren. In der Äußeren Neustadt sind 55,7 Prozent der jetzigen Einwohner im Zeitraum der letzten drei Jahre zugezogen.	
Vergleichende Bewertung:	München 14 Jahre (2002)

Indikator Altersziffer (gesamstädtisch und stadtteilbezogen)

Berechnung:	Verhältnis der Anzahl der > 65-jährigen Einwohner zur Anzahl der < 18-jährigen		
hier: gesamstädtisch			
Ist 1999	1,08	Trend 2010	1,70
Ist 2001	1,22	Trend 2015	1,54
Ist 2002	1,30	Trend 2020	1,55
Ist 2003	1,37		
Ist 2004	1,45		
Handlungsziel:	Anstreben eines ausgeglichenen Verhältnisses zwischen den Altersgruppen		
Zielstellung:	gesamstädtisch Unterschreitung des prognostizierten Trends		
	stadtteilbezogen weniger als das Doppelte des Stadtdurchschnitts		
Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad:	gesamstädtisch gegenläufig (siehe Altersstruktur)		
	Die Altersziffer für die Wilsdruffer Vorstadt/Seevorstadt-West beträgt 7,40. Ihr gegenüber steht der niedrigste Wert der Äußeren Neustadt (Antonstadt) von 0,46.		
Vergleichende Bewertung:	Leipzig 1,48; Nürnberg 1,23; Chemnitz 1,59; Magdeburg 1,49 (2003); Leipzig 1,56 (2004); Bundesdurchschnitt 0,85 (1999) und 0,95 (2002)		

Indikator Empfänger Sozialhilfe¹⁾ (gesamstädtisch und stadtteilbezogen)

Berechnung:	Sozialhilfeempfänger/Hauptwohner x 100		
hier: gesamstädtisch			
Ist 1999	2,7 Prozent		
Ist 2001	3,1 Prozent		
Ist 2002	3,2 Prozent		
Ist 2003	3,3 Prozent		
Ist 2004	3,7 Prozent		
Handlungsziel:	Bindung der Bewohner an ihren Stadtteil bei gleichbleibender/wachsender Wohnzufriedenheit sowie Erhalt des sozialen Friedens		
Zielstellung:	Begrenzung des Zuwachses		
Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad:	gesamstädtisch gegenläufige Entwicklung		
	Die Friedrichstadt hat mit 11,5 Prozent den mit Abstand höchsten Anteil an Empfängern von Sozialhilfe, gefolgt von Pieschen-Süd mit 9,9 Prozent, Prohlis-Süd mit 8,7 Prozent und Gorbitz-Nord/Neu-Omsewitz mit 8,5 Prozent. Den absolut höchsten Wert weist das Ortsamt Cotta mit 3 417 Empfängern von Sozialhilfe auf.		
Vergleichende Bewertung:	Leipzig 6,4 Prozent; Nürnberg 5,6 Prozent; Chemnitz 3,6 Prozent, München 3,7 Prozent (2003); Leipzig 6,6 Prozent (2004); Bundesdurchschnitt: 3,4 Prozent (1999 und 2003)		

Indikator Monatliches Äquivalenzeinkommen (gesamststädtisch und nach Stadtteilgruppen)

Berechnung:	aus der KBU; über den Median berechneter Durchschnitt des personenbezogenen monatlichen Haushaltseinkommens (Definition im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung)
hier: gesamststädtisch	
Ist 2002 ²⁾	1 238 Euro
Ist 2005 ³⁾	1 214 Euro
hier: max. Schwankung nach Stadtteilgruppen ⁴⁾	
Ist 2002	zwischen 934 Euro Prohlis/Reick und 1222 Euro Loschwitz mit Schönfeld-Weißig
Ist 2005	zwischen 1 062 Euro Gorbitz und 1 363 Euro Blasewitz, Striesen
Handlungsziel:	Bindung der Bewohner an ihren Stadtteil bei gleichbleibender/wachsender Wohnzufriedenheit sowie Erhalt des sozialen Friedens
Zielstellung:	gesamststädtisch Entwicklung mindestens in Höhe des Anstiegs des Verbraucherpreisindex stadtteilbezogen Verringerung der Spanne zwischen den niedrigen und höheren bedarfsgewichteten Nettoäquivalenzeinkommen ⁵⁾
Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad:	aufgrund des veränderten Berechnungsmodus nicht darstellbar

Indikator Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen am Wohnort sowie mit Wohnung, Wohngegend und Stadt Dresden

KBU 2002, Auswertung der Fragen 29, 52 und 53; ergänzend dazu KBU 2005, Fragen 35 und 38 (vgl. Ausführungen zum Indikator Zufriedenheit mit Wohnung, Wohngegend und Stadt Dresden, S. 77)

Die Wichtigkeit der Lebensbedingungen wird gesamststädtisch im Mittel für alle Angebote und Bedingungen mit 1,9 angegeben. Die Zufriedenheit damit erhält eine Bewertung von 2,9. Am wichtigsten sind den Dresdnern Park- und Grünanlagen, eine gute Durchgrünung im Wohngebiet sowie öffentliche Sicherheit, gefolgt von den Einkaufsmöglichkeiten, dem Straßenbild, guter Nachbarschaft, der Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln und der Attraktivität der Innenstadt.

Zufriedenheit herrscht gesamststädtisch mit dem ÖPNV, mit guter Nachbarschaft, Einkaufsmöglichkeiten und dem ÖPNV. Am besten wird die Nachbarschaft in Briesnitz und den westlichen Ortschaften eingeschätzt (1,9), für Prohlis/Reick mit 2,7 und Gorbitz mit 2,6 nicht ganz so gut. Bei den Einkaufsmöglichkeiten und dem ÖPNV-Angebot liegen Prohlis/Reick und Gorbitz an erster Stelle mit 1,7. Die Differenz zwischen Wichtigkeit (1,7) und Zufriedenheit (3,1) ist auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit am größten. Die Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen ist in Prohlis/Reick und Schönfeld-Weißig gleich (2,9).

Die Unterschiede in der Bewertung der Wohnung und Wohngegend sind in der Leipziger Vorstadt/ Pieschen und in Prohlis/Reick am größten. Die Wohngegend wird dort wesentlich schlechter als die Wohnung bewertet.

Berufliche und familiäre Gründe stehen an erster Stelle der maßgeblichen Umzugsgründe. Weitere Umzugsgründe resultieren unter anderem aus dem Wunsch nach mehr Ordnung und Sicherheit, mehr Grün im Wohnumfeld, einem anderen sozialen Umfeld, mehr Ruhe und Naturnähe sowie im Zentrum zu wohnen. Gesamststädtisch wollen 46 Prozent der umzugswilligen Haushalte in ihrem jetzigen Stadtteil bleiben, was als allgemeine Zufriedenheit mit der Wohngegend zu werten ist. Der Wunsch im Zentrum zu wohnen, ist im Ortamt Loschwitz einschließlich Schönfeld-Weißig am größten (elf Prozent der umzugswilligen Haushalte); 20 Prozent der umzugswilligen Haushalte in Prohlis und Reick wünschen sich ein Wohngebiet mit mehr Ordnung und Sicherheit, 32 Prozent der umzugswilligen Haushalte in Gorbitz wünschen sich mehr Grün im Wohnumfeld und 33 Prozent der umzugswilligen Haushalte in Prohlis/Reick wünschen sich ein anderes soziales Umfeld.

Bemerkungen

Zu Empfänger Sozialhilfe: Ausführungen dazu erfolgen auch im Teil B1/Bevölkerung.

Der subjektive Indikator Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen am Wohnort sowie mit Wohnung, Wohngegend und Stadt Dresden korrespondiert in seiner Aussage vor allem mit der durchschnittlichen Wohndauer.

¹⁾ Künftig: Empfänger von ALG II und XII

²⁾ Der neuen Berechnung von 2005 angeglichen; vorher: 1 100 Euro

³⁾ Neuer Berechnungsmodus entspricht der Definition im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

⁴⁾ differenziertere Darstellung nach Stadtteilgruppen siehe Teil A/1.1

⁵⁾ Die Haushaltsnettoeinkommen werden auf der Grundlage der Personenzahl im Haushalt und unterschiedlicher Gewichtungen für die einzelnen Haushaltsmitglieder auf Personenebene umgerechnet

Qualitätsziel „Förderung einer vielfältigen Stadtteilkultur/Sicherung der sozialen und kulturellen Infrastruktur“

Indikator Angemessene Versorgung mit ausgewählten Gemeinbedarfseinrichtungen (gesamstädtisch und stadtteilbezogen)

Ist 2004: Anteil der nach Alter differenzierten Einwohnergruppen im 10-15-min-Einzugsbereich von:

Kindertageseinrichtungen	87,6 Prozent	} der relevanten Altersgruppe/Nachfragegruppe können die jeweilige Einrichtungsart in 15-30 Minuten erreichen (fußläufig, per Fahrrad, per ÖPNV)
Kinderfreizeiteinrichtungen	41,5 Prozent	
Jugendfreizeiteinrichtungen	94,0 Prozent	
Grundschulen	81,5 Prozent	
Seniorenbegegnungsstätten	48,0 Prozent	
Bibliotheken	92,7 Prozent	
Stadtteilkultureinrichtungen	85,5 Prozent	

Die differenzierte Darstellung nach Ortsämtern siehe Anlage C 1

Ist 2004: Anzahl ausgewählter Einrichtungen je Ortsamt siehe Anlage C 2

Anzahl ausgewählter Einrichtungen für behinderte Menschen (Stand: 11/2005)

Wohnheime für behinderte Kinder und Jugendliche	4	
Einrichtungen der interdisziplinären Frühförderung	3	
Wohnheime für erwachsene behinderte Menschen	10	(mehrere Standorte und Außenwohngruppen)
Werkstätten für Behinderte mit mehreren Außenstellen	4	
Behindertenbegegnungs- und Beratungsstellen/Selbsthilfe	10	
ambulante mobile Dienste	5	
Anbieter von Schwerbehinderten-Fahrdiensten	18	
Insgesamt 54 ausgewählte Einrichtungen und Dienste		

Ist 2002: Behindertengerechte Ausstattung öffentlicher Einrichtungen

Von den insgesamt 302 im Stadtführer für Körperbehinderte erfassten⁶⁾ öffentlichen Einrichtungen in Dresden sind 118 (39 Prozent) barrierefrei bzw. behindertengerecht und 74 (25 Prozent) eingeschränkt zugänglich.

Ist 2004: Vorrangquote (Verhältnis der häuslichen Quote zur Heimquote, bezogen auf die Leistungsempfänger der Pflegeversicherung): 0,57

Handlungsziel: Sicherung der Versorgung im Bereich Bildung, Kultur, Soziales und Sport

Zielstellungen: **gesamstädtisch** Niveau von 2002 halten für den Anteil der Einwohnergruppen im 15-30-Min-Bereich ausgewählter Einrichtungen; Vorrangquote größer als eins für das Verhältnis von häuslicher/ambulanter zu stationärer Pflege; Erhöhung des Anteils der behindertengerechten Ausstattung ausgewählter öffentlicher Einrichtungen

teilräumlich Erhöhung des Anteils der behindertengerechten Ausstattung ausgewählter öffentlicher Einrichtungen auf 100 Prozent in der Innenstadt

Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad: Außer bei den Kita-Einrichtungen und Seniorenbegegnungsstätten hat sich die Erreichbarkeit verschlechtert. Bei den Kinderfreizeiteinrichtungen sank sie von 72,2 Prozent (2002) auf 41,5 Prozent. Die Gesamtzahl der ausgewählten Einrichtungen für behinderte Menschen ist von 57 auf 54 gesunken. Zwischen den einzelnen Einrichtungen gibt es sowohl nach oben als auch nach unten Verschiebungen.

Die Vorrangquote hat das Ziel größer als eins noch nicht erfüllt. Zur behindertengerechten Ausstattung öffentlicher Einrichtungen ist keine neue Aussage möglich.

Indikator Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen am Wohnort

KBU 2002, Auswertung der Frage 53 (in KBU 2005 nicht enthalten)

Die Angebote für Jugendliche werden als wichtig bewertet (2,0). Die Differenz zur Zufriedenheit mit dem vorhandenen Angebot beträgt gesamstädtisch 1,6. Die schlechteste Wertung erhält sie im Ortsamt Altstadt (26er-Ring und Friedrichstadt) mit 3,8 und die beste in Johannstadt, Prohlis/Reick sowie Gorbitz mit 3,4.

Den Angeboten für Senioren, Behinderte sowie Frauen wird mit 2,5 bzw. 2,6 weniger Wichtigkeit beigemessen. Die Zufriedenheit mit den Angeboten für die ganze Familie und für Senioren wird mit 3,0, die mit Angeboten für Kinder und Frauen mit 3,2 und die für Behinderte mit 3,4 beurteilt.

Gleichmaßen wird die Zufriedenheit mit Schwimmbädern und Sportanlagen eingeschätzt, wobei allerdings diesen eine höhere Wichtigkeit beigemessen wird (2,0).

⁶⁾ Intern Stand Mai 2003; kein aktueller Stand verfügbar

■ 3 Bereich Gesellschaft/Bevölkerung

Qualitätsziel „Entwicklung Dresdens zu einer weltoffenen Stadt“

Indikator Anteil der ausländischen Studenten (gesamststädtisch)

Berechnung: (Zahl der ausländischen Studenten dividiert durch die Zahl der Studenten insgesamt) x 100

Ist 1999/2000 5,3 Prozent

Ist 2001/2002 7,1 Prozent

Ist 2002/2003 7,5 Prozent

Ist 2003/2004 8,2 Prozent

Ist 2004/2005 8,7 Prozent

Handlungsziel: Verbesserung der Integration von ausländischen Mitbürgern

Richtwert: kurzfristig größer als zehn Prozent; langfristig 15 Prozent

Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad: zielgerecht; kontinuierliche Zunahme

Vergleichende Bewertung: Leipzig 8,0 Prozent; Nürnberg 11 Prozent, Chemnitz 7,8 Prozent, München 16 Prozent (2003); Leipzig 7,8 Prozent (2004)

Indikator Anteil ausländischer Gäste an touristischen Übernachtungen (gesamststädtisch)

Berechnung: (Zahl der Übernachtungen von Auslandsgästen/Zahl der Gästeübernachtungen gesamt) x 100

Ist 1999 12,8 Prozent 273 052 ausländische Gäste

Ist 2001 13,6 Prozent 332 812 ausländische Gäste

Ist 2002 13,9 Prozent 291 768 ausländische Gäste

Ist 2003 14,7 Prozent 345 158 ausländische Gäste

Ist 2004 14,8 Prozent 390 487 ausländische Gäste

Handlungsziel: Steigerung des ankommenden Auslandstourismus

Richtwert: langfristig 20 Prozent

Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad: zielgerecht, kontinuierlich leichter Anstieg

Vergleichende Bewertung: Chemnitz 11,5 Prozent; Nürnberg 29,8 Prozent, 292 577 ausländische Gäste; München 44,9 Prozent, 1 584 943 ausländische Gäste; Leipzig 13,7 Prozent, 114 806 ausländische Gäste (alle Werte von 2004)

Indikator Einschätzung der Weltoffenheit der Stadt

KBU 2002, Auswertung der Frage 51 (in KBU 2005 nicht enthalten)

Zur Weltoffenheit äußern sich 36 Prozent der Bevölkerung mit teils/teils und 34 Prozent mit eher weltoffen. Die Einschätzungen „vollkommen weltoffen“ und „eher nicht“ halten sich mit je 14 Prozent die Waage. Die Bewohner der Äußeren und Inneren Neustadt sowie von Blasewitz und Striesen tendieren mit ca. einem Viertel dazu, dass Dresden eher nicht/überhaupt nicht weltoffen ist. Demgegenüber schätzen 59 Prozent der Bewohner des Ortsamt Altstadt (26er-Ring, Friedrichstadt) ein, dass Dresden vollkommen/eher weltoffen ist.

77 Prozent der Bevölkerung meinen, dass Dresden vollkommen bzw. eher traditionsverbunden ist und 76% schätzen ein, dass Dresden teils/teils bzw. eher nicht modern ist. In Bezug auf die Dresdner Gastlichkeit fallen 65 Prozent ein positives Urteil.

Bemerkungen

Die Indikatoren decken nur einen Teil des Qualitätszieles ab. Es ist schwer möglich, für die Weltoffenheit einer Stadt einen allgemeingültigen Indikator zu finden. Je mehr junge Menschen aus dem Ausland sich jedoch für eine Ausbildung in Dresden entscheiden, desto mehr spricht das für ihren Ruf als weltoffene Stadt und verpflichtet diese zugleich, das in sie gesetzte Vertrauen zu erfüllen.

Je mehr ausländische Bürger sich für einen Besuch in Dresden entscheiden, das Straßenbild beleben, die gastronomischen und kulturellen Einrichtungen besuchen und Kontakte knüpfen, desto stärker geht die Entwicklung in Richtung weltoffene Stadt.

Qualitätsziel „Gesellschaftliches Engagement auf hohem Niveau“

Indikator Beteiligung an den Kommunalwahlen (gesamtstädtisch und stadtteilbezogen)

Berechnung: Summe der abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmen/Zahl der Wahlberechtigten

hier: gesamtstädtisch

1999 53,7 Prozent

2004 45,9 Prozent

Handlungsziel: Erhöhung der Wahlbeteiligung durch gezielte Einflussnahme auf das politische Interesse und Engagement der Bürger

Richtwert: Wiedererreichen des Wertes von 1999

Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad: gegenläufig

Vergleichende Bewertung: Leipzig 42,2 Prozent (1999) und 38,6 (2004); Nürnberg 55,2 Prozent(2002)

Indikator Anteil der ehrenamtlich Engagierten

KBU 2002/Auswertung der Frage 49; Erhebung des Indikators in der KBU 2007 wieder angedacht

2002 35 Prozent

Mehr als ein Drittel aller Dresdner im Alter von über 16 Jahren gibt an, ehrenamtlich tätig zu sein, davon 79 Prozent als Mitglied in einer Organisation, einem Verein oder ähnlichem. Unter den ehrenamtlich Tätigen engagieren sich 22 Prozent in einem Berufsverband, einer studentischen Verbindung bzw. einer Gewerkschaft und ebenfalls 22 Prozent im Umweltschutz. Im sozialen/gesundheitlichen Bereich übernehmen gegenwärtig 17 Prozent eine ehrenamtliche Arbeit, im kirchlichen Sektor sind es 16 Prozent und im sportlichen und kulturellen jeweils 14 Prozent. Lediglich zwei Prozent engagieren sich für den Katastrophenschutz und nur sieben Prozent im politischen Bereich. Von den bisher nicht ehrenamtlich Tätigen äußern 51 Prozent Interesse, sich im Umweltschutz zu engagieren und jeweils 44 Prozent im Bereich Sport/Freizeit und Kultur. Unter keinen Umständen wollen 75 Prozent der Dresdner beim Katastrophenschutz tätig sein, 69 Prozent würden nie eine kirchliche Aufgabe übernehmen und 63 Prozent können sich nicht vorstellen, im politischen Bereich ehrenamtlich zu arbeiten. Das größte Engagement zeigen insgesamt die Bürger des Ortsamt Loschwitz und von Schönfeld-Weißig sowie von Niedersedlitz, Leuben und Strehlen. Die geringste Bereitschaft, ehrenamtlich zu arbeiten besteht in Gorbitz, der Johannstadt, in Prohlis/Reick und in der Altstadt/ Friedrichstadt.

Handlungsziel: Förderung, Mobilisierung und Würdigung gesellschaftlichen Engagements durch Erhalt und Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen

Richtwert: 35 Prozent

Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad: derzeit nicht darstellbar

Vergleichende Bewertung: München: 27 Prozent leisten ehrenamtliche Tätigkeit in der Kirche, gefolgt von „Kinder, Jugend, Schule“ sowie „Freizeit, Hobby, Sport“ (Befragung 2002)

Bemerkungen

Die Auslegung des Begriffes der ehrenamtlichen Arbeit erfolgte durch die Befragten sehr weit gefasst, was auch die Eintragungen unter „andere Bereiche“ (Wissenschaft und Bildung, Berufsverband/studentische Verbindung/ Gewerkschaft, Wohnen, Kita/Schule, Rechtspflege, Verkehr) belegen.

■ 4 Bereich Mobilität/Verkehr

Qualitätsziel „Ausbildung eines sozial-, umwelt- und ortsverträglichen Stadtverkehrs“

Indikator Benutzungsstruktur der Verkehrsmittel (Modal Split) (gesamtstädtisch)

Berechnung: aus dem spezifischen Verkehrsaufkommen Wege pro Person und Tag, ermittelt aus der Verkehrserhebung zum Personenverkehr Dresdner Einwohner (SrV)

Verkehrsart	Verkehrsmittelanteile im Binnenverkehr		
	1998 (erhoben)	2002 (errechnet)	2003 (erhoben)
zu Fuß	29,1 Prozent	28,0 Prozent	27,9 Prozent
Fahrrad	10,4 Prozent	10,5 Prozent	13,7 Prozent
MIV	38,6 Prozent	39,7 Prozent	37,1 Prozent
ÖPNV	21,9 Prozent	21,8 Prozent	21,3 Prozent
Handlungsziel:	Erhöhung der Nutzung des ÖPNV und des nichtmotorisierten Verkehrs		
Richtwert:	65 Prozent Umweltverbund		
Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad:	zielgerecht bei MIV, Rad- und Fußgängerverkehr		
Vergleichende Bewertung:	Leipzig 2003 (SrV): zu Fuß 30 Prozent, Fahrrad 14,1 Prozent, MIV 39,1 Prozent, ÖPNV 16,9 Prozent, Nürnberg 2002 (Socialdata): zu Fuß 23 Prozent, Fahrrad 10 Prozent, MIV 47 Prozent, ÖPNV 20 Prozent		

Indikator Spezifische Verkehrsarbeit (gesamstädtisch)

Berechnung aus dem spezifischen Verkehrsaufkommen im Binnenverkehr (Wege pro Person und Tag) und der mittleren Entfernung pro Verkehrsmittel im Binnenverkehr (km/Weg), ermittelt aus der Verkehrserhebung zum Personenverkehr Dresdner Einwohner (SrV 2003)

2003	Verkehrsart	spez. Verkehrsaufkommen im Binnenverkehr (Wege/Person und Tag)	mittlere Entfernung pro Verkehrsart im Binnenverkehr (km/Weg)	spez. Verkehrsarbeit im Binnenverkehr (km/Person und Tag)	Anteil der Verkehrsart (Prozent)
	Zu Fuß	0,74	1,1	0,814	6,2
	Fahrrad	0,36	3,6	1,296	9,8
	MIV	0,99	7,6	7,524	57,2
	ÖPNV	0,56	6,3	3,528	26,8
	Gesamt	2,66	5,0	13,162	100,0

Handlungsziel: Erhöhung der Nutzung des ÖPNV und des nichtmotorisierten Verkehrs

Zielstellung: Erhöhung der Verkehrsarbeit des Umweltverbundes (ÖPNV und nichtmotorisierter Verkehr) bei Stagnation bzw. Verringerung der Verkehrsarbeit im MIV

Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad: keine Aussage möglich, erstmalige Erfassung 2003

vergleichende Bewertung: Leipzig 2003 (SrV): zu Fuß 0,84, Fahrrad 1,35, MIV 6,81, ÖPNV 3,31, gesamt 12,31 km/Person und Tag

Indikator Anteil der Einwohner im fußläufigen Einzugsbereich von ÖPNV-Stationen (gesamstädtisch und stadtteilbezogen)

Berechnung: Anteil der wohnberechtigten Bevölkerung, der im 300-m-Radius um Haltestellen für Bus und Straßenbahn im Zentrum, im 400-m-Radius um Straßenbahnhaltestellen im weiteren Stadtgebiet und im 600-m-Radius um S-Bahnstationen wohnt

hier gesamstädtisch: Am 30.06.2005 wohnten 90,32 Prozent der wohnberechtigten Bevölkerung (Haupt- und Nebenwohner) im fußläufigen Einzugsbereich von ÖPNV-Stationen

Handlungsziel: ÖPNV-Erschließung für alle Siedlungsbereiche

Richtwert: mindestens 90 Prozent

Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad: leichte Verbesserung seit 2001 (89,68 Prozent)

Indikator Zufriedenheit mit dem Verkehrsangebot (ÖPNV, Parken, Radwege)/Wichtigkeit der Versorgung mit ÖPNV und der Ausstattung mit Parkplätzen und Radwegen/Gewünschter Einsatz für die einzelnen Verkehrsarten

KBU 2002, Auswertung der Fragen 46, 52 und 53

Die **Versorgung mit dem ÖPNV** ist für die Dresdner entscheidend. Die Wichtigkeit wird im städtischen Durchschnitt mit 1,7 und die Zufriedenheit mit 2,1 bewertet. Mit 1,7 schätzen die Bewohner von Prohlis, Reick und Gorbitz ihre Versorgung ein. Diese ist aber auch in den anderen Stadtteilen zufriedenstellend. Die negativste Bewertung kam mit 2,5 aus dem Ortsamt Loschwitz und Schönfeld-Weißig sowie aus Briesnitz und den westlichen Ortschaften.

Mit 1,9 wird die Wichtigkeit der **Parkmöglichkeit für den PKW** im gesamstädtischen Mittel angegeben, wobei sich die Bewertungen in den einzelnen Stadtteilen nicht wesentlich unterscheiden. Die Zufriedenheit mit den Parkmöglichkeiten wird insgesamt als mittelmäßig bewertet und erhält die Note 2,9. Damit liegt die Differenz zwischen Wichtigkeit und Zufriedenheit bei 1,0. Bei der Bewertung der Zufriedenheit gibt es allerdings wesentliche Unterschiede zwischen den Stadtteilen. Die positivste Beurteilung (2,5) geben die Bewohner des Ortsamt Klotzsche und nördliche Ortschaften sowie Prohlis und Reick ab. Defizite bestehen hauptsächlich im Ortsamt Altstadt (26er-Ring, Friedrichstadt) und im Ortsamt Neustadt (Äußere und Innere Neustadt). Hier wird die Zufriedenheit nur mit 3,5 bzw. 3,4 bewertet.

Die Ausstattung mit **Radwegen im Stadtgebiet** wird insgesamt als wichtig erachtet (2,0). Die Zufriedenheit wird allerdings nur mit 3,4 bewertet. Die geringste Zufriedenheit herrscht in der Äußeren und Inneren Neustadt (3,7). Das sind jedoch die Stadtgebiete, in denen die Wichtigkeit mit 1,7 bewertet wurde. Die Differenz beträgt hier demzufolge 2,0. Ebenfalls unzufrieden sind die Bewohner des Ortsamt Loschwitz und Schönfeld-Weißig sowie des Ortsamt Blasewitz. Die „positivste“ Bewertung liegt bei 3,2, unter anderem in der Johannstadt, im Ortsamt Leuben und in Gorbitz.

Von der Stadt Dresden wünschen sich die Bürger am meisten, dass sie sich mehr für den Fahrradverkehr einsetzt. Dies trifft interessanterweise für alle Altersgruppen bis 64 Jahre sowie für Personen in jeglichen Stellungen im Erwerbsleben (Erwerbstätige, Schüler, Arbeitslose, etc.) gleichermaßen zu. Etwas mehr soll außerdem für die behindertengerechte Bedienung (2,0), den Fußgängerverkehr (2,2), den privaten Kfz-Verkehr (2,2) sowie für den ruhenden Verkehr (2,3) und für Straßenbahn/Bus (2,3) getan werden. Genauso viel wie bisher soll sich die Stadt für Verkehrsberuhigung/Tempo 30 (2,6), Wirtschaftsverkehr (2,6) und Vorrangschaltungen für Bus und Bahn (3,2) einsetzen. Diese gesamstädtischen Werte spiegeln sich auch wider, wenn man die Wünsche der Bürger nach Ortsämtern geordnet betrachtet.

Qualitätsziel „Verbesserung der Anbindung an die transeuropäischen Verkehrswege“

Indikator durchschnittliche Reisezeit zu ausgewählten Metropolen und Anzahl der Direktverbindungen (gesamstädtisch)

Berechnung: Durchschnittswert (Stunden) pro Verkehrsträger aus den Einzelverbindungen anhand von Fahr- und Flugplänen und lt. Routenplaner (zeitgünstigste Verbindung) nach Berlin, Leipzig, Hamburg, München, Frankfurt, Paris, London, Amsterdam, Prag, Warschau, Wien und Brüssel

Verkehrsträger	Durchschnittliche Reisezeit		Direktverbindungen an einem durchschnittlichen Werktag
	2002	2005	
Schiene	06:46	6:20	nach Berlin, Leipzig, Hamburg, Frankfurt, Prag, Wien
Straße	05:40	5:17	
Luft	02:31	2:42	nach Hamburg, München, Frankfurt, Wien, ohne Berlin und Leipzig
alle drei Verkehrsträger	04:59	4:46	

Handlungsziel: Verbesserung der Erschließung/Erhöhung der Direktverbindungen

Zielstellung: entspricht Handlungsziel

Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad: leichte Verbesserung bei Schiene und Straße

Indikator Zufriedenheit der Wirtschaft mit der Verkehrsanbindung der Standorte

Bezüglich der Bedeutung des Standortfaktors Verkehrsanbindung steht die Erreichbarkeit des Unternehmens an erster Stelle (83 Prozent der befragten Unternehmen), gefolgt von regionaler und überregionaler Anbindung (76 Prozent), Verfügbarkeit von Parkplätzen (69 Prozent) und Nähe zu Absatzmärkten (52 Prozent). Dagegen betrachten nur 28 Prozent der Unternehmen die Nähe zu den Zulieferern als wichtig.

Der Grad der Zufriedenheit mit der Verkehrsanbindung liegt noch über ihrer Bedeutung. So sind 90 Prozent mit der Erreichbarkeit des Unternehmens, 89 Prozent mit der Nähe zu den Zulieferern, 85 Prozent mit der Nähe zu Absatzmärkten und mit der regionalen und überregionalen Anbindung sowie 76 Prozent mit der Verfügbarkeit von Parkplätzen zufrieden.

Quelle: IHK-Unternehmensbefragung Juli/August 2004 Bereich Wirtschaft

■ 5 Bereich Wirtschaft

Qualitätsziel „Schaffung eines leistungsfähigen Wirtschaftsstandortes“

Teil: Steigerung der städtischen und regionalen Wirtschaftskraft

Indikator Gewerbesteuereinnahmen je Einwohner und absolut (gesamstädtisch)

Berechnung: Gewerbesteuereinnahmen (Euro)/Anzahl der Hauptwohner

Ist 1999	209 Euro	absolut: 99 884 000 Euro
Ist 2001	287 Euro	absolut: 137 081 000 Euro
Ist 2002	281 Euro	absolut: 134 669 000 Euro
Ist 2003	282 Euro	absolut: 135 735 000 Euro
Ist 2004	306 Euro	absolut: 148 301 000 Euro

Handlungsziel: Steigerung der städtischen und regionalen Wirtschaftskraft

Zielstellung: Beibehaltung des positiven Trends

Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad: ab 2003 wieder leicht steigend

Vergleichende Bewertung: Leipzig 182 Euro; Nürnberg 431 (2001) und 412 Euro (2003); Leipzig 224 Euro (2004)

Indikator Kaufkraft je Einwohner (gesamstädtisch)

Berechnung: Summe aller Nettoeinkünfte (einschließlich sog. Transferleistungen) auf Grundlage der Lohn- und Einkommensstatistik/Jahr und Einwohner (Euro)

Ist 2001	14 502 Euro
Ist 2002	14 684 Euro
Ist 2003	14 722 Euro
Ist 2005	15 284 Euro

1999 bis 2002: Der Kaufkraft-Bundesdurchschnitt pro Einwohner wird über die Wertmarke 100 repräsentiert. Ein hoher Kaufkraftindex spiegelt ein hohes verfügbares Einkommen wider. Werte für Dresden: 1999 85,4; 2001 89,7, 2002 89,1, 2005 93,8. Der Zentralitätsindex ist Indikator dafür, wie weit es gelingt, Kaufkraft anzuziehen 1999: 107,37; 2000: 108,95, 2005: 111,4

Handlungsziel: Steigerung der städtischen und regionalen Wirtschaftskraft; Erhöhung der Kaufkraft

Richtwert: Kaufkraftindex 2010: 100 ± 5

Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad: zielgerecht, leichter Anstieg

Vergleichende Bewertung:

Kaufkraftindex für Leipzig: 1999 82,6; 2001 88,1; 2002 87,3; Kaufkraftindex für Nürnberg: 1999 110,2; 2001 108,9; 2002 109,3

Indikator Investitionsquote Verarbeitendes Gewerbe und Bau (gesamtstädtisch)

Berechnung: Bruttoanlageinvestition (Euro)/1 000 Euro Gesamtumsatz

Ist 1999	Verarbeitendes Gewerbe: 202	Baugewerbe: 18,8
Ist 2000	Verarbeitendes Gewerbe: 247	Baugewerbe: 17,8
Ist 2001	Verarbeitendes Gewerbe: 433	Baugewerbe: 15,9
Ist 2002	Verarbeitendes Gewerbe: 207	Baugewerbe: 17,8
Ist 2003	Verarbeitendes Gewerbe: 143	Baugewerbe: 13,9

Handlungsziel: Steigerung der städtischen und regionalen Wirtschaftskraft, Erhöhung

Zielstellung: positive Entwicklung

Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad: Verarbeitendes Gewerbe gegenläufig seit 2002, Baugewerbe gegenläufig seit 2003

Indikator Zufriedenheit mit persönlicher wirtschaftlicher Lage

KBU 2002, Auswertung der Frage 47 (in KBU 2005 nicht enthalten)

Als sehr gut bzw. als gut schätzen 50 Prozent der Bevölkerung ihre wirtschaftliche Lage ein, teils/teils wird von 37 Prozent angegeben und zwölf Prozent empfinden ihre Lage als schlecht bis sehr schlecht. Am negativsten beurteilen die Bewohner von Prohlis und Reick ihre wirtschaftliche Situation. Hier vergeben nur 36 Prozent die Wertung sehr gut bzw. gut. In Briesnitz und den westlichen Ortschaften hingegen bewerten 61 Prozent der Bevölkerung ihre wirtschaftliche Lage mit sehr gut/gut, dicht gefolgt von den Stadtteilen Blasewitz und Striesen mit 60 Prozent.

Die wirtschaftliche Lage des letzten Jahres schätzen 56 Prozent als gleich ein, etwas mehr als ein Viertel beurteilen die damalige Situation allerdings als besser. Die restlichen 16 Prozent geben eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage von damals zu heute an.

Bei der Einschätzung ihrer wirtschaftlichen Lage im nächsten Jahr gehen lediglich 13 Prozent von einer Verbesserung aus, wogegen 25 Prozent an eine Verschlechterung glauben. Beispielsweise denken 34 Prozent der Bevölkerung von Gorbitz und 30 Prozent der Bevölkerung von Prohlis, Reick und Johannstadt, dass sich ihre wirtschaftliche Lage verschärfen wird. Im gesamtstädtischen Mittel nehmen 47 Prozent der Bürger an, dass ihre Situation gleich bleiben wird.

Indikator Zufriedenheit der Unternehmen am Standort Dresden

Die Befragung konzentriert sich auf die Bewertung von Standortfaktoren in der Stadt Dresden durch Dresdner Unternehmen. Neben der Einschätzung der Verkehrsanbindung (siehe Mobilität/Verkehr) werden Aussagen zu den kommunalen Standortbedingungen, zu Ausbildung/ Arbeitsmarkt und den weichen Standortfaktoren wie folgt getroffen:

Zu Kommunale Standortbedingungen

Die Unternehmensfreundlichkeit der Verwaltung hat Priorität (89 Prozent der befragten Unternehmen), gefolgt vom wirtschaftspolitischen Klima am Standort (81 Prozent) und der Höhe der Gewerbe- u. Grundsteuer sowie weiterer Abgaben und Gebühren (78 Prozent bzw. 77 Prozent).

Zufrieden mit der Unternehmensfreundlichkeit der Verwaltung sind dagegen nur 59 Prozent der Unternehmen, das wirtschaftspolitische Klima am Standort wird nur von 55 Prozent als zufriedenstellend eingeschätzt, und die größte Unzufriedenheit (78 Prozent) bezieht sich auf die Höhe der Gewerbe- und Grundsteuer sowie weiterer Abgaben und Gebühren.

Die Dauer von Baugenehmigungsverfahren bzw. Umweltschutzauflagen ist nur für 42 Prozent bzw. 45 Prozent der Unternehmen wichtig; zufrieden sind damit aber 54 Prozent bzw. sogar 76 Prozent. Die Verfügbarkeit neuer Gewerbeflächen halten nur 24 Prozent der Unternehmen für wichtig, zufrieden damit sind aber 88 Prozent.

Zu Ausbildung/Arbeitsmarkt

An erster Stelle steht die Verfügbarkeit qualifizierter Facharbeiter bzw. hochqualifizierter Arbeitskräfte (78 Prozent bzw. 75 Prozent der Unternehmen); die Zufriedenheit damit liegt jedoch nur bei 68 Prozent bzw. 62 Prozent. Weiterbildungsangebote und Kontakte zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden mit 64 Prozent bzw. 50 Prozent als weniger wichtig angesehen; 86 Prozent bzw. 89 Prozent der Unternehmen sind jedoch mit ihnen zufrieden.

Zu weichen Standortfaktoren

Image/Attraktivität der Stadt stehen mit 85 Prozent an erster Stelle. Die Zufriedenheit damit beträgt sogar 90 Prozent, genauso wie die mit der verkehrlichen Erreichbarkeit. Die anderen weichen Standortfaktoren Wohnen und Wohnumfeld sowie Umweltqualität werden von zirka 63 bis 68 Prozent der Unternehmen als wichtig eingeschätzt; zufrieden damit sind aber über 90 Prozent. Die Zufriedenheit mit Wohnen und Wohnumfeld erreicht mit 94 Prozent den Höchstwert aller bewerteten Faktoren in der Stadt Dresden. Schulen und Ausbildungseinrichtungen sowie das Kultur-/Sportangebot werden nur von 61 bzw. 50 Prozent der Unternehmen als wichtig eingeschätzt; die Zufriedenheit liegt mit 77 bzw. 80 Prozent jedoch höher.

Quelle: IHK-Unternehmensbefragung Juli/August 2004

Qualitätsziel „Schaffung eines leistungsfähigen Wirtschaftsstandortes“

Teil: Konsolidierung des kommunalen Haushalts

Indikator Nettoinvestitionsrate (gesamtstädtisch)

Berechnung: bereinigter Überschuss geteilt durch bereinigte Gesamtausgaben des Vermögenshaushaltes x 100

Ist 1999	4,4 Prozent
Ist 2001	3,8 Prozent
Ist 2002	0 Prozent
Ist 2003	0 Prozent
Ist 2004	0 Prozent

Handlungsziel: Konsolidierung des kommunalen Haushalts; Erhöhung

Richtwert: langfristig zehn Prozent (gemäß Wibera-Gutachten); kurzfristig größer als null Prozent

Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad: gegenläufig

Indikator Schulden je Einwohner und absolut (gesamtstädtisch)

Berechnung: Kreditmarktschulden (einschließlich Altschulden) und Schulden bei öffentlichen Haushalten (ohne kreditähnliche Rechtsgeschäfte, ohne Innere Darlehen, ohne Kassenkredite, ohne Schulden der Eigenbetriebe und Eigengesellschaften, der Sondervermögen, ohne Haftsumme)

Ist 1999	1 653 Euro	absolut: 789 544 000 Euro
Ist 2001	1 718 Euro	absolut: 821 137 000 Euro
Ist 2002	1 680 Euro	absolut: 804 904 000 Euro
Ist 2003	1 498 Euro	absolut: 720 763 000 Euro
Ist 2004	1 547 Euro	absolut: 749 622 000 Euro

Handlungsziel: Konsolidierung des kommunalen Haushalts; Senkung der Schulden

Zielstellung: entspricht Handlungsziel

Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad: Anstieg bis 2001 und erneut ab 2004

Vergleichende Bewertung: Leipzig 1 789 Euro (2001) und 1 747 Euro (2003), Nürnberg 1 763 Euro (2001)

Qualitätsziel „Hohes Angebot an Beschäftigungs- und Ausbildungsplätzen“

Indikator Arbeitslosenquote (gesamtstädtisch und stadtteilbezogen)

Berechnung stadtteilbezogen: Anzahl Arbeitsloser geteilt durch die Anzahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter (18 bis 64 Jahre)

Berechnung gesamtstädtisch: Anzahl Arbeitsloser geteilt durch die Anzahl abhängiger ziviler Erwerbspersonen (Quelle: Agentur für Arbeit)

hier: gesamtstädtisch

Ist 1999	16,1 Prozent
Ist 2001	15,9 Prozent
Ist 2002	15,5 Prozent
Ist 2003	14,7 Prozent
Ist 2004	15,4 Prozent

Handlungsziel: Verbesserung der Beschäftigungs- und Ausbildungssituation; Reduzierung

Richtwert: bis 2015 Reduzierung auf zehn Prozent (siehe INSEK)

Tendenzielle Zielerfüllung: gesamtstädtisch erneuter Anstieg 2004

Über dem Stadtdurchschnitt liegen Prohlis-Süd mit 19,7 Prozent, Gorbitz-Süd mit 19,4 Prozent, Gorbitz-Nord/Neu-Omsewitz und die Friedrichstadt mit 19,2 Prozent, Gorbitz-Ost und Pieschen-Süd mit 16,7 Prozent, Prohlis-Nord mit 16,4 Prozent und Strehlen mit 15,8 Prozent. Den geringsten Anteil an arbeitslosen Frauen hat Gönnsdorf/Pappritz mit fünf Prozent; den höchsten Anteil von 18,4 Prozent hat Gorbitz-Nord/Neu-Omsewitz.

Vergleichende Bewertung: Leipzig 19,7 Prozent; Nürnberg 13,1 Prozent (2003), Chemnitz 18 Prozent (2001)

Indikator Beschäftigtenquote (gesamtstädtisch)

Berechnung: Anzahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter geteilt durch die Anzahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter (18 bis 64 Jahre)

hier: gesamtstädtisch

Ist 1999	70,3 Prozent
Ist 2001	69,4 Prozent
Ist 2002	68,9 Prozent
Ist 2003	67,5 Prozent
Ist 2004	66,3 Prozent

Handlungsziel: Verbesserung der Beschäftigungs- und Ausbildungssituation; Erhöhung

Richtwert: zwischen 60 Prozent und 70 Prozent

Tendenzielle Zielerfüllung: leicht gegenläufig, aber zielgerecht

Vergleichende Bewertung: Leipzig 58,7 Prozent; Nürnberg 80 Prozent (2003), Chemnitz 68,9 (2001)

Indikator Selbstständigenquote (gesamstädtisch)¹⁾

Berechnung: Anzahl der Selbstständigen geteilt durch die Anzahl der Erwerbstätigen x 100

Ist 1999 7,6 Prozent

Ist 2001 7,9 Prozent

Ist 2002 7,6 Prozent

Ist 2003 8,2 Prozent

Handlungsziel: Verbesserung der Beschäftigungs- und Ausbildungssituation; Erhöhung**Richtwert:** bis 2015 Anstieg auf zwölf Prozent**Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad:** leichte Verbesserung seit 2002**Vergleichende Bewertung:** Leipzig 6,3 und 6,4 Prozent, Nürnberg 9,2 und 10,3 Prozent (Werte 2001 und 2003)**Indikator Übereinstimmung von Arbeitstätigkeit und beruflicher Qualifikation**

KBU 2002, Auswertung der Frage 66, (in KBU 2005 nicht enthalten)

In Dresden üben etwa drei Viertel der Bevölkerung eine Tätigkeit aus, die ihrer beruflichen Qualifikation entspricht. Die größte Übereinstimmung (82 Prozent) von Qualifikation und Tätigkeit herrscht in der Altersgruppe 25 bis 34 Jahre. Während in Cotta, Löbtau, Naußlitz und Dölzschen 85 Prozent der Einwohner in einem ihrer Qualifikation entsprechenden Beruf arbeiten, trifft das beispielsweise nur für etwas mehr als die Hälfte der Bewohner von Johannstadt (57 Prozent) zu. 27 Prozent der Dresdner gehen einer Beschäftigung nach, die nicht ihrer beruflichen Qualifikation entspricht. Der Hauptanteil dieser Personen hat einen anderen Beruf gelernt (65 Prozent) und/oder schätzt seine Qualifizierung eigentlich höher ein (50 Prozent). Lediglich zwei Prozent geben an, niedriger qualifiziert zu sein.

Bemerkungen:

Die Zahl der Einpendler betrug zum 30. Juni 2004 77 203; die Zahl der Auspendler betrug 34 990. Der Einpendlerüberschuss ergibt sich damit zu 42 213.

¹⁾ stadtteilbezogen ist die Berechnungsgrundlage anders, deshalb keine Vergleichbarkeit

■ 6 Bereich Umwelt/Natur**Qualitätsziel „Verminderung des städtischen Anteils an der globalen Erwärmung“****Indikator CO₂-Emission (Tonnen) pro Einwohner und Jahr (gesamstädtisch)**

Berechnung: nach der Methodik Klimabündnis/DIFU; Energieverbrauch aus Daten der Stadtwerke, Abschätzung im Verkehrsbereich

	Dresden in Tonnen/Einwohner	Bundesdurchschnitt in Tonnen/Einwohner
Ist 1999	10,6	10,4
Ist 2001	10,3	10,6
Ist 2002	10,7	10,5
Ist 2003	10,3	10,5
Ist 2004	10,2	10,4 bis 10,6 (vorläufiger Schätzwert)
Handlungsziel:	Reduzierung um 50 Prozent bis 2010 (Bezug: 1987 mit 15,4 Tonnen/Einwohner)	
Soll-Ziel:	Reduzierung auf 7,7 Tonnen/Einwohner für 2010	
Tendenzielle Zielerfüllung:	bisher zu geringe Senkung	
Zielerfüllungsgrad:	60 Prozent (2002); 68 Prozent (2004)	
Vergleichende Bewertung:	Bundesdurchschnitt 2003 10,5 Tonnen/Einwohner; Ziel der Bundesregierung für 2005 9,3 Tonnen/Einwohner	

Durch kleine Korrekturen in den Berechnungsgrundlagen (vgl. Nationaler Inventarbericht Deutschland – 2005) unterscheiden sich die Zahlenwerte geringfügig von den Angaben der Vorjahre. Die Mengenangabe für die CO₂-Emission in Dresden bezieht die Prozesskette der Energiebereitstellung (Förderung, Transport, Umwandlung) ein, d.h. es werden auch indirekte Emissionen erfasst, die nicht direkt im Stadtgebiet entstehen bzw. die die Einwohner der Stadt außerhalb des Stadtgebietes verursachen (Reiseverkehr).

Ferner erfolgt die Angabe in CO₂-Äquivalentmengen. Es werden auf diesem Wege auch andere Treibhausgase (insbesondere CH₄) einbezogen und die höhere Wirkung des CO₂ in hohen Atmosphärenschichten (Emissionen des Flugverkehrs) berücksichtigt. Die Vergleichswerte des Bundes entsprechen nicht ganz dieser kommunalen Bilanzierungsmethodik. Sie sollen in ihrer Trendentwicklung dennoch als Vergleich dienen.

Die jährliche CO₂-Reduktionsrate ist weiterhin zu gering, um das beschlossene Ziel für das Jahr 2010 zu erreichen. Das Dresdner CO₂-Rahmenprogramm von 1998 und nachfolgende Beschlüsse müssen deshalb konsequenter umgesetzt werden. Ferner werden nach 2010 weitere deutliche Reduktionsschritte bei Treibhausgasen zur Begrenzung des Klimawandels erforderlich sein, woraus sich entsprechend strengere bundespolitische Rahmensetzungen ableiten werden.

Ab 2001 wurden für Dresden günstigere Emissionswerte als im Bundesdurchschnitt erzielt. Der markante Anstieg im Jahr 2002 war in erster Linie

durch das August-Hochwasser bedingt (zeitweiliger Ausfall des modernen GuD-Heizkraftwerkes). Im weiteren Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (auch dezentral) und der modernen Fernwärmeversorgung in Dresden werden neben einer hochwertigen energetischen Gebäudesanierung wesentliche mittelfristig erschließbare Reduktionspotenziale gesehen, die im Einflussbereich kommunalen Handelns liegen.

Qualitätsziel „Sicherung und Entwicklung des Natur- und Landschaftsraumes“

Indikator Anteil der Schutzgebiete und Fläche der geschützten Biotop (gesamtstädtisch)

Berechnung: Fläche der Schutzgebiete geteilt durch die Fläche der Gesamtstadt x 100

	Landschaftsschutzgebiete	Naturschutzgebiete	Naturdenkmale	gesetzlich geschützte Biotop
Ist 2001	34,87 Prozent	1,01 Prozent	0,43 Prozent	2,3 Prozent
Ist 2002	34,86 Prozent	1,01 Prozent	0,43 Prozent	3,3 Prozent
Ist 2003	34,86 Prozent	1,01 Prozent	0,43 Prozent	3,3 Prozent
Ist 2004	34,86 Prozent	0,40 Prozent	0,43 Prozent	3,3 Prozent

Handlungsziel: Erhöhung des Anteils und der Vernetzung sowie Erhöhung des Anteils ihrer ökologischen Pflege und Bewirtschaftung

Zielstellung: Bestandserhaltung (± 0)

Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad: Ziel nicht erreicht

Vergleichende Bewertung: nicht möglich, da die Bedingungen der Städte zu unterschiedlich sind

Die einzelnen Schutzgebietskategorien beinhalten sehr unterschiedliche Schutzziele und Schutzbestimmungen. Sie sind deshalb untereinander nicht zu vergleichen. Ferner ist eine Summation der Flächenanteile nicht möglich. Es liegt ein Teil der kleinflächigen Schutzkategorien (Naturdenkmale, geschützte Biotop) innerhalb der größeren Gebiete des Landschafts- und Naturschutzes.

Die Flächenzunahme bei den besonders geschützten Biotopen im Jahr 2002 resultiert nicht aus einer Biotopneuanlage. Diese Zunahme spiegelt lediglich den aus einer fortschreitenden Erfassung resultierenden besseren Kartierungsumfang innerhalb der Landeshauptstadt wider. Deshalb sind Veränderungen in diesem Flächenanteil zur Charakterisierung einer ökologischen Entwicklung im Stadtgebiet ungeeignet.

Die FFH-Gebiete (gemäß Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der EU) in Dresden werden im Teil A, Pkt. 2.8 erläutert. Sie sind ebenfalls den genannten Schutzkategorien überlagert.

Die Abnahme des Anteils der Naturschutzgebiete im Jahr 2004 gegenüber 2003 resultiert aus dem Auslaufen der einstweiligen Sicherstellung des Hellers am 28. Dezember 2003.

Indikator Zufriedenheit mit den Grünanlagen in der Stadt und im Wohngebiet, Wichtigkeit der Grünanlagen in der Stadt und im Wohngebiet

KBU 2002, Auswertung der Fragen 52 und 53 (in KBU 2005 nicht enthalten, aber korrespondiert mit Frage 35/III der KBU 2005 nach dem maßgeblichen Umzugsgrund „Wunsch nach mehr Grün im Wohnumfeld“)

Mit den städtischen Park- und Grünanlagen sind die Dresdner insgesamt recht zufrieden (2,5), wobei die Bewohner des Ortsamtes Altstadt (26er-Ring, Friedrichstadt) und des Ortsamtes Blasewitz die beste Beurteilung (2,3) abgaben. Als eher mittelmäßig (3,0) schätzt man die Situation in der Leipziger Vorstadt und in Pieschen ein.

Zufrieden (2,4) ist die Dresdner Bevölkerung auch mit der Durchgrünung in den Wohngebieten. Im Ortsamt Loschwitz und im Ortsamt Leuben sowie in Schönfeld-Weißig herrscht die größte Zufriedenheit (2,1), die geringste (3,0) in der Leipziger Vorstadt und in Pieschen.

Die gesamtstädtische Differenz zwischen Wichtigkeit und Zufriedenheit beträgt auf dem Gebiet der Park- und Grünanlagen 1,1 und bei der guten Durchgrünung der Wohngebiete 1,0. Der Wunsch nach mehr Grün in der Wohnumgebung wird 2005 von zirka 30 Prozent der Umzugswilligen aus dem Ortamt Cotta sowie aus der Leipziger Vorstadt/Pieschen zum Ausdruck gebracht.

Qualitätsziel „Schaffung eines gesunden Wohnumfeldes“

Indikator Einwohner in Wohnungen mit $Leq > 65$ dB (A) und Wohnungen mit $Leq > 65$ dB (A) an Hauptverkehrsstraßen (gesamtstädtisch)

Berechnung: Lärmberechnung nach Umweltatlas, Betroffenheitsermittlung durch Kommunale Statistikstelle

Ist 2001	70 000 Einwohner	
Ist 2002	70 000 Einwohner	43 900 Wohnungen
Ist 2003	–	–
Ist 2004	66 700 Einwohner	42 600 Wohnungen

Handlungsziel: Reduktion der Verlärmung

Richtwert: jährlich fünf bis zehn Prozent weniger lärmexponierte Wohnungen

Tendenzielle Zielerfüllung/Zielerfüllungsgrad: Die Zahl der Betroffenen, für die ein gesundheitliches Risiko infolge der Belastung mit Mittelungspegeln von mehr als 65 dB(A) während der Tagstunden nicht ausgeschlossen werden kann, hat sich 2004 um annähernd fünf Prozent gegenüber 2002 verringert. Im gleichen Zweijahreszeitraum hat sich die Zahl der Wohnungen, die stark lärmbelastet sind, um drei Prozent

verringert. Die meisten dieser Wohnungen werden in den Stadtteilen Äußere Neustadt (2 700) und Pieschen-Nord/Trachenberge [mit Leipziger Vorstadt-Nordwest] (2 100) gefunden. Es folgen die Stadtteile Seidnitz/Dobritz, Pieschen-Süd (mit Neudorf) und Striesen-West mit jeweils mehr als 1 500 Wohnungen.

Vergleichende Bewertung:

nicht möglich

Indikator Einschätzung der maßgeblichen Gesundheitsbeeinträchtigungen

KBU 2002, Auswertung der Frage 58, (in KBU 2005 nicht enthalten, aber korrespondiert mit Frage 38 KBU 2005 nach Beeinträchtigung der Wohnumgebung).

Die Dresdner Bevölkerung fühlt sich in ihrer Gesundheit hauptsächlich durch drei Dinge beeinträchtigt:

Stress im Beruf (32 Prozent), die finanzielle Situation (32 Prozent) und die berufliche Unsicherheit (23 Prozent).

Zirka 15 bis 17 Prozent der Bürger sehen ihre Gesundheit durch äußere Einflüsse wie Lärm, Luftverschmutzung, motorisierten Straßenverkehr oder Schadstoffe in Lebensmitteln bedroht. Dabei sieht man die größte Gefahr durch motorisierten Individualverkehr in Blasewitz und Striesen, aber auch in der Südvorstadt und in Zschertnitz. Durch Lärm fühlt man sich in der Altstadt (26er-Ring, Friedrichstadt) am stärksten belastet.

Immerhin sehen 15 Prozent der Bevölkerung ihre Gesundheit außerdem durch die Einsamkeit gefährdet. In den Stadtteilen Prohlis, Reick und Gorbitz wird dieser Grund von fast einem Viertel der Bürger angegeben. Das sind auch die Bereiche, in denen die Arbeitslosigkeit als Bedrohung für die Gesundheit größer eingeschätzt wird als in den anderen Stadtteilen.

Von 14 Prozent der Bevölkerung wird das Übergewicht als Beeinträchtigung der Gesundheit angegeben, allerdings nur von sieben Prozent das Rauchen.

Als gesundheitliche Beeinträchtigungen der Wohnumgebung werden 2005 in der Neustadt und der Leipziger Vorstadt/Pieschen Lärm allgemein und Straßenverkehrslärm genannt. Flugverkehrslärm steht in Kaditz/Mickten/Trachau sowie im Ortsamt Klotzsche an erster Stelle der Beeinträchtigungen, welche durchweg als mittlere Wahrnehmung eingeschätzt werden.

Anlagen Teil C

Anlage C 1

Anteil der altersmäßig relevanten Nachfragegruppen im 15-30-Minuten-Einzugsbereich von ausgewählten Gemeinbedarfseinrichtungen (in Prozent) in den Ortsämtern und Ortschaften (2004)

Ortsamt/Ortschaft	Kindertages- einrichtungen	Kinderfreizeit- einrichtungen	Jugendfreizeit- einrichtungen	Grundschulen	Stadtteilkultur- einrichtungen	Städtische Bibliotheken	Seniorenbegeg- nungsstätten
Altstadt	94,1	64,6	98,8	89,5	98,1	98,1	60,4
Neustadt	96,1	94,5	100,0	88,5	100,0	94,4	52,9
Pieschen	83,9	28,5	99,3	86,6	93,8	93,6	25,3
Klotzsche	89,8	0,0	84,2	88,4	22,7	77,6	57,2
Loschwitz	70,0	5,6	45,6	56,2	62,4	69,4	13,6
Blasewitz	99,0	53,6	100,0	96,9	90,1	100,0	65,2
Leuben	92,2	10,1	96,4	73,2	89,4	82,9	22,8
Prohlis	89,3	77,8	97,6	77,6	97,6	96,3	58,1
Plauen	92,7	1,1	97,5	89,8	83,3	98,5	60,1
Cotta	89,8	52,7	98,2	87,9	94,9	97,5	48,6
Cossebaude	79,6	0,0	100,0	71,6	2,5	100,0	48,4
Mobschatz	2,9	2,4	91,1	44,9	91,4	80,5	0,0
Oberwartha	0,0	0,0	100,0	0,0	0,0	96,2	0,0
Gompitz	59,3	24,1	66,7	37,6	88,7	44,2	0,0
Altfranken	0,0	14,5	100,0	44,4	63,8	100,0	0,0
Weixdorf	40,1	0,0	3,7	47,4	93,0	93,2	0,0
Langebrück	51,8	0,0	0,0	57,3	100,0	100,0	0,0
Schönborn	95,2	0,0	0,0	0,0	7,0	7,3	0,0
Schönfeld-Weißig	34,1	36,6	81,7	27,4	0,1	53,8	0,0
Dresden gesamt	87,6	41,5	94,0	81,5	85,5	92,7	48,0

Ausgewählte Infrastruktureinrichtungen nach Ortsämtern und Ortschaften (Stand: 2005)

Ortsamt/Ortschaft	Einwohnerzahl 0–5 Jahre	Einwohnerzahl 6–17 Jahre	Einwohnerzahl > 65 Jahre	Kindertages- tagesstätten (3J-GS)	kommunale Grundschulen	kommunale Mittelschulen	Stadtteilkultur- einrichtungen
Altstadt	1533	2982	17108	20	7	2	2
Neustadt	2495	2899	3928	24	5	2	4
Pieschen	2846	4068	7742	17	6	4	2
Klotzsche	1105	2006	3807	12	4	2	1
Loschwitz	1126	1885	4060	9	5	3	1
Blasewitz	4380	6715	17102	33	10	5	1
Leuben	1757	3273	8076	13	5	3	3
Prohlis	2478	5290	10282	19	5	6	3
Plauen	2186	3844	9741	21	10	4	1
Cotta	3084	5874	9866	22	10	6	1
Cossebaude	259	602	1072	3	1	1	
Mobschatz	73	159	234	1			1
Oberwartha	22	32	58				
Gompitz	155	338	453	1			
Altfranken	31	146	78				
Weixdorf	274	752	1022	1	1	1	
Langebrück	222	432	779	3	1		1
Schönborn	31	61	76	1			
Schönfeld-Weißig	649	1493	2220	6	2	1	
Dresden gesamt	24726	42851	97704	206	72	40	21

Städtische Bibliotheken	Kinderfreizeit- einrichtungen	Jugendfreizeit- einrichtungen	geförderte Senioren- begegnungsstätten und Tagespflege	Senioren- und Pflege- heime einschl. Kurzzeit- pflege	Kapazitäten Pflegeeinrichtungsplanung			
					Pflege	Senioren- heime	Kurzzeit- pflege	Tagespflege
3	10	28	2	19	1925	113	72	79
1	12	19	1	6	302	14		27
1	2	10	2	4	195		31	12
1		3	1	4	158	7		24
1		1	1	7	216	93	44	12
2	7	14	2	8	304		12	55
1	3	5	1	4	461		17	24
3	8	16	1	8	482	100	20	16
1	1	7	2	2	100		4	
3	8	15	3	7	514	61	57	24
1		1	1	1	60			
1		1		1		9		
1				1	62			
1	1	7		1	21			
21	52	127	17	73	4800	397	257	273

www.dresden.de/stadtentwicklung

Impressum

Herausgebende:
Landeshauptstadt Dresden
Der Oberbürgermeister
Stadtplanungsamt
Telefon (0351) 4 88 32 12
Telefax (0351) 4 88 35 79
E-Mail: stadtplanungsamt@dresden.de
Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon (03 51) 4 88 23 90
Telefax (03 51) 4 88 22 38
E-Mail: presseamt@dresden.de
Postfach 12 00 20
01001 Dresden
Internet: www.dresden.de

Fotos:
Fotostelle Stadtplanungsamt

Gesamtherstellung:
designXpress dresden

Redaktionsschluss:
März 2006

Kein Zugang für elektronisch signierte und verschlüsselte Dokumente. Verfahrensanträge oder Schriftsätze können elektronisch (insbesondere per E-Mail) nicht rechtswirksam eingereicht werden. Dieses Informationsmaterial ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Landeshauptstadt Dresden. Es darf nicht zur Wahlwerbung benutzt werden. Zur Unterrichtung ihrer Mitglieder können es Parteien als Informationsmaterial nutzen.